Montag, 3. Oktober 1983 - D ***

Axel Springer Verlag AG, Postf. 10 08 64, 4300 Essen 1, Tel. 0 20 54 / 10 11
Wichtige Telefon-Nummern der WELT: Zentralredaktion Bonn (02 28) 304-1 / Anzeigenannahme Kettwig (0 20 54) 10 15 24 / Vertriebsabteilung Hamburg (040) 347-1 – Pflichtblatt an allen deutschen Wertpapierbörsen

DIE WELT

UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Nr. 230 - 40.W.- Preis 1,20 DM - 1 H 7109 A

Belgien 36,00 bfr, Dänemark 8,00 dkr, Frankreich 6,50 F, Griechenland 90 Dr, Großbritannien 65 p, Italien 1300 L, Jugoslawien 100,00 Din, Luxemburg 28,00 lfr, Niederlande 2,00 hfl, Norwegen 7,50 nkr, Österreich 12 öS, Portugal 100 Esc, Schweden 6,50 skr, Schweiz 1,80 sfr, Spanien 125 Pts, Kanarische Inseln 150 Pts.

TAGESSCHAU

POLITIK

SPD rückt weiter ab: Mit Beschlüssen gegen eine eventuelle Nachrüstung „ohne Wenn und Aber" haben am Wochenende weitere SPD-Landes- und -Bezirksparteitage die Abkehr dieser Partei von der Regierungspolitik und der NATO-Linie zementiert. Die Anhänger der früheren Sicherheitspolitik der SPD unter Kanzler Schmidt wollen dagegen beim Sonderparteitag im November das Verhältnis SPD/NATO grundsätzlich klären.

Sozialausschüsse: Gegen teilweise kräftigen Widerspruch des linken CDU-Flügels hat Sozialminister Blüm auf der Bundestagung der Sozialausschüsse in Münster die Sparpolitik der Bundesregierung verteidigt. (S.4)

Panzerexport: Bundeskanzler Kohl werde sich in dieser Woche bei seiner Nahost-Reise nicht auf eine Entscheidung für oder gegen den Export deutscher Kampfpanzer des Typs Leopard-2 festlegen lassen, erklärt Staatsminister Mertes. (S. 1)

Grüne und SPD: Die hessischen Grünen sprechen sich für eine „kontinuierliche Zusammenarbeit" mit der SPD im Wiesbadener Landtag aus. (S.4)

Zimmermann contra FDP: Im Bereich der Innen- und Rechtspolitik gebe es zwischen CDU/CSU und FDP „erhebliche Spannungen", erklärt der Bundesinnenminister.

Staffelung statt Minen? Nach Erkenntnissen des Bundesgrenzschutzes will die „DDR"-Führung den Todesstreifen mit Selbstschußminen an der Demarkationslinie durch eine tief gestaffelte Grenzsicherung ersetzen, die das Überwinden durch Flüchtlinge auch ohne Minen und Schießbefehl unmöglich machen soll. (S. 1 und 3)

Lambsdorff wehrt sich: Der Bundeswirtschaftsminister hat sich angesichts der Kampagne einiger Zeitschriften gegen ihn im Zusammenhang mit Untersuchungen der Staatsanwaltschaft wegen Parteispenden von Unternehmen jetzt erstmals öffentlich zur Wehr gesetzt: „Ich habe nichts zu verbergen – null." (S. 10)

Mittelamerika-Politik: Die Bundesregierung will sich künftig gemeinsam mit den EG-Partnern – aber in enger Abstimmung mit den USA – stärker politisch und wirtschaftlich in Zentralamerika engagieren. Das ist das Ergebnis einer Botschafterkonferenz mit Außenminister Genscher in Costa Rica. (S.6)

Heute: Bundespräsident Carstens zu Staatsbesuch in den USA. – Franz Josef Strauß trifft in Washington Präsident Reagan. – Wirtschaftsminister Graf Lambsdorff in China. – EG-Umweltminister beraten in Athen auch über bleifreies Benzin. – Österreichischer Gewerkschaftsbund-Kongreß mit Zentralthema 35-Stunden-Woche.

ZITAT DES TAGES



„Ich glaube nicht, daß in Genf noch viel herauskommt. Der Westen kann auch nicht dauernd seine Position ändern und neue Angebote machen. Sonst wird die alte Haltung unglaubwürdig."

Franz Josef Strauß in „WELT am SONNTAG" zu den Genfer Verhandlungen über eine Begrenzung der Mittelstreckenrüstung. FOTO: LOTHAR KUCHARZ

WIRTSCHAFT

Argentinien: Drastische Devisenkontrollen mit Verbot neuer Importe auf Devisenbasis und Einstellung des Verkaufs von US-Dollar an Touristen sollen aus dem vorübergehenden Engpaß bei der Rückzahlung von Auslandsschulden helfen. (S.12)

Griechenland: Die griechische Industrie befürchtet schrittweise Verstaatlichung der Großfirmen. (S.11)

Arbed Saarstahl: Der Finanzbedarf des sanierungsbedürftigen Unternehmens, das weitere rund 4300 Arbeitsplätze abbauen will, ist noch nicht definiert. (S.13)

Audi: 1983 wird die Audi NSU Auto Union AG einen Umsatz von mehr als 7,5 Milliarden DM erzielen (1982: 6,1 Milliarden DM), erklärt Vorstandschef Habbel.

IWF: Der Widerstand des US-Kongresses gegen die Quotenerhöhung und Ausweitung der Kreditvereinbarung beim IWF verursachte bei der Jahresversammlung eine resignative Stimmung. (S.11)

KULTUR

Watteau: Im Charlottenburger Schloß in Berlin sind zur Zeit Gemälde aus dem Louvre, dem Prado und dem Frankfurter Städel zu sehen, die normalerweise nicht für Ausstellungen verliehen werden – eine Solidaritätsaktion anderer Museen für die Spendenaktion in Berlin, mit der Watteaus „Einschiffung nach Cythera" in Berlin gehalten werden soll.

Unesco: Herbert von Karajan hat den Internationalen Musikpreis der Unesco und des Internationalen Musikrates erhalten.

SPORT

Tennis: Die deutsche Tennis-Nationalmannschaft schaffte den Aufstieg unter die 16 weltbesten Teams. In der Daviscup-Begegnung in Freiburg gewann Deutschland gegen die Schweiz.

Fußball: Das Europameisterschafts-Qualifikationsspiel zwischen Deutschland und Österreich am Mittwoch in Gelsenkirchen wird vom Zweiten Deutschen Fernsehen (ZDF) ab 20.10 Uhr original übertragen. – Ohne die verletzten Bernd Förster (VfB Stuttgart) und Uli Stielike (Real Madrid) bestreitet die deutsche Fußball-Nationalmannschaft ihr Spiel gegen Österreich.

Hockey: Das 41. Finale um die deutsche Meisterschaft im Feldhockey bestreiten am 16. Oktober in Köln Schwarz-Weiß Köln und die TG Frankenthal. Im vorigen Jahr war der HC Heidelberg Meister.

AUS ALLER WELT

Rekord-Wies'n: Mit rund sechs Millionen Besuchern aus aller Welt hat das Oktoberfest in München 1983 einen neuen Rekord gebracht.

Raumschiff-Unglück: Drei sowjetische Kosmonauten sollen bei einem mißglückten Raumschiffstart in der vergangenen Woche nur knapp dem Tode entronnen sein. Nach dem Start sei Treibstoff explodiert, die Kapsel sei abgesprengt worden und an Fallschirmen gelandet. (S. 18)

Wetter: Nur südlich des Mains noch Aufheiterungen; sonst regnerisch. 16 bis 22 Grad.

Außerdem lesen Sie in dieser Ausgabe:

Schon sechs Landesverbände der SPD gegen Nachrüstung

Apel-Plan für Bundesparteitag: Bei „Nein" ein Bekenntnis zur NATO

DW. Bonn

Unter dem Eindruck des sich abzeichnenden Nein des geplanten SPD-Bundesparteitags gegen die Stationierung neuer amerikanischer Mittelstreckenwaffen sucht der Mitte-Rechts-Flügel jetzt nach einem Ausweg, um die SPD vor dem Ruch einer sicherheitspolitisch unzuverlässigen Partei zu bewahren. Hans Apel, ehemaliger Bundesverteidigungsminister, kündigte den Versuch an, auf dem Parteitag ein „unzweideutiges Bekenntnis zur NATO heute und morgen" durchzusetzen. Voraussetzung für ein ablehnendes Votum zur Stationierung sei, daß in einem Mehrheitsbeschluß festgestellt werde, daß der NATO-Doppelbeschluß richtig „war und ist".

In der SPD besteht schon jetzt, eineinhalb Monate vor dem Sonderparteitag, eine breite Mehrheit gegen den NATO-Doppelbeschluß, der im Falle eines Scheiterns der Genfer Verhandlungen eine Stationierung neuer amerikanischer Mittelstreckenraketen vorsieht. Als sechster Landesverband entschied die SPD Rheinland-Pfalz sich gegen die Raketenstationierung. Die Delegierten forderten die USA auf, auch die Vorbereitungen zur Stationierung einzustellen. Die Sowjetunion wurde aufgefordert, die Produktion der SS-20-Raketen zu stoppen und alle Raketen zu vernichten, die über das britische und französische Mittelstreckenpotential hinausgehen.

Auch die SPD-Bezirke Hannover, Südbayern, Franken und Mittelrhein stimmten gegen die Stationierung. In dem Beschluß des mit 56 000 Mitgliedern fünftgrößten Parteibezirk Hannover hieß es, es bestünden wachsende Zweifel an der ernsthaften Verhandlungsbereitschaft der Reagan-Administration. Die Stationierung bewirke keine Verstärkung der Sicherheit der Bundesrepublik, sondern eine Gefährdung, weil ihr „vernichtendes Drohpotential im militärischen Krisenfall das erste und bevorzugte Angriffsziel sowjetischer Raketen" sein könnte.

SEITE 2:
In hellen Scharen
SEITE 4:
Weitere Berichte

Der Bezirk Mittelrhein rief in Köln alle Mitglieder zur Beteiligung an der „Aktionswoche" der „Friedensbewegung" auf. Die SPD, so heißt es in dem Aufruf, müsse der „stärkste parlamentarische Arm der Friedensbewegung" sein und sich gemeinsam mit den Gewerkschaften „auf die Seite einer Dreiviertel-Mehrheit unserer Bevölkerung, die keine neuen Raketen will", stellen.

Der SPD-Abrüstungspolitiker Egon Bahr kündigte in Mainz an, nach dem gegenwärtigen Stand der Verhandlungen in Genf dem Bundesparteitag am 18./19. November das „Nein" zur Stationierung zu empfehlen. Bahr rechnet, wie er sagte, in den verbleibenden sechs Wochen nicht mehr mit einem unterschriftsreifen Abkommen und auch nicht mit einem Kompromiß. Nur ein Wunder könne daran noch etwas ändern.

SPD-Fraktionschef Hans-Jochen Vogel erwartet auf dem Bundesparteitag eine breite Mehrheit gegen den Nachrüstungsbeschluß, falls es in Genf zu keiner Einigung kommt. Vogel äußerte sich im Anschluß an eine Konferenz der SPD-Fraktionsvorsitzenden der Länder in Irsee bei Kaufbeuren, in der in einer Entschließung auf die drohende Gefahr einer „tiefen Spaltung unseres Volkes" hingewiesen wird, wenn „gegen den Mehrheitswillen der Bevölkerung" nachgerüstet wird. Vogel forderte Bundeskanzler Helumut Kohl auf, den USA in aller Dringlichkeit diese Gefahr einer Spaltung des deutschen Volkes in der Raketenfrage darzulegen.

DER KOMMENTAR

Kohls Reise

MANFRED SCHELL

Bundeskanzler Helmut Kohl startet in dieser Woche zu seiner ersten Reise in den Nahen Osten. Jordanien, Ägypten und Saudi-Arabien stehen auf dem Programm. Der Wunsch Kohls war es, als deutscher Regierungschef zuerst Israel zu besuchen. Aber diese Absicht hatte sich wegen der Neubildung der Regierung in Jerusalem nicht verwirklichen lassen. Die Israel-Reise soll nun bald nachgeholt werden.

Helmut Kohl reist in eine der sensibelsten Regionen dieser Welt. Der Libanon-Konflikt ist ein augenscheinliches Beispiel dafür. Die Möglichkeiten des Kanzlers, hier Einfluß im Sinne einer gerechten und friedlichen Lösung zu nehmen, sind äußerst gering. Auch deshalb, weil die Europäer in der Vergangenheit die Ereignisse im Nahen Osten eher aus der Distanz beobachtet und mit wenig hilfreichen Deklamationen begleitet haben.

Das öffentliche Interesse richtet sich zwangsläufig vor allem auf den Besuch des Kanzlers in Saudi-Arabien. In Dschidda, wo Kohl mit König Fahd konferiert, wird ihm ein Höchstmaß an diplomatischem Geschick abverlangt werden. Das Königshaus erwartet eine Zusage der Bundesregierung für die Lieferung des modernen Kampfpanzers „Leopard 2". Es verweist auf eine Zusage des früheren Kanzlers Helmut Schmidt. Die Aktenlage im Bundeskanzleramt gibt dazu allerdings kein klares Bild. Gestern hat aber der SPD-Politiker Wischnewski erklärt, die Entscheidung, den Panzer nicht zu liefern, sei bereits vor einem Jahr gefallen. Darüber wußte bisher niemand etwas.

Die Situation, in der sich Helmut Kohl befindet, ist gewiß nicht einfach. Die Saudis verweisen unverblümt auf ihr Entgegenkommen bei öllieferungen und Krediten. Und im deutschen Rüstungsexport geht es um Arbeitsplätze. Aber das ist nur die eine Seite der Medaille. Die andere heißt Israel. In den Fraktionen des Deutschen Bundestags ist die Tendenz vorhanden, nicht zu liefern. Der Kanzler selbst sagt, das Lebensrecht Israels in sicheren Grenzen gehöre zur Ethik der deutschen Außenpolitik.

Der „Leo" in den Händen der Saudis wäre eine schwerwiegende Gefahr, eine akute Bedrohung für Israel. Es entspricht Kohls Naturell, keine übereilten Festlegungen zu treffen. So will er sich zunächst die Argumente der Saudis anhören, will er ausloten, ob sie sich mit „Ersatzlieferungen" zufriedengeben könnten. Es liegt auf der Hand und ist unabweislich, daß Kohl nach seinem Riad-Besuch diskrete Kontakte zu Israel aufnimmt. Aber die Zeit des Abwägens geht unaufhaltsam und rasch zu Ende. Das muß der Kanzler wissen. Und er muß sich davor hüten, bei den Saudis falsche Hoffnungen zu nähren.

„DDR" baut ein neues Sperrsystem

Flucht soll schon im Vorfeld verhindert werden / Modell „Grenzwache"

ms./DW. Bonn

In Bonner Regierungskreisen verdichten sich die Vermutungen, daß mit dem Abbau der Todesautomaten durch die „DDR" eine generelle „Umstrukturierung" der Grenzüberwachung verbunden ist. Diese technische Perfektionierung des Grenzsicherungssystems könnte, so hieß es, möglicherweise den Schießbefehl an die „DDR"-Grenzsoldaten weitgehend überflüssig machen.

Der Bundesregierung liegen Erkenntnisse darüber vor, daß die Regierung in Ost-Berlin die Grenzanlagen bis ins Hinterland hinein staffeln wolle. Dadurch würden die Chancen von Flüchtlingen in den Westen zu gelangen, praktisch zunichte gemacht. Eines Schießbefehls bedürfe es dann nicht mehr.

In einem Vermerk an Bundesinnenminister Friedrich Zimmermann schrieb der Bundesgrenzschutz: „Nach bisherigen Erkenntnissen soll ab 1984/85 für den gesamten Bereich das Modell Grenzwache eingeführt werden." Dies würde eine Dreiteilung der „DDR"-Kräfte an der Demarkationslinie bedeuten. Vor den ersten Zäunen würden sogenannte „Grenzaufklärer" postiert werden. Dann kämen sogenannte „Grenzwachen" (40 bis 55 Mann) in vorderste Linie, im Raum zwischen Metallgitterzaun und Schutzstreifenzaun. Hinter dem Schutzstreifenzaun würden dann Bataillone mit Alarmkompanie und Regimenter stationiert werden.

Aus einer solchen Regelung könnten sich, wie der BGS schreibt, für die „DDR" folgende Vorteile ergeben: Politisch zuverlässige Kräfte würden vor dem Metallgitterzaun eingesetzt. Das hieße, selbst wenn ein Flüchtling alle Sperranlagen überwinden kann, besteht für ihn die Gefahr, daß er noch auf den letzten Metern festgenommen oder niedergeschossen wird. Im Raum zwischen Metallgitterzaun und Schutzstreifenzaun würden nach dem „Modell Grenzwache", wie der BGS darlegt, „zuverlässige Kräfte mit hervorragenden Ortskenntnissen" eingesetzt. Weniger zuverlässige Kräfte würden danach nur noch im grenznahen Hinterland eingesetzt.

SEITE 3:
System „Grenzwache"

In dem BGS-Papier an Bundesinnenminister Zimmermann, das vom 29. September stammt, wird auch über die Anstrengungen der „DDR" in den vergangenen Jahren berichtet, die innerdeutsche Grenze auszubauen. Die Staffelung ins Landesinnere sehe danach so aus: Es gebe einen zweireihigen Stacheldrahtzaun (Zwischenraum vermint) oder einen zweireihigen Metallgitterzaun, etwa 2,40 Meter hoch. Hier sei der Zwischenraum ebenfalls vermint. Unabhängig von diesen Zäunen gebe es zum Teil einen einreihigen Metallgitterzaun, etwa 3,20 Meter hoch und mit Selbstschußanlagen versehen. Gleich welche Zäune existieren, seien im Hinterland zusätzlich ein Sperrgraben für Kraftfahrzeuge, Betonsperrmauern, Beobachtungstürme und Bunker, Lichtsperren, Hundelaufanlagen und elektronische sowie akustische Signalanlagen vorhanden.

Mehr Zurückhaltung bei Veröffentlichungen oder bei „Erfolgsmeldungen" in der Deutschlandpolitik forderte der Vorsitzende der CSU-Landesgruppe im Bundestag, Theo Waigl. Im Sender Freies Berlin sagte der CSU-Politiker, er wünsche sich, daß die ganze Thematik mehr intern

■ Fortsetzung Seite 10

„Verzicht auf Pershing 2 dient Neutralisierung"

dpa/AP/rtr, Hamburg

Ein Verzicht der USA auf die Stationierung der Pershing 2 in der Bundesrepublik Deutschland ohne einen Verhandlungserfolg in Genf wäre nach Ansicht des früheren US-Außenministers Henry Kissinger „der erste Schritt zu einem sowjetischen Veto über jede Art von Stationierung, der erste Schritt zu einer Art Neutralisierung". Es wäre ein „erheblicher politischer Rückschlag für den ganzen Westen". In einem „Spiegel"-Interview erklärte Kissinger weiter, dies würde bedeuten, daß es Moskau nach dem Verzicht des Westens auf die Neutronenwaffen zum zweitenmal gelungen wäre, „durch Propaganda, durch politischen Druck und durch das Anheizen von Stimmungen" ohne jegliche Gegenleistung den Verzicht auf ein westliches Waffensystem zu bewirken.

Kissinger trat allerdings dafür ein, „sehr viel weniger" als die geplanten 108 Pershing 2 in der Bundesrepublik Deutschland zu stationieren. Als „eine Art Ausgleich für die britischen und französischen Systeme" solle der UdSSR die Stationierung von hundert Raketen in Asien gestattet werden. Der frühere Außenminister meinte, nach der Stationierung der Pershing 2 und der Marschflugkörper wäre es „für die Sowjets nahezu unmöglich oder doch zumindest sehr viel schwieriger, einen Angriff nur gegen Europa und nicht zugleich auch gegen die Vereinigten Staaten zu führen". Durch die Nachrüstung werde die Verteidigung Europas an die der USA angekoppelt.

Craxi: Osten unterwandert ‚Friedensbewegung'

AP, Rom

Die Länder des Ostblocks unterstützen nach Überzeugung des italienischen Ministerpräsidenten Bettino Craxi die „Friedensbewegungen", da sie die Nachrüstungspläne der NATO für Westeuropa bekämpfen. Gegenüber dem römischen Nachrichtenmagazin „L'Espresso" vertrat Craxi jedoch die Ansicht, daß es Moskau nicht gelingen werde, die USA und ihre Verbündeten in Verteidigungsfragen zu entzweien.

Zu den Aktionen der „Friedensbewegung" in Italien erklärte Craxi, es gebe Beweise für ein gewisses Maß der Unterwanderung der Bewegung aus dem Osten und für eine Beeinflussung der Zielrichtung der gegen die Aufstellung neuer Mittelstreckenwaffen betriebenen Agitation. Die Sowjetführer wüßten allerdings, daß die NATO-Länder in Verteidigungsfragen „substantiell einig" geblieben seien.

Seine Sozialistische Partei veröffentlichte am Wochenende Auszüge aus einem Schreiben des „DDR"-Staatsratsvorsitzenden und SED-Generalsekretärs Erich Honecker an den Regierungschef. Darin weist Honecker darauf hin, daß die Aufstellung der NATO-Raketen die internationale Lage „weiter komplizieren" und die Kriegsgefahr erhöhen würde. Honecker schrieb ferner: „Wir stimmen mit all denen überein, die konstruktive Verhamdlungen über Rüstungsbegrenzung und Abrüstung zwischen den Vereinigten Staaten und der Sowjetunion wünschen."

„NVA muß Politik der Partei verstehen"

AFP, Berlin

„Ein höheres Niveau der ideologischen Arbeit" in den „DDR"-Streitkräften hat der Chef der politischen Hauptverwaltung der NVA, Generaloberst Heinz Kessler, in der Zeitung „Volksarmee" verlangt. Es müsse gewährleistet sein, daß jeder Armeeangehörige „die Politik der Partei versteht". In einem Beitrag zu den Parteiwahlen schrieb Kessler, für die SED-Mitglieder komme es mehr denn je darauf an, „sich über die Grundfragen unserer Zeit völlige Klarheit zu verschaffen, um zu allen Problemen einen festen, klassenmäßigen Standpunkt zu beziehen und diesen prinzipienfest ... vertreten zu können". Das erfordere eine „ausgeprägte kämpferische Haltung und Unduldsamkeit allem gegenüber, was beim Vorwärtsschreiten behindert".

Kreml ließ gegen westliche Nachrüstung demonstrieren

Moskauer Fernsehsprecher „modifizierte" Andropow

F. NEUMANN/DW. Moskau

„Gegen die Raketenpläne der USA und der NATO" ließ der Kreml am Samstag nach Angaben der amtlichen Nachrichtenagentur Tass in Moskau rund 800 000 und in allen Unionsrepubliken rund 70 Millionen Menschen demonstrieren. In Moskau hatten aber nach Schätzungen mehrerer Beobachter die sieben Kundgebungen, zu denen sich die Marschsäulen bewegten, jeweils höchstens 10 000 bis 15 000 Teilnehmer.

Heftiger Wind bei nur fünf Grad über Null dämpfte sichtbar die Begeisterung der Demonstranten. Vor der US-Botschaft rafften sich kleine Gruppen gelegentlich dazu auf, gemeinsam Parolen wie „Nein zu amerikanischen Raketen in Europa" in das unwirtliche Wetter zu schreien, von Spickzetteln und Lautsprecheraufrufen geleitet. Bald nach Ankunft am Eingang des Gorki-Parks zehrte die Demonstration rapide aus: Nachdem die Kosmonautin Valentina Tereschkowa über den „Wahnsinn des Wettrüstens" und die „friedliebende Politik der Sowjetregierung" gesprochen hatte, konnte man sich mühelos durch die aufgelockerten Reihen bewegen, in denen munter geplaudert wurde. Beinahe hätten es manche verpaßt, durch ihr Handzeichen der „Friedensresolution" zuzustimmen, die auf allen Versammlungen „einstimmig" verabschiedet wurde. Noch im Gehen stießen einige den Arm in die Luft.

„Die Werktätigen Moskaus", so ließ das Partei-Organ „Prawda" gestern

● Fortsetzung Seite 10

Washington will Pakistan F-16-Kampfjäger liefern

Weinberger spricht vor afghanischen Widerstandskämpfern

dpa/AP/rtr, Islamabad

Der amerikanische Verteidigungsminister Caspar Weinberger hat Pakistan die volle Unterstützung der Vereinigten Staaten bei der Stärkung seiner Verteidigungskraft in militärischer und wirtschaftlicher Hinsicht zugesichert. Während einer Pressekonferenz zum Abschluß seines dreitägigen Pakistan-Besuches erklärte Weinberger am Sonntag in Islamabad, Washington werde dem asiatischen Land moderne F-16-Kampfflugzeuge liefern.

Der US-Verteidigungsminister, der auch mit Präsident Zia ul Haq zusammentraf, erörterte mit der pakistanischen Regierung weitere US-Militärhilfen im Umfang von 3,2 Milliarden Dollar (rund 8,5 Milliarden Mark).

Ein hoher pakistanischer Regierungsbeamter sagte, wegen der „gespannten Sicherheitslage" wolle Pakistan eine reibungslose Lieferung weiterer amerikanischer Waffen sicherstellen. Er verwies darauf, daß in der Zeit vom 1. Februar bis zum 19. September dieses Jahres der pakistanische Luftraum von afghanischen Kampfflugzeugen des sowjetischen Typs MIG insgesamt 32mal verletzt worden sei.

Vor seinen Gesprächen mit Zia und zahlreichen Militärs hatte Weinberger den in einem Flüchtlingslager in der Nähe der pakistanischen Grenzstadt Peshawar lebenden Afghanen die Unterstützung der USA im Kampf um die Befreiung ihres Heimatlandes von der sowjetischen Besatzungsmacht zugesichert. „Euer Freiheitskampf und eure Bereitschaft zum Kampf gegen eine überwältigende Übermacht ist zum Erfolg bestimmt", sagte Weinberger vor mehreren tausend afghanischen Flüchtlingen.

Weinberger würdigte dabei auch die Hilfe der pakistanischen Regierung für die Flüchtlinge aus dem Nachbarland. Seit Beginn der sowjetischen Invasion in Afghanistan im Dezember 1979 sind schätzungsweise mehr als drei Millionen Afghanen nach Pakistan geflohen. Der US-Verteidigungsminister ignorierte jedoch die Forderung eines Flüchtlingssprechers nach Ausstattung der moslemischen Widerstandskämpfer mit modernen Flugabwehrraketen.

Kohl will Leo-Entscheidung offenhalten

Mertes: „Dilemma Bonns" / Abwägung der Sicherheit in Golf-Region und der Israels

ms./DW. Bonn

Bundeskanzler Helmut Kohl will auf seiner bevorstehenden Nahost-Reise die Entscheidung über den saudischen Wunsch nach Lieferung des deutschen Panzers vom Typ Leopard 2 weiter offenhalten. Staatsminister Alois Mertes (CDU) vom Auswärtigen Amt sprach gestern abend im ZDF von einem „Dilemma", in dem die Bundesregierung stecke. Einerseits sei die Sicherheit in der Golf-Region von „gesamtwestlichem Interesse", andererseits habe auch Israel einen Anspruch auf Sicherheit „gegenüber allen Gefahren, die seine Existenz bedrohen". Mertes: „Der Maßstab unseres Verhaltens ist immer die Frage: Dient es der Stabilität und der Friedensstiftung in diesem Raum?"

Der SPD-Politiker Hans-Jürgen Wischnewski erklärte in derselben Sendung, die frühere Bundesregierung unter Helmut Schmidt habe sich gegen die Lieferung des Leo 2 an Saudi-Arabien entschieden. Diese Beschlußfassung liege „über ein Jahr zurück". Bundesaußenminister Genscher, so Wischnewski, „hatte damals den Auftrag des Bundeskanzlers bekommen, die Saudis darüber zu informieren". Der SPD-Politiker riet dem Kanzler, der in dieser Woche zu einer Reise nach Jordanien, Ägypten und Saudi-Arabien aufbricht, zu einer konsequenten Haltung: Kohl solle sagen, daß diese Panzer an kein Land außerhalb der NATO geliefert würden.

Der Kanzler wiederum möchte sich in Dschidda im Gespräch mit König Fahd ein konkretes Bild von den Erwartungen der Saudis machen. Die Aktenlage im Bundeskanzleramt ergibt offensichtlich keinen Aufschluß darüber, ob Schmidt Saudi-Arabien die Lieferung der Kampfpanzer zugesichert hat. Von saudischer Seite jedenfalls war eine entsprechende Version verbreitet worden. Nach wie vor pochen die Saudis auf die Einhaltung einer solchen „Zusage". Sie sind daran interessiert, insgesamt 500 Leo 2 zum Stückpreis von 3,5 Millionen Mark zu kaufen.

Bundeskanzler Kohl ist für eine restriktive Rüstungs-Exportpolitik bekannt. Außerdem hat er erklärt, Bonn werde nichts tun, was die Sicherheit Israels gefährden könnte. Allerdings weist Kohl auch auf ein Entgegenkommen der Saudis bei Konditionen für Öllieferungen und für Milliardenkredite hin.

DIE WELT
UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

In hellen Scharen

Von Herbert Kremp

Es ist ein ungeordneter Rückzug: Die Sozialdemokraten wenden sich in hellen Scharen gegen den NATO-Doppelbeschluß, gleichgültig, ob in Genf noch etwas herauskommt oder nicht. Die Ablehnungsfront wächst von Bezirksparteitag zu Landesparteitag. *Offen in Zweifel gezogen werden der amerikanische Verhandlungswille, die Strategie des Atlantikpaktes, das westliche Bündnis selbst.* Der ungeordnete Rückzug führt ins Niemandsland.

Innerhalb eines Jahres Opposition hat sich damit der Verfall des sicherheitspolitischen Denkens in der SPD vollzogen. So schnell, daß er die Brüchigkeit der Regierung Schmidt in der letzten Phase ihres Amtierens nachhaltig und nachhallend demonstriert. Die Autorität des alten Kanzlers ist vom Winde verweht. Vom Ostwind, wenn nicht alles täuscht. Denn die Partei kann nicht im Niemandsland stehenbleiben. Das kann niemand im Land, dafür ist das Land zu klein. In der Sicherheitspolitik gibt es angesichts der starken Gravitationskräfte, die auf uns einwirken, nur die Bewegung in die eine oder in die andere Richtung. Die Sozialdemokratie beginnt von der westlichen in die sowjetische zu wechseln.

Noch stemmt sich ein Teil des Führungspersonals gegen den verhängnisvollen Schwenk. Männer wie Schmidt, Leber, Apel ahnen, daß ein Losreißen der SPD vom westlichen Schwerefeld das Leben in der Republik unsicherer und unberechenbarer macht. Das Wort von der Berechenbarkeit der Politik wurde von dem früheren Bundeskanzler oft verwendet, wenn es darum ging, die Stetigkeit der deutschen Politik (im Unterschied zur Politik anderer Länder) zu charakterisieren. Heute hat es einen *selbst-ironisierenden Klang;* denn unberechenbar wurde zuvörderst die ehemalige Kanzler-Partei.

Vergebens stemmte sich auch das Partei-Management, die Vogel und Glotz, gegen die Vorverurteilung der Nachrüstung noch während des Genfer Prozesses. Die Provinzialität, die Krähwinkelei des Denkens in den Schreberbezirken ist stärker. Die tatsächlichen Weltgegebenheiten, das Schisma der Werte zwischen West und Ost, der Sinn für die Proportionen der Macht geraten aus dem Sinn. Was bleibt, ist die anmaßende Forderung nach einem Frieden, den man nicht mehr verteidigen will.

Grüne Option

Von Dankwart Guratzsch

Die hessischen Grünen bringen Holger Börner in die Klemme. Noch wenige Tage vor den hessischen Landtagswahlen hatte der geschäftsführende Ministerpräsident in einem WELT-Interview erklärt: „Ich schließe nicht nur eine Koalition, sondern auch eine Zusammenarbeit mit ihnen aus. Koalition oder Zusammenarbeit – das ist für mich politisch-substantiell dasselbe. Die Grünen stehen für mich *außerhalb* jeder Kalkulation."

Nun aber steuern die hessischen Grünen ausdrücklich eine Zusammenarbeit mit Börners Sozialdemokraten an und schließen nicht einmal mehr aus, auch einen Ministerpräsidenten Börner mitzuwählen. Demgegenüber haben CDU und FDP in Hessen erklärt, daß sie weder eine Koalition mit der SPD eingehen noch ein SPD-Kabinett auch nur tolerieren würden. Die grünen Sirenenklänge müssen auf Börner daher geradezu verführerisch wirken.

Freilich: Schon die abgelaufene Legislaturperiode hat bewiesen, daß Standfestigkeit nicht gerade die allervorstechendste Tugend des Ministerpräsidenten ist. Die vorher noch in die Nähe von Faschisten gerückten Grünen waren nach den Wahlen vor einem Jahr flugs zu politischen Juniorpartnern geworden, mit denen Börner sein Vorschalt- und sein Bürgschaftsgesetz durch den Landtag brachte. Außerdem hat Börner seine eigene Partei schon in den vergangenen Wochen tiefgrün eingefärbt, um den, wie er sagte, „politikunfähigen Grünen" die Wähler wegzunehmen. Dieser chamäleonhafte Zug seiner Politik – bald rot, bald grün, je nach Situation – kann ihm eine neue Liaison erleichtern.

Zudem hat sich Börner in seinem eigenen Wahlslogan verfangen, *ein „Gegengewicht zu Bonn" zu bilden. Es klingt* logisch, wenn die hessischen Jusos argumentieren, das lasse sich doch wohl nicht mit jenen Parteien realisieren, die in Bonn regieren – der CDU und der FDP. Warum also nicht wieder rein in die grünen Kartoffeln?

Börners Hoffnung könnte sein, daß die Grünen dabei zum Wurmfortsatz der SPD degenerieren und bei der nächsten Wahl nicht mehr existent sind. Aber diese Hoffnung hat ihren Preis. So wie bei der Alleinregierungsform des „Börnapartismus" steht auch beim Bruch von Wahlaussagen das Demokratieverständnis auf dem Spiel. Der Jubel über den Wahlsieg hat für die hessische SPD einen bitteren Nachgeschmack.

Kurpfuscherei

Von Peter Jentsch

In der Reformeuphorie der damaligen sozialliberalen Koalition entstand 1972 das als „Jahrhundertwerk" gefeierte Krankenhausfinanzierungsgesetz (KHG). Es sicherte die zweigleisige Finanzierung der Kliniken, nämlich die Bezahlung der Investitionskosten durch den Staat und die der Pflegekosten durch die Krankenversicherung.

In der Folge dieses Gesetzes und der in Länderhoheit betriebenen Krankenhausbedarfsplanung entstanden Mammutkliniken auf der grünen Wiese, erscholl der Ruf nach dem klassenlosen Krankenhaus. Ihm fielen kleinere Kliniken bis zu 200 Betten, die für die stationäre Grundversorgung durchaus gute Dienste taten, zum Opfer. Folge: immer weniger, immer größere Spitäler, aber immer mehr Betten.

Heute sind die öffentlichen Kassen leer, die Beitragssätze der Krankenversicherung haben die obere Grenze erreicht. Es geht nicht mehr um die Kanalisierung des Wachstums, sondern um die Erhaltung des Erreichten, um die Verteilung des Mangels. Darauf aber ist das KHG nicht angelegt.

Auf 15 Milliarden Mark beläuft sich inzwischen der Antragsstau für notwendige Investitionen in den Kliniken. Bund und Länder kommen ihren Zahlungsverpflichtungen nicht mehr nach. Folgerichtig verlangt der Bundesarbeitsminister eine Kur für das kranke Krankenhaus. Experten sollen am 6. Dezember Vorschläge für eine Neuordnung der Krankenhausfinanzierung offerieren.

Was bis jetzt bekanntgeworden ist, gibt Anlaß zur Hoffnung: Schluß mit der Mischfinanzierung, Stärkung der Selbstverwaltung durch Gründung eines Zweckverbandes, Abkehr vom vollpauschalierten Pflegesatz. Die Bundestagsfraktionen werden in dieser Frage einig sein. Schwierigkeiten werden die Länder machen, weil sie auf Kompetenzen verzichten müssen. Die Länder sollten begreifen, daß Kurpfuscherei dem kranken Krankenhaus nicht mehr hilft.



„Die größte Friedenstaube der Welt, wetten?

ZEICHNUNG: KLAUS BÖHLE

Viel Taktik, wenig Strategie

Von Cay Graf Brockdorff

Große Ideen sind gescheitert, weil Zaghaftigkeit im Spiel war. Es gebrach den Handelnden nicht am guten Willen, aber oft fehlte ihnen die Fähigkeit, den Kern der Sache im Auge zu behalten. Oder aber sie wurden mit so viel Details überschüttet, daß der Überblick über das Ganze verlorenging. Manchmal wurden die Dinge einfach verwählt.

Es gibt dafür Beispiele in der Geschichte. Graf Schlieffen entwickelte Anfang des Jahrhunderts den Plan, Frankreich dadurch zu schlagen, daß der deutsche rechte Flügel unvergleichlich stark, der linke überaus schwach sein sollte. Dem Plan wohnte eine psychologische Zielsetzung inne. Schlieffen war schon tot, als andere den von ihm beabsichtigten Drehtüreffekt durch Hinzutun und Weglassen vereitelten: unbeabsichtigt, aber wirksam. Sie hatten nichts begriffen. Das legte die Saat für die Grabenkämpfe des Ersten Weltkrieges, in dem die Jugend Europas verblutete.

Schlieffens Idee verdient es, als intellektuelles Gedankengebäude in Erinnerung zu bleiben. Wir erleben heute – in anderer Situation –, wie ein mit hoher Rationalität erarbeitetes Konzept in Gefahr gerät, durch allmähliche Umwandlung zerstört zu werden: der Nachrüstungsbeschluß.

Schlieffens Plan war ein Kriegsplan, entstanden als Option für Monarch und Regierung. Der Nachrüstungsbeschluß dagegen ist ein Friedensplan. Die NATO hat feierlich auf den Ersteinsatz der Waffen – aller ihrer Waffen – verzichtet; was sie will und betreibt, ist die Kriegsverhinderung. Ihre Abschreckungsstrategie, formal „Flexible response", will dem potentiellen Gegner das Kriegsrisiko so unkalkulierbar erscheinen lassen, daß er sich genötigt sieht, seine Ziele mit politischen Mitteln zu verfolgen.

Diesen Gedanken diente der Beschluß von 1979, die Atomwaffen der NATO zu modernisieren. Mit der Einführung der Pershing 2 und von Cruise Missiles wollte man das verringerte Risiko wiederherstellen, das sich nach enormen konventionellen und nuklearen Rüstungsanstrengungen Moskaus ergeben hatte. Außerdem beschlossen die NATO-Staaten, der Sowjetunion ein Angebot zur Rüstungskontrolle zu unterbreiten. Rüstungskontrollpolitik wurde als eine Funktion der Sicherheitspolitik verstanden, nicht als Selbstzweck.

Zur Erhaltung der Lebensfähigkeit der „Flexible response", die waffentechnischen Veränderungen unterworfen ist, legte sich das Bündnis auf die Beschaffung von 108 Pershing 2 und 464 Cruise Missiles fest. Mischung und Zahl basierten auf umfangreichen Analysen einiger der besten Köpfe im Bündnis. Man wollte die Glaubwürdigkeit der Abschreckung wiederherstellen und die Einbeziehung Amerikas in die Verteidigung Europas demonstrieren. Gemessen am sowjetischen Potential signalisierte der Beschluß, daß die Selbstbeschränkung auf 575 Systeme nicht zur Führung eines separaten Atomkrieges befähigen sollte. Schließlich wurde festgelegt, den Bedarf im Licht konkreter Verhandlungsergebnisse zu überprüfen.

Das Cruise Missile war sozusagen das Standbein der Entscheidung. Es sollte die Einbeziehung der Interkontinentalwaffen Amerikas in das Kalkül eines Angreifers bewerkstelligen. Die Bedrohlichkeit der Marschflugkörper gründet sich darauf, daß diese Waffe die gegnerische Luftabwehr gewissermaßen mit Zielen überfüttert – vorausgesetzt, daß sie in großer Anzahl gestartet werden. Die Pershing hat eine andere Aufgabe. Sie fliegt auf ballistischer Bahn. Die Wucht ihres Sprengkopfes ist geringer. Sie ist ein Florett, das empfindliche Stiche austeilen kann. Das ist für die NATO von fundamentaler Bedeutung. Die Richtlinien der Allianz verlangen apodiktisch die Wiederherstellung der Abschreckung auch nach Kriegsbeginn. Mit anderen Worten: Abbruch der Kampfhandlungen und politische Konfliktlösung bleibt das oberste Ziel.



Wo bleibt die Sicherheitspolitik? – Bundesaußenminister Genscher FOTO: VISUM

Mit Sorge ist zu beobachten, wie die Bundesregierung unter dem Druck gnadenloser Attacken auf den Stationierungsbeschluß den roten Faden zu verlieren scheint. Nicht ihr Wille wird in Zweifel gezogen, wohl aber die Fähigkeit mancher Handelnder, die Erfordernisse einer auf Kriegsverhinderung *gerichteten Strategie im Auge zu* behalten. Die Rüstungskontrolleure in Bonn scheinen sich die Sicherheitspolitik zu unterwerfen.

Diese Zeitung fühlte sich schon im Sommer veranlaßt, vor einer Entwicklung zu warnen, in deren Gefolge die Bedeutung des vorgesehenen Waffenmixes vernachlässigt zu werden drohte. Jüngsten Meldungen ist zu entnehmen, daß die deutsche Seite dennoch auf die Herabsetzung des für die Strategie so elementaren Pershing-Anteils drängt. Lassen sich Kreml und Friedensbewegung wirklich besänftigen? Andropows Reaktion beweist eher das Gegenteil.

Für die Rüstungskontrollpolitik ist das Auswärtige Amt zuständig; für Sicherheitspolitik das Kanzleramt, das Verteidigungsministerium und letztlich auch das Auswärtige Amt. Die Grenzen sind fließend, aber: Die Verantwortlichkeit des Kanzlers ist scharf umrissen.

In kritischen Phasen mangelt es an Besinnungsfähigkeit. Beamte und Offiziere geraten in den Sog politischer Zwänge, aus denen sie sich kaum befreien können. Die Sicherheitspolitik oder das, was es dafür hält, wird vom Auswärtigen Amt dominiert. Der Kanzler, in dessen unmittelbarer Umgebung kaum jemand zuvor Fragen der Nuklearstrategie bearbeitet hatte, gestattet dem Außenministerium Taktieren, wo Festigkeit am Platze wäre. Das Verteidigungsministerium schließlich ist in eine Art Zuschauerrolle gedrängt worden. Das gibt zu denken.

IM GESPRÄCH Michael Hampe

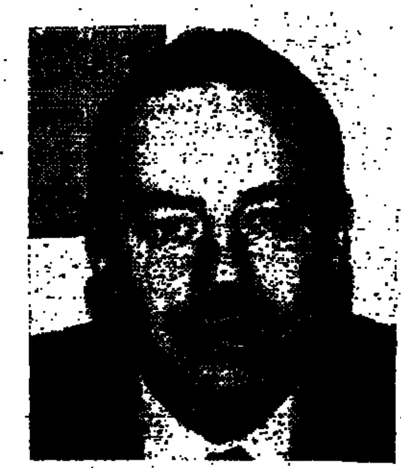
„Erst kommt Mozart . . . "

Von Giselher Schmidt

Nun dreht er auch die Schraube im eigenen Haus. Michael Hampe, der im Juni dieses Jahres zum 25. Geburtstag des neuen Münchner Cuvilliéstheaters Benjamin Brittens „The Turn of the Screw" (Die Drehung der Schraube) inszeniert hatte, bringt diese Kammeroper – in gleicher Produktion und fast gleicher Besetzung – seit dem 1. Oktober über die Kölner Opernbühne. Hampe – acht Jahre schon Kölner Opernintendant – meint: „Die Gründe für eine solche Kooperation zwischen zwei Opernhäusern liegen in Zeiten des knappen Geldes auf der Hand. Es gibt aber noch andere Vorteile. Man kann eine gleichbleibende hochrangige Besetzung verpflichten. Natürlich ist es für Sänger attraktiv, mit einer Produktion in zwei Häusern aufzutreten. Und Brittens Werk kann sehr leicht zwischen zwei Städten hin- und hertransportiert werden. Selbstverständlich setzt eine solche Koproduktion auch voraus, daß die Leitungen beider Häuser künstlerisch miteinander harmonieren."

Hampe verweist auf andere Kooperationen – etwa mit dem Edinburgh-Festival vor zwei Jahren, von dem Hampe seine „Barbiere di Seviglia"-Inszenierung auch nach Köln brachte. Ähnliches soll 1985 geschehen. Dann wird bei den Salzburger Festspielen Monteverdis „Ritorno d'Ulisse" in einer Neubearbeitung durch Hans Werner Henze unter der szenischen Leitung von Michael Hampe aufgeführt. Und Hampe nimmt anschließend seine Salzburg-Produktion nach Hause mit.

Obgleich Hampes Devise lautet: „Erst kommt Mozart, dann der liebe Gott und dann der Rest", so überläßt er seinen Mozart in Köln dem Gastregisseur Jean-Pierre Ponnelle. Wenn Hampe ein- bis zweimal pro Saison im eigenen Haus inszeniert, dann berücksichtigt er andere Komponisten – wie diesmal nach Britten noch Rossini mit seiner „Diebischen Elster".



Operintendant in Köln: Michael Hampe FOTO: G. SCHMIDT

Dafür ist Mozart Favorit bei Hampes Gastinszenierungen. So hat er mit einer „Entführung aus dem Serail" bei den Schwetzinger Festspielen das umgebaute Schloßtheater eingeweiht. Und im Sommer 1982 gab Hampe sein Salzburger Regie-Debüt mit „Cosi fan tutte". Die Produktion lief und läuft weiter – im letzten wie im nächsten Festspielsommer, auf der Schallplatte wie im Fernsehen.

An der Kölner Musikhochschule hat der heute 48jährige gebürtige Heidelberger eine Professur für dramatischen Unterricht. Er liest ebenso an der Universität und an der Fachhochschule Köln. Da seit seiner theaterwissenschaftlichen Dissertation bei Heinz Kindermann in Wien Bühnentechnik sein Spezialgebiet ist, so gehört er auch der Jury an, die über Pläne für den Neubau der Pariser Oper zu befinden hatte.

Gelegentlich unternimmt Hampe, der auch ausgezeichnet Cello spielt, Ausflüge in den ursprünglich gelernten Beruf des Schauspielers – wie etwa bei dem Peter-Beauvais-Film „Der Kunstfehler" für das erste TV-Programm.

DIE MEINUNG DER ANDEREN

Die Bilanz nach einem Jahr Kohl ist nach Meinung der meisten Kommentatoren alles andere als rosig:

BERLINER MORGENPOST

Kein Zweifel, nach einjähriger Kanzlerschaft steht Kohl der Wind ins Gesicht. Die Wahlen in Hessen und Bremen waren ein ernstes Warnzeichen. Offensichtlich ist es der Bundesregierung nicht gelungen, die Bürger von der Notwendigkeit der Bonner Sparbeschlüsse zu überzeugen.

BERNER ZEITUNG

Alles in allem ... brachte die Bonner Wende sehr viel weniger Veränderung als etwa der Wechsel von Labour zu den Tories in Großbritannien oder von Giscard zu Mitterrand in Frankreich. Allerdings macht man in Deutschland wohl mehr Wind um den Wechsel als in anderen Staaten.

Kölner Stadt-Anzeiger

Die Lage ist ernst, würde Konrad Adenauer gesagt haben. Und sein Enkel und Erbe im Amt wird das ähnlich sehen, wenn er es auch nicht so sagt ... Die Leichtigkeit, mit der er bisher die Geschäfte geführt hat, droht allmählich, ihm als Führungsschwäche ausgelegt zu werden.

WESTDEUTSCHE ALLGEMEINE

Am sichtbarsten wurden die Absichten der neuen Regierung bisher beim Bundeshaushalt. ... Wenn das Ziel Kohls die Wende war, so ist sie bisher nur in Ansätzen sichtbar geworden. Ein Jahr Kohl hat die Bundesrepublik nicht spürbar verändert. *Manche Besorgnis hat sich als grundlos* erwiesen. Aber auch die meisten Hoffnungen blieben unerfüllt. Kohl ist, in jeder Hinsicht, ein Alltagskanzler ... **(Essen)**

Niedersächsische Allgemeine

Die christlich-liberale Koalition, vom Wähler am 6. März bestätigt und für vier Jahre beauftragt, hat die in sie gesetzten Hoffnungen bei weitem noch nicht erfüllt. **(Kassel)**

Westfälische Nachrichten

Gefährlicher noch als alle Anfechtungen von außen kann ... für den Kanzler eine neue Mentalität werden, die sich in einer Mischung von Mißgunst und Wankelmut in seinen eigenen Reihen auszubreiten droht. .. Schon liebäugeln manche damit, die Haushaltsbeschlüsse für 1984 wieder aufzuweichen. ... Unter diesen mißlichen Umständen sollte sich der Kanzler stets der „Dreieinigkeit" seiner Minister Stoltenberg, Blüm und Graf Lambsdorff vergewissern. Ohne sie kann er seinen Kurs in den Stürmen der nächsten Monaten nicht durchhalten. **(Münster)**

Schwäbische Zeitung

Die Bürger sind überzeugt, daß es dieser Kanzler gut meint, sie werden aber auch wissen wollen, was er meint ... Das Erblast-Argument hält noch eine Weile, wird jedoch mit jedem Regierungstag schwächer ... Möge der Kanzler nicht das Fernseh-Ebenbild seines Stellvertreters werden, den Gast mit eiliger Geste in die Sesselecke geleitend, den lächelnden Sucherblick auf die Fernsehkamera gerichtet. Ein Bild der leeren, fruchtlosen Geschäftigkeit. **(Leutkirch)**

Besser ein Machtwort des Kanzlers als dies Durcheinander

Die Partner in der Europäischen Gemeinschaft warten noch immer auf Bonns Reformkonzept / Von Ulrich Lüke

Die Wende in Europa will sich nicht einstellen. Fast ein Jahr nach dem Bonner Regierungswechsel, mehr als drei Monate nach dem Stuttgarter Gipfeltreffen der Staats- und Regierungschefs, hat sich in der Europäischen Gemeinschaft nicht viel bewegt. Die umfassende Reform der Gemeinschaft – als Auftrag in Stuttgart beschlossen – ist nicht einmal in Ansätzen in Sicht.

Dem augenblicklichen griechischen Vorsitzenden in den EG-Gremien ist das ebensowenig anzulasten wie der Brüsseler EG-Kommission. Ganz gleich, wieviel Porzellan der griechische Außenminister Charalambopoulos im Bereich der politischen Zusammenarbeit schon zerschlagen hat, die Verhandlungsführung seines Staatssekretärs Varfis in den Sondersitzungen der Minister zum Reformpaket hat bisher keinen Unwillen ausgelöst. Die Kommission, die schon seit Jahren Reformkonzepte vorlegt, wurde von den Regierungschefs zu Stückwerk verdonnert: Den Auftrag, einen umfassenden Plan für alle Teile der notwendigen EG-Reform auszuarbeiten, erhielt sie nicht. Die nationalen Regierungen – so scheint es – wollten die Fäden allein in der Hand behalten.

Auf halbem Weg zwischen Stuttgart und Athen, dem geplanten „Entscheidungsgipfel", ist dabei eine für Bonn bedauerliche Bilanz zu ziehen. Höflich ausgedrückt lautet sie: In der Bundeshauptstadt gibt es in Sachen Europa ein Entscheidungs- und Vorschlagsdefizit. Im Klartext bedeutet das: Die Bundesregierung läuft Gefahr, in der Reformdebatte der Europäischen Gemeinschaft an den Rand gedrängt zu werden. Großbritannien, Frankreich, selbst Dänemark haben ihre europäischen Partner mit konkreten Vorschlägen für die Reform bedacht und manche dabei sogar verblüfft. Sie strahlen teilweise einen überraschend europäischen Geist aus.

Bonn dagegen hält oder hält sich raus. Bisher wissen seine Partner aus den Brüsseler Beratungen *genaugenommen nur,* wogegen die Bundesregierung ist. Gegen eine Aufblähung des EG-Etats, gegen diese dänische und jene französische Idee. Ein Konzept gibt es nicht. Die Bundesregierung spielt wieder einmal auf Zeit, will die anderen sich streiten lassen, um dann – quasi in letzter Minute – mit einem einvernehmlichen Kompromißvorschlag auf den Plan treten zu können. Doch dieses Konzept wird scheitern, zumal hinter der vermeintlichen Klugheit die Wahrheit nicht als Verlegenheit steht.

Den für Europa zuständigen Ressorts Außen, Landwirtschaft, Finanzen und Wirtschaft ist es ein Jahr nach der Bonner Wende immer noch nicht gelungen, ihren Grabenkampf zu überwinden. Die mühsam erzielte Einigung, im Vorfeld des Stuttgarter Gipfels aus dem „Nein" zu einer Einnahmenerhöhung für Brüssel ein „Ja, aber" zu machen, hat oberflächlich gehalten, ist aber nicht zu einer schlüssigen deutschen Position ausgebaut worden.

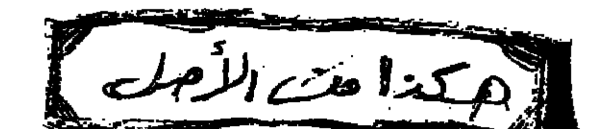
Die Bundesrepublik hat, zugegeben, in der EG mittlerweile eine Sonderstellung. Sie ist nach den *buchhalterischen Bilanzen des Finanzministers der einzige unbegrenzte Nettozahler der Gemein*schaft. Das heißt: Sie zahlt als einziges Mitglied erheblich mehr in die Gemeinschaft, als sie aus deren Kassen zurückerhält. Das zu ändern ist ein legitimes Ziel deutscher Politik, auch wenn das Nettozahlerargument eine allzu engstirnige Sicht deutscher Europapolitik enthüllt.

Aber wenn das so ist, hat die Bundesregierung wenigstens die Verpflichtung, ihr Ziel offensiv und mit überzeugenden Konzepten zu vertreten. Da reichen Nörgelei und Verweigerung so wenig aus wie der Hinweis auf mögliche neue Schritte, die kein Geld kosten. Dann müssen diese Schritte konkret benannt und vorgeschlagen werden. Dann muß Bonn sagen, wo es in der Agrarpolitik wirklich sparen will.

Es wäre an der Zeit, daß der Bundeskanzler seine Minister an den gemeinsamen Beratungstisch bringt und ein Machtwort spricht. Denn die Bonner Unwilligkeit geht den Partnern allmählich auf die Nerven. Und das hätte politisch gravierende Folgen.

Am deutlichsten ist das im Verhältnis zu Frankreich geworden. Mitterrands Finanzminister Jacques Delors – ein von der europäischen Sache durch und durch überzeugter Mann – hat erklärt, eine rein buchhalterische Konzeption von Europa, nach der jeder Staat zurückerhalten müsse, was er in die EG einzahle, habe mit dem Geist der Römischen Verträge nichts mehr gemein. Und er hat verbal sogar mit dem Austritt aus der EG gedroht, wenn sich Europa nicht zu einem Mehr an Gemeinsamkeit durchringen werde. Auch in Frankreich wächst der Unmut über Europa, speziell über die Deutschen. Noch steuert Mitterrand, trotz Widerständen in der eigenen Koalition, dagegen.

Die französischen Vorschläge für eine Wiederbelebung Europas haben in Bonn bisher kaum Resonanz gefunden. Sie zielen vor allem auf eine Ausweitung der industriell technologischen Zusammenarbeit vor allem mit den Deutschen ab. Daß die EG hier gegenüber Japan und den USA meilenweit ins Hintertreffen geraten ist, weiß jeder. Warum also greift Bonn diese Idee nicht deutlicher auf? Warum werden die französischen Avancen in Sachen gemeinsamer Sicherheitsanstrengungen nicht ernster genommen?



Ost-Berlin startet das neue System „Grenzwache"

Die „DDR"-Führung hat schon im Herbst 1981, wie erst jetzt bekannt wurde, einen Versuch für eine effektivere Grenzsicherung – ohne den Todesautomaten SM 70 – gestartet. In einem vertraulichen Bericht für die Bundesregierung erwartete der Bundesgrenzschutz um die Jahreswende 82/83 die Einführung des neuen Systems „Grenzwache" für dieses Jahr.

Von WERNER KAHL, WALTER H. RUEB und INGO URBAN



Selbstschußanlagen werden beseitigt: Soldaten der NVA kappen im Grenzgebiet bei Müssingen die Kabel
FOTO: WOLFGANG WEIHS/DPA

Auf freiem Feld war Armeegeneral Heinz Hoffmann, oberster Befehlshaber der „DDR"-Truppen, im Grenzdreieck zwischen Thüringen, Niedersachsen und Hessen mit dem Kampfhubschrauber Mi 24 gelandet. Der Verteidigungsminister ließ sich von einem Podest bei der Ortschaft Niedergandern das Modell der neuen Grenzsicherungsanlage vorführen. Verdutzt sahen westliche Patrouillen durch das Fernglas auf das herausgeputzte Podium: Gefiel dem Minister das triste Graugrün der Tarnfarbe nicht mehr, oder sollte der ostereierfarbene Anstrich des Feldherrnhügels an diesem Tag im Juni 1983 die Aufmerksamkeit des *Westens auf Veränderungen* am Todesstreifen wecken?

Drei Monate nach dieser von Grenzbeobachtern als demonstrativ empfundenen Inspektion Hoffmanns macht die Diskussion um die Grenzsicherungspläne Ost-Berlins jetzt Schlagzeilen im In- und Ausland. Der Bundesregierung liegen dazu folgende Erkenntnisse vor: Seit 1981 hatte zunächst ein Grenzregiment der „DDR"-Truppen den Auftrag, das Modell eines weiter entwickelten Systems der Grenzsicherung gegenüber der Bundesrepublik zu erproben. Das Modell trägt den Namen „Grenzwache".

Die neuen Grenzwachen wurden aus den Kompanien gebildet. Zu diesem Zweck wurde in den Regimentern die Zahl der Bataillone von drei auf zwei, die der Kompanien von zwölf auf acht reduziert. Aus den freiwerdenden Einheiten wurden je Regiment vier Grenzwachen aufgestellt. Davon setzte die Armeeführung im Erprobungsversuch zwei Gruppen unterschiedlicher Stärke ein. Modell 1 besteht aus 8 Offizieren, zehn Unteroffizieren und 58 Soldaten (74 insgesamt); Modell 2 aus 6 Offizieren, 9 Unteroffizieren und 45 Soldaten (60). Zu dieser schnellen „Greiftruppe" wurden die sogenannten Grenzaufklärer, als besonders zuverlässig geltende Grenzer, versetzt. Sie dürfen auch vor dem letzten Sperrgürtel unmittelbar an der Demarkationslinie operieren.

Die neuen Grenzwachen sind in Bunkern mit zehn bis 20 Schlafplätzen innerhalb des Sperrgürtels untergebracht. Löst ein Flüchtling aus dem Hinterland kommend am ersten *Metallzaun Alarm aus*, reagieren *die* Grenzwachen; bei dem Verdacht, es könnte sich um mehrere Flüchtlinge handeln, wird die Grenzkompanie zur Unterstützung herangezogen.

Angehörige der Grenzwachen werden auch in den Ortschaften, die an das Sperrgebiet angrenzen, zur Sicherung eingesetzt. Sie sollen zugleich das Spitzelsystem schärfer organisieren und die Überwachung mit den übrigen zivilen und militärischen *Organen* gewährleisten. *Bei Signalen*, daß es Flüchtlingen gelungen sein könnte, in die Sperrzone einzudringen, werden jetzt die in Frage kommenden Geländeabschnitte komplett abgeriegelt. Außer den Grenzkompanien können auch Zivilisten (freiwillige Helfer und Volkspolizisten) zur Abriegelung der „Einbruchstelle" eingesetzt werden. Das nunmehr drüben allgemein eingeführte System „Grenzwache" soll dazu führen, daß Flüchtlinge vor Erreichen des Todesstreifens und des letzten Sperrzaunes gefaßt werden, ohne daß geschossen werden muß. Westliche Erkenntnisse über die Vorgänge drüben gehen dahin, daß dieses System offensichtlich die Wachen im Außendienst schärfer beansprucht. Dafür können sich die Grenzkompanien mehr der Ausbildung widmen.

Der Ausbau der neuen „modernen Grenze" ist auf der Grundlage des „DDR"-Grenzgesetzes vom 25. März 1982 *in Paragraph 1 der Grenzverordnung* festgelegt. Darin heißt es, daß das Grenzgebiet zur Bundesrepublik Deutschland aus einem Schutzstreifen und einer Sperrzone besteht.

An der Demarkationslinie zu Lande (1378,1 Kilometer) war seit 1952 ein 1,20 bis 1,50 Meter hoher Stacheldrahtzaun, der sogenannte „Grenz- oder Warnzaun" als erste Grenzsperre errichtet worden. Im Anschluß an den Zaun wurde ein zehn Meter breiter Kontrollstreifen angelegt, der der Feststellung von Fußspuren diente. Da auf Flüchtlinge auf diesem Kontrollstreifen ohne Warnung und gezielt geschossen wurde, erhielt er im Volksmund die Bezeichnung „Todesstreifen".

Wegen des *nicht abreißenden* Flüchtlingsstromes aus der „DDR" erging am 12. August 1961 ein „Beschluß des Ministerrats der Deutschen Demokratischen Republik betreffend die Kontrolle an den Grenzen der Deutschen Demokratischen Republik". Einen Tag nach diesem Beschluß, am 13. August 1961, wurde mit der Errichtung der Berliner Mauer begonnen. Gleichzeitig wurde an der innerdeutschen Demarkationslinie ein zweireihiger Stacheldrahtzaun errichtet. In den Jahren 1961 bis 1966 gelang dennoch jährlich zwischen 1500 und 2600 Personen die Flucht über *diese* Grenzanlagen.

Daraufhin begann die „DDR" im Jahre 1976 mit dem Bau von Kraft*fahrzeug-Sperrgräben*, etwa drei Meter breit und 1,50 Meter tief. Im Jahre 1967 war damit begonnen worden, Metallgitterzäune, 3,20 und 2,40 Meter hoch, zu errichten, die so engmaschig sind, daß man noch nicht einmal einen Finger hindurch stecken kann. Nach diesen Absperrmaßnahmen kam es zu einem drastischen Rückgang der Flüchtlingszahlen. Sie sanken auf jährlich rund 400. Nachdem im Jahre 1966 mit dem Bau von Betonbeobachtunsgstürmen begonnen worden war, die die vorhergehenden einfachen Holztürme ersetzten und *bestimmte „gefährdete* Grenzbereiche" nachts mit starken Strahlern an Peitschenmasten ausleuchteten und nachdem 1970 die ersten Selbstschußanlagen montiert worden waren, konnte eine weitere Reduzierung der Fluchtzahlen nicht erreicht werden.

Daraufhin begann die „DDR" im Jahre 1973 in durchschnittlich 500 Meter Entfernung von der eigentlichen Demarkationslinie mit der Errichtung eines sogenannten Schutzstreifenzaunes, einem Signal- und Alarmzaun. An einem solchen Zaun befindet sich eine unter Schwachstrom stehende Stacheldrahtverspannung, die bei Berührung ein Alarmsignal auslöst.

Mit der Errichtung dieses Schutzstreifenzaunes, der bis zum heutigen Zeitpunkt (Stand 30. September 1983) entlang der innerdeutschen Demarkationslinie bis auf wenige Meter fertiggestellt ist, sank die Zahl der Flüchtlinge bis weit unter 100 – 1982 waren es nur noch 72, denen die Flucht über die Grenzanlage gelang.

Das heißt, daß über einen Zeitraum von zwei Jahrzehnten das Bestreben Ost-Berlins darin lag, die Abriegelung ihres Gebietes zur Bundesrepublik Deutschland vom eigentlichen Bereich der Demarkationslinie immer weiter in das Landesinnere zurückzuverlegen, um so der westlichen Seite die Möglichkeit zur Beobachtung eines Schußwaffengebrauchs zu nehmen.

Während einer Grenzbesichtigung entlang der 136,8 Kilometer langen Demarkationslinie des BGS-Grenzschutzkommandos Küste (GSK) bis Lauenburg und des GSK Nord (Hannover) mit 550 Kilometern wurde bis Freitagabend 20 Uhr festgestellt, daß insgesamt in nur drei kleinen Abschnitten der Abbau der Todesauto*maten erfolgte. Es handelt sich* dabei um ein Gebiet von vier Kilometern in der Nähe von Ratzeburg bis zur alten Reichsstraße 208, *die früher durch* Schwerin ging, im Abschnitt des GSK Küste und um den Abbau von 4,9 Kilometern bei Thielitz (20 Kilometer südöstlich von Uelzen) und einem Gebiet von etwa 800 Metern gegenüber von Niedergandern, 15 Kilometer südlich von Göttingen im Abschnitt des GSK Nord.

In allen drei Fällen wurde festgestellt, daß nur da ein Abbau von Todesautomaten erfolgte, wo der 500 Meter östlich der Demarkationslinie verlaufende Schutzstreifenzaun vollständig erneuert wurde. Dieser Schutzstreifenzaun besteht aus verzinkten, nichtrostenden Metallgitterzäunen mit einer darüber befindlichen 13- bis 16reihigen Stacheldraht*verspannung, die unter* Schwachstrom steht. Um zu verhindern, daß Flüchtlinge unter diesem Schutzstreifenzaun *hindurchklettern*, wurden außerdem Betonplatten ins Erdreich eingelassen.

Im Abschnitt des GSK Küste berichtete ein im August dieses Jahres geflohener Unterleutnant der „DDR"-Grenztruppe: „Der Umbau der Grenzsicherungsanlagen und Modernisierung mit einer nach Osten gehenden Rückwärtsverlagerung des Sicherungssystems ist so gut wie abgeschlossen."



Der neue Metallzaun – 500 Meter vor der Grenze – steht unter Schwachstrom. Sein dichtes Gitterwerk (links) dient zugleich als Sichtblende.
FOTO: DIE WELT

Vor dem Reichstag schlagen Schwedens Unternehmer Alarm

Das hat Schweden noch nicht erlebt: *Morgen werden die* Arbeitgeber vor dem Reichstag demonstrieren. Sie wollen die Einrichtung von Arbeitnehmerfonds verhindern, weil sie fürchten, daß mit diesen Fonds der entscheidende Schritt zur Sozialisierung getan wird.

Von REINER GATERMANN

Für Schweden wird der 4. Oktober ein außergewöhnlicher Tag sein. Nicht weil König Carl XVI. Gustaf die Sitzungsperiode des Reichstages eröffnen wird. Auch nicht deshalb, weil der Reichstag nach zwölfjährigem „Exil" im Kulturhaus der Stadt Stockholm nach einem 210-Millionen-Mark-Umbau wieder in sein Stammhaus in der *Nähe des Schlosses zurückgekehrt* ist. Nein, was diesem Tag seinen eigenartigen Charakter geben wird, sind die mindestens zehntausend Demonstranten, die vor dem Reichstagsgebäude erwartet werden. Unter ihnen wird man Topmanager der schwedischen Großkonzerne finden, selbständige Unternehmer und viele andere, die gegen die Einführung der sogenannten kollektiven Arbeitnehmerfonds sind. Eine derartige Protestaktion hat es in Schweden noch nie gegeben.

„Ich weiß nicht, ob ich teilnehmen kann, aber wir werden gut vertreten sein", versicherte vor ein paar Tagen Pehr G. Gyllenhammer, Konzernchef von Volvo, Schwedens und Nordeuropas größtes Industrieunternehmen. Als bei einer Zusammenkunft mit Spitzenmanagern der Atlas Copco-Gruppe die Frage auftauchte, wer am 4. Oktober mitmarschieren werde, flogen die Hände wie Raketen in die Höhe, und einer der jüngsten Kometen am schwedischen Industriehimmel, der Gründer des weltgrößten Wohnplattformbesitzers Consafe, Christer Ericsson, erklärte: „Wir wollen unseren Widerstand gegen die *Arbeitnehmerfonds manifestieren*, deswegen fahren wir nach Stockholm." Sie kommen in Sonderzügen, in Charterflugzeugen und *sicherlich* auch im Dienst-Volvo und Mercedes.

Seit 1975 ein Reizwort mit wechselndem Inhalt

Arbeitnehmerfonds, seit 1975 ein Reizwort in Schweden. Die einen sehen darin den sichersten Weg, endlich die Macht des Kapitals in der Wirtschaft zu brechen, die anderen den ersten entscheidenden Schritt zur Sozialisierung. Aber der Inhalt dieses Begriffs hat in den vergangenen acht Jahren eine beachtliche Wandlung durchgemacht. Sein „Vater", der damalige Wirtschaftsexperte des Gewerkschaftsbundes (LO), Rudolf Meidner, wollte die Gewinne der Unternehmen „teilen" und damit Fonds aufbauen, die von Arbeitnehmern (sprich: Gewerkschaftsfunktionären) verwaltet werden sollten.

Aktien wollte man mit dem Geld kaufen, um auf diesem Weg in die Aufsichtsräte einziehen zu können, möglichst auch die Kontrolle der Gesellschaften zu übernehmen und damit den Kapitalisten die Macht über die Produktionsmittel entreißen. Demokratisierung der Wirtschaft nannte man damals dieses Projekt, und der sozialdemokratische Ministerpräsident Olof Palme sah darin den „*größten Demokratisierungsschritt* seit Einführung des allgemeinen Stimmrechts".

Die Schweden *aber sind* keine Freunde des Sozialismus. Dies erkannten die Sozialdemokraten frühzeitig und verzichteten deswegen weitgehend auf staatliche Gesellschafts-Beteiligungen. Sie setzten statt dessen auf das im großen und ganzen erfolgreiche Modell der staatlich-privaten Wirtschaftskooperation. Aber 1975 wurden sie von der Fonds-Begeisterung im Gewerkschaftsbund überrumpelt. Um nicht die Bruderschaft mit ihm allzusehr zu belasten, stellte sich die Partei hinter den LO-Kongreßbeschluß, der die Einführung der Arbeitnehmerfonds forderte. Sie wurden nach der Kernkraftfrage zum wichtigsten Wahlkampfthema und hatten 1976 entscheidenden Anteil an der sozialdemokratischen Niederlage. Nach 44jähriger Herrschaft mußte die Partei Olof Palmes in die Opposition.

An der Fonds-Idee aber wurde weiter gefeilt, ihr wurde der Sozialisierungsanstrich genommen. Niemand denke an eine Konfrontation mit den Kapitalisten, man wolle kooperieren und die kapitalhungrige Wirtschaft mit Risikogeld versorgen. Die Arbeitnehmer wollten Unternehmerverantwortung tragen. Der Wolf war in den Schafspelz geschlüpft, doch der Widerstand blieb. Aus der Wahl 1982 gingen die Sozialdemokraten trotz der Arbeitnehmerfonds als Sieger hervor. Aber Olof Palme streckte großzügig die Hand zur Zusammenarbeit aus: *Keine Fonds ohne breite* parlamentarische Unterstützung und nicht gegen den Willen der Wirtschaft, verkündete er.

Heute kann Zwischenbilanz gezogen werden: Die Sozialdemokraten sind bereit, mit den Stimmen der Kommunisten die Fonds zum 1. Januar 1984 einzuführen. Die nicht-sozialistischen Parteien lehnen sie weiterhin strikt ab, und für die Unternehmer sind sie Anlaß, aus Protest auf die Straße zu gehen. Aus diesem Grund bildeten sie das „4.-Oktober-Komitee", mit über 200 Unterabteilungen im ganzen Land.

Warum die Angst, Wut und Kampfbereitschaft? In den Manager-Etagen der Konzerne gibt man zu, daß mit dem jetzigen *Fonds-Modell* die Unternehmen nicht ruiniert werden und „daß man sie überleben wird". Die *von der Regierung eingesetzten* Kommissionen, auf deren Berichte die Gesetzesvorlage aufbauen wird, schlagen vor: Von den inflationsbereinigten Gewinnen der Aktiengesellschaften, wirtschaftlichen Vereinigungen, Sparbanken und bestimmten Versicherungsgesellschaften sollen nach Abzug einer Pauschale von umgerechnet rund 150 000 Mark oder sechs Prozent der Lohnsumme 20 Prozent „abgeschöpft" werden. Darüber hinaus soll eine zusätzliche Lohnsummensteuer von 0,2 Prozent erhoben werden. Dieses Kapital wird dem Allgemeinen Pensionsfonds (AP-Fonds) überlassen, der es mit je 150 Millionen Mark auf fünf Arbeitnehmerfonds verteilt. Diese können *damit frei Aktien* erwerben.

Es gibt nur eine Begrenzung: Gemeinsam mit dem vierten AP-Fonds, der einzige, der laut Parlamentsbeschluß Aktien erwerben darf und unter anderem der zweitgrößte Volvo-Aktionär ist, dürfen die Arbeitnehmerfonds in einem Unternehmen nicht mehr als 49,9 Prozent des Stimmrechts halten. Das neunköpfige Fonds-Präsidium soll von der Regierung berufen werden, fünf Mitglie*der müssen aus Arbeitnehmerkreisen* kommen, der LO erwartet, daß sie von den Gewerkschaften nominiert werden.

Dieses System soll zunächst bis 1990 gelten. Bis dahin werden den Fonds insgesamt etwa *4,2 Milliarden* Mark zugeflossen sein, dies entspricht rund sieben Prozent des heutigen Kapitalisierungswertes der Stockholmer Börse. Von Regierung und Gewerkschaftsbund wird betont, daß damit die Machtverhältnisse in den Unternehmen kaum radikal verändert werden können, der Anteil entspräche etwa dem, den Ausländer heute halten. Der Arbeitgeberverband errechnete allerdings, daß bei strategisch geschickter Plazierung – zum Beispiel in den Investmentgesellschaften der Großbanken – die Fonds in verhältnismäßig kurzer Zeit *durchaus in der Lage wären*, die Gesellschaftsführung entscheidend zu beeinflussen.

Die Wirtschaft traut den Beschwichtigungen nicht

Entscheidend für den Widerstand ist jedoch, daß man den Fonds-Verfechtern nicht mehr traut. Sie haben die Ursprungsidee inzwischen dermaßen manipuliert und versucht, dem Sozialisierungsgespenst ein neues Gewand umzuhängen, daß der Verdacht des Sand-in-die-Augen-Streuens nicht ohne weiteres beiseite geschoben werden kann. Das Mißtrauen ist zu groß *geworden*. „Hat die Regierung erst einmal einen Fuß in der Tür, kann sie später unbehindert schalten und walten. Deswegen sind wir kompromißlos gegen diese Art der Sozialisierung", sagt der Besitzer einer mittelgroßen Firma. Im übrigen ist der Protest auf mittlerer Ebene fast noch größer als bei den Konzernen, obgleich die Firmen dort zum überwiegenden Teil zunächst nicht von dem System erfaßt werden. Aber sie befürchten, Opfer der nächsten „Gewinnteilung" zu werden. Kritik kommt auch aus Behörden. So verweist das Reichssteueramt auf die komplizierte Berechnung der Abgaben und meint, man sollte so ehrlich sein, sie Steuern zu nennen, denn sie *seien nichts anderes*.

Die Arbeitgeber haben weder Geld noch Aufwand gescheut, um ihren Protest sicht- und hörbar zu machen. Schon im Sommer heuerten sie hübsche Mädchen an, die in knappen BiRinis an den Stränden Unterschriften sammelten. Heißluftballons trugen Anti-Fonds-Parolen gen Himmel; kaum eine öffentliche Werbefläche blieb ungenutzt, und fast jeder Autofahrer fand Aufkleber unterm Scheibenwischer. 180 000 Unternehmer wurden zur Teilnahme an der Demonstration aufgefordert. Zunächst zeigete sich das „4.-Oktober-Komitee" mit 5000 Teilnehmern zufrieden, nun sollen aber bereits 10 000 feste Anmeldungen vorliegen.

Unterdessen planen die regionalen Gewerkschaftsverbände Gegenattacken. „Die Demonstration am 4. Oktober ist eine größere *Gefahr* für unsere Gesellschaft als vieles andere, was früher geschehen ist.", meint der Stockholmer LO-Bezirk. Er fordert seine Mitglieder auf, künftig ihre politischen Aktivitäten während der bezahlten Arbeitszeit zu verrichten, und im übrigen will er sehr genau prüfen, wer die Reise- und Übernachtungskosten der Demonstrationsteilnehmer trägt.

Strauß bleibt bei Empfehlung: Große Koalition

DW. **Hamburg**

Der CSU-Vorsitzende Franz Josef Strauß bleibt bei seiner Empfehlung, die hessische CDU sollte mit der SPD eine Große Koalition eingehen. In der „Welt am Sonntag" erneuerte Strauß zugleich seine Kritik an der Wahlempfehlung des CDU-Spitzenkandidaten Walter Wallmann für die FDP. In Hessen hätten es die Wechselwähler „schwer gehabt, sich für die CDU zu entscheiden". Die CDU müsse in Zukunft wieder entschlossen auf Sieg setzen. Zur FDP meinte der CSU-Vorsitzende und bayerische Ministerpräsident, wenn eine Partei „nicht aus eigener Kraft ins Parlament kommt, kann sie nicht dauernd auf Krücken gehen".

Carstens-Nachfolge: Differenzen in der CSU

Z. **München**

Die Suche nach einem Nachfolger für Bundespräsident Karl Carstens entwickelt sich zu einer neuen Auseinandersetzung innerhalb der CSU. Ministerpräsident Franz Josef Strauß erklärte, die CSU werde „mit Sicherheit" keinen eigenen Kandidaten präsentieren. Demgegenüber deutete Kultusminister Hans Maier seine Bereitschaft für eine Kandidatur an: Man solle diese Frage „nicht ohne Diskussion beiseite schieben".

In der CSU ist der Wunsch Maiers seit längerem bekannt. Dennoch wurde es immer für ausgeschlossen gehalten, daß Strauß ausgerechnet seinen innerparteilichen Widersacher zumindest protokollarisch an sich vorbei aufsteigen lassen würde. Das Thema wurde zwischen beiden auch bereits einmal besprochen. Im Juli, so gab Strauß jetzt in einem Interview mit „Welt am Sonntag" bekannt, habe ihm Maier unter vier Augen „förmlich und feierlich erklärt, daß er nicht daran denkt, zu kandidieren".

Maier hatte dieser Tage vor Journalisten erklärt, seine Absage an ein Ministeramt in Bonn im Herbst 1982 gelte nicht unbedingt auch für das Amt des Bundespräsidenten. Nach Meinung von CSU-Politikern hatte Maier damals allerdings seine Absage an Bonn erst zu dem Zeitpunkt formuliert, als er bereits aus dem Rennen um das Bundesbildungsministerium ausgeschieden war.

Verletzte bei Demonstration

dpa, **Fallingbostel**

Bei schweren Auseinandersetzungen zwischen 1500 Demonstranten und fast ebenso vielen Polizisten sind während des 17. Bundesparteitages der Nationaldemokratischen Partei Deutschland (NPD) in Fallingbostel mindestens 50 Menschen zum Teil schwer verletzt worden. Die Polizei hatte stundenlang Wasserwerfer, Tränengas und Schlagstöcke gegen die überwiegend jugendlichen Demonstranten eingesetzt, die den Parteitag in der städtischen Heidmarkhalle mit einer Blockade verhindern wollten.

Höhepunkt der seit Monaten andauernden Proteste gegen die NPD-Veranstaltung, die die Mehrheit des Fallingbosteler Stadtrates mit der Vermietung der Halle ermöglicht hatte, war am Sonntag eine von rund 4000 Menschen besuchte Kundgebung des DGB auf dem Gelände des ehemaligen Konzentrationslagers Bergen-Belsen.

In Fallingbostel vor der Tagungshalle verschärfte eine kleine Gruppe von sogenannten Autonomen unter den Demonstranten die Zusammenstöße, als sie eine Straße aufriß und die Pflastersteine gegen die Polizeibeamten schleuderte. Dabei wurden neun Beamte erheblich, 22 weitere leicht verletzt.

Senatsliste für Bremen vorgelegt

WW. **Bremen**

Bremens Bürgermeister Hans Koschnick hat die Liste der Kandidaten für das neue Landeskabinett vorgestellt. Als neuer Wirtschaftssenator ist überraschend der Bremerhavener Oberbürgermeister Werner Lenz (55) vorgesehen. Senator für Inneres wird Volker Kröning (38). Senator für Häfen, Schiffahrt und Verkehr bleibt Oswald Brinkmann (53). Ebenso bleibt Bernd Meyer (37) Senator für das Bauwesen.

Nach Koschnicks Vorschlag sollen Horst-Werner Franke (51) als Senator das Ressort für Bildung, Wissenschaft und Kunst und Herbert Brückner (44) das für Gesundheit und Sport übernehmen. Der Bundestagsabgeordnete Claus Grobecker (48) soll das Arbeitsressort und die Senatskommission für das Personalwesen leiten. Der jetzige Senator für Justiz Wolfgang Kahrs (50) wird als Senator für Bundesangelegenheiten nach Bonn gehen. Für das Umweltwesen ist Eva Lemke (35) vorgesehen.

Die Kabinettsliste muß am kommenden Samstag noch vom SPD-Landesparteitag in Bremen gebilligt werden, bevor die SPD-Fraktion in der Bürgerschaft darüber abstimmt.

DIE WELT (USPS 603-590) is published daily except sundays and holidays. The subscription price for the U. S. A. is US-Dollar 365,00 per annum. Second class postage is paid at Englewood, N.J. 07631 and at additional mailing offices. Postmaster: Send address changes to German Language Publications, Inc., 560 Sylvan Avenue, Englewood Cliffs N.J. 07632.

„Der SPD so nahe wie möglich auf die Pelle rücken"

Kehrtwende bei Hessens Grünen / Die Fundamentalisten geben nicht mehr den Ton an

D. GURATZSCH, **Fulda**

Bei den hessischen Grünen ist es am Wochenende zu einer völligen Umkehrung der Mehrheitsverhältnisse gekommen. Hatten früher in diesem Landesverband die sogenannten Fundamentalisten eine stabile, unangreifbar scheinende Mehrheit, so wurden sie am Sonnabend auf der Landesmitgliederversammlung der Partei in Petersberg-Marbach bei Fulda regelrecht ausgepunktet. Statt dessen setzten sich die sogenannten Reformisten durch, die an die Stelle der früheren „Fundamentalopposition" die Zusammenarbeit mit der SPD setzen wollen.

Die neuen Mehrheitsverhältnisse sind eine Folge des Abschmelzungsprozesses, den die Grünen bei der jüngsten Landtagswahl hinnehmen mußten. Hatten sie bei den Landtagswahlen vor einem Jahr noch einen Stimmenanteil von acht Prozent erringen können, so schafften sie vor einer Woche mit 5,9 Prozent nur noch knapp den Sprung über die Fünf-Prozent-Hürde. Die größten Stimmenverluste waren gerade in jenen Gebieten Hessens zu verzeichnen, in denen die Grünen ihre Hochburgen gehabt hatten: in der Region um die Startbahn-West und in den Wahlkreisen von Waldeck-Frankenberg, wo nach früheren, inzwischen aufgegebenen Plänen eine atomare Wiederaufarbeitungsanlage gebaut werden sollte. Gleichzeitig mit diesen Stimmenverlusten hat der Druck „außerparlamentarischer Bewegungen" auf die Grünen nachgelassen, in Verhandlungen mit anderen Parteien extreme, kompromißlose Positionen zu vertreten.

Allerdings hatte sich die Abkehr von der harten Linie schon vor den Wahlen deutlich abgezeichnet, als nämlich zahlreiche grüne Kreisverbände in ganz Hessen Anträge für die Landesdelegiertenversammlung formuliert hatten, in denen gefordert wurde, mit der SPD „Verhandlungen" über Sach- und Personalfragen aufzunehmen – vor einem Jahr war immer nur von „Gesprächen" die Rede gewesen, die irgendwann einmal in Verhandlungen einmünden könnten. Charakteristisch für diese Anträge war, daß sie nicht nur aus den „reformistischen" Kreisverbänden des Nordens und des äußersten Südens kamen, sondern auch aus der Startgemeinde Mörfelden-Walldorf und dem zeitweise eher „rechten" Gießen. Selbst in der fundamentalistischen Hochburg Frankfurt war schon 14 Tage vor den Wahlen bei Vorstandswahlen eine „Umorientierung" vollzogen worden, bei der eine Entfremdung zwischen den fundamentalistischen Stadtverordneten und der jetzt eher zu Kompromissen neigenden Basis deutlich geworden war.

Auf der Landesmitgliederversammlung in Petersberg profilierte sich als „starker Mann" der Partei der studierte Theologe und frühere Aachener Kaplan Karl Kerschgens aus Seeheim-Jugenheim, der schon in der vergangenen Legislaturperiode als grüner Abgeordneter dem Landtag angehörte. Der 43jährige gab die Devise aus, „der SPD so nahe wie möglich auf die Pelle zu rücken" und „förmlich zu beschließen, daß wir zu einer kontinuierlichen und nicht nur punktuellen Zusammenarbeit bereit sind". Nur so könnten zum Beispiel in einer Legislaturperiode von vier Jahren die „Grundlagen für eine alternative Energiepolitik gelegt werden".

Präzisiert werden die Ziele von Kerschgens in einem Antrag, der auf der Landesversammlung eine Dreiviertelmehrheit bekam und mit brausendem Jubel verabschiedet wurde. Danach erklären sich die Grünen bereit, mit der SPD „Verhandlungen zu führen über die Haushalte 1983 und 1984". Sie fordern die SPD-Fraktion auf, „sofortige Verhandlungen mit der Landtagsgruppe der Grünen über eine Vereinbarung zur gemeinsamen Wahl des Ministerpräsidenten zu führen".

Auch bei den Zielsetzungen, die nach Kerschgens „unverzichtbar für eine sachbezogene Zusammenarbeit" sind, rücken die Grünen von früheren Forderungen wie Stillegung der bestehenden Kernkraftwerke Biblis A und B oder Wiederaufforstung der Startbahn-West ab. Allerdings wird ein Energiekonzept verlangt, das den „Ausstieg aus der Atomenergie sofort einleitet", desgleichen eine „Umorientierung der Verkehrspolitik", durch die „Großprojekte des Straßenbaus" gestoppt werden sollen.

Weitere Forderungen sind: „Eine konsequente Absage an die Militarisierung Hessens, vor allem an die Lagerung und den Transport von ABC-Waffen", „vermehrte Möglichkeiten der Bürgerbeteiligung und des Bürgerentscheids", eine Verstärkung der Rechte von Ausländern, Asylbewerbern und Strafgefangenen, ein Aktionsprogramm für Frauen und ein „einschneidendes hessisches Programm gegen das Waldsterben".

Von den Fundamentalisten waren bittere Worte wie „Arschkriecherei" oder „Traumtänzer" zu hören. Ihr Wortführer Jan Kuhnert, Mitglied der grünen Landtagsgruppe, bot sein ganzes rhetorisches Geschick auf, um mindestens eine vorschnelle Zustimmung zum Haushalt der geschäftsführenden Landesregierung zu verhindern. Dieser Haushalt werde die Fortsetzung der „Atom- und Betonpolitik" der letzten Jahre festschreiben. „Politischer Spielraum für grüne Politik" werde sich darin nicht wiederfinden. Vergebens – die Argumente der „Reformisten" zogen mehr. Ein Frankfurter nach der Abstimmungsniederlage: „So kann man sich selbst begraben."

Seite 2: Grüne Option

Kohl: Blüm hat sich schon in das Buch der Geschichte eingeschrieben

20. CDA-Bundeskongreß in Münster / Auch Kritik an der Arbeit des Sozialministers

WILM HERLYN, **Münster**

Bundeskanzler Helmut Kohl hat gestern in Münster starke Gewerkschaften als eine wesentliche Voraussetzung der freiheitlichen Gesellschaft genannt. Zugleich forderte er aber „offene und keine ideologisierten" Gewerkschaften. Damit griff er Kritik und Klagen auf, die bei der 20. Bundestagung der CDA-Sozialausschüsse in der Halle Münsterland am Wochenende laut wurden. So höre man aus der DGB-Zentrale in Düsseldorf seit Wochen und Monaten hämisches Klagen darüber, daß Kohl sein sogenanntes Lehrstellenversprechen nicht halten könne.

Rudi Nickels, seit 1960 im Bundesvorstand der IGBE, rief den Delegierten zu: „Wenn es den Kollegen und Kolleginnen in Düsseldorf wirklich um das Schicksal der Lehrstellenbewerber ging – warum haben sie dann nicht ein einziges Mal die Hunderttausende von Betriebs- und Personalräten und Vertrauensleute aufgerufen, nun doch ihrerseits mal alles zu versuchen, einige Lehrstellen mehr in ihren Betrieben noch bereit zu stellen?" Kohl sagte dazu, es sei vor allem das Verdienst des Mittelstandes, daß Industrie und Wirtschaft bisher mehr als 40 000 Lehrstellen angeboten hätten. Diese großartige Anstrengung aber werde in den kommenden beiden Jahren noch zu gering sein, um die folgenden geburtenstarken Jahrgänge, die auf den Lehrstellenmarkt drängten, in ihren Ansprüchen zu befriedigen. Er rief unter dem Beifall der Delegierten aus: „Wir werden nur mit sehr unorthodoxen Lösungen dieses Problems Herr werden." Es ginge auf keinen Fall an, daß ein Hauptschüler mit 15 Jahren in die Arbeitslosigkeit entlassen werde, mit 19 Jahren dann aber in der Bundeswehr sein Vaterland verteidigen solle.

Bei allem aber, was die Bürger jetzt innenpolitisch bedrücke, sei mehr denn je „unser Beitrag zum Frieden gefordert". Dabei betonte Kohl, es reiche der gute Wille bei der Abrüstung allein nicht aus. Und auch diejenigen, die sich auf christliche Grundsätze und auf die Bergpredigt beriefen, dürften nicht vergessen, daß es eine christliche Pflicht der Sachgerechtigkeit gebe. Er sagte, daß bei einem Mißerfolg in Genf nachgerüstet werden müsse, nicht als Hurra-Patriotismus, sondern in bitterer Pflichterfüllung.

Kohl lobte den Bundesvorsitzenden der CDA, Norbert Blüm, ausdrücklich und bedankte sich bei „Freund Blüm, der sich in den letzten zwölf Monaten in das Buch der Geschichte eingeschrieben hat". Blüm war am Vortag – trotz zum Teil heftiger Kritik an seiner Arbeit als Sozialminister in Bonn – mit fast hundertprozentiger Zustimmung in seinem Amt bestätigt worden. Vor allem Hermann Schnipkoweit, der niedersächsische Sozialminister, hatte Blüm vorgehalten: „Wir haben kein Verständnis dafür, daß du mitgestimmt hast für die Kürzung des Mutterschafts-Urlaubsgeldes." Andere Delegierte forderten Blüm auf, er solle nicht immer nur von Lohnsteuersenkungen reden, sondern „das auch tun und zwar mit klaren Terminen". Blüm verteidigte sich vehement und betonte, er stehe voll und ganz hinter den Sparbeschlüssen des Kabinetts Kohl. „Wir sparen nicht aus Lust und Laune, sondern um Schulden abzubauen, Lohnsteuern zu senken und Vollbeschäftigung wiederherzustellen." Eine Schuldenpolitik nannte er zutiefst unsolidarisch, denn diese gehe auf Kosten der Nachfolger, sie sei auch unsozial, denn „sie ist die perfekteste Umverteilung von unten nach oben."

Eine deutliche Warnung sprach der DGB-Vorsitzende Ernst Breit in seinem Grußwort aus. Unter Hinweis auf den Text zur Einladung zum 20. CDA-Bundeskongreß, in dem von „Aufräumarbeit in der neuen Bundesregierung" und dem „Anfang einer sozialen Strukturarbeit" gesprochen wurde, erklärte er – direkt an Blüm gewandt: „Wir haben leider Grund zur Feststellung, daß hinter deinem Rücken eine weitere Aufräumkolonne am Werk ist. Diese – nennen wir sie die 2. Kolonne – macht alle Anstalten, den Sozialstaat gleich mit in die Ecke zu kehren."

„Ein Frieden ohne Freiheit ist eine gefährliche Illusion"

Heftige Auseinandersetzung auf einer Veranstaltung des Fellbacher Forums

XING-HU KUO, **Fellbach**

So „kriegerisch" hat die ehrwürdige Schwabenlandhalle im Städtchen Fellbach unweit von Stuttgart noch nie ausgesehen: 50 sowjetische SS-20-Raketen standen auf dem Gelände vor der Tagungsstätte bedrohlich herum. Obwohl es sich nur um Papp-Attrappen handelte, waren sie „Hauptattraktion" des „Fellbacher Forums" am Wochenende in Fellbach. Zuvor hatten diese Attrappen angeführt von einer SS-20-Rakete in Originalgröße (etwa 15 Meter lang, auf einem Lastwagen montiert) in einem fast drei Kilometer langen Korso durch die Stuttgarter Innenstadt für Aufsehen gesorgt. Plakate und Spruchbänder verdeutlichten, was die „Friedensbewegung" häufig außer acht läßt: „Im Gegensatz zu Pershing zwo gibt's die SS 20 scho", was von einigen Passanten beifällig kommentiert wurde: „Na endlich, daß auch unsere Soldaten zu Wort kommen."

Auf dem „Jahrmarkt der Ideen" vor und in der Schwabenlandhalle hatten Freunde und Gegner des Fellbacher Forums gleiche Chancen, ihre kontroversen Auffassungen in Wort und Schrift darzulegen. Den Veranstaltern selber war es gelungen, eine breite Palette von Zeugen für ihre These zu gewinnen, daß Frieden ohne Freiheit eine Illusion sei, daß diese Freiheit verteidigt werden müsse.

Eine zarte, grazile Vietnamesin in einem gelben seidenen, an der Seite geschlitzten „Tschi-pao"-Kleid und andere „Boat-People" verkauften nicht nur in „Friedensrollen" umbenannte „Frühlingsrollen": Lebhaft verwiesen sie in Gesprächen darauf, daß der „Frieden" in ihrer Heimat heute gleichbedeutend sei mit einem „riesigen KZ" unter kommunistischer Herrschaft. Und afghanische Freiheitskämpfer kamen ebenso nach Fellbach, um über die sowjetische Unterdrückung in ihrem Land aufzuklären.

Zu heftigen Auseinandersetzungen der Standpunkte kam es während einer zweistündigen Podiumsdiskussion, an der rund 1200 Interessierte im Saal durch erregte Mißfallens- oder auch Beifallsbekundungen „basisdemokratisch" teilnehmen konnten. Auf der „rechten Seite" vertraten der ehemalige tschechoslowakische und inzwischen eingebürgerte Vorsitzende der „Konservativen Aktion", Ludek Pachman, und Baden-Württembergs Kultusminister Gerhard Mayer-Vorfelder (CDU) den Standpunkt, ohne Freiheit sei ein echter Frieden nicht möglich. Deshalb gelte es, diesen Frieden auch zu schützen. Offenbar war die Mehrheit der Anwesenden ebenfalls dieser Meinung, wie ihre starken Beifallsbekundungen zugunsten dieser konservativen Politiker bewiesen. Pachman zu den SPD-Beschlüssen gegen die Nachrüstung: „Hier beginnt der Ausstieg aus dem westlichen Bündnis. Wer jetzt dieses Bündnis schwächt und für einseitige Abrüstung eintritt, ist entweder wahnsinnig oder steht in fremden Diensten."

Beifall und Tumulte begleiteten diesen Ausspruch. Der grüne Bundestagsabgeordnete Willy Hoss: „Pachman ist durch seinen Haß so verblendet, daß bei ihm ein echter Friedensgedanke schwer vorstellbar ist." Statt dessen verwies Hoss auf Vietnam, El Salvador und Afghanistan als „Beweis" dafür, daß „beide Supermächte nicht zimperlich" seien. Der SPD-Landtagsabgeordnete Rainer Brechtken versuchte den Anwesenden klarzumachen, daß die SPD nach wie vor zum Bündnis stehe („Lafontaine vertritt eine Minderheit"), die Bundesrepublik jedoch in dieser Allianz kein „Vasall" sein dürfe.

Sechs SPD-Parteitage – sechs Voten gegen Nachrüstung

Nach Bahrs Rede klare Mehrheit für „Nein"

DW. **Mainz**

Auch der SPD-Landesverband Rheinland-Pfalz entschied sich auf seinem Parteitag im Bürgerhaus von Mainz-Finthen für ein „Nein ohne wenn und aber" zur NATO-Nachrüstung und damit für ein Abrücken vom Doppelbeschluß. Die Entscheidung fiel mit überraschend deutlicher Mehrheit und nach einer nur etwa halbstündigen Diskussion, obwohl der Landesvorstand empfohlen hatte, vor dem Bundesparteitag Mitte November kein endgültiges Nein zu formulieren.

Die Situation vor dem Mainzer Landesparteitag schien offen. Zwar hatten die Bezirksparteitage der Pfalz und von Rheinland/Hessen-Nassau bereits ein uneingeschränktes Nein verlangt. Aber der Bezirk Rheinhessen war der Linie des Bundesvorstands gefolgt, bis zum Bundesparteitag zu warten. Von seiner mit Mehrheit beschlossenen Empfehlung an die Delegierten und von der Rede des Abrüstungsexperten Egon Bahr erhoffte sich der Landesvorstand einen Stimmungsumschwung zugunsten einer flexibleren Haltung.

Aber Bahrs Rede fiel anders aus als erwartet. Zwar vermied er es, den Delegierten eine direkte Empfehlung zu geben. Aber die entscheidenden Passagen seiner, im Grunde nicht widerspruchsfreien, Ausführungen gaben den Nachrüstungsgegnern aus der Pfalz und dem Norden des Landes plötzlich so starken Auftrieb, daß auch die anfangs noch Unentschiedenen dem Nein zustimmten.

Ein vom pfälzischen Delegierten Kurt Beck eingebrachter Alternativantrag zur Vorstandsempfehlung wurde mit überwältigender Mehrheit angenommen. Er sieht neben der bedingungslosen Ablehnung der Raketenstationierung auch eine „Aufforderung" an die Sowjetunion vor, ihrerseits ihre Genfer Vorschläge zur Begrenzung der Mittelstreckenraketen zu verwirklichen.

Egon Bahr richtete unter anderem schärfste Formulierungen gegen die Bundesregierung. Helmut Kohls vor der Wahl am 6. März abgegebene Zusicherung der Stationierung für den Fall eines Scheiterns in Genf habe die Amerikaner von jedem Verhandlungsdruck befreit: „Sie brauchten in Genf bloß die Zeit zu überdauern, um das zu bekommen, was sie möchten. Die Bundesregierung tönt wie die Puppe eines Bauchredners, der in Washington sitzt. Es ist völlig egal, was die Amerikaner sagen, es ist jeweils gut – so vertritt man nicht deutsche Interessen."

Zum Stand der Genfer Verhandlungen: „Ich rechne nicht damit, daß Mitte November in Genf ein unterschriftsreifes Abkommen vorliegt, das die Frage regelt. Ich möchte ein Wunder nicht ausschließen." Zur Haltung der SPD: „Wir haben mit unserer Position auch das mögliche Nein von Anfang an mit drin gehabt. Wir haben gesagt, wir wollen den uns möglichen Druck auf beide Seiten ausüben."

Und Egon Bahrs Fazit: „Ich komme zu dem Ergebnis, in Kenntnis alles dessen, was wir gewollt haben und was wir beschlossen haben, der Kriterien, die wir dafür aufgerichtet haben, nach dem heute erkennbaren Stand bei den Genfer Verhandlungen in der Konsequenz von 1979 bis heute: Meine Empfehlung an den Bundesparteitag wird sein, nein zu sagen zur Stationierung."

Zuvor hatte der Parteitag sich auch mit den Friedensdemonstrationen und Blockaden gegen amerikanische Militäreinrichtungen im Lande Rheinland-Pfalz beschäftigt. Dabei wurde mehrfach die Forderung erhoben, die Bundeswehr von den Aktionen auszunehmen, da deren Soldaten nur ihre Pflicht erfüllten und nicht in einen Loyalitätskonflikt gebracht werden sollten. – In Abwesenheit wurde in Mainz der SPD-Landesvorsitzende Hugo Brandt mit 135 gegen 2 Stimmen bei 2 Enthaltungen in sein Amt wiedergewählt.

Mittelrhein: In der Sache nichts Neues

WILM HERLYN, **Köln**

Der SPD-Bezirk Mittelrhein, einer der vier Bezirke des Landesverbandes Nordrhein-Westfalen, hat am Wochenende auf seinem außerordentlichen Parteitag in Köln Anträge gegen die Stationierung von amerikanischen Mittelstreckenwaffen in Europa auf Wunsch des Vorstandes nicht behandelt. Der Vorsitzende Günter Schlatter sagte der WELT, die vorliegenden Anträge hätten in der Sache nichts Neues ergeben. Der Bezirk Mittelrhein hatte – wie berichtet – schon im Mai beschlossen, den NATO-Doppelbeschluß fallenzulassen, und die gesamte SPD aufgefordert, mit allen ihr zur Verfügung stehenden Mitteln gegen eine Stationierung von Pershing 2 und Cruise Missiles vorzugehen.

Am kommenden Wochenende wird der mit 140 000 Mitgliedern im Bundesgebiet stärkste SPD-Bezirk Westliches Westfalen sein Votum über die Stationierung von Mittelstreckenwaffen abgeben. Bislang galt dieser Bezirk als Bastion der konservativen Sozialdemokratie. Mit Hilfe vor allem der Westfalen hatte Ex-Bundeskanzler Helmut Schmidt auf dem Berliner Parteitag im Dezember 1979 den Doppelbeschluß durchdrücken können. Darum war es um so bedeutsamer, daß sich der stärkste Unterbezirk Dortmund vor einer Woche gegen die Stationierung von Pershing-Raketen im Vorfeld zu dem Parteitag am kommenden Samstag in Witten aussprach.

Der SPD-Vorsitzende Willy Brandt wird am Wochenende vor Funktionären des Bezirks Niederrhein sprechen. Dort konnte der Vorstand die Raketendiskussion bisher abbiegen. Er will keine Beschlüsse vor dem Sonderparteitag der Bundes-SPD im November in Köln fassen. Im vierten SPD-Bezirk in NRW – Ostwestfalen-Lippe – haben schon seit zwei Jahren die Gegner des Doppelbeschlusses eine gute Mehrheit.

Die Warnungen von Vogel und Glotz fanden in Bayern kein Gehör

PETER SCHMALZ, **München**

Den Warnungen von Hans-Jochen Vogel vor einer voreiligen Festlegung in der Nachrüstungsfrage zum Trotz, ist Bayerns SPD offenbar unaufhaltsam auf dem Weg zu einem totalen Nein. Nach Sonderparteitagen der drei bayerischen SPD-Bezirke gibt es keinen Zweifel mehr, daß auch die Delegierten des Landesparteitages am kommenden Samstag in Landshut unabhängig vom Verhandlungsergebnis in Genf jede Stationierung amerikanischer Mittelstreckenraketen in der Bundesrepublik kompromißlos ablehnen werden. „Das Nein wird von der Partei breit getragen", meinte der bayerische SPD-Sprecher Fridolin Scheuble gestern gegenüber der WELT.

Vor den Delegierten des fränkischen SPD-Sonderparteitages in Veitshöchheim bei Würzburg hatte Bundesgeschäftsführer Peter Glotz vergeblich gebeten, vor einem Nein jeden in Genf ausgehandelten Vertrag anzuschauen. Glotz meinte sogar, es könne in Genf noch ein Wunder geschehen. Nicht jeder Vertrag müsse von der SPD akzeptiert werden, eine Zwischenlösung dürfe aber nicht von vornherein ausgeschlossen werden.

Doch der Bundesgeschäftsführer fand ebensowenig die Zustimmung des Parteitags wie der einstige FDP-Generalsekretär und jetzige SPD-Bundestagsabgeordnete Günter Verheugen. Sein Antrag, die SPD sollte eine etwaige Einigung über die Reduzierung von Mittelstreckenwaffen „auf der Grundlage ihrer friedenspolitischen Zielsetzung bewerten", wurde mit großer Mehrheit abgelehnt. Der Parteitag lehnte auch den im NATO-Doppelbeschluß verankerten Stationierungstermin ab und plädierte dafür, bei Aussicht auf einen erfolgreichen Kompromiß weiterzuverhandeln und während dieser Zeit nicht nuklear weiterzurüsten.

Nahezu deckungsgleich beschloß der südbayerische SPD-Parteitag in Ismaning bei München. Jede Art westlicher Nuklearrüstung wurde abgelehnt und mit der Forderung verbunden, die Verhandlungen in Genf fortzuführen und auf alle Nuklearwaffen auszudehnen. Dahinter steht der von der SPD mitgetragene Wunsch Moskaus, die britischen und französischen Raketen miteinzubeziehen. Als einzige der 147 Delegierten stimmten die beiden Bundestagsabgeordneten Axel Wernitz und Georg Bamberg gegen den Antrag. Der südbayerische SPD-Vorsitzende Jürgen Böddrich erklärte, die SPD verstehe sich als Teil der Friedensbewegung und formulierte Geißlers Vorwurf gegen die SPD in eine Zustimmung um: „Wir sind gern die fünfte Kolonne für den Frieden in Europa und der Welt."

Auch der ostbayerische Bezirksverband beschloß bei nur drei Gegenstimmen, die Bundesregierung aufzufordern, den Rüstungsteil des NATO-Doppelbeschlusses aufzukündigen und jede Stationierung von amerikanischen Mittelstreckenraketen zu unterbinden. Die Sowjetunion wurde ersucht, die Produktion und Aufstellung neuer SS-20-Raketen zu stoppen und bereits vorhandene Systeme drastisch zu reduzieren". In einer von den 198 Delegierten mit Begeisterung aufgenommenen Rede hatte zuvor der Saarbrücker Oberbürgermeister Oskar Lafontain den Ausstieg der Bundesrepublik aus der NATO gefordert. In diesem Punkt wurde ihm aber von dem ostbayerischen Bezirksvorsitzenden Gerhard Schmid widersprochen.

Nach diesem Wochenende kann als sicher gelten, daß sich auch der bayerische SPD-Landesverband am Samstag von der Warnung Vogels unbeeindruckt zeigen wird, die SPD solle politikfähig bleiben und deshalb vor einem Nein zur Stationierung das Genfer Ergebnis prüfen. SPD-Sprecher Scheuble: „Die Amerikaner müssen unseren Druck spüren." Vom Druck auf die Sowjetunion ist dagegen keine Rede.

Hannover: Auch Vorbereitungen für Stationierung sofort einstellen

Schw/DW. **Hannover**

Mit überwältigender Mehrheit haben am Sonnabend die über 240 Delegierten des Bezirksparteitages der SPD Hannover die Stationierung von Mittelstreckenraketen in der Bundesrepublik abgelehnt. Sie fordern zudem die sofortige Einstellung aller Vorbereitungsmaßnahmen für die Stationierung. Der SPD-Bezirk Hannover ist mit rund 56 000 Mitgliedern der fünftgrößte von 22 SPD-Bezirken in der Bundesrepublik. Die Delegierten forderten auch die Ablehnung und das Verbot der Produktion und Lagerung und des Einsatzes von ABC-Waffen in Europa.

An der ernsthaften Verhandlungsbereitschaft der Reagan-Administration wüchsen Zweifel, so heißt es. Auf die Vorschläge der UdSSR werde nicht eingegangen, eigene überzeugende Gegenvorschläge erfolgten nicht. Eine Stationierung von Mittelstreckenraketen bewirke keine Verstärkung der Sicherheit der Bundesrepublik, sondern gefährde sie in besonderer Weise, da ihr vernichtendes Drohpotential im militärischen Krisenfall das erste und bevorzugte Angriffsziel sowjetischer Raketen sein könne.

Die Sowjetunion muß in den Genfer Abrüstungsverhandlungen nach den Worten des SPD-Vorsitzenden Willy Brandt „endlich beim Wort gepackt und zu einer Konkretisierung dessen gebracht werden, was sie im Sinne einer entscheidenden Reduzierung ihrer SS-20-Rüstung gesagt hat". Willy Brandt, der die jüngsten Reagan-Vorschläge positiv bewertete, meinte, wenn es sich als nötig erweise, sei es besser nachzuverhandeln als nachzurüsten.

Der neue Vorsitzende des SPD-Bezirks Hannover, der ehemalige Juso-Vorsitzende Gerhard Schröder, bekundete seinen Willen, den „Integrationsprozeß" in der Partei voranzutreiben. Schwierigkeiten mit seinem Amtsvorgänger Peter von Oertzen werde es nicht geben, da es hier nicht zu einer Konkurrenz unter Gleichaltrigen kommen werde, meinte Schröder. Damit spielte er auf seine Parteifreunde in Schleswig-Holstein, Engholm und Matthiesen, an. Schröder ist Anwalt in Hannover und mit seinen 39 Jahren zwanzig Jahre jünger als von Oertzen, der erklärte, er sei nun ins „Aso-Alter" eingetreten und habe sich darum zurückgezogen.

Es komme nun darauf an, so erklärte Schröder der WELT, politische Themen neu zu besetzen, um 1986 die Wahlen in Niedersachsen zu gewinnen. Er wolle auf Arbeitsmarktkonferenzen Konzepte für eine branchenspezifische Arbeitsmarktpolitik ausarbeiten. Vor allem in der Bildungspolitik habe sich die SPD in die Defensive treiben lassen. Er nun wolle nicht nur über die Institutionen, sondern auch über Bildungsinhalte diskutieren. Die von ihm geforderte Integration würde dahin gehen, auch die Meinung von Parteiminderheiten in die Erarbeitung eines Konzeptes einzubeziehen. Es gehe nicht an, daß die Arbeiterschaft in der Partei mehr und mehr in die Ecke gedrängt würde. Denn wenn es der CDU gelänge, die Gewerkschaften für sich zu gewinnen, dann freilich werde die SPD noch acht Jahre in der Opposition bleiben.

STELLENANGEBOTE

Ich heiße Jean-Claude DECAUX. Der Name ist französisch. Aber meine wirkliche Heimat ist Europa. Ein unternehmungsfreudiges Europa. Das sich weigert, sich auf seinen in der Vergangenheit erworbenen Lorbeeren auszuruhen; das, ganz im Gegenteil, alle Herausforderungen der Zukunft annimmt. Ein Europa, das sich täglich durch seine Taten neu beweist.

1958, im Alter von 18 Jahren, habe ich mein Unternehmen gegründet. Jung und mittellos hatte ich, um erfolgreich zu sein, nur den unerschütterlichen Willen, alle Hindernisse, die sich mir in den Weg stellen sollten, zu beseitigen. Und ich bin überzeugt, dass ein großer Teil der heutigen Jugend dieses Erfolgsstreben, diesen Unternehmungsdurst mit mir teilt. Aber die Zeiten haben sich geändert. Die Prosperität von gestern, die jedem, der sein Glück wagen wollte, alle erdenklichen Träume erlaubte, ist einer bitteren Rezession gewichen. Heutzutage öffnen sich die Türen nicht mehr so leicht.

Aus diesem Grund wende ich mich heute an Sie, die junge Generation. Um Ihnen eine hoffnungsvolle Botschaft zu übermitteln. Eine Botschaft, die all diejenigen betrifft, die trotz der derzeitig schlechten Voraussetzungen den Mut nicht sinken lassen, sondern, im Gegenteil, die bereit sind, um so verbissener zu kämpfen.

Gegenwärtig zählt mein Unternehmen zu den allerersten auf dem Sektor urbaner Einrichtungen. Mit einem Produktangebot, das ausschließlich so konzipiert wurde, dass es die Lebensqualität der Bürger in ihrer Stadt verbessert, bin ich in insgesamt 600 Städten Europas vertreten. Mein Wirtschaftswachstum beträgt 25 % jährlich. Um die Expansion meines Unternehmens auch in Ihrem Land zu sichern, habe ich vor zwei Jahren eine Deutsche Firma mit deutschem Management gegründet, die GUVE.

Wir bieten den Städten unterschiedliche Typen urbaner Einrichtungen an, wie zum Beispiel Wegweiser, automatische Toilettenanlagen, Fahrgastunterstände, elektronische Informationseinheiten und Stadtinformationsanlagen.

Mein Erfolg auf diesem Sektor gründet sich natürlich auch auf die Ästhetik und die Effizienz unserer Produkte, überwiegend ist er aber auf deren Wartung und Kommerzialisierung zurückzuführen.

Die Wartung der urbanen Einrichtungen ist für alle Bürger Garantie für eine saubere Stadt, auf die sie mit Recht stolz sein können. Die Art der Kommerzialisierung dieser Stadtmöbel erlaubt nicht nur, die verantwortlichen Lokalbehörden von ihrer Nützlichkeit, sondern auch die Werbenden von ihrer Leistungskraft zu überzeugen.

Um mein Ziel zu erreichen, brauche ich heute neue Kräfte. Ich brauche junge Leute, mit oder ohne Diplome; wichtig ist für mich vor allem, dass sie meine Leidenschaft teilen und bereit sind, alles daranzusetzen, um das Ihre zur Entwicklung ihres Unternehmens beizutragen. Ich weiß, dass es unter Ihnen viele gibt, die bereit sind, sich für ein solches Abenteuer voll einzusetzen. Ich verspreche ihnen keine vorprogrammierte Karriere, dafür aber eine angemessene Entlohnung für die an Ort und Stelle erzielten Ergebnisse.

Mögen all diejenigen, die ihr Leben als ein ständiges Sich-Neu-Einsetzen auffassen, all diejenigen, die wünschen, ihren Teil zum Wirtschaftskampf, den ihr Land führt, beizutragen, sich mir anschließen.

Wenn sie dazu bereit sind, können sie gemeinsam mit mir eine neue Karriere beginnen.

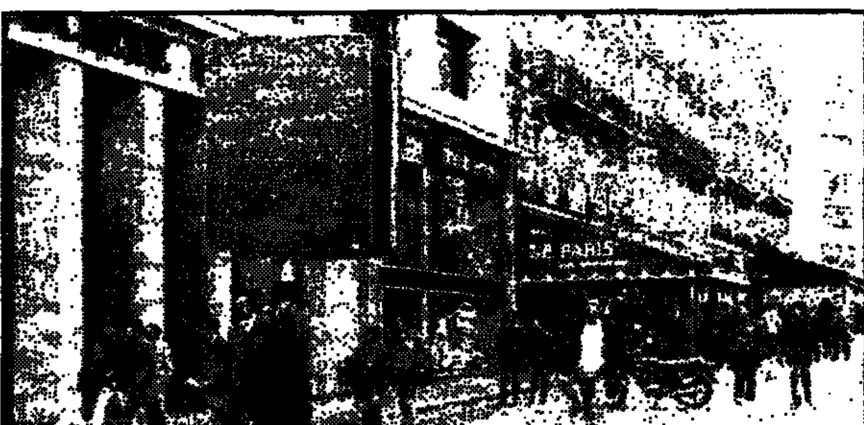
GUVE, Mitglied der JCDecaux Firmengruppe, Erstes Unternehmen Europas auf dem Gebiet urbaner Verkehrseinrichtungen



Hamburg - Fahrgastunterstand



Moskau - Wegweiser



Paris Av. des Champs Elysées - Elektronische Informationseinheit



Paris Av. George V - Toilettenanlage mit automatischer Reinigung



Riad - Stadtinformationszentrum



Köln - Stadtplan



London - Toilettenanlage mit automatischer Reinigung



Brüssel - Stadtplan



Lissabon - Fahrgastunterstand

SUCHT

Kontaktfreudige Männer mit Überzeugungskraft.

Verantwortlich für die Beziehungen zu den Lokalbehörden kommt ihnen die Aufgabe zu, alle Kontakte mit den entscheidenden Verhandlungspartnern – politisch gewählte Vertreter der örtlichen Behörden, sowie die Leiter der technischen Gremien – angefangen von der Präsentierung der Stadtmöbel bis hin zu den Verhandlungen, die zum Vertragsabschluß führen, zu unterhalten.

Bevorzugt werden Bewerber, die bereits Erfahrungen im Rahmen regionaler Wirtschaftsentwicklungsausschüsse oder mit wichtigen Handels- beziehungsweise Industrieunternehmen, die direkt mit den örtlichen Behörden zusammenarbeiten, gesammelt haben.

Überzeugte, gut organisierte Männer.

Als kaufmännisches Führungspersonal am Ort kommt ihnen die Aufgabe zu, die an den urbanen Einrichtungen geschaffenen Werbeflächen an große nationale Werbende zu verkaufen.

Bevorzugt werden Bewerber, die bereits in einem Unternehmen mit sehr dynamischer Verkaufspolitik Erfahrung gesammelt haben.

Schicken Sie bitte Ihre Bewerbung an den Leiter unserer Personalabteilung GUVE, Alsdorfer Straße 1 - 3 · 5000 KÖLN 41

Generale: Mord an Aquino durch Kommunisten

AP, Manila

Die Stabschefs der philippinischen Streitkräfte haben eine neue Darstellung der Ermordung des Oppositionsführers Benigno Aquino am 21. August verbreitet. Danach sei Aquinos Ex-Leibwächter und Untergrundagent Rosendo Cawigan aus eigenem Antrieb wie auch im Auftrag von Kommunisten mit einem gefälschten Ausweis zum Flugplatz von Manila gekommen, um Aquino bei dessen Rückkehr aus den USA umzubringen. Rolando Galman, ein kommunistischer Aufständischer, sei Cawigan aber zuvorgekommen. Galman sei unmittelbar nach dem Attentat erschossen worden.

Aquinos Witwe Corazon warnte davor, der neuen Attentats-Version Glauben zu schenken. Cawigan sei ein Lügner, sagte sie. Ein Anwalt der Opposition, Arroyo, gab den Rat, die Darstellung gar nicht zu beachten. Die Militärs bezeichneten jedermann als „Kommunisten".

Shamir: Noch diese Woche neues Kabinett

dpa, Jerusalem

Der designierte israelische Ministerpräsident Itzhak Shamir will noch in dieser Woche seine neue Koalitionsregierung dem Parlament vorstellen. Politiker aus dem Likud-Lager schlossen gestern die Möglichkeit nicht aus, daß Shamir eine Minderheitsregierung mit 58 (insgesamt 120) Abgeordneten bilden wird, weil sechs Abgeordnete aus dem jetzigen Koalitionsblock – der insgesamt über 64 Sitze verfügt – möglicherweise nicht mitziehen wollen.

Mehrtägige Verhandlungen zwischen dem Likud und der sozialdemokratischen oppositionellen Arbeiterpartei über die Bildung einer Regierung der nationalen Einheit waren am vergangenen Freitag ergebnislos beendet worden. Arbeiterpartei-Chef Peres erklärte gestern in Tel Aviv: „Die Kluft zwischen dem Likud und der Arbeiterpartei in grundsätzlichen Fragen ist nicht zu überbrücken." Die sechs Abgeordneten, die Shamir nicht unterstützen wollen, bestehen darauf, daß die Verhandlungen über eine Beteiligung der sozialdemokratischen Opposition an der Regierung weitergeführt werden, da eine Regierung der nationalen Einheit die einzige mögliche Chance für Israel sei.

Polens Publizisten und Künstler leben in innerer Emigration

Die Loyalisierung der Kunst ist fehlgeschlagen / Zur Situation der „Kulturschaffenden"

AUGUST PRADETTO, Berlin

Die Reaktion der polnischen Staatsführung auf die oppositionelle Haltung der meisten Kulturschaffenden nach der Verhängung des Kriegsrechts im Dezember 1981 hat den Exodus von Künstlern aus ihren Berufen und beruflichen Positionen beschleunigt. Bereits kurz nach dem Coup der Militärs wurde der Journalistenverband aufgelöst und ein neuer gegründet. In der Provinz, wo ein Sender aus einem Redakteur und drei Mitarbeitern besteht, standen diese vor der Wahl, entweder der neuen Organisation beizutreten oder auszuscheiden. In den Großstädten waren naturgemäß nicht nur die Ausweichmöglichkeiten innerhalb der Institutionen größer, sondern auch der Druck – wenigstens im kulturellen Bereich – nicht so stark.

Nachdem im Oktober 1982 die „Solidarnosc" für illegal erklärt worden war, wurde aufgrund seiner renitenten Haltung, die die Staatsführung weder mit freundlichen Angeboten zur Zusammenarbeit noch mit scharfen Drohungen zu brechen vermochte, zwei Monate später der Schauspielerverband aufgelöst. Fast alle namhaften Künstler boykottierten zu diesem Zeitpunkt noch immer – ein Jahr nach der Ausrufung des Kriegsrechts – die staatlichen Einrichtungen. Sie gaben nur mehr in Privaträumen oder im Rahmen kirchlicher Institutionen Vorstellungen.

Trotz Drohungen kein Kniefall der Literaten

Im August dieses Jahres war schließlich der traditionsreiche Schriftstellerverband an der Reihe, der – wie alle anderen Verbände – seit der Proklamation des Kriegsrechts suspendiert gewesen war. Bereits einen Tag nach seiner Auflösung, am 20. August, traf sich eine Anzahl von Parteiliteraten, um Vorbereitungen für die Organisierung einer neuen Vereinigung zu treffen. Auch „intensive Bemühungen", d. h. Drohungen und Erpressungen durch die Staatsführung, eine Änderung in der Politik und in der Zusammensetzung der Leitungsgremien der Organisation zu erreichen, hatten die Literaten des alten Verbands nicht zu einem Kniefall zu zwingen vermocht.

Diese Haltung ist um so bemerkenswerter, als natürlich auch die Schriftsteller – wie viele Kulturschaffende – in ihrer beruflichen Existenz vom staatlichen Wohlwollen, von Druckmöglichkeiten für ihre Werke und von finanziellen Zuwendungen abhängig sind. Im Grunde können es sich nur die Allerbesten leisten – sofern die politischen Umstände die Publikation ihrer Werke zulassen –, dem Verband nicht anzugehören.

Der neue Schriftstellerverband wird nicht anders vorgehen als der neue Journalistenverband. Dieser „übernahm" – illegal – das Eigentum und die Einrichtungen der aufgelösten alten Organisation – vom baren Vermögen bis zu den Arbeits- und Ferieneinrichtungen, den Domy Pracy Twórczej (wörtlich: Heime der schaffenden Arbeit).

Diese Einrichtungen werden von berufstätigen wie von pensionierten Journalisten und auch von Stipendiaten benützt. Sie können dort eine gewisse Zeitlang leben und arbeiten oder Urlaub machen. Der Verband verfügte auch über Fonds für Stipendien, Renten und so weiter. Mit der Einziehung dieser Mittel durch den neuen Verband und mit seinem Angebot an sozialen Leistungen, das nur Mitglieder ausschöpfen können, sind die Journalisten (und jetzt die Schriftsteller) vor die Alternative gestellt: Entweder Du trittst der neuen Vereinigung bei, oder Du kannst sehen, wo Du bleibst.

Der Initiative, nun einen Schriftstellerverband zu organisieren, der sich wieder einer von Staatsseite vorgegebenen Linie unterwerfen soll, stehen auch einige Kulturpolitiker und Schriftsteller skeptisch gegenüber, die der Partei angehören. Die Liste, die herumgereicht wurde, um Unterschriften unter einen Gründungsaufruf zu sammeln, ist nicht einmal von allen prominenten Literaten unterzeichnet worden, die PZPR-Mitglieder sind. Sie argumentieren, daß ein eindeutig politisch orientierter neuer Verband bald die gleichen Probleme aufwerfen werde wie der alte. Die staatsloyale Ausrichtung jetzt fordere nachgerade zu einer oppositionellen Orientierung heraus, sobald einige Jahre ins Land gegangen sind. Vorsorglich wertete die außenpolitische Zeitschrift Moskaus „Neue Zeit" vergangene Woche die Auflösung des polnischen Schriftstellerverbandes als „logisches Ergebnis des ideologischen Kampfes".

Allerdings ist dies eine Minderheitenposition in den herrschenden Parteikreisen. Bei den Kulturschaffenden mag auf eine „konstruktive politische Gesinnung" nicht verzichtet werden. Den Funktionären sitzt noch der Schock der fast 16 Monate Freiheit, Auseinandersetzung, Kritik und Opposition in der „Solidarnosc"-Ära in den Knochen. Vor allem aber haben sie nunmehr wieder die Macht, sich an denen zu rächen, die sie fast anderthalb Jahre das Fürchten gelehrt, die sie wegen Inkompetenz ihrer Funktionen enthoben und in der Öffentlichkeit der Lächerlichkeit preisgegeben haben.

Wovon leben Künstler, Filmemacher, Schauspieler?

Und diejenigen, die von dieser Revanche betroffen sind? Wovon leben die Künstler, Filmemacher, Schriftsteller, Schauspieler, die sich weigerten, unter Kriegszuständen weiterzumachen? – Eine Anzahl von ihnen hat sich in Wirtschaftsbereichen eine Existenz gegründet, die sie nicht in Konflikt bringt mit ihrer moralischen und politischen Einstellung. Einige haben sich von ihrem Ersparten einen Wagen gekauft, arbeiten als Taxifahrer oder betreiben ein kleines Transportunternehmen. Sie verdienen sich das zum Leben notwendige Geld auf eine Weise, die sie nicht zwingt, sich durch die Zusammenarbeit mit der Macht zu kompromittieren. Es gibt welche, die nähen und verkaufen Kleidung, die sie nach westlichen Modellen fertigen. Wieder andere haben Cafés aufgemacht.

Diejenigen, die nicht genug gespart haben oder in fremden Berufen kein Unterkommen finden konnten oder wollten, borgen Geld von Verwandten oder Freunden. Sie hoffen, daß in ein, zwei Jahren die Situation wieder eine andere sein wird. Nicht, daß man zuversichtlich wäre. Aber, so sagt mir ein Bekannter mit einem kleinen Lächeln, vielleicht tritt wieder einmal ein, was der Dichter Slonimski einst so formuliert hat: „Polen ist ein seltsames Land. In Polen ist alles möglich, sogar eine Wende zum Besseren."

Bonn will sich stärker in Lateinamerika engagieren

In San Jose trafen sich 15 deutsche Botschafter / El Salvador wird wieder besetzt

BERNT CONRAD, San José

Die Bundesregierung wird sich künftig gemeinsam mit ihren EG-Partnern stärker politisch und wirtschaftlich in Zentralamerika engagieren, dabei aber auf enge Abstimmung und strikte Einhaltung der Bündnissolidarität mit den USA Wert legen. Dies ist das Ergebnis einer in San José (Costa Rica) abgehaltenen dreitägigen Konferenz der 15 deutschen Botschafter in Mittelamerika und der Karibik mit führenden Beamten des Auswärtigen Amtes, an der in der Schlußphase auch Bundesaußenminister Genscher teilgenommen hat. Über dieses Konzept will Genscher nach seiner Rückkehr mit den politischen Parteien, Kirchen, Stiftungen und anderen Gruppen in der Bundesrepublik sprechen, um ein Maximum an Gemeinsamkeit und Koordinierung zu erreichen.

Der Prozeß zu Unabhängigkeit und Demokratie in Zentralamerika soll durch politische Zusammenarbeit und wirtschaftliche Hilfe gefördert werden, ohne einzelne Staaten zu isolieren, besagt eine wesentliche Schlußfolgerung der Bonner Diplomaten. Für El Salvador ist die Grundsatzentscheidung Bonns zur Wiederentsendung eines Botschafters gefallen. Der Zeitpunkt ist vom Demokratisierungsprozeß in dem vom Bürgerkrieg erschütterten Land abhängig. Gefördert werden solle der Dialog zwischen den Konfliktparteien und die Abhaltung allgemeiner Wahlen.

Mit Nicaragua soll der Kontakt nicht abgebrochen, aber die weitere Gewährung von Finanzhilfen an der Einhaltung der eigenen demokratischen Zusagen der sandinistischen Regierung gemessen werden.

Über die Entwicklung des Regimes in Nicaragua sagte Genscher vor Journalisten: „Die Bundesregierung hat Nicaragua nach dem Sturz der Diktatur unterstützt, um eine demokratische Entwicklung zu fördern. Wir müssen leider feststellen, daß sich diese Hoffnung bisher nicht erfüllt hat." Wesentlich härter äußerten sich führende Politiker Costa Ricas, die sich offenbar unmittelbar aus Nicaragua bedroht fühlen. Doch ebenso wie andere, Nicaragua kritisch gegenüberstehende mittelamerikanische Regierungen empfahlen sie den Europäern, gegenüber den Sandinisten keine Politik der Isolation zu betreiben, sondern sie in den Dialog einzubeziehen, um sie beeinflussen zu können.

Die Anregung dafür, daß Bonn und die anderen Europäer in Zentralamerika politisch aktiver werden sollten, geht von den Staaten der Region selbst aus. Gerade wegen des großen Einflusses der Supermacht USA wünschen die Länder Mittelamerikas eine politische und wirtschaftliche Diversifizierung, erstreben sie aus Europa Kontakt und Unterstützung. Wie stark dieser Wunsch ist, erfuhr der Bundesaußenminister bei seinen bilateralen Gesprächen mit der Regierung von Costa Rica. Mit diesem traditionell demokratischen Staat wurde ein Abkommen über 19 Millionen Mark Finanzhilfe unterzeichnet.

Intensiv unterstützen will Genscher auch künftig die Bemühungen der Contadora-Gruppe (Mexiko, Venezuela, Kolumbien und Panama) um friedlichen Ausgleich. Nach Ansicht des Bundesaußenministers erhöhen die Aktivitäten dieser Gruppe nicht nur die Chancen zu regionaler Konfliktlösung, sondern könnten darüber hinaus den Ansatz zu engerer Zusammenarbeit nach dem Vorbild des südostasiatischen Staatengruppe Asean bilden.

Panamas Generäle liegen im Streit

Ein zusätzlicher Unsicherheitsfaktor für die Krise Mittelamerikas / Zurück zur Diktatur?

G. FRIEDLÄNDER, Panama City

Politische Ereignisse in der Republik Panama würden kaum über ihre Grenzen hinaus interessieren, wenn dieses Land nicht im Jahr 2000 alleiniger Besitzer und Verwalter des strategisch wichtigen Panamakanals werden würde. Hinzu kommt, daß Panama sich bisher als einziges Land Zentralamerikas inmitten der Wirren dieser Region eine gewisse Stabilität erhalten konnte.

Gerade diese Stabilität aber scheint gefährdet, seit Panamas Generäle Ruben Dario Paredes, bis vor wenigen Tagen aussichtsreichster Kandidat der für den Mai 1984 geplanten Präsidentschaftswahlen, und sein Nachfolger und Kommandant der Nationalgarde, General Manuel Antonio Noriega, in aller Öffentlichkeit miteinander gebrochen haben. Die gesamte Presse des Landes veröffentlichte das letzte Telegramm Paredes' an Noriega: „General Noriega: Von der Höhe meiner Würde, die Sie nicht zu schätzen wissen, antworte ich Ihnen in aller Öffentlichkeit. Meine Verpflichtung zum Frieden und zur Demokratie entspricht dem Wunsch jedes vernünftigen Menschen. Der Verrat der vor 18 Monaten für das Beste unseres Volkes eingegangenen Verpflichtungen ist Landesverrat."

Das Telegramm deutet an, daß beide Generäle vor 18 Monaten übereinkamen, die von Torrijos errichtete Diktatur der Nationalgarde abzubauen. Die Übergangslösung sollte die Präsidentschaft des als Kommandant der Garde zurückgetretenen Generals Paredes sein, der sie in demokratischen Wahlen erkämpfen sollte. Der General hatte eine Gruppe von Parteien um sich gesammelt, die in diesen Tagen seine von ihm bereits akzeptierte Kandidatur proklamieren wollten. Dann aber bildete Präsident Ricardo de la Espriella plötzlich sein Kabinett um. Alle Vertrauensleute von General Paredes verloren ihren Einfluß, während gleichzeitig in der Öffentlichkeit Vorschläge auftauchten, die Wahlen um zwei Jahre zu vertagen und 1984 nur eine Verfassunggebende Versammlung zu wählen. Inmitten dieser Gerüchte wurde das Telegramm bekannt.

Die Folge ist nun ein großes Durcheinander in Panamas politischem Leben. Man stellt viele Fragen: Strebt Noriega die Rückkehr zu einer Diktatur an? Wird Panama außenpolitisch den von Paredes gewählten Weg an der Seite der USA beibehalten, oder wird die politische Linke, deren Einfluß de la Espriella nie wirklich ausschalten konnte oder wollte, nun wieder zum Zug kommen? Ist das Verbleiben von 10 000 Soldaten der USA am Kanal nun wieder in Frage gestellt? Und was wird aus den Maiwahlen werden? (SAD)

Briefe an DIE WELT

DIE WELT, Godesberger Allee 99, Postfach 200 866, 5300 Bonn 2, Tel. 0228/30 41, Telex 8 85 714

Der wiederholte Fehler

„Wider das Medien-Monopol": WELT vom 12. September

Sehr geehrte Herren,

von einer Reise zurückgekehrt, möchte ich meine Besorgnis darüber zum Ausdruck bringen, daß der wichtige Artikel von Herrn Kollegen K. Steinbuch über die Verhältnisse und die Aktivitäten unserer sogenannten „öffentlich-rechtlichen Medien", dem man nur in jeder Zeile beistimmen und seine Bedeutung unterstreichen kann, offenbar ohne Wirkung, jedenfalls ohne Echo geblieben ist.

Der Artikel eines unserer besten Experten auf diesem Gebiet muß zweifellos als ein Alarmruf verstanden werden, zumal wenn man tagtäglich die sozusagen aus allen Rohren schießende Gegenpropaganda verfolgen kann, eine Aktivität, die sich, wie Professor Steinbuch richtig hervorhebt, auch auf sogenannte „unpolitische" Sendungen erstreckt.

Die gegenwärtig stärkste Regierungspartei wiederholt also offenbar den Fehler, den sie bereits einmal gemacht hat und der wesentlich zu ihrer Ablösung beigetragen hat, so daß man mit Sicherheit voraussagen kann, daß sie, wenn nicht mit größtem Nachdruck eine „Wende" vor allem auf diesem Gebiet in kürzester Frist erfolgt, nach Ablauf der gegenwärtigen Parlamentsperiode nicht wieder gewählt werden wird.

Hochachtungsvoll
Prof. Dr. Dres. h. c. G. Eisermann,
Bonn 1

Die Redaktion behält sich das Recht vor, Leserbriefe sinnentsprechend zu kürzen. Je kürzer die Zuschrift ist, desto größer ist die Möglichkeit der Veröffentlichung.

Aus dem Glashaus

„Ich gehöre nicht mehr dauernd auf die Bühne": WELT vom 19. September

Sehr geehrte Herren,

Ex-Kanzler Schmidt hätte allen Grund, sich eines negativen Urteils über frühere Kanzler zu enthalten. Ihm scheint wohl nicht bewußt zu sein, was für einen Riesenschaden er gerade angerichtet hat:

- Die maßlose Staatsverschuldung, an der unabhängige Wissenschaftler Kritik übten,
- „Gefährdung der Währung durch Schmidts Haushaltsgebaren" (Wirtschaftsverständigenrat am 7. 7. 1981),
- nicht zu bezahlende Sozialpolitik auf Pump.
- Die Massenarbeitslosigkeit mit zwei bis vier Millionen Arbeitslosen wurde bereits 1977 vorausgesagt. Schmidt traf keine Maßnahmen dagegen. Im Gegensatz zu uns hat die Schweiz heute noch Vollbeschäftigung.
- Große Ausländerprobleme, weil Schmidt gegen den Zustrom in das gelobte Land Bundesrepublik Deutschland nichts unternahm.
- Am „ramponierten Rechtsstaat" (Professor K. Steinbuch), „der in die Diktatur des Verbrechens führt", war Schmidt nicht unschuldig.
- Verlorene Milliardenbürgschaften vergab Schmidt bedenkenlos an kommunistische Polizeistaaten.

„Kanzler Schmidt hat seine innenpolitischen Aufgaben vernachlässigt." Dies stellte Professor K. Mehnert fest. Nutznießer seiner Außenpolitik waren kommunistische Diktaturen. Seine Politik brachte allen Arbeitenden, Arbeitslosen und Rentnern starke Einkommensverluste.

Ex-Kanzler Schmidt kann sich trotz aller von ihm angerichteten Mißstände beim Volk eines guten Ansehens erfreuen. „Die Medien flochten zielstrebig an dem Lorbeerkranz für Schmidt" (G. Gauß, SPD). Dies zeigt, daß die Medien ihrer Mitkontrolle der Regierung und ihrer Informationspflicht nicht nachkamen. Sie zeichneten ein falsches Bild von Schmidt. Eine Manipulation des ganzen Volkes durch Desinformation – wie in sozialistischen Staaten.

Gerd Röscheisen,
Limburgerhof

Asylanten-Hilfe

„UN-Studie rügt Bonner Asylpolitik"; WELT vom 12. August

Sehr geehrte Damen und Herren,

die Feststellung in der Studie, Asylanten sei es während des Aufnahmeverfahrens verboten, sich Deutschkenntnisse anzueignen, fordert eine Ergänzung heraus. In Freiburg i. Br. besteht nämlich ein Ausländerwohnheim für Asylbewerber aus den Ostblockstaaten, in dem die Aneignung von Deutschkenntnissen sogar auf mehrfache Weise gefördert wird:

- Seit der Eröffnung des Ausländerwohnheims im März 1981 werden den Insassen Deutschkurse im Bildungswerk der Erzdiözese Freiburg zu ermäßigten Gebühren angeboten.
- Für Asylbewerber, die zur Ausübung ihres Berufes in Deutschland gute Deutschkenntnisse benötigen, besteht die Möglichkeit, für den Besuch eines Intensivkurses in Deutsch eine Beihilfe von 400,– DM zu erhalten. Diese Beihilfen werden von einer seit dem Frühjahr 1980 bestehenden „Bürgerinitiative zur Betreuung von Asylbewerbern e. V., Freiburg i. Br." oder der Polenhilfe (Deutsches Rotes Kreuz, Bundesverband) aufgebracht. Daneben werden zu den Intensivkursen auch Gasthörer (Freiplätze) aus dem Kreise der Asylanten zugelassen. Die Bürgerinitiative beschafft sich das Geld durch Spendenaufrufe und Mitgliedsbeiträge. Bis jetzt haben insgesamt 12 Asylanten eine solche Beihilfe erhalten.
- Seit dem Frühjahr 1982 wird im Wohnheim unentgeltlich Deutschunterricht angeboten, der sich aus einer Hausaufgabenbetreuung entwickelt hat. Dies geht ebenfalls von der oben erwähnten Bürgerinitiative aus. Auch wird das für den Unterricht im Bildungswerk und im Wohnheim benötigte Lehrbuch von der genannten Bürgerinitiative beschafft und ausgegeben.

Abschließend darf noch erwähnt werden, daß die oben genannte Bürgerinitiative bisher auch vielfältige andere Hilfen geboten hat. So hat sie sich z. B. beim Anlegen eines Kinderspielplatzes und der Ausstattung mit Spielgeräten beteiligt.

Mit freundlichen Grüßen
Alfons Moser,
Bürgerinitiative zur Betreuung von Asylbewerbern e. V.,
Freiburg i. Br.

Wort des Tages

» Die Liebe kommt ganz von allein. Um seinen Nächsten zu lieben, braucht man sich nur gehenzulassen; man braucht nur soviel Not anzuschauen. Um seinen Nächsten nicht zu lieben, müßte man sich Gewalt antun, sich quälen, sich selber zuwiderhandeln. Die erste Regung ist immer die rechte. Die Liebe ist eine Mutter und eine Schwester. «

Charles Péguy, franz. Autor (1871–1914)

Personalien

JUBILÄEN

Mit einem Empfang hat die CDU/CSU-Bundestagsfraktion **Günter Englisch** (54) geehrt, der seit nunmehr 30 Jahren in der Pressestelle der Fraktion tätig ist. Neben zahlreichen Bundestagsabgeordneten waren viele Journalisten gekommen, um Englisch zu beglückwünschen. Für sie ist er ständiger Ansprechpartner: stets kompetent und informiert, und dennoch angenehm zurückhaltend. Fraktionsvorsitzender **Alfred Dregger** nannte Englisch den „ruhenden Pol" in der Pressestelle der Unionsfraktion. Er sei „zuverlässig, korrekt, selbstlos und loyal". Günter Englisch stammt aus Oberschlesien; neben seiner Arbeit für die Fraktion hat er sich in all den Jahren vehement auch für die Belange der heimatvertriebenen Schlesier eingesetzt.

Ing. **Werner Schiller**, Vorstandsmitglied der EUMUCO AG, verantwortlich für das Ressort Technik, beging sein 25jähriges Dienstjubiläum. Die EUMUCO AG gehört zu den international führenden Unternehmen der Umformtechnik.

EHRUNG

Prof. **Dr. Oswald von Nell-Breuning**, Nestor der katholischen Soziallehre, sind in „Anerkennung seines verdienstvollen Wirkens" die Ehrenbürgerrechte der Stadt Frankfurt/Main verliehen worden. Die Auszeichnung wird dem 93jährigen Jesuitenpater, der seit Jahrzehnten in der Frankfurter Jesuiten-Hochschule St. Georgen lebt und lehrt, am 10. Oktober im Kaisersaal des Römer überreicht.

VERÄNDERUNG

Wolfgang Behrends (57), vier Jahre Leiter der Auslandsabteilung im Bundespresseamt, hat das Agrément als neuer Botschafter der Bundesrepublik in der kanadischen Hauptstadt Ottawa erhalten. Der Sozialdemokrat, der nach dem Regierungswechsel seinen Posten verloren hat, gehört dem Auswärtigen Dienst seit 1952 an, leitete von 1973 bis 1978 die Bonner Delegation bei den Wiener MBFR-Verhandlungen und war kurze Zeit Botschafter in Kairo.

Im Mainzer Dom wurde Professor **Dr. Dr. Karl Lehmann** (47) zum neuen Bischof von Mainz geweiht. Sein Vorgänger Kardinal **Hermann Volk** zelebrierte den Weihegottesdienst.

WAHL

Die Allianz der europäischen Nachrichtenagenturen, eine Vereinigung von 23 Agenturen zum Informationsaustausch und zur technischen Zusammenarbeit, hat den Geschäftsführer der Deutschen Presse-Agentur, Dr. **Thilo Pohlert**, zum neuen Präsidenten gewählt. Er löst den Direktor der polnischen Nachrichtenagentur PAP, **Janusz Roszkowski**, ab.

DIE WELT

UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Herausgeber: Axel Springer, Matthias Walden, Berlin

Chefredakteure: Wilfried Hertz-Eichenrode, Dr. Herbert Kremp

Stellv. Chefredakteure: Peter Gillies, Bruno Waltert, Dr. Günter Zehm

Berater der Chefredaktion: Heinz Barth

Hamburg-Ausgabe: Diethart Goos

Chefs vom Dienst: Klaus Jürgen Fritzsche, Friedr. W. Heering, Heinz Kluge-Lübke, Jens-Martin Lüddeke (WELT-Report), Bonn; Horst Hillesheim, Hamburg

Verantwortlich für Seite 1, politische Nachrichten: Gernot Facius; Deutschland: Norbert Koch, Rüdiger v. Wolkowsky (stellv.); Internationale Politik: Manfred Neuber; Ausland: Jürgen Liminski, Maria Weidenhiller (stellv.); Seite 3: Burkhard Müller, Dr. Manfred Rowold (stellv.); Meinungen: Enno von Loewenstern (verantw.), Horst Stein; Bundeswehr: Rüdiger Moniac; Bundesgerichte/Europa: Ulrich Lüke; Osteuropa: Dr. Carl Gustaf Ströhm; Zeitgeschichte: Walter Görlitz; Wirtschaft: Gerd Brüggemann; Industriepolitik: Hans Baumann; Geld und Kredit: Claus Dertinger; Feuilleton: Dr. Peter Dittmar, Reinhard Beuth (stellv.); Geistige Welt/WELT des Buches: Alfred Starkmann, Peter Böbbis (stellv.), Dr. Hellmut Jenrich (stellv.); Fernsehen: Dr. Brigitte Helfer; Wissenschaft und Technik: Dr. Dieter Thierbach; Sport: Frank Quednau; Aus aller Welt: Ulrich Bieger, Knut Teske (stellv.); Reise-WELT und Auto-WELT: Heinz Horrmann, Birgit Cremers-Schiemann (stellv. für Reise-WELT); WELT-Report: Heinz-Rudolf Scheike (stellv.); Auslandsbeilagen: Hans-Herbert Holzamer; Leserbriefe: Henk Ohnesorge; Dokumentation: Reinhard Berger; Grafik: Werner Schmidt.

Weitere leitende Redakteure: Dr. Leo Fischer, Peter Jentsch, Werner Kahl, Walter H. Rueb, Lothar Schmidt-Mühlisch

Fotoredaktion: Bettina Rathje; Schlußredaktion: Armin Reck

Bonner Korrespondenten-Redaktion: Manfred Schell (Leiter), Heinz Heck (stellv.), Günther Bading, Stefan G. Heydeck, Hans-Jürgen Mahnke, Dr. Eberhard Nitschke, Peter Philipps, Gisela Reiners

Diplomatischer Korrespondent: Bernt Conrad

Korrespondent für Technologie: Adalbert Bärwolf

Deutschland-Korrespondenten Berlin: Hans-Rüdiger Karutz, Klaus Geitel, Peter Weertz; Düsseldorf: Dr. Wilm Herlyn, Joachim Gehlhoff, Harald Posny; Frankfurt: Dr. Dankwart Guratzsch (zugleich Korrespondent für Städtebau/Architektur), Inge Adham, Joachim Weber; Hamburg: Herbert Schütte, Jan Brech, Klare Warnecke MA; Hannover/Kiel: Christoph Graf Schwerin von Schwanenfeld (Politik); Hannover: Dominik Schmidt (Wirtschaft); München: Peter Schmalz, Dankward Seitz; Stuttgart: Xing-Hu Kuo, Werner Neitzel

Chefkorrespondent (Inland): Joachim Neander

Auslandsbüros, Brüssel: Wilhelm Hadler; London: Fritz Wirth, Wilhelm Furler; Moskau: Friedrich H. Neumann; Paris: August Graf Kageneck, Joachim Schaufuß; Rom: Friedrich Meichsner; Stockholm: Reiner Gatermann; Washington: Thomas L. Kielinger, Horst-Alexander Siebert

Auslands-Korrespondenten WELT/SAD: Athen: E. A. Antonaros; Beirut: Peter M. Ranke; Bogotá: Prof. Dr. Günter Friedländer; Brüssel: Cay Graf v. Brockdorff-Ahlefeldt, Bodo Radke; Jerusalem: Ephraim Lahav, Heinz Schewe; London: Helmut Voss, Christian Ferber, Claus Geissmar, Siegfried Helm, Peter Michalski, Joachim Zwikirsch; Los Angeles: Karl-Heinz Kukowski; Madrid: Rolf Görtz; Mailand: Dr. Günther Depas, Dr. Monika von Zitzewitz-Lonmon; Mexico City: Werner Thomas; New York: Alfred von Krusenstiern, Gitta Bauer, Ernst Haubrock, Hans-Jürgen Stück, Wolfgang Will; Paris: Heinz Weissenberger, Constance Knitter, Joachim Leibel; Rom: Anna Teitlen; Tokio: Dr. Fred de la Trobe, Edwin Karmiol; Washington: Dietrich Schulz; Zürich: Pierre Rothschild

Zentralredaktion: 5300 Bonn 2, Godesberger Allee 99, Tel. (02 28) 30 41, Telex 8 85 714

1000 Berlin 61, Kochstraße 50, Redaktion: Tel. (0 30) 2 59 11, Telex 1 84 611, Anzeigen: Tel. (0 30) 25 91 29 31/32, Telex 1 84 611

2000 Hamburg 36, Kaiser-Wilhelm-Straße 1, Tel. (0 40) 34 71, Telex Redaktion und Vertrieb 2 170 010, Anzeigen: Tel. (0 40) 3 47 43 80, Telex 2 17 001 777

4300 Essen 18, Im Teelbruch 100, Tel. (0 20 54) 10 11, Anzeigen: Tel. (0 20 54) 10 15 24, Telex 8 579 104
Fernkopierer (0 20 54) 8 27 28 und 8 27 29

3000 Hannover 1, Lange Laube 2, Tel. (05 11) 1 79 11, Telex 9 22 919
Anzeigen: Tel. (05 11) 6 49 00 09
Telex 92 30 106

4000 Düsseldorf, Graf-Adolf-Platz 11, Tel. (02 11) 37 30 43/44, Anzeigen: Tel. (02 11) 37 50 61, Telex 8 587 756

6000 Frankfurt (Main), Westendstraße 8, Tel. (06 11) 71 73 11; Telex 4 12 449
Anzeigen: Tel. (06 11) 77 90 11 - 13
Telex 4 185 525

7000 Stuttgart, Rotebühlplatz 20a, Tel. (07 11) 22 13 28, Telex 7 23 966
Anzeigen: Tel. (07 11) 7 54 50 71

8000 München 40, Schellingstraße 39–43, Tel. (0 89) 2 38 13 01, Telex 5 23 813
Anzeigen: Tel. (0 89) 8 50 60 38 / 39
Telex 5 23 836

Monatsabonnement bei Zustellung durch die Post oder durch Träger DM 25,60 einschließlich 7 % Mehrwertsteuer. Auslandsabonnement DM 35,– einschließlich Porto. Der Preis des Luftpostabonnements wird auf Anfrage mitgeteilt. Die Abonnementsgebühren sind im voraus zahlbar.

Bei Nichtbelieferung ohne Verschulden des Verlages oder infolge von Störungen des Arbeitsfriedens bestehen keine Ansprüche gegen den Verlag. Abonnementsabbestellungen können nur zum Monatsende ausgesprochen werden und müssen bis zum 10. des laufenden Monats im Verlag schriftlich vorliegen.

Gültige Anzeigenpreisliste für die Deutschlandausgabe: Nr. 62 und Kombinationstarif DIE WELT / WELT am SONNTAG Nr. 12, für die Hamburg-Ausgabe: Nr. 46.

Amtliches Publikationsorgan der Berliner Börse, der Bremer Wertpapierbörse, der Rheinisch-Westfälischen Börse zu Düsseldorf, der Frankfurter Wertpapierbörse, der Hanseatischen Wertpapierbörse, Hamburg, der Niedersächsischen Börse zu Hannover, der Bayerischen Börse, München, und der Baden-Württembergischen Wertpapierbörse zu Stuttgart.

Für unverlangt eingesandtes Material keine Gewähr.

Die WELT erscheint mindestens viermal jährlich mit der Verlagsbeilage WELT-REPORT.

Verlag: Axel Springer Verlag AG, 2000 Hamburg 36, Kaiser-Wilhelm-Straße 1.

Nachrichtentechnik: Reinhard Prechelt

Herstellung: Werner Koziak

Anzeigen: Dietrich Windberg

Vertrieb: Gerd Dieter Leilich

Verlagsleiter: Dr. Ernst-Dietrich Adler

Druck in 4300 Essen 18, Im Teelbruch 100; 2000 Hamburg 36, Kaiser-Wilhelm-Str. 6.

Kisielewski an die Westeuropäer: Träumt vom neuen Mitteleuropa

Vom dritten Weg zwischen zwei „exotischen Weltsystemen" / Vortrag in Wien

CARL G. STRÖHM, Wien

Die Europäer müßten den Mut haben, über Mitteleuropa als eine „neue Macht" zu träumen. Mit diesen Worten griff der bekannte polnische Publizist und langjährige katholische Abgeordnete des Warschauer Parlaments, Stefan Kisielewski, in die Mitteleuropa-Diskussion ein, die kurz zuvor in der österreichischen Hauptstadt durch Papst Johannes Paul II. und durch den amerikanischen Vizepräsidenten George Bush ausgelöst worden war.

Kisielewski, einer der prominentesten Intellektuellen in Polen und vielgelesener Mitarbeiter der Krakauer katholischen Wochenzeitung „Tygodnik Powszechny", war zu dem Vortrag, den die Österreichische Volkspartei veranstaltete, eigens aus Warschau angereist. Er bezeichnete es als „Ursünde" der Europäer, daß sie sich im Zweiten Weltkrieg nicht aus eigener Kraft gegen Hitler wehrten und statt dessen Stalin zu Hilfe riefen. Damit hätten die Europäer „den Teufel mit dem Beelzebub ausgetrieben". Die seltsame Allianz der westlichen Demokratien mit dem „leninistisch-stalinistischen Totalitarismus" habe zu einer neuen Teilung Europas geführt.

Europa sei als Ergebnis der Konferenz von Jalta zwischen dem „asiatischen Marxismus" der Sowjets und der „exotischen Herrschaft der Amerikaner" aufgeteilt worden. Beide Herrschaftsformen seien aber von mitteleuropäischen Idealen weit entfernt, meinte Kisielewski.

Wenn der amerikanische Vizepräsident Bush in Wien gesagt habe, daß es in Jalta 1945 keine Entscheidung über das Schicksal Europas gab, so sei dies nur theoretisch richtig. Praktisch seien, so formulierte es Kisielewski, damals in Europa zwei Machtzentren entstanden: die kapitalistische Demokratie mit freiem Markt, freier Presse und freien Wahlen. Zu dieser Regierungsform meinte Kisielewski: „Das kennen wir Polen gut, das lieben wir." Auf der anderen Seite aber herrsche der Marxismus-Leninismus und Stalinismus.

Warnend erklärte Kisielewski, die Europäer unterschätzten die „suggestive Macht" des sowjetischen Universalismus. Das Leben in der Sowjetunion sei den westlichen Menschen so gut wie unbekannt. Wenn



Offene Worte in Wien: Der Publizist und Oppositionelle Stefan Kisielewski. FOTO: CHRISTOF HYLA

die Westeuropäer mit Bewohnern aus dem östlichen Teil des Kontinents sprächen, dann begegneten sie – so Kisielewski – „Leuten, wie ich es bin: aus Nationen, die nicht sowjetisiert sind". Daher entstehe ein falsches Bild.

Kisielewski sagte dann, das totalitäre System sei auch zu schnellen aggressiven Aktionen fähig. Deshalb könnte es sich als eine Illusion erweisen, wenn sich die Europäer im westlichen Teil des Kontinents in der Sicherheit wiegten, weil sie unter einer amerikanischen Garantie leben.

Heute existieren nach Meinung des polnischen Redners zwei universelle Systeme, die miteinander um die Weltherrschaft konkurrieren: die Sowjetunion und die Vereinigten Staaten von Amerika. Beide seien „exotisch", auch wenn die USA sich auf europäische Einwanderung gründeten. Dann schilderte Kisielewski die Eindrücke der Menschen aus dem östlichen, kommunistisch beherrschten Europa bei ihren Besuchen im Westen: „Wenn wir in das westliche Mekka der Freiheit kommen, sind wir oft enttäuscht. Westeuropa ist uns oft zuwenig europäisch, zu materialistisch, zu amerikanisiert, zuwenig christlich."

Kisielewski meinte dann, mit den Teilungen Polens zwischen Preußen und Rußland sei nicht nur der polnische Staat, sondern für lange Zeit das gesamte östliche Mitteleuropa und Südosteuropa von der Landkarte und aus dem Bewußtsein verschwunden: das alte Litauen, das einmal von „Kaunas bis Kiew" gereicht habe, die Ukraine mit ihrer unierten Kirche, das mittelalterliche Serbien, das ebenso wie Ungarn von den Türken erobert worden sei.

Er erinnerte daran, daß die „polnische Anarchie" und die „polnische Wirtschaft" – wie die Zustände in Polen vor den Teilungen herablassend bezeichnet wurden – eigentlich Demokratie und Freiheit im Sinne der damaligen Epoche bedeuteten. Im Polen der Jagiellonen-Könige seien die Bauern freier gewesen als anderswo im feudalen Europa. Deutsche und jüdische Bürger hätten ihre Rechte gehabt. Polen sei damals das Asylland für die anderswo verfolgten Juden gewesen.

Das alte Österreich unter Kaiser Franz Josef wurde von Kisielewski als eine „Föderation der Nationen" bezeichnet. Auch heute sei Österreich so wie Polen ein „zweideutiges Land" – es sei westlich im Sinne des politischen und wirtschaftlichen Systems, aber zugleich „östlich" als Erbe der föderalistischen Konzeption der Habsburger Monarchie. Es sei auch nicht mehr imperialistisch. Und Otto von Habsburg sei ein europäischer Parlamentarier.

Gerade deshalb, so forderte Kisielewski, müsse man in Wien von einem neuen Mitteleuropa träumen. Dann knüpfte der Pole an die Frage an: „Ist es möglich, daß unsere Länder sich vom Totalitarismus befreien und eine neue Macht Mitteleuropa schaffen?" Gerade das Atomzeitalter habe bewiesen, daß auch Wunder möglich seien. Kisielewski nannte in diesem Zusammenhang Israel, aber auch Staaten wie Libyen und Syrien, die als kleine Länder eine große Rolle spielen könnten.

Der Vizebürgermeister und Wiener Vorsitzende der Österreichischen Volkspartei, Erhard Busek, der Kisielewskis Gastgeber war, forderte, Österreich müsse nicht nur Erbe seiner großen Architektur sein, sondern auch Erbe dessen, was sich im Blick auf Mitteleuropa „aktiv machen lasse". Im Blick auf den „Traum von Mitteleuropa" meinte Busek: „Man kann der Verwirklichung von Träumen auch in kleinen Schritten näherkommen."

ZDF-Serie über das Zeitalter der Raumfahrt

Der Wettlauf im Kosmos

Es ist denn wirklich schon so lange her? Man muß es sich klarmachen – als das Zeitalter der Raumfahrt mit dem kläglichen und doch so triumphierenden „Piep, piep!" des sowjetischen Sputnik begann, waren die heute 25jährigen gerade geboren. Sie wuchsen heran in einem Vierteljahrhundert voll aufregender kosmischer Abenteuer. Als Sextaner waren sie Augenzeugen jenes „kleinen Schrittes", mit dem Neil Armstrong die Menschheit den vielleicht größten Schritt in ihrer gesamten Entwicklungsgeschichte tun ließ.

Die Landung eines Menschen auf dem Mond hat, ob wir uns dessen immer bewußt sind oder nicht, eine Epoche eingeleitet, von der wir eigentlich nicht wissen, wohin sie uns bringen wird. Doch sicher ist: Noch in 10 000 Jahren, wenn die Menschheit bis dahin überlebt, wird man wissen – damals, vor 10 000 Jahren, hat alles begonnen. Den „Beginn", den Aufbruch des Erdenmenschen zu anderen Himmelskörpern, dokumentiert das ZDF in einer fünfteiligen Sendereihe, die unter Leitung des promovierten Physikers Joachim Bublath produziert wurde und die von heute an innerhalb des Wissenschaftsmagazins „Aus Forschung und Technik" ausgestrahlt wird (1. Raumfahrt auf amerikanisch; 2. Raumfahrt auf japanisch und europäisch; 3. Raumfahrt auf sowjetisch; 4. Raumfahrt und die Folgen; 5. Das europäische Weltraumlabor – live.)

Raumfahrt international – ZDF, 20.15 Uhr

Wir erinnern uns: Der sowjetische Sputnik – im Oktober 1957 – war eine Sensation. Der Weltöffentlichkeit brachte er zum erstenmal die Raumfahrt als real existierendes Unternehmen ins Bewußtsein. Den Amerikanern, wohl der gesamten westlichen Welt, fuhr der Schock in die Glieder. Die Selbstverständlichkeit, mit der die USA im Gefühl ihrer technologischen Überlegenheit lebten, war über Nacht einer tiefen Verunsicherung gewichen. In panischer Hast versuchten die Amerikaner im Dezember 1957, mit den Sowjets gleichzuziehen. Der Versuch mißlang. Erst im Januar 1958 schaffte es dann die Gruppe um Wernher von Braun, den ersten amerikanischen Satelliten, Explorer I, in eine Umlaufbahn zu schießen.

Der kosmische Wettlauf der beiden Supermächte begann. 1961 steckte der amerikanische Präsident John F. Kennedy das Ziel einer bemannten Mondlandung innerhalb eines Jahrzehnts. Der 21. Juli 1969 brachte den ersehnten Erfolg: Neil Armstrong setzte seinen Fuß auf lunaren Boden. Die Welt jubelte.

Der Jubel ist verhallt. Es hat herbe Kritik an der „sinnlosen" Mondlandung gegeben. Zwölf Menschen haben seither auf dem Erdtrabanten ihre Spuren hinterlassen. Nichts weiter?

Wer so fragt, muß sich der Ignoranz zeihen lassen. Die Raumfahrt, der Wettlauf im All, die Mondlandung, Skylab, Apollo, Sojus, der Flug zu den Planeten und schließlich der Schuß heraus aus unserem Sonnensystem – das alles sind Schlüssel zu Türen, hinter denen sich Ungeahntes verbirgt.

Joachim Bublath wird die Glanzlichter der amerikanischen Raumfahrt in seiner ersten Folge Revue passieren lassen, er wird – Schwerpunkt der Sendung – den heutigen Weg der USA zur kommerziellen Nutzung des Weltraums aufzeigen, auch wird er, werden seine Gesprächspartner, Prognosen für die ferne Raumfahrtzukunft wagen. Doch bei aller technologischen Spitzenleistung bleibt zu bedenken: Die Raumfahrt ist ein Kind, das gerade erst Laufen gelernt hat. Es ist müßig, darüber zu spekulieren, wo sich die Raumfahrt und mit ihr der Mensch in vielleicht 500 Jahren befinden wird, aber es wäre töricht, die Raumfahrt als Ganzes nach ihren „Jugendstreichen" zu beurteilen.

Navigare necesse est – das gilt wohl auch für den Menschen im Meer zwischen den Sternen. Sie werden daraus nicht allein praktischen Nutzen ziehen, von dem Bublaths Dokumentation in Hülle und Fülle zu berichten weiß. Größer noch mag der ideelle Gewinn sein, der auch in der Erkenntnis liegt, daß das winzige „Raumschiff Erde" den Jahrtausende währenden Streit und Raubbau seiner milliardenköpfigen Besatzung nicht länger aushält, ohne tödlich zu havarieren.

KLAUS BRUNS





ARD/ZDF-Vormittagsprogramm

09.25 Sesamstraße
10.00 Tagesschau
10.05 Black Jack, der Galgenvogel
11.50 Umschau
12.15 Weltspiegel
13.00 Tagesschau

ARD

16.10 Tagesschau
16.15 Wie im Leben
Acht sehr verschiedene Geschichten
17.20 Denkste!? – Experte
1. Feuerwehr
TV-Film von Susanne Bresser
17.50 Tagesschau
dazw. Regionalprogramme
20.00 Tagesschau
20.15 Glanz und Elend der Kurtisanen
Achtteilige Fernsehserie nach Balzac
Regie: Maurice Cazeneuve
21.15 Mosaik statt Melting Pot
Kanadas Einwanderungspolitik
22.00 Der Nächste, bitte!
Geschichten aus der Praxis des Dr. Waagreiner
Von Wolfgang Mühlbauer
4. Ein fabelhafter Trick
22.30 Tagesthemen
23.00 Das Nacht-Studio
Die Wut von Albert Pinot
Ind. Spielfilm, 1980
00.50 Tagesschau

ZDF

16.00 heute
16.04 Mathematik und Experiment
3. Die Natur ist vorhersagbar:
Anschl. heute-Schlagzeilen
16.35 Heiter bis wolkig
Familiengeschichte in sieben Folgen
17.00 heute / Aus den Ländern
17.15 Tele-Illustrierte
Zu Gast: Nick Straker, Andy Borg
17.50 Die Straßen von San Francisco
19.00 heute
19.30 Eins, zwei, viertel vor Drei
Eine Dreiviertelstunde mit Mike Krüger
20.15 Aus Forschung und Technik
Raumfahrt international
21.00 heute-journal
21.20 Nana
Fernsehfilm in drei Teilen nach Zola
22.50 Zeugen des Jahrhunderts
Im Gespräch mit Doris Schmidt: der Kunsthistoriker Werner Haftmann
23.50 heute

III.

WEST

18.00 Telekolleg
Deutsch (4)
18.30 Sesamstraße
19.00 Aktuelle Stunde
20.00 Tagesschau
20.15 Gesucht – Gefunden
Catcher gesucht
Alles über Catchen und Catcher sammelt Barbara Widermann aus Dortmund
21.45 Landesspiegel
22.15 In der weißen Stadt
Film von Alain Tanner, 1982/83
24.00 Letzte Nachrichten

NORD

18.00 Sesamstraße
18.30 Mensch, ärgere dich doch! (3)
Über Wut, Ärger und Aggression
19.00 Eine Klassenreise (5)
Alles da: Kino, Disco, Badesee
Film von Bruno Jantoss
19.15 Die Sprechstunde
Schluckimpfung
20.00 Tagesschau
20.15 Berliner Fenster
21.00 Für Leser und Liebhaber
Buchtips: Kochen
21.15 Leute
Talk-Show aus dem Café Kranzler
22.45 Parkett Mitte – Spezial
33. Berliner Festwochen
23.30 Letzte Nachrichten

HESSEN

18.00 Sesamstraße
18.30 Spaß im Dritten
19.00 Arbeit – Beispiele für ihre Humanisierung (3)
Teilautonome Arbeitsgruppen
19.30 Elternstammtisch
20.00 Tagesschau
20.15 Horizonte
21.00 Drei Aktuell
21.15 Task Force Police
Engl. Kriminalserie

19.25 Titfield Express
Engl. Spielfilm, 1952
22.05 Filmmagazin
22.55 Thema offen

SÜDWEST

18.00 Sesamstraße
18.30 Telekolleg I
Deutsch (41)
Nur für Baden-Württemberg
19.00 Abendschau im Dritten
Nur für Rheinland-Pfalz
19.00 Abendschau Blick ins Land
Nur für das Saarland
19.00 Saar 3 regional
Gemeinschaftsprogramm Südwest 3
19.25 Nachrichten und Moderation
19.30 Bonanza
20.20 Bilder deutscher Städte
Halle
21.05 Opas Weltraum-Utopien (5)
21.25 Jazz am Montagabend
22.00 Tattoo

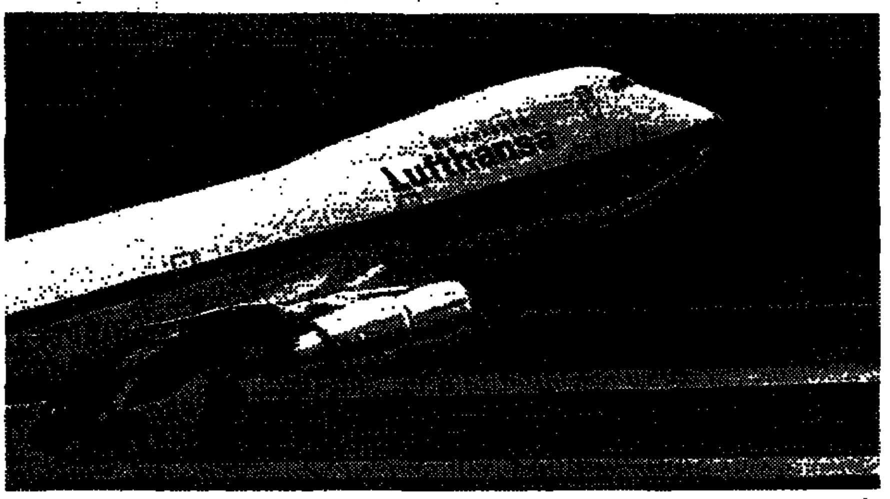
BAYERN

18.15 Aus für Adebar?
18.45 Rundschau
19.00 S. Y. Sea Cloud
20.45 Rundschau
21.00 Blickpunkt Sport
22.00 Z. E. N.
22.05 Das [illegible]
22.50 Klatsch kann tödlich sein
Amerik. Kriminalfilm

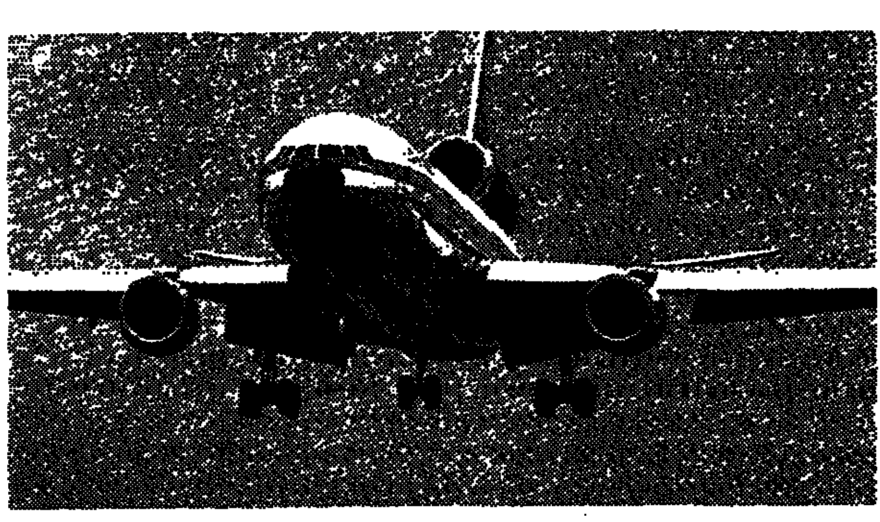
Nordamerika-Angebote gibt es viele. Hier ist eines der besten.

Lufthansa fliegt ab Deutschland häufiger und zu mehr Zielen jenseits des großen Teiches als jede andere Fluggesellschaft. Sämtliche Lufthansa-Flüge über den Nordatlantik sind entweder Nonstop- oder Direktverbindungen.

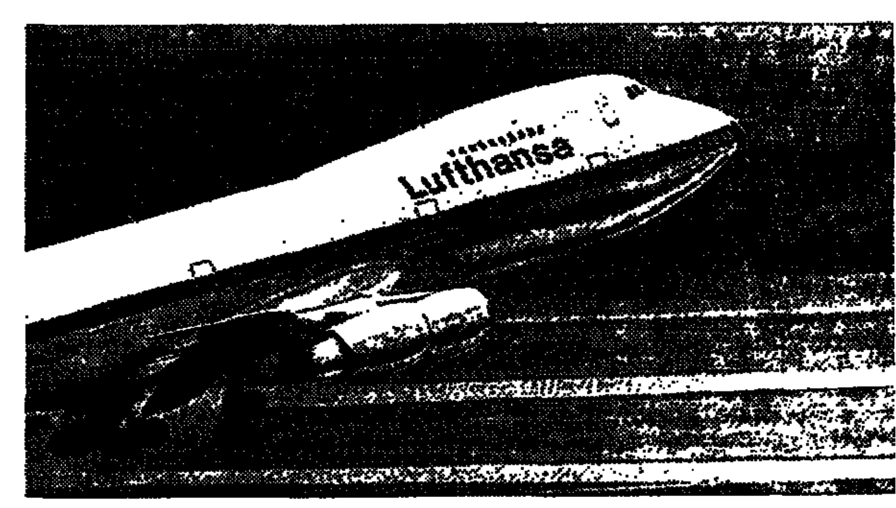
Nicht nur Frequenz und 16 Flugziele in Nordamerika sprechen für Lufthansa: Sie fliegen ausschließlich mit Großraumkomfort in modernsten Boeing 747- und DC 10-Jets. Sie haben die Wahl zwischen drei verschiedenen Klassen: der First Class, der neuen Lufthansa Business Class und der Tourist Class. Und – Sie haben Anschluß von allen deutschen Flughäfen. Deshalb: Nutzen Sie eines der besten Angebote, die es für Flüge über den Nordatlantik gibt. Buchen Sie Lufthansa.



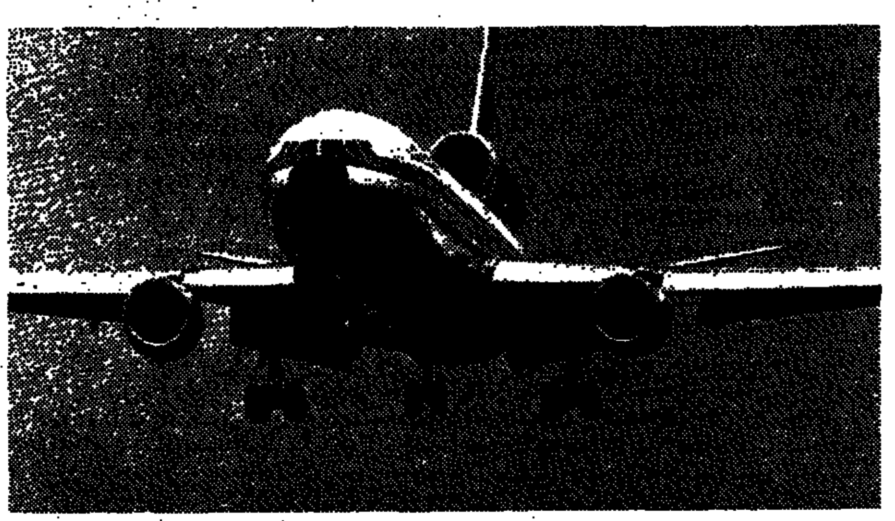
New York. Zweimal täglich nonstop ab Frankfurt, täglich nonstop ab Düsseldorf. Täglich direkt ab München und Hamburg.



Miami. Fünfmal wöchentlich nonstop oder direkt ab Frankfurt. Zweimal wöchentlich nonstop ab Düsseldorf.



Los Angeles. Täglich ab Frankfurt nonstop.



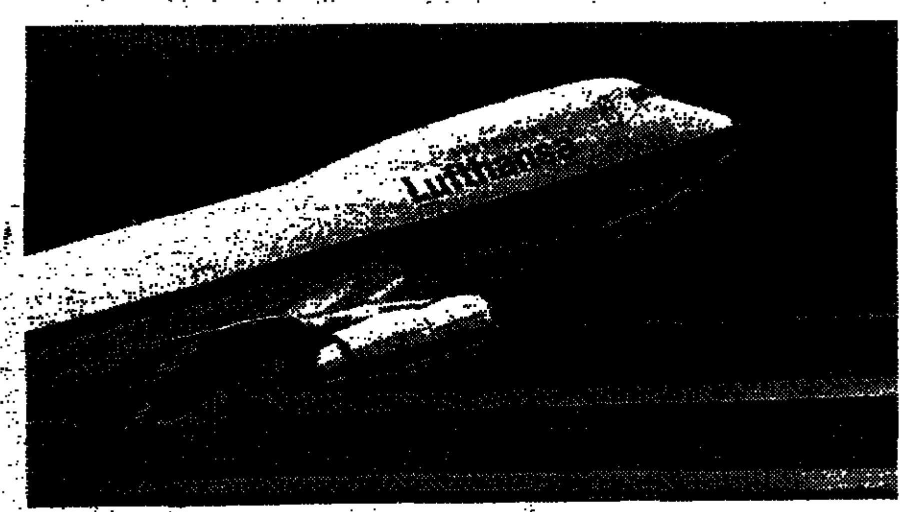
Dallas. Täglich ab Frankfurt nonstop oder direkt.



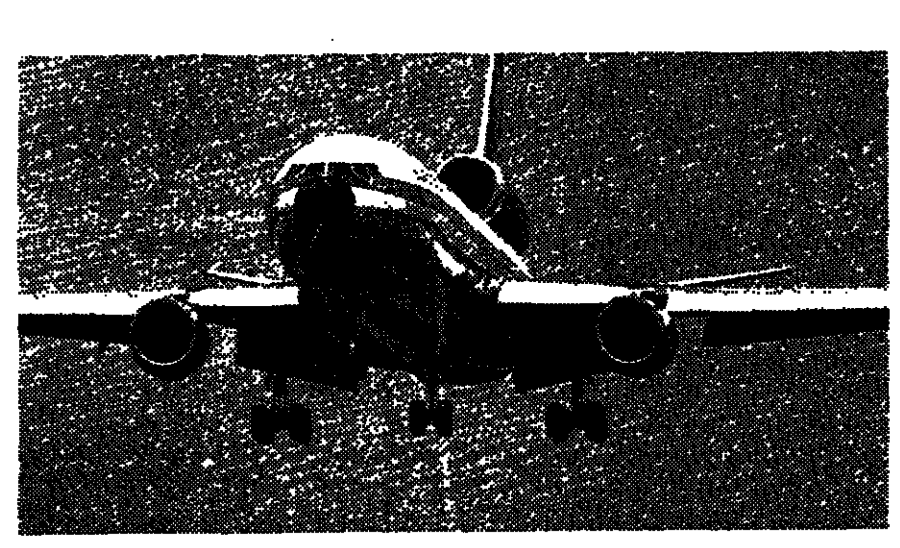
Chicago. Täglich ab Frankfurt nonstop.



Atlanta. Sechsmal wöchentlich ab Frankfurt nonstop.



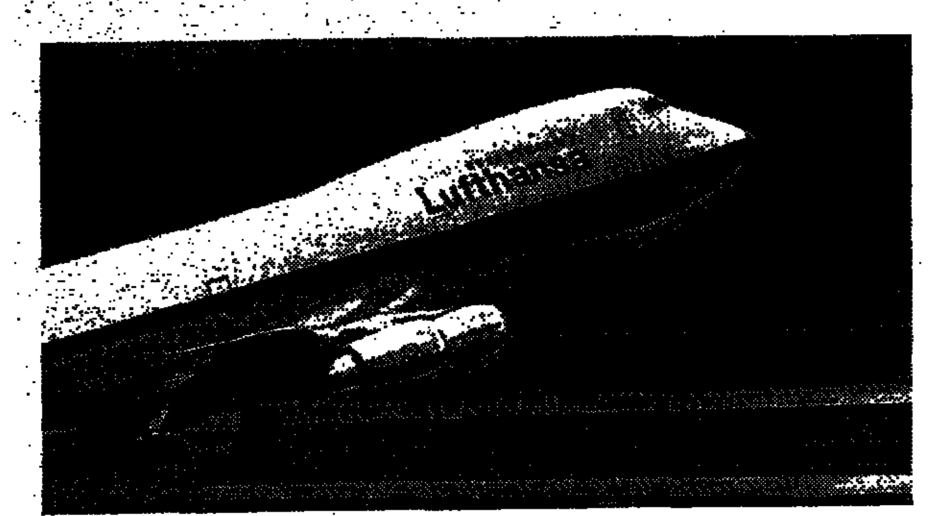
San Francisco. Viermal wöchentlich ab Frankfurt nonstop.



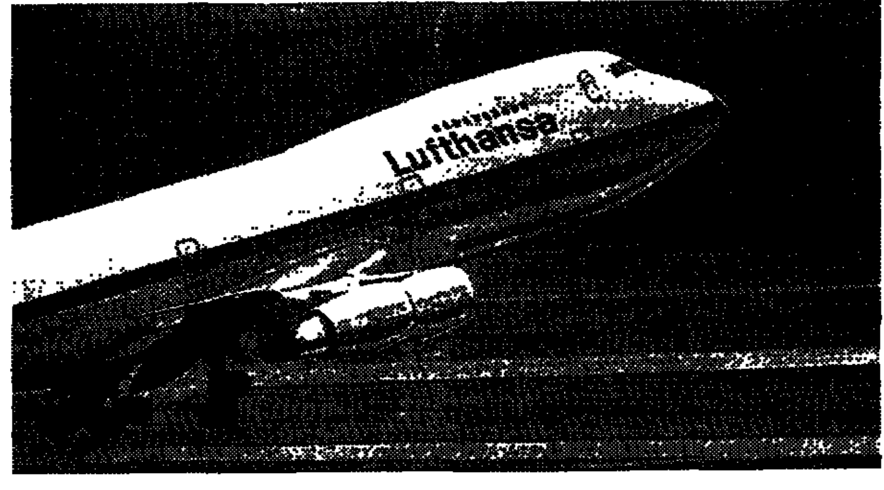
Boston. Täglich ab Frankfurt nonstop.



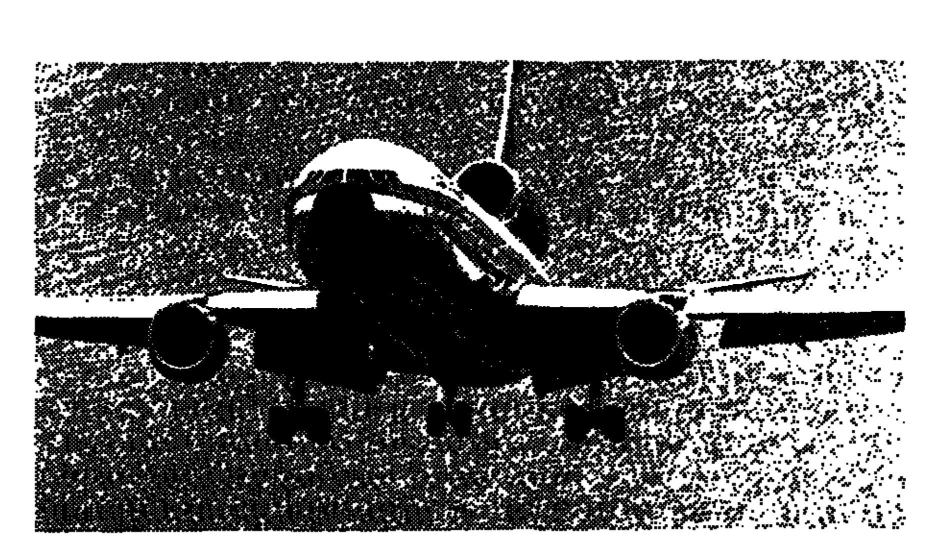
Philadelphia. Täglich ab Frankfurt direkt.



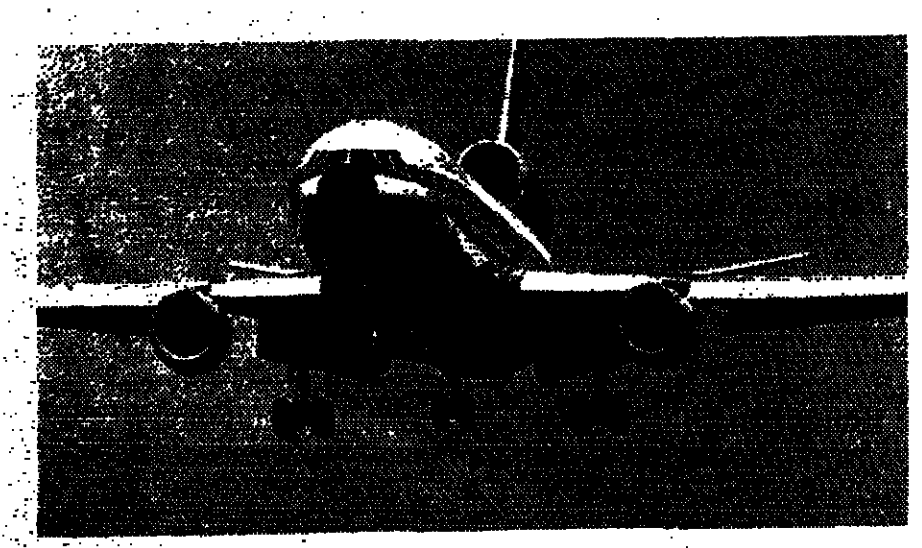
San Juan. Dreimal wöchentlich ab Frankfurt nonstop.



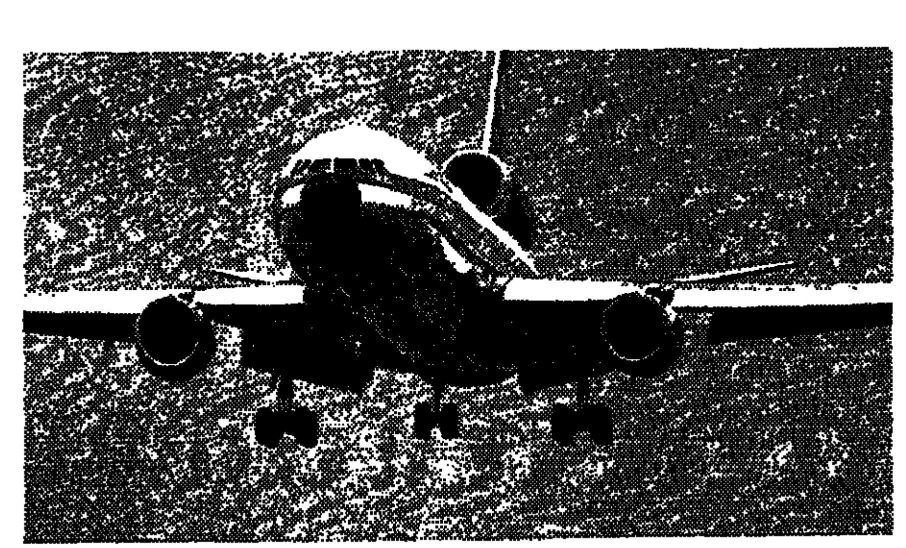
Mexico. Viermal wöchentlich ab Frankfurt direkt.



Toronto. Täglich ab Frankfurt nonstop oder direkt. Zweimal wöchentlich ab Düsseldorf nonstop.



Montreal. Dreimal wöchentlich ab Frankfurt nonstop.



Calgary und Vancouver. Dreimal wöchentlich ab Frankfurt nonstop bzw. direkt.



Anchorage. Viermal wöchentlich ab Frankfurt direkt.



Der Unterschied ist Lufthansa

Fragen Sie Ihr Reisebüro mit Lufthansa-Agentur.

Kreml ließ gegen neue US-Raketen demonstrieren

● Fortsetzung von Seite 1

wissen, hätten um die Veranstaltung der Massenaktionen gebeten. Von langer Hand sorgfältig vorbereitet und um ein halbes Dutzend ausländischer Gastredner bereichert, sollten sie in Wahrheit der jüngsten Erklärung von Staats- und Parteichef Andropow einen dröhnenden Resonanzboden verschaffen. Auf den Kundgebungen im Landesinneren wurde „spontan" dasselbe beschlossen, was jetzt die Moskauer Resolution verkündet: Protest gegen die Nachrüstung in Westeuropa, Solidarität mit der dortigen Friedensbewegung, volle Unterstützung für die eigene Führung. Ausdrücklich werden die von Moskau in Aussicht gestellten „wirksamen Gegenmaßnahmen" begrüßt.

Mit kräftigen Paukenschlägen und gefühlsbetonten Erinnerungen an die Schrecken des Krieges beschworen die Redner auf allen Tribünen die Gefahren eines atomaren Weltkonflikts herauf. Über die USA und Präsident Reagan ergoß sich eine Flut von Anschuldigungen, die Regierungen Westeuropas wurden eher geschont.

Als Vertreter eines Landes, das sich mit den USA darauf vorbereite, als Startplatz für Raketen gegen die Sowjetunion zu dienen, wurde der DFU-Funktionär Lorenz Knorr im Sokolniki-Park „besonders aufmerksam angehört", schrieb die Zeitung „Sowjetskaja Rossija". Die „Prawda" zitierte ihn mit den Worten: „Unser gegenwärtiger Kampf für die Abrüstung dient unseren gemeinsamen Interessen."

*

AFP, Moskau

Igor Kirillow, ein Nachrichtensprecher des sowjetischen Fernsehens, der am Mittwoch eine modifizierte Fassung einer Erklärung von Staats- und Parteichef Juri Andropow zur Politik der USA verlesen hatte, ist offenbar nicht gemaßregelt worden; er spricht weiterhin Nachrichten. Kirillow hatte drei Absätze weggelassen, in denen die USA und der Westen besonders scharf kritisiert wurden. Eingefügt hatte er statt dessen eine Passage über Truppenübungen im Warschauer Pakt, die ohne Bezug zur Andropow-Erklärung war. Nun wird untersucht, wer für die Verwechslung verantwortlich war.

Lambsdorff: „Ich habe nichts zu verbergen"

Minister widerspricht dem Verdacht der Vorteilsannahme

STEFAN HEYDECK, Bonn

„Ich habe nichts zu verbergen – Null." Mit diesen Worten äußerte sich Bundeswirtschaftsminister Otto Graf Lambsdorff vor Journalisten in Bonn erstmals öffentlich zu dem gegen ihn gerichteten Ermittlungsverfahren im Zusammenhang mit der Flick-Spendenaffäre. Damit brach der FDP-Politiker das bislang aus Respekt vor der Staatsanwaltschaft selbstauferlegte monatelange Schweigen. Er reagierte auf die anhaltende Kampagne der Magazine „Spiegel" und „Stern".

Lambsdorff widersprach nachdrücklich dem Verdacht, er habe sich nach Paragraph 331 der Strafprozeßordnung der Vorteilsnahme schuldig gemacht. Diese Vermutung war von Ermittlungsbehörden aufgrund der Aufzeichnungen des früheren Flick-Chefbuchhalters Diehl, nach denen unter der Formulierung „wg. Lambsdorff" zwischen dem 6. Dezember 1977 und dem 7. Juli 1980 in fünf Raten insgesamt 165 000 DM gezahlt worden sein sollen, geäußert worden. Dazu Lambsdorff: „Das wäre weniger als das, was ich an Einkommensverlust durch die Übernahme des Bundeswirtschaftsministeriums erhalten habe."

Lambsdorffs Anwalt Egon Müller und der Rechtsvertreter des ebenfalls beschuldigten ehemaligen geschäftsführenden Vorstandsmitglieds des Flick-Konzerns Eberhard von Brauchitsch, Reinhold Vester, haben in einem Karton bei der Staatsanwaltschaft bisher nicht bekanntes Material gefunden. Müller kündigte deshalb an, er wolle nunmehr Einsicht in alle Akten und Unterlagen der Ermittlungsbehörden. Damit aber würde der von der Staatsanwaltschaft selbst gesetzte Zeitrahmen für Anklageerhebung oder Verfahrenseinstellung (Ende Oktober) gesprengt. Zwar hat Lambsdorff auch ein „politisches Interesse" daran, daß es keine weiteren Verzögerungen gibt und die Vorwürfe gegen ihn endgültig ausgeräumt werden. Er folgte jedoch dem Rat seines Verteidigers, der genauso wie bisher der Minister und Vester davon ausgegangen sind, daß die Ermittlungsbehörden neben belastendem auch entlastendes Material zusammensuchen würden. Dagegen hatte sich die Staatsanwaltschaft beim Vorhalten der neuen Funde lediglich damit entschuldigt, daß es sich – so Müller – um ein „Versehen" gehandelt habe.

In dem Karton waren gefunden worden: Ein Brief des ermordeten FDP-Schatzmeisters Karry an Brauchitsch. In ihm bedankt er sich für ein Buch über die Geschichte des Schmucks zu seinem Geburtstag im März 1980. Karry fügt hinzu, daß ein solches Werk Begehrlichkeiten erwecke und er mehr an Bargeld interessiert sei. Ein schriftlicher Hinweis darauf, daß der aus der FDP ausgetretene frühere Parlamentarische Staatssekretär Andreas von Schoeler von Karry für Wahlkämpfe 20 000 DM erhalten hat.

Ähnliches haben bereits vorher der heutige Staatsminister Jürgen Möllemann und Dieter-Julius Cronenberg eingeräumt. Fest steht, daß in der Vergangenheit von den verschiedensten Betrieben an die Parteien Mittel geflossen sind. Nur brechen andererseits Vorwürfe der Vorteilsnahme gegen einen Minister in sich zusammen, wenn die Gelder an die Schatzmeister gezahlt wurden.

Einen Dreh- und Angelpunkt bieten darüber hinaus weiterhin die sogenannten Diehl-Aufzeichnungen. So wurde von Lambsdorff widerlegt, daß er am 21. Juli 1980 auf Flick-Kosten eine Charter-Maschine benutzt hat. Genauso entkräftet der Minister den Vorwurf der Vorteilsnahme im Zusammenhang mit einem Lokalbesuch in Düsseldorf. Dort hatte er zunächst mit Brauchitsch, Fahrern und Sicherheitsbeamten in dem von Flick ständig gemieteten Raum gegessen und sich anschließend mit Overbeck von Mannesmann am 5. Dezember 1978 bei einem für den Minister kostenlosen Kaffee zu einem Kohlegespräch getroffen. Daraus schließt die Staatsanwaltschaft, daß hier ein Rechtsbruch eines Amtsträgers vorliegt: Das Zimmer sei gemietet (von Flick) gewesen, der Kaffee gratis.

Noch betroffener hat den Minister gemacht, daß die Staatsanwaltschaft erst „eineinhalb Jahre" nach seinem Angebot auf Auflegung seiner Privatkonten diese im August beschlagnahmt hat.

Antonov bleibt in Rom in Haft

KNA, Rom

Der in das Papst-Attentat angeblich verwickelte Angestellte der Balkan-Air, Ivanov Antonov, bleibt in Haft. Wie Untersuchungsrichter Ilario Martella erklärte, habe sich an dem Verdacht seiner Beteiligung bei dem Attentat nichts geändert.

Die Freilassung von Antonov war in der italienischen Öffentlichkeit heftig diskutiert worden, nachdem die Darstellung des inhaftierten Attentäters Ali Agca, die Bulgaren in Rom hätten seinerzeit auch ein Attentat gegen Lech Walesa geplant, den Ermittlungen der Behörden nicht standgehalten hat. Die römische Untersuchungskommission, die nach dem Anschlag gebildet worden war, geht nach neuen Zeugenaussagen auch weiterhin von einer bulgarischen Verwicklung in das Attentat aus. Beschuldigt werden dabei neben Antonov auch ein Botschaftsangestellter und der ehemalige Sekretär des bulgarischen Militärattachés in Rom. Beiden war es gelungen, noch vor der Verhaftung Antonovs in ihre Heimat zurückzukehren.

Luftballons in die „DDR"

dpa/rtr, Fulda

Rund 20 Mitglieder der Friedensbewegung, unter ihnen auch hessische Grüne, haben gestern vormittag nach rund 20 Stunden die Besetzung eines Landstücks auf „DDR"-Gebiet beendet. Unmittelbar vor dem Grenzzaun bei Rasdorf-Grisselbach (Kreis Fulda) ließen sie zum Abschluß ihrer Aktion Luftballons in den anderen Teil Deutschlands fliegen.

An den 80 Ballons waren Karten befestigt, auf denen die „DDR"-Bevölkerung „persönliche Friedensverträge" angeboten und die Adressen einzelner Mitglieder der westdeutschen Friedensbewegung mitgeteilt werden. Soldaten der „DDR"-Grenztruppen forderten die Demonstranten mehrfach über Lautsprecher auf, „das Staatsgebiet der DDR" zu verlassen, griffen jedoch nicht ein.

Auf Flugblättern der Gruppe hieß es: „Wir treten heute zwischen die Blöcke, weil es im Ernstfall zu spät ist."

Droht Libanon jetzt der Zerfall in Einzelstaaten?

Drusenführer Dschumblatt plant eigene Zivilverwaltung

DW. Beirut

Eine Ankündigung des Drusenführers Walid Dschumblatt, in dem von seinen Kräften kontrollierten libanesischen Gebiet eine Zivilverwaltung schaffen zu wollen, hat die Befürchtutng einer weiteren Spaltung des Landes hervorgerufen. Der libanesische Päsident Amin Gemayel berief gestern seine höchsten Berater zu Dringlichkeitssitzungen ein. Dschumblatt warf unterdessen dem Chef der Palästinensischen Befreiungsorganisation (PLO) Yassir Arafat vor, ohne Zustimmung der Drusen in das von ihnen kontrollierte Schufgebirge PLO-Kämpfer geschickt zu haben.

Der libanesische Drusenführer hatte am Samstag auf einer Pressekonferenz die Gründung einer eigenen Volksvertretung sowie eine selbständige Verwaltung für die Drusenhochburg im Schufgebirge angekündigt. Dafür sollen neben einer Volksvertretung und einem Zentralkomitee sowie einem achtköpfigen obersten Verwaltungsgremium auch Institutionen für Soziales, Erziehung und Wirtschaft gebildet werden. Die Falangisten haben ebenfalls bereits in den von ihnen kontrollierten Gebieten mit dem Einzug von Steuern und der Einrichtung einer im Ansatz eigenständigen Verwaltung begonnen.

Präsident Amin Gemayel kündigte, so Radio Beirut, entschiedenen Widerstand gegen die Pläne Dschumblatts an. Die libanesische Regierung beschuldigte Dschumblatt in einer ersten Stellungnahme, einen gefährlichen Schritt zur Teilung Libanons zu unternehmen. Kommentare der libanesischen Sonntagszeitungen schrieben, der sozialistische Drusenführer wolle in dem von den Syrern kontrollierten Gebiet einen eigenen Staat begründen.

Obwohl bei dem Treffen des Sicherheitskomitees am Samstag – bestehend aus Vertretern der libanesischen Armee, der christlichen Milizen, der schiitischen Amal-Milizen sowie der drusischen Milizen – neue Fortschritte bei der Normalisierung erzielt worden waren und der seit knapp einer Woche bestehende Waffenstillstand nach wie vor weitgehend eingehalten wird, befürchten nun Beobachter nach den jüngsten Erklärungen Dschumblatts neue Spannungen und die Gefahr des Zerfalls Libanons.

Dschumblatt, Begründer einer Art Gegenregierung der von Syrien gestützten nationalen Rettungsfront und Führer der sozialistischen Fortschrittspartei, betonte aber zugleich, er sei nach wie vor bereit, in einem nationalen Versöhnungskomitee mitzuwirken. Die Drusen wollen dabei eine Reform des Systems fordern, das bislang die Besetzung aller wichtigen politischen Ämter in Libanon vor allem mit christlichen Maroniten vorsieht. Zudem müßten die Falangisten aus dem Schufgebirge abgezogen werden, und das israelisch-libanesische Truppenabzugsabkommen widerrufen werden. Dschumblatt weigerte sich erneut, UNO-Beobachter zur Aufrechterhaltung des Waffenstillstandes im Schuf zuzulassen und beschuldigte die USA und Frankreich, einen „Kreuzzug gegen Libanon und speziell gegen die Drusen" zu unterstützen.

Wie der staatliche Rundfunk in Beirut meldete, hätten das Internationale Komitee vom Roten Kreuz und das libanesische Rote Kreuz auf Bitten der Waffenstillstandskommission Helfer in die ehemaligen Kampfgebiete geschickt, um die Leichen der Gefallenen zu bergen. Wegen der Tätigkeit von Heckenschützen sei es den Helfern des Roten Kreuzes jedoch nicht möglich gewesen, in die Schufberge und das Gebiet um Aleih vorzudringen.

DW. Bonn

Wie die WELT aus gut unterrichteten Kreisen in Beirut und Jerusalem erfuhr, sind seit einigen Tagen etwa 500 bis 600 PLO-Kämpfer der prosyrischen Fraktionen in der mittellibanesischen, von den Drusen kontrollierten Stadt Schueifat eingetroffen, die nur wenige Kilometer von der Hauptstadt entfernt liegt. Die PLO-Kämpfer sollen in kleinen Gruppen und unbewaffnet in die Beiruter Palästinenserlager Sabra und Shatila vordringen. Sie seien im Besitz gefälschter libanesischer Dokumente. Beobachter vermuten, daß sie aus versteckten Waffenlagern in Beirut sowie von den regierungsfeindlichen Milizen in Beirut bewaffnet werden.

Warschau: Papst willkommen zu neuem Besuch

AP/AFP, Warschau

Der polnische Religionsminister Adam Lopatka hat am Wochenende erklärt, es gebe „keinen Zweifel", daß Papst Johannes Paul II. zu einem weiteren Besuch in seinem Heimatland willkommen sei. Zugleich bekräftigte der Minister, daß die während des Papst-Besuches im Juni gedämpfte Kritik der Medien an der katholischen Kirche fortgesetzt werde. Es würden auch weiterhin Kruzifixe aus Schulen und anderen öffentlichen Gebäuden entfernt. In staatlichen Einrichtungen seien keinerlei religiöse Wahrzeichen anzubringen, ob sie nun der katholischen Kirche oder einer anderen Glaubensgemeinschaft gehörten, sagte Lopatka.

Der Minister bekräftigte den nach dem Papst-Besuch geäußerten offiziellen Standpunkt, daß Kirche und Staat der beiderseitigen Koexistenz verpflichtet seien. Es sei erstens klargeworden, daß die Kirche nicht unbedingt antikommunistisch sein müsse und daß zweitens das Verlangen nach der Präsenz der Kirche sehr dauerhaft sei, meinte er.

Offenbar im Zuge des verschärften Kampfes gegen „soziale Parasiten" in Polen hat die Stadt Warschau rund tausend Männer zur Ableistung gemeinnütziger Arbeiten dienstverpflichtet. Wie die Presse der Hauptstadt meldete, sind davon Männer von 18 bis 45 Jahren betroffen, die seit drei Monaten weder arbeiten noch regelmäßig einer Ausbildung nachgehen und nicht beim Arbeitsamt gemeldet sind. Sie sollen bis zu 60 Tage im Jahr für Reinigungs- und Instandsetzungsarbeiten in den Straßen und Parks der Stadt und der Woiwodschaft Warschau eingesetzt werden.

Für den Beschluß, den die Stadtverwaltung auf einer außerordentlichen Sitzung am Wochenende faßte, gab sie keine Begründung an. Nach Ansicht von Beobachtern steht der Beschluß jedoch im Zusammenhang mit dem am 26. Oktober 1982 vom polnischen Parlament verabschiedeten Gesetz gegen „soziales Parasitentum". Es sieht Freiheitssstrafen von drei Monaten bis zu zwei Jahren für Personen im arbeitsfähigen Alter vor, die keine eigene Existenzgrundlage haben und sich notorisch weigern, eine Arbeit anzunehmen.



Kohl rechnet mit Votum über Raketen

Kanzler will in Regierungserklärung am 21. November das Genfer Ergebnis bewerten

MANFRED SCHELL, Bonn

Bundeskanzler Helmut Kohl wird in seiner Regierungserklärung am 21. November zu den Ergebnissen der Genfer Verhandlungen über eine Begrenzung der Mittelstreckenwaffen Stellung nehmen. Der Kanzler rechnet damit, daß über den Ausgang dieser Verhandlungen zwischen den USA und der Sowjetunion am 15. November entschieden ist. Bis dahin ist die letzte Verhandlungsrunde terminiert. Kohl hat bis in die jüngste Zeit hinein erklärt, bei gutem Willen am Verhandlungstisch sei nach wie vor die Chance für ein befriedigendes Zwischenergebnis gegeben.

Der Kanzler rechnet damit, daß es aufgrund von Entschließungsanträgen der SPD und der Grünen nach seiner Regierungserklärung zu einer Abstimmung des Parlaments über den Nachrüstungsteil des NATO-Doppelbeschlusses kommen wird. In Regierungskreisen hieß es gestern, der Kanzler sehe dafür zwar keine Notwendigkeit, aber er und die Koalitionsfraktionen der CDU/CSU und der FDP hätten keine Sorge vor einem solchen Votum. Die breite Mehrheit der Koalition sei nicht gefährdet und es werde interessant sein, wie sich zum Beispiel die SPD-Politiker Helmut Schmidt und Hans Apel bei dieser Abstimmung verhalten würden.

Gleich, ob und welches Ergebnis in Genf erzielt werde, so wurde gestern in Regierungskreisen versichert, werde es keine Erklärung des Kanzlers geben, die den NATO-Doppelbeschluß auch nur in einer Nuance zur Disposition stelle. Falls es doch noch eine Zwischenlösung in Genf geben sollte, müsse gemeinsam mit den USA entschieden werden, ob es als befriedigend angesehen werden könne und wie sich dann der Nachrüstungsbedarf darstelle. Auf der Tagung der CDU-Sozialausschüsse in Münster sagte Kohl: „Wir werden stationieren, wenn in Genf kein positives Ergebnis erzielt wird". Am Tag danach werde aber weiterverhandelt.

Die Regierungserklärung Kohls liegt unmittelbar nach den Parteitagen der SPD, der FDP und der Grünen am 18. und 19. November. In der SPD wird immer deutlicher, daß die Partei gegen eine Nachrüstung votieren wird.

Staatsminister Alois Mertes (CDU) vom Auswärtigen Amt sagte, er könne sich nicht vorstellen, daß Abgeordnete wie Helmut Schmidt, die den NATO-Doppelbeschluß initiiert haben, „sich nicht treu bleiben". Mit der Abstimmung im Parlament wolle die Bundesregierung deutlich machen, daß die Mehrheit des deutschen Volkes einem Ergebnis der Genfer Verhandlungen zustimmt, daß sie aber auch an der Nachrüstung festhalte, falls die Sowjetunion dort nicht einlenke.

Inzwischen sind Meldungen über die Anlieferung von Einzelteilen der Pershing 2 in die Bundesrepublik Deutschland aufgetaucht. In der CDU/CSU-Führung hieß es dazu, wenn die SPD meine, sie könne aus solchen Meldungen mangelnden Ernst der USA am Verhandlungstisch in Genf ableiten, dann „handelt sie mit heißer Ware". Denn wenn es nach den Beschlüssen der Regierung Schmidt gegangen wäre, dann hätten die Vorbereitungen für eine Stationierung bereits im Sommer 1983 begonnen. Kohl habe im Interesse der Verhandlungen in Genf dafür gesorgt, daß dieser „logistische Vorlauf" zurückgestellt worden sei. Der Kanzler hatte dafür den Termin 15. November genannt.

Noch dieses Jahr Erhöhung der Diäten?

AP, Bonn

Die Bundestagsabgeordneten können mit einer Erhöhung ihrer seit 1976 eingefrorenen Bezüge rechnen. Wie in Kreisen der Bundestagsfraktionen verlautete, hat eine Arbeitsgruppe von Vertretern der CDU/CSU, SPD und FDP eine an die Steigerung des Volkseinkommens gekoppelte jährliche Anhebung der Diäten von bisher 7500 Mark im Monat ins Auge gefaßt.

Bundestagspräsident Rainer Barzel will den jährlichen Diätenbericht am 11. Oktober vorlegen. Wie verlautete, wird er darauf hinweisen, daß die Durchschnittseinkommen in der Bundesrepublik Deutschland seit 1976 um 40 Prozent gestiegen sind, die Einkommen der Parlamentarier hingegen seien unverändert geblieben. In Parlamentskreisen wurde auch eine Koppelung der noch ausstehenden Neuregelung der Parteienfinanzierung mit der Diätenerhöhung für möglich gehalten. Danach soll die Wahlkampfkostenpauschale von derzeit 3,50 Mark pro Wählerstimme von der Bundestagswahl 1983 an um 1,50 Mark erhöht werden. Die SPD scheint auch zu einer Anhebung des Steuerabzugsbetrags für Parteispenden bereit zu sein. Eine Koppelung an das Einkommen des Spenders wird jedoch von ihr abgelehnt.

Italien weist Schwester Gudrun Ensslins aus

dpa, Rom

Die italienischen Behörden haben die Schwester der 1977 in Stuttgart-Stammheim durch Selbstmord umgekommenen Baader-Meinhof-Terroristin Gudrun Ensslin, Christiane (44), und deren Freund Malte Vorbeck (40) abgeschoben. Als Begründung nannte das Innenministerium in Rom, das Paar aus Köln hätte keine Aufenthaltsgenehmigung. Frau Ensslin und Vorbeck waren am Donnerstag in Ragusa auf Sizilien festgenommen worden. Ob die Abschiebung im Zusammenhang mit den Aktivitäten der Friedensgruppen auf Sizilien steht, wo das NATO-Lager für die Mittelstreckenwaffen im Bau ist, wurde von offizieller Seite auch auf Anfrage nicht geklärt.

Christiane Ensslin war 1981 nach der Auszeichnung des Films „Die bleierne Zeit" von Margarethe von Trotta bei der Filmbiennale von Venedig, der die Geschichte der Ensslin-Schwestern zum Thema hat, mehrfach zur Vorstellung des Streifens in Italien öffentlich aufgetreten. Sie blieb damals von der Justiz unbehelligt. Malte Vorbeck war früher Vermessungstechniker bei den Gas-, Elektrizitäts- und Wasserwerken in Köln und nach einem Bericht des „Stern" von 1976 lediglich aufgrund der Lebensgemeinschaft mit Christiane Ensslin entlassen worden.

„DDR" baut ein neues Sperrsystem

■ Fortsetzung von Seite 1

besprochen wird. Das würde die Fortführung der Kontakte erheblich erleichtern.

Der CSU-Vorsitzende Strauß sagte in einem Interview der WELT am SONNTAG, er rechne damit, daß im Verhältnis zur „DDR" „noch manches möglich sein wird", wenn seine Politik der Illusionslosigkeit fortgesetzt werde. Ohne den von ihm eingefädelten Milliardenkredit wären die jüngsten Zugeständnisse wie die Aufhebung des Mindestumtausches für Kinder und der Abbau der Todesautomaten „nicht gekommen".

Oppositionsführer Hans-Jochen Vogel warf der Bundesregierung „lärmende Geschwätzigkeit" vor. Was den Deutschen im Zusammenhang mit dem Zwangsumtausch oder den Selbstschußanlagen von Strauß und von der Bundesregierung an „Desinformation" zugemutet werde, sei schlechthin verantwortungslos.

Das Magazin der „Spiegel" meldete, der „DDR"-Staats- und Parteichef Erich Honecker habe neben den Kindern auch die Rentner aus der Bundesrepublik Deutschland vom Mindestumtausch befreien wollen. Das SED-Politbüro habe statt dessen aber den Abbau der Selbstschußanlagen beschlossen – eine Geste an Strauß, den „Einfädler" des Milliardenkredits.

Ausgang ungewiß

Wk. – Fast ist es schon Gewohnheit: Wieder einmal naht einer jener Ultimos, zu denen der Vorstand von Arbed-Saarstahl ein neues Gesundungsprogramm für das lange Jahre notleidende Unternehmen vorlegen soll, um neues Geld von der öffentlichen Hand zu bekommen.

Und wieder einmal geht es für die öffentliche Hand um die Frage, ob dem guten Geld (seit 1978 fast drei Milliarden Mark) noch viel möglicherweise schlechtes hinterhergeworfen werden soll. Denn der Ausgang des Sanierungsunternehmens bleibt ungewiß, wie auch der Völklinger Vorstandschef Jürgen Krackow konzediert.

Dabei sind die Rationalisierungsanstrengungen keineswegs erfolglos geblieben. Daß an der Saar schon heute zu Kosten produziert wird, die keinen Vergleich zu scheuen brauchen, wird sogar von der Konkurrenz anerkannt. Und weitere Einsparungen sind schon programmiert. Doch neben der enormen Zinsbelastung aus der gewaltigen Verschuldung ist es vor allem der desolate Stahlmarkt, der jeden Spareffekt zunichte macht.

Vor allem Billigst-Importe weit über die von Brüssel genehmigten Quoten hinaus sind es, die den Saar-Stahlkochern zu schaffen machen. Zur Illustration: Die fast unveränderte Produktion des ersten Halbjahrs 1983 wurde mit rund 3000 Mitarbeitern weniger bewältigt als noch im Vorjahr. Doch die Einsparung von rund 100 Millionen Mark wurde voll und ganz vom Preisverfall aufgefressen. Solange aber kein Ende dieser Entwicklung abzusehen ist, solange bleibt es fraglich, ob weitere Zuschüsse für die Saar auf Dauer lohnen. Einziges Argument dafür bleibt ohnehin, daß es um die wirtschaftliche Erhaltung einer ganzen Region geht.

Athener Idee

SG – Zu den schlechten Erfahrungen, die mit sozialistischen Regierungen immer wieder gemacht werden müssen, gehört in erster Linie die Erkenntnis, daß diese selbst aus Erfahrungen nichts lernen. Bisher ist kein einziges Beispiel bekannt geworden, bei dem durch Verstaatlichung von Unternehmen eine Besserung der wirtschaftlichen Lage eingetreten wäre. Im Gegenteil, Produktion und Produktivität sinken schlagartig ab. Dennoch gibt es immer wieder Versuche, deren enorme Kosten den beglückten Steuerzahlern aufgehalst werden, von den Entschädigungen für die Eigner einmal ganz abgesehen. Um sich vor allem diese Aufwendungen zu ersparen, ist die sozialistische Regierung in Athen offenbar auf den Gedanken verfallen, die Eigentümer von Firmen, die verstaatlicht werden sollen, zunächst zu kriminalisieren, um dann ohne Entschädigung an die Unternehmen zu gelangen. Eine glorreiche Idee. Aber welche Verschwendung von geistigen Ressorcen.

CHINA-HANDEL / Lambsdorff reist mit großer Delegation nach Peking

Bessere Bedingungen für Gründung Gemischter Gesellschaften erwartet

HANS-JÜRGEN MAHNKE, Peking

Der Abschluß eines Investitionsförderungsvertrags mit China steht im Mittelpunkt der Tagung des deutsch-chinesischen Gemischten Ausschusses, die am Mittwoch in Peking beginnt. Mit dem Abkommen wird ein völkerrechtlicher Schutz für Direktinvestitionen in beiden Ländern gewährt. Damit verbessern sich die Voraussetzungen für die Gründung von Gemischten Gesellschaften in China, von denen es bisher nur zwei mit deutscher Beteiligung gibt. Dieses entspricht nicht dem Stand der Handelsbeziehungen, die sich günstig entwickelt haben.

Die deutsche Delegation unter Leitung von Bundeswirtschaftsminister Otto Graf Lambsdorff, zu der auch führende Vertreter der Wirtschaft gehören, ist gestern nach Peking geflogen. Auf der chinesischen Seite führt die Ministerin für Außenwirtschaftsbeziehungen und Außenhandel, Chen Muhua, den Vorsitz. Die erste Tagung des Gemischten Ausschusses fand im August 1980 in Peking und die zweite im Mai vergangenen Jahres in Bonn statt. Daneben wird Lambsdorff auch zu Gesprächen mit der chinesischen Führung zusammentreffen.

Das „Abkommen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Volksrepublik China über die Förderung und den gegenseitigen Schutz von Kapitalanlagen" entspricht im wesentlichen den deutschen Investitionsförderungsverträgen mit rund 50 Entwicklungsländern. Kernstück sind die Garantien im Falle von Enteignungen und Verstaatlichungen. Das Abkommen sieht eine wertentsprechende und frei transferierbare Entschädigung vor, wobei die Rechtmäßigkeit einer Entschädigung durch staatliche Gerichte nachprüfbar sein soll. Streitigkeiten über die Höhe der Entschädigung sollen einem internationalen Schiedsgericht vorgelegt werden.

Aufgrund dieses Abkommens können nun Bundesgarantien zur Absicherung des politischen Risikos für Investitionen deutscher Unternehmen in China gewährt werden. Dadurch können, so die Hoffnung, Bedenken deutscher Investoren zerstreut werden. Ausschlaggebend für Investitionsentscheidungen bleiben jedoch auch in Zukunft die von China gesetzten Rahmenbedingungen.

Die Rechtsgrundlagen für ausländische Kapitalbeteiligungen an chinesischen Unternehmen wurden zwar bereits vor vier Jahren geschaffen. Von den rund 50 Verträgen mit Investoren aus westlichen Industriestaaten kommen nur zwei aus der Bundesrepublik. Die Busch KG, Maulburg, ist eine 50-Prozent-Beteiligung bei der Herstellung von Vakuum-Pumpen eingegangen. Die Wella AG, Darmstadt, produziert in einem Joint Venture kosmetische Produkte, ebenfalls überwiegend für den Auslandsabsatz. Im Dienstleistungsbereich hat die Vereinigte Tanklager- und Transportmittel GmbH sich an einem Versorgungsservice für Bohrplattformen im südchinesischen Meer beteiligt.

Die Volkswagen AG hat zwar mit der Shanghaier Firma STAG einen Rahmenvertrag über die Fertigung von Santanas geschlossen. Obwohl die abschließende Vereinbarung noch aussteht, ist die Produktion in geringem Umfang bereits angelaufen. Andere deutsche Firmen verhandeln noch.

Die deutschen Exporte nach China sind in den ersten sieben Monaten zwar um 40,3 Prozent auf 1,455 Milliarden Mark gestiegen. Trotzdem dürfte der Höchststand aus dem Jahre 1979 von 2,737 Milliarden Mark nicht ganz erreicht werden. Der starke Aufschwung in diesem Jahr ist vor allem darauf zurückzuführen, daß die Lieferungen für einige Großprojekte, die Anfang der achtziger Jahre von den Chinesen storniert worden waren, nun zeitlich versetzt wieder langsam in Gang kommen.

Zwar haben die Einfuhren aus China mit 5,1 Prozent auf 1,082 Milliarden Mark nicht so rasch expandiert wie die Exporte. Allerdings war der Rückgang im vergangenen Jahr auf dieser Seite auch merklich geringer. Da die Chinesen auf einen bilateralen Ausgleich des Handels drängen, hängen die deutschen Exportchancen erheblich von den Einfuhren ab.

US-AKTIENMÄRKTE

Nach den Rekorden nehmen Investoren Gewinne mit

H.-A. SIEBERT, Washington

Wenn an den US-Aktienmärkten Rekorde gebrochen werden – am vergangenen Montag schnellte der Dow-Jones-Index auf 1260,77 Punkte –, kommt es regelmäßig zu Kursrückschlägen, ausgelöst einzig und allein durch Gewinnmitnahmen. Das Haussefieber ist also noch nicht erloschen, obwohl das populäre Börsenbarometer über die Woche um 22,46 (Freitag: minus 7,01) auf 1233,13 und der breiter gestreute Nyse-Index um 1,83 (0,62) auf 96,24 Punkte fielen. Hier spielte auch die anhaltende Flucht aus kritischen Technologiewerten mit. Computervision, National Semiconductor, NCR und Data General verloren beispielsweise am Freitag zwei und mehr Dollar.

Die Wall Street geht denn auch davon aus, daß sich die Bergfahrt fortsetzen wird, und zwar etwas verlangsamt und erratischer. Positiv aufgenommen wurde der erste Rückgang des Index der führenden US-Konjunkturindikatoren seit genau zwölf Monaten, weil er ein eher stetiges und inflationsfreies Wirtschaftswachstum erhoffen läßt. Weiterhin boomartige Zunahmen des amerikanischen Bruttosozialprodukts um rund 9,7 und rund sieben Prozent wie im zweiten und dritten Quartal 1983 hätten zwangsläufig zu Überhitzungen mit Preisexplosionen geführt.

Nach Angaben des Handelsministeriums in Washington sank der Index im August um 0,1 Prozent, nachdem er noch im Vormonat um 0,8 Prozent (nach oben revidiert) gestiegen war. Von Dezember bis Juni hat das monatliche Plus mindestens ein Prozent betragen, was gemeinhin als kräftiges Konjunkturzeichen gewertet wird. Vier der zehn verfügbaren Indikatoren zeigten nach unten: Arbeitslosenunterstützung, Firmenneugründungen, Baugenehmigungen und Aktienkurse. Verlängert haben sich die Lieferzeiten. Das deutet auf erste Flaschenhälse und Teuerungsgefahren hin. Noch nicht gebannt ist offensichtlich die Pleitenangst.

Das Weiße Haus reagierte gelassen auf das leichte Bremssignal; das geringere Tempo entspreche dem Plan, erklärte der Sprecher Larry Speakes. US-Handelsminister Malcolm Baldrige meinte, es bestehe kein Grund zur Sorge. Der Verkauf neuer Einfamilienhäuser sackte in Amerika im August um 5,1 Prozent auf 578 000 Einheiten Jahresrate, er lag aber immer noch um 48,6 Prozent über dem Vorjahresmonat. Der Durchschnittspreis erhöhte sich von 75 200 auf 77 100 Dollar.

In diesem Konjunkturumfeld hat die US-Notenbank mehr Raum zum Operieren; an der Börse wird mit Liquiditätsengpässen nicht gerechnet, was auf billigeres Geld hindeutet. Deshalb fiel der Dollar am New Yorker Platz am Freitag auch von 2,6385 auf 2,6315 Mark. Kein Eindruck gemacht hat die jüngste Zunahme der Geldversorgung um 2,3 Milliarden Dollar (M1), da sie unter dem Zielniveau geblieben ist.

Molltöne bei Rohstoffen

Von LEO FISCHER

An den Rohstoffbörsen haben sich die Molltöne verstärkt. Korbengagements werden reduziert, und die Bereitschaft zu Mehrverkäufen soll allgemein zugenommen haben. Beide Indizes, der auf Dollarpreisen basierende Moodys und der nach Pfundpreisen errechnete Reuters-Index, die im Vormonat jeweils ein neues Jahreshoch erreicht hatten, gaben im September um 2,2 Prozent nach. Sicherlich ist es zu früh, daraus auf eine neue Baissephase zu schließen. Der Optimismus, der sich auf die starke Konjunkturerholung in den USA stützte, ist aber merklich gedämpft worden.

Vor allen an den Metallmärkten ist die Stimmung umgeschlagen. Mit Ausnahme von Blei sind die NE- und Edelmetalle im Preis stark zurückgenommen worden. Insbesondere der Preisverfall bei dem sehr konjunkturreagiblen Metall Kupfer gibt den Konjunkturskeptikern zu denken. Mit 990,5 wurde für Kupfer der niedrigste Preis seit Januar dieses Jahres notiert. Vom Jahrestiefstniveau trennen den Kupferpreis nur noch knapp 60 Pfund. Die steigenden Lagervorräte an den Börsen von London und New York sollen vor allem spekulative Verkäufe in den USA ausgelöst haben. Mitte September meldete die Londoner Metal Exchange, daß ihre Lagervorräte an Kupfer mit 357 225 Tonnen das höchste Niveau seit viereinhalb Jahren erreicht haben.

Zum Teil erklärt sich die ausgeprägte Kupferschwäche aus der Baisse bei den Edelmetallen. Die Tatsache, daß spekulative Verkäufe zumindest in der letzten Phase erheblich zum Preisdruck beigetragen haben, spricht für diese These. Seit jeher orientieren sich Kupferspekulanten bei ihren Dispositionen am Trend an den Edelmetallmärkten, speziell beim Gold. Die Notiz für das gelbe Metall ist wieder auf ein Niveau knapp über der psychologisch wichtigen 400-Dollar-Marke zurückgefallen. Es scheint, daß die Inflationsbefürchtungen, trotz zum Teil wieder anziehender Teuerungsraten noch sehr gering sind und die Nachfrage nach Gold zu Anlagezwecken noch schwach ist. Bei Silber kommt hinzu, daß die Lagervorräte an der New Yorker Börse ein Rekordniveau erreicht haben.

Von der Preisschwäche bei den Metallen blieb lediglich das Blei verschont, obwohl auch für dieses Metall von der Londoner Börse mit 215 125 Tonnen ein neuer Lagerrekordbestand gemeldet wird. In Europa wird die Nachfrage auch als nach wie vor schwach bezeichnet. Aber in den USA konnte der führende Bleihersteller Asarco seinen Abgabepreis in vier Schritten um fünf Cents (25 Prozent) auf 25 Cents erhöhen. Blei profitiert damit von der starken Erholung der Automobilindustrie. Die Nachfragebelebung wird in erster Linie auf den hohen Bedarf der Autobatteriehersteller zurückgeführt. Gegen Ende September erfaßte die Preisschwäche allerdings auch den Bleimarkt. Nach einem Monatshöchstpreis von 302 Pfund gab der Preis zum Monatsende bis auf 280,87 Pfund nach.

Auch bei den „Soft-Commodities" überwiegen die Preiskorrekturen nach unten. Selbst der Preis für Sojaöl, der zwischenzeitlich nach Berichten des US-Landwirtschaftsministeriums über einen weltweiten Ernterückgang von zehn Prozent gegenüber dem Vorjahr auf das neue Jahreshöchstniveau von 36,80 Cents hochgeschnellt war, wurde zum Schluß unter dem Vormonatsniveau notiert. Allerdings muß man berücksichtigen, daß einige Spekulanten nach dem starken Preisanstieg im Juli und August ihre Gewinne mitgenommen haben, der jüngste Preisrückgang also vor allem markttechnische Gründe hat.

Nach einem Bericht des Terminmarkts des Brokerhauses Hornblower, Fischer wird sich die Verknappung von Ölen und Fetten erst in der zweiten Hälfte der Saison 1983/84 richtig bemerkbar machen. Allerdings haben sich zuletzt die Befürchtungen verstärkt, daß die vorangegangene Hausse auf einer Fehleinschätzung beruht, deren fällige Korrektur jetzt schon von den Börsen vorweggenommen wird. Mit einer gewissen Spannung wird daher dem am 12. Oktober veröffentlichten Erntebericht des US-Landwirtschaftsministeriums entgegengesehen.

Recht nervös zeigte sich der Zuckermarkt. Zwischenzeitlich fiel der Preis auf 150 Pfund und damit auf das niedrigste Niveau seit Mai zurück, konnte sich zum Schluß aber wieder erholen, obwohl auch die zweite Verhandlungsrunde zu einem neuen Weltzuckerabkommen am 30. September ergebnislos beendet wurde. Nach der jüngsten Markteinschätzung des Statistikhauses F. O. Licht werden die Weltvorräte per August nächsten Jahres weiterhin sehr hoch sein. Auch immer wieder auftauchende Gerüchte, daß Brasilien über seine durch das Zuckerabkommen bestimmte Exportquote hinaus größere Mengen Zucker verkaufen will, verunsicherten den Markt.

Rohstoffe	Börse	Einheit	Ende Sept. 1983	Ende August 1983	Hoch 1983	Tief 1983
Kupfer	L	£/t	990,50	1059,50	1152,75	932,25
Zink	L	£/t	547,50	579,50	579,50	465,62
Zinn	L	£/t	8499,00	8565,50	9290,00	7392,50
Blei	L	£/t	280,87	263,25	312,75	257,75
Gold	L	$/Unze	404,00	414,50	511,50	402,25
Silber	L	p/Unze	781,30	803,35	948,75	680,30
Platin	L	£/Unze	282,40	292,70	322,00	244,55
Weizen	C	Cts/bu	371,25	388,75	402,50	306,25
Mais	C	Cts/bu	348,50	356,25	384,87	242,62
Kakao ¹)	L	£/t	1497,50	1440,50	1728,00	1108,00
Kaffee ¹)	L	£/t	1822,50	1729,00	2122,50	1569,00
Zucker	L	£/t	156,00	163,50	193,50	95,00
Sojaöl	C	Cts/lb	32,55	33,45	36,80	15,99
Baumwolle ²)	Li	Cts/kg	86,70	92,15	92,35	70,35
Schweißwolle	S	Cts/kg	548,00	561,50	576,50	527,50
Kautschuk	L	p/kg	76,12	80,00	82,25	50,00
Indices:						
Moody's (31. 12. 31=100)	New York		1059,30	1083,10	1097,90	1005,80
Reuter's (18. 9. 31=100)	London		1887,50	1911,20	1945,00	1527,70

¹) [illegible] Abladung ²) [illegible] Index-Preis
L = London C = Chicago S = Sydney Li = Liverpool
Zusammengestellt von der Commerzbank AG

AUF EIN WORT

„Überall dort, wo besondere Qualifikation, Begabung oder persönliche Dienstleistungen entscheidend sind, kann nicht weiter „rationalisiert" werden. Da wird von jedem einzelnen nicht weniger, sondern mehr Leistung gefordert."

Dr. Dieter Frisee, Geschäftsführender Gesellschafter der Dr. Helmut Neumann Management-Beratungs-Gruppe FOTO: DIE WELT

„Bauherrenmodell bleibt wichtig"

dpa/VWD, Bonn

Das umstrittene Bauherrenmodell bleibt nach Meinung von Bundesbauminister Oscar Schneider auch in Zukunft ein wichtiger Bestandteil der Wohnungswirtschaft. Zuvor müsse es allerdings „von gewissen Ungereimtheiten" bereinigt werden, betonte Schneider in einer Rede vor dem Bundesverband Freier Wohnungsunternehmen in Bonn. Auch in Zukunft brauche man solche Möglichkeiten der Arbeitsteilung und der Bündelung privaten Kapitals für riskante Investitionen im Wohnungsbau. Einschränkungen könnten sich aber nur auf Lücken in der Steuersystematik beziehen und keineswegs generell die Voraussetzungen für die Bauherrenmodellkonstruktion beseitigen, betonte der Minister.

WÄHRUNGSTAGUNG

Chefs der Weltbank und des IWF sind jetzt optimistischer

H.-A. SIEBERT, Washington

Zu Ende gegangen ist die Jahresversammlung der Weltbank und des Internationalen Währungsfonds (IWF) in Washington ebenso müde wie sie begonnen hat; deutlich zu spüren war die Resignation, nachdem die USA keine Anstalten gemacht haben, ihre Zahlungsversprechen rasch zu erfüllen. Im Kongreß hat sich der Widerstand gegen die Quotenerhöhung und die Ausweitung der Allgemeinen Kreditvereinbarungen, für die Amerika 8,5 Milliarden Dollar aufbringen soll, eher noch vergrößert. Kaum Hoffnung besteht, daß die ärmsten Entwicklungsländer in Zukunft über die International Development Association (IDA) von den USA mehr als 750 Millionen Dollar im Jahr erhalten.

Das wichtigste Ereignis fand am Rande der Währungstagung statt: die Zusammenschnürung eines Rettungspakets über elf Milliarden Dollar für Brasilien mit den Privatbanken. Die Beschränkung des „Erweiterten Zugangs" zu den Kreditfenstern des IWF von 150 auf 102 und 125 Prozent der jeweiligen Länderquote ist ein Festhalten am Status quo, da nach der Quotenaufstockung auch mehr Mittel verteilt werden können. Offen ist, welches Mitglied wieviel bekommt.

Bei einem Abschlußtreffen mit Journalisten haben die Chefs der Weltbank und des Fonds, Clausen und de Larosière, erklärt, man verfüge nun über bessere Werkzeuge, um die Verschuldungskrise zu bewältigen. Ob das stimmt, muß sich noch erweisen. Für heute hat de Larosière das IWF-Exekutivdirektorium einberufen. Es soll entscheiden, ob die geplanten 2,7 Milliarden Dollar an neuen Kredithilfen freigegeben, gestoppt oder rationiert werden sollen.

EUROPÄISCHE GEMEINSCHAFT

Agrarerzeugnisse für neun Milliarden Mark auf Lager

WILHELM HADLER, Brüssel

Hinweise auf die Reformbedürftigkeit der europäischen Agrarpolitik finden sich auch in diesem Jahr im Bericht der EG-Kommission über den Brüsseler Garantie- und Ausrichtungsfonds für die Landwirtschaft (EAGFL). Ende 1982 lagen danach in der Zehner-Gemeinschaft überschüssige Agrarerzeugnisse im Wert von rund vier Milliarden Ecu (9,2 Milliarden Mark) auf Lager, mehr als doppelt soviel wie zum gleichen Vorjahreszeitpunkt.

Die Gesamtausgaben für Marktstützungen und Exportsubventionen (Sektion Garantie) betrugen 1982 rund 12,41 Milliarden Ecu (1 Ecu entspricht zur Zeit 2,28 Mark), verglichen mit 10,98 Milliarden Ecu im Vorjahr, 11,31 Milliarden Ecu 1980 und 10,44 Milliarden Ecu 1979. Die Steigerungsrate der Agrarausgaben gegenüber dem Vorjahr betrug damit 1982 immerhin 13 Prozent.

Mit Ausnahme von Zucker – wo sich die Ausfuhrerstattungen erhöht haben – ist der Ausgabenzuwachs vor allem auf erheblich höhere Kosten für Interventionen (Aufkäufe durch staatliche Stellen) und andere EG-interne Beihilfen zurückzuführen. So verschlangen die Erzeugersubventionen für Raps, die Herausnahme von Obst und Gemüse aus dem Markt und die Destillation von Wein zu Alkohol erheblich höhere Mittel.

Geringer zu veranschlagen als im Vorjahr waren 1982 die Kosten des Getreide- und Rindfleischsektors. Dagegen blieben die Ausgaben für den „Butterberg" – wenn auch nur vorübergehend – ungefähr auf dem Niveau von 1981. Die Kosten für Milcherzeugnisse machten mit 26,8 Prozent noch immer den Löwenanteil des gesamten Agrarbudgets aus.

WIRTSCHAFTS-JOURNAL

Regierung: Zwangsanleihe ist verfassungsgemäß

Bonn (AP) – Die Bundesregierung hält die als „Zwangsanleihe" bekanntgewordene Investitionshilfeabgabe trotz gegenteiliger Urteile von Finanzgerichten weiterhin für vereinbar mit dem Grundgesetz. Dies erklärte der Parlamentarische Staatssekretär im Finanzministerium, Friedrich Voss (CSU), in seiner Antwort auf eine Anfrage des SPD-Bundestagsabgeordneten Dietrich Sperling. Die Finanzgerichte in Hamburg und Freiburg hatten den Vollzug von Abgabebescheiden für die Zwangsanleihe mit der Begründung ausgesetzt, daß an deren Verfassungsmäßigkeit Zweifel bestehen. Gleichzeitig teilte Voss mit, daß der Bund mit der Zwangsanleihe bis zum 31. August 338 Millionen Mark eingenommen hat.

Brasilienkredite genehmigt

Washington (rtr) – Der Exekutivrat der US-Export-Import Bank hat ein Kreditprogramm über 1,5 Milliarden Dollar als Teil eines Hilfspakets von insgesamt elf Milliarden Dollar für Brasilien gebilligt. Eine Sprecherin der Bank zufolge bedeutet die Entscheidung des Exekutivrates, daß das Programm für Brasilien, ebenso wie eine Kreditlinie für Mexiko über 500 Millionen Dollar, nicht mehr von weiteren Maßnahmen des US-Kongresses abhängt.

Weg der Kurse

	30. 9. 83	23. 9. 83
Boeing	39,375	43
Chrysler	29,50	30,50
Citicorp	35,875	37,375
Coca-Cola	50,75	53,25
Exxon	36,50	37,375
Ford Motors	61,50	64,375
IBM	126,875	125,75
PanAm	7,125	7,75
US Steel	27,625	29,875
Woolworth	35,875	36,875

Zahlungsaufschub gewährt

Caracas (rtr) – Ausländische Geschäftsbanken haben Venezuela einen neuerlichen Zahlungsaufschub von 30 Tagen für die fälligen Tilgungen auf öffentliche Zahlungsverpflichtungen gewährt. Aus Bankenkreisen verlautete, die Banken würden gegen Ende Oktober erneut zusammentreffen, und wenn Venezuela bis dahin in größerem Maße Zahlungen entrichtet haben sollte, dann werde man auch eine Verlängerung des Moratoriums für Tilgungszahlungen um 90 Tage bis Ende Januar vorschlagen.

Konjunktur – besser als erwartet
Reale Veränderung 1. Halbjahr 1983 gegenüber 1. Halbjahr 1982

	Prognose* vom Frühjahr 1983	Tatsächliche Entwicklung
Investitionen (ohne Bauten)	−3%	+4,1%
Privater Verbrauch	−1%	+0,2%
Gesamte Wirtschaftsleistung	−0,5%	+0,1%

*der Wirtschaftsforschungsinstitute

Die Konjunktur läuft besser als erwartet. Dies gilt, wie ein Vergleich der tatsächlichen Entwicklung im ersten Halbjahr 1983 mit den Prognosen der Wirtschaftsforschungsinstitute zeigt, vor allem für die Investitionen. Sie stiegen gegenüber dem Vorjahreszeitraum um mehr als vier Prozent. Vorausgesagt war dagegen ein Minus von drei Prozent. QUELLE: GLOBUS

US-Stahlklagen

Washington (Sbt.) – Die Entwicklungsländer haben Japan und die EG in den ersten acht Monaten dieses Jahres als wichtigste Stahllieferanten der USA auf den zweiten und dritten Rang verdrängt. Wie das Amerikanische Eisen- und Stahlinstitut in Washington mitteilte, erhöhten sie ihren Marktanteil in den Vereinigten Staaten seit Januar von 5,9 auf 9,9 Prozent. Aus der Dritten Welt bezogen die USA in dieser Zeitspanne 3,83 Millionen Tonnen, verglichen mit 2,49 Millionen Tonnen aus Japan, 2,42 Millionen Tonnen aus Westeuropa und 1,48 Millionen Tonnen aus Kanada. Verbandspräsident Roderick (U.S. Steel Corp.) hat den Entwicklungsländern offen Preisdumping und Exportsubventionierung vorgeworfen. Er kündigte Schritte gegen die „unfaire Importkonkurrenz" an.

GRIECHENLAND / Industrieverband klagt die Regierung an

Verstaatlichung durch die Hintertür?

EVANGELOS ANTONAROS, Athen

Die griechische Industriewelle scheint im Umgang mit der sozialistischen Regierung Athens ihre Geduld verloren zu haben. Der Präsident des Griechischen Industrieverbandes (SEV), Papalexopoulos, hat jetzt der Regierung Papandreou vorgehalten, durch ihre Wirtschafts- und Industriepolitik die Voraussetzungen für den Kollaps der griechischen Industrie zu schaffen.

Mit ständig wachsender Sorge verfolgen die griechischen Industriellen insbesondere, wie Athens Sozialisten unter verschiedenen, nicht immer sehr überzeugenden Vorwänden zahlreiche große Industriekomplexe dem Staatssektor indirekt einzuverleiben versuchen. Der Anfang wurde mit der Einleitung eines Strafverfahrens gegen den Vorstand der florierenden Zementhütte „Aget Hercules" gemacht. Die Familie Tsatsos, die diese Firma seit drei Generationen kontrolliert, soll Devisen in Millionenhöhe ins Ausland gebracht haben. Später folgte die Quasi-Übernahme des größten Textilunternehmens Griechenlands, „Piraiki-Patraiki" durch die Staatliche Griechische Nationalbank. Mit einer ähnlichen Methodik wird ein großes Exportunternehmen in Nordgriechenland konfrontiert.

Athener Industriekreise gehen davon aus, daß Sozialisten nach Methoden suchen, um Schlüsselbereiche der griechischen Industrie zu verstaatlichen. „Ihnen geht es vor allem darum, unter Berufung auf irgendwelche Unregelmäßigkeiten diese Firmen dem Staatssektor zuzuführen, ohne eine Entschädigungssumme zu zahlen", sagte ein Industriemanager.

Ministerpräsident Papandreou hält diese Vorwürfe für übertrieben und führt die Schwierigkeiten der griechischen Industrie auf die „törichte Kreditpolitik" der früheren Regierungen zurück. Nach Papandreous Ansicht müßten die griechischen Unternehmer endlich lernen, auch eigenes Geld zu investieren und nicht mehr ausschließlich von Bankkrediten zu leben. Seine Regierung habe daher den bisher unkontrollierten Kreditzufluß an die hochverschuldeten Großunternehmen eingeschränkt.

„Andererseits können wir nicht zulassen, daß Unternehmen mit Tausenden von Beschäftigten pleite gehen", sagte Papandreou am Wochenende während einer Kabinettssitzung. Daher müsse diese Regierung eingreifen, um die gefährdeten Arbeitsplätze zu retten, selbst wenn der Staat tief in die Tasche zu greifen habe. Die in Athen seit bald zwei Jahren regierenden Sozialisten haben zwar immer wieder gesagt, daß sie den privaten Sektor fördern wollen. Doch bei den Industriellen herrscht der Eindruck vor, daß diese immer wieder bekräftigte Absichtserklärung nur eine Leerformel sei. (SAD)

EG

Immer mehr Dumping-Klagen

WILHELM HADLER, Brüssel

Die europäische Industrie greift zunehmend zu Dumpingbeschwerden, um sich gegen unlautere Handelspraktiken von Konkurrenten aus Drittländern zu wehren. Nach einem von der EG-Kommission veröffentlichten Bericht ist die Zahl der von ihr eingeleiteten Untersuchungen in den letzten drei Jahren von 25 auf 58 Beschwerden jährlich gestiegen. Von den 104 in Gang befindlichen Verfahren konnten 1982 51 abgeschlossen werden. In 35 Fällen verpflichteten sich die beschuldigten Firmen zur Einhaltung höherer Preise, in sieben verfügte die Kommission in Übereinstimmung mit den Gatt-Bestimmungen einen Anti-Dumpingzoll. Bei drei Beschwerden konnte der Dumping-Vorwurf nicht aufrechterhalten werden.

Die internationalen Bestimmungen sehen vor, daß nicht nur für den Dumpingbestand ein Nachweis zu erbringen ist, sondern auch für die dadurch eingetretene wirtschaftliche Schädigung. Während der Untersuchung kann die Kommission vorläufige Zölle erheben, die für vier bis sechs Monate gelten. Im allgemeinen bemühen sich die Brüsseler Wettbewerbsexperten, einvernehmliche Lösungen (durch Preisangleichungen) zustande zu bringen. Immerhin wurden während des Dreijahreszeitraums seit 1980 28 endgültige Anti-Dumpingzölle verhängt.

Die meisten Dumpingbeschwerden betreffen normalerweise chemische Erzeugnisse gefolgt von Produkten des Maschinenbaus. 1982 schoben sich erstmals Eisen- und Stahlerzeugnisse auf den zweiten Platz. Von den in der Berichtszeit eingeleiteten 131 Untersuchungen waren Firmen aus 32 Länden betroffen.

ARGENTINIEN / Drastische Maßnahmen als Reaktion auf Gerichtsurteil – Keine neuen Importlizenzen

Zentralbank stellt die Ausgabe von Devisen ein

rtr, Buenos Aires

Argentiniens Militärregierung hat am Samstag als Notmaßnahme angesichts der sich zuspitzenden Schuldenkrise des Landes Devisenkontrollen verfügt und die Ausgabe neuer Importlizenzen ausgesetzt. Das Wirtschaftsministerium gab bekannt, die Zentralbank habe die Ausgabe von Devisen bei allen Arten von vertraglichen Verpflichtungen eingestellt. Gleichzeitig hat die Regierung die Vergabe von Importlizenzen bis auf weiteres gestoppt und für bereits vergebene Lizenzen die Notwendigkeit einer nochmaligen Bestätigung der Gültigkeit durch die Handelsbehörden verfügt.

Schließlich hieß es in der Erklärung, daß auch Devisenauszahlungen für Touristen zunächst gestoppt worden seien. Diese drastischen Maßnahmen wurden als notwendig bezeichnet „um die Zahlungsposition des Landes gegenüber dem Ausland angesichts der in der Öffentlichketi bekannten Situation zu sichern".

Verhandlungen über die Umschuldung eines Teiles der Auslandsverbindlichkeiten von insgesamt 39 Milliarden Dollar sind durch ein Gerichtsurteil momentan außerordentlich gefährdet, gegen das die Regierung inzwischen Berufung eingelegt hat. Darin wird die Regierung angewiesen, jegliche Handlung in Verbindung mit der Umschuldung von neun Milliarden Dollar an öffentlichen Verbindlichkeiten so lange zu unterlassen, bis Untersuchungen erwiesen haben, ob ein Modell-Vertrag über eine Umschuldung bei der staatlichen Fluggesellschaft Aerolineas Argentinas sich mit dem argentinischen Recht und der Verfassung in Einklang befindet. Bei diesem Einzelfall ging es um Auslandsschulden der Gesellschaft von 220 Millionen Dollar. Nach dem Muster dieser Vereinbarung sollten auch die Verhandlungen für 60 weitere staatliche Organisationen zum Abschluß gebracht werden.

Argentiniens Gläubigerbanken hatten auf diese neue Sachlage mit der Aussetzung einer geplanten Kreditauszahlung von 500 Millionen Dollar reagiert, die das Land benötigt, um seinen Verpflichtungen in naher Zukunft nachzukommen.

Unterdessen wurde in New York bekannt, daß Argentinien seine Gläubigerbanken per Telex davon unterrichtet habe, es sehe gegenwärtig keine Möglichkeit, die nächste Tranche eines Standy-Kredits des Internationalen Währungsfonds (IWF) über 1,5 Milliarden Dollar vor Ende Oktober zu ziehen. Banker äußerten die Befürchtung, damit werde Argentinien unter Umständen Probleme haben, die für Mitte Oktober anstehenden Rückzahlungen eines Überbrückungskredits von Geschäftsbanken von 650 Millionen Dollar zu leisten.

Nach Einschätzung von Wirtschaftsexperten werden die Devisenkontrollen zunächst mit an Sicherheit grenzender Wahrscheinlichkeit heute bei Öffnung der Banken eine teilweise oder gar totale Aussetzung aller Zinszahlungen auf Auslandskredite zur Folge haben. Das Land hatte erst im August einen größeren Zinsrückstand für öffentliche Kreditschulden bereinigt und laut Bankenkreisen ist das Land gegenwärtig damit in den Fristen.

Obwohl die Regierung auch einen totalen Stopp für Neuvergaben von Importlizenzen verordnet hat, werden wahrscheinlich auf einer Fall-zu-Fall-Basis immer noch einige neue Lizenzen ausgegeben werden, um die Wirtschaft vor allzu krassen Folgen zu bewahren, erklärte ein Wirtschaftsfachmann.

Die Notmaßnahmen werden wahrscheinlich bis zu den Wahlen am 30. Oktober Geltung behalten.

NEUSEELAND / Wachstumsschwäche hält an – Vorrang für Großprojekte im Energiesektor

Exportpalette soll erweitert werden

KAREN SÖHLER, Hamburg

Ein Blick zum südlichen Zipfel der Erde zeigt, daß die weltwirtschaftlichen Probleme auch vor geschützt anmutenden Gefilden wie Neuseeland nicht haltmachen. Die Schwierigkeiten des Inselstaates im Pazifik, rund 20 000 Kilometer entfernt von Westeuropa, unterscheiden sich kaum von denen der Industriestaaten: Wachstumsschwäche, die im letzten Jahr nach Ankurbelungsmaßnahmen der Regierung und einer damit verbundenen steigenden Inlandsnachfrage vorübergehend beseitigt schien, Inflationsraten zwischen zwölf und siebzehn Prozent in den vergangenen sechs Jahren, eine Arbeitslosenquote von acht Prozent bei 3,2 Millionen Einwohnern und eine hohe staatliche Auslandsverschuldung, die mit über zehn Milliarden Neuseeland-Dollar (17,5 Milliarden Mark) rund 30 Prozent des Bruttoinlandproduktes ausmacht.

Dem auf der Nordhalbkugel aufflackernden Erholungsprozeß konnte der in zwei Hauptinseln gegliederte Staat bislang noch nicht folgen. Die sinkende Auslandsnachfrage, der abnehmende Konsum – bedingt durch den seit Juni 1982 verhängten Lohn- und Preisstopp sowie die restriktive Geld- und Finanzpolitik – und das wachsende Haushaltsdefizit, rund zwei Milliarden Neuseeland-Dollar, behindern zur Zeit noch den Weg zum wirtschaftlichen Aufschwung.

Um das recht trübe wirtschaftliche Bild wieder aufzuhellen, setzt die Regierung all ihre Bemühungen in die Reaktivierung der Binnenwirtschaft. Im Vordergrund stehen Großprojekte in den Bereichen Energie und Bergbau. Denn Neuseeland verfügt über noch kaum genutzte Kohlevorkommen, über eines der größten Erdgasfelder der Welt und über ein ungewöhnliches Wasserkraftpotential. Die vorhandenen Möglichkeiten versucht die Regierung so auszuschöpfen, daß die Ölimporte auf ein Minimum reduziert werden können. Das gewünschte Resultat wäre eine Entlastung der Leistungsbilanz.

Gleichzeitig ist Neuseeland bestrebt, durch ein verbessertes Exportangebot die Deviseneinnahmen zu erhöhen. Bislang macht dem Inselstaat noch die Abhängigkeit von einigen wenigen Produkten zu schaffen. Achtzig Prozent der Exporterlöse resultieren aus der Ausfuhr von landwirtschaftlichen Erzeugnissen, vor allem Fleisch, Molkereiprodukten und Wolle. Daher soll die Palette einerseits mit landwirtschaftlichen Produkten erweitert werden – Obst, Gemüse, Honig, Tabak, Saatgut –, andererseits mit Holzerzeugnissen, Aluminium und Düngemitteln.

Eine Diversifizierung des Exportangebotes wird die außenwirtschaftlichen Schwierigkeiten der letzten Dekade allerdings nicht beseitigen. Neuseeland, Mitglied des Commonwealth, leidet noch immer an den nach dem Beitritt Großbritanniens zur Europäischen Gemeinschaft erschwerten Absatzbedingungen. Abhilfe mag das neue, seit Anfang dieses Jahres bestehende Abkommen für „engere Wirtschaftsbeziehungen (CER)" mit Australien schaffen. Diese Vereinbarung sieht einen stufenweisen Abbau sämtlicher Wareneinfuhrzölle und Exportsubventionen bis Ende 1987 vor.

Ob die neuseeländischen Pläne von Erfolg gekrönt sein werden, hängt angesichts der leeren Staatskassen und der steigenden Auslandsverschuldung maßgeblich von der Beteiligung ausländischen Kapitals ab. Denn schon jetzt sind eine Reihe der Großprojekte infolge fehlender Finanzpartner vorerst gescheitert. Daher soll die liberale Haltung der Regierung gegenüber ausländischen Investoren fremdes Kapital anziehen.

NAMEN

Hans C. W. Harthmut, Vorsitzender des Verbandes der pfälzischen Industrie und Stellvertretender Vorsitzender der Landesvereinigung rheinland-pfälzischer Unternehmerverbände, starb im 76. Lebensjahr in Kaiserslautern.

Dr. Wolfgang Doberauer (62), Vorstandsvorsitzender der Vereinigten Papierwerke Schickedanz & Co., Nürnberg, wechselt am 1. Februar 1984 in den Verwaltungsrat Papier der Schickedanz-Unternehmensgruppe. Als Mitglied des Vorstands der Gustav und Grete Schickedanz Holding KG hat Dr. Doberauer weiterhin Sitz und Stimme auch in anderen Aufsichtsgremien des Hauses. Sein Nachfolger als Vorstandsvorsitzender wird **Gottfried Beecker** (46), Vorstand der Gold-Zack AG, Mettmann.

Dr. Gerhard Niesslein, bislang Executive Vize-Präsident, wird Präsident der Metro International Inc., Toronto, Kanada. Der bisherige Präsident und Gründer des Unternehmens, **R. V. Frastacky**, übernimmt den Posten des stellvertretenden Aufsichtsratsvorsitzenden.

Walther Kellermann, langjähriger Vorsitzender des Vorstandes des Wasserwerks für das nördliche westfälische Kohlenrevier (Gelsenwasser), vollendete am 2. Oktober das 80. Lebensjahr.

JUGOSLAWIEN / Neue Großbank entsteht

Straffung des Geldverkehrs

E. ANTONAROS, Belgrad

Die jugoslawischen Behörden planen eine Fusion der größten und der drittgrößten Bank Jugoslawiens. Nach diesem Plan, der von der serbischen Landesregierung ausgearbeitet worden ist und den Segen der Bundesregierung in Belgrad hat, sollen die Beogradska Banka und die Jugobanka zusammengelegt und zum größten Geldinstitut Jugoslawiens gemacht werden. Diesem Plan liegt die erklärte Absicht der jugoslawischen Bundesregierung zugrunde, das jugoslawische Banksystem zu rationalisieren und der bisher unübersichtlichen und für die Devisenkasse katastrophalen Kreditpolitik der meisten regionalen Banken ein Ende zu setzen.

Der neue Bankriese mit Sitz in Belgrad soll eine Schlüsselrolle und indirekt fast die Hälfte des gesamten jugoslawischen Geldverkehrs mit dem Ausland übernehmen. Gerade deswegen haben die Pläne der vor allem in den nördlichen Teilrepubliken Slowenien und Kroatien nicht gerade beliebten Serben heftige Reaktionen ausgelöst. In Zagreb und Laibach, den Hauptstädten Kroatiens und Sloweniens, wurde unter anderem auf die „negativen Auswirkungen" hingewiesen, die diese Fusion auf die Auslandskunden der Jugobanka haben könnte. Die Jugobanka durfte bisher als einzige jugoslawische Bank Filialen in fast allen sechs Teilrepubliken und den zwei autonomen Gebieten unterhalten. Sie operierte auch mit 22 Niederlassungen im westlichen Ausland und wickelte fast ein Drittel des Geldverkehrs Jugoslawiens mit dem Ausland ab.

In der jugoslawischen Bankenwelt ist die Jugobanka seit jeher eine Ausnahme gewesen. Nach den Bankbestimmungen des Vielvölkerstaates auf dem Balkan wird eine „assoziierte" Bank von sogenannten „Basis"-Banken getragen. In jeder Teilrepublik und jedem autonomen Gebiet hat es bisher jeweils nur eine solche regionale assoziierte Bank gegeben.

Diese „Basis"-Banken außerhalb Serbiens organisieren jetzt den Widerstand gegen die Fusionspläne der serbischen Landesregierung. Sie befürchten nämlich, daß die neue Großbank fast ausschließlich unter serbische Kontrolle geraten und nur noch den engen regionalen Interessen Serbiens dienen könnte. (SAD)

RENTENMARKT / Schuldscheine im Blickpunkt

Auslandsnachfrage belebt

Der Rentenmarkt, der Anfang letzter Woche zunächst vom Zinsrückgang in den USA profitiert hatte, entwickelte sich zuletzt auch ohne amerikanische Impulse ganz günstig. Einmal hinterließ eine sich mit sinkendem Dollarkurs belebende Auslandsnachfrage Spuren, wo der Bund zu Konditionen zum Zuge kam, die von inländischen Anlegern nicht akzeptiert würden. Zum anderen bestand zum Kupon- und Tilgungstermin am Quartalsende etwas mehr Anlageinteresse als sonst.

Man wäre am Markt zwar nicht überrascht, wenn sich das Geschäft in der nächsten Woche wieder beruhigen würde; doch auch ein Wiederanstieg der Renditen um 0,10 Prozentpunkte würde kaum als Rückschlag gewertet. (cd.)

Emissionen	30.9. 83	23.9. 83	30.12. 82	30.12. 81	30.12. 80
Anleihen von Bund, Bahn und Post	7,87	7,93	7,45	10,05	9,30
Anleihen der Städte, Länder und Kommunalverbände	7,80	7,85	7,04	10,55	9,88
Schuldverschreibungen von Sonderinstituten	8,08	8,09	7,61	10,26	9,43
Schuldverschreibungen der Industrie	8,39	8,37	8,24	11,52	8,35
Schuldverschreibungen öfftl.-rechtl. Kreditanstalten u. Körperschaften	8,04	8,09	7,65	10,12	9,37
Titel bis 4 Jahre rechnerische bzw. Restlaufzeit	7,77	7,82	7,43	10,50	9,70
Titel über 4 Jahre rechnerische bzw. Restlaufzeit	8,49	8,52	7,94	9,75	9,05
Inländische Emittenten insgesamt	8,03	8,08	7,63	10,19	9,41
DM-Auslandsanleihen	8,23	8,33	8,45	10,32	8,32

Wir erfüllen hiermit die schmerzliche Pflicht anzuzeigen, daß der Schatzmeister unseres Gesamtverbandes und Mitglied unseres Präsidiums

Hans C. W. Hartmuth

Inhaber des Großen Verdienstkreuzes mit Stern des Verdienstordens der Bundesrepublik Deutschland

am 29. September 1983 im Alter von 75 Jahren verstorben ist.

Er hat über drei Jahrzehnte hinweg bei Gesamtmetall an verantwortlicher Stelle gewirkt und uns ein lebendiges Beispiel hoher Tugend gegeben.

Die Metallindustrie trauert um einen Mann, der für uns Verantwortungsbewußtsein, selbstlose Einsatzbereitschaft und hohe Menschlichkeit schlechthin verkörpert hat. Unbeugsame Aufrichtigkeit und Redlichkeit erfüllten ihn. Er konnte, wenn es darauf ankam, seiner Überzeugung deutlichen Ausdruck verleihen und uns damit den richtigen Weg weisen.

Auch als ihn in den letzten Jahren Krankheit und Leiden zeichneten, hat er nie seine eiserne Selbstdisziplin, seine Souveränität und seine mitmenschliche Fürsorge aufgegeben.

Hans C. W. Hartmuth ist von uns gegangen, aber er wird in unser aller Herzen fortwirken.

Gesamtverband der Metallindustriellen Arbeitgeberverbände e. V.

Dr. Wolfram Thiele Dr. Dieter Kirchner

Die Trauerfeier findet am Mittwoch, dem 5. Oktober 1983, um 14.00 Uhr im Kurhaus, Bad Dürkheim, statt; die Beisetzung anschließend im kleinen Kreis auf dem städtischen Friedhof, Bad Dürkheim.

Die Albert-Frankenthal AG trauert um

Hans C. W. Hartmuth

Träger des Großen Verdienstkreuzes mit Stern des Verdienstordens der Bundesrepublik Deutschland

Herr Hartmuth war vom 1. 4. 1974 bis 31. 12. 1978 Vorsitzender des Vorstandes der Albert-Frankenthal AG.

Er hat in schwieriger Zeit den Kurs des Unternehmens bestimmt und die Weichen für existenzwichtige, unternehmenspolitische Entscheidungen gestellt.

Das Unternehmen und seine Mitarbeiter haben ihm viel zu verdanken.

Für den Aufsichtsrat
Dr. Heinrich Schreiner

Für den Vorstand
Karl Hatzold

Für den Betriebsrat
Friedrich Wegener

Frankenthal, den 1. Oktober 1983

SENNHEISER / Einbußen auf Auslandsmärkten

Neue Hörhilfe entwickelt

DOMINIK SCHMIDT, Bissendorf

Die Sennheiser Electronik KG, Bissendorf, weltweit renommierter Hersteller von Kopfhörern und Mikrofonen, ist angesichts der Erfolge auf der Berliner Funkausstellung zuversichtlich, 1983 doch noch das Umsatzniveau des Vorjahres (71,2 Mill. DM) zu erreichen. Das Wegbrechen einiger ausländischer Märkte habe fast schon „Alarmstimmung" aufkommen lassen, erklärte Jörg Sennheiser und E.-F. Warnke, zuständig für den kaufmännischen Bereich. Die Funkausstellung, auf der „doppelt so viele Aufträge geschrieben wurden wie früher", stimme wieder zuversichtlich.

Nachhaltig negativ beeinflußt wurde die Entwicklung im bisherigen Verlauf des Jahres von dem Absatzeinbruch bei hochwertigen Kopfhörern. In diesem Bereich, der die Hälfte des Sennheiser-Umsatzes ausmacht, mußten Einbußen von 10 Prozent hingenommen werden. Nahezu völlig ausgefallen, so Warnke, seien so wichtige Märkte wie Italien, England und Australien. Diese Verluste konnten im Inland nicht ausgeglichen werden, wenngleich Sennheiser den Marktanteil in der Bundesrepublik weiter auf nunmehr 38 Prozent ausbauen konnte.

Die Ursache für diese Entwicklung sieht Sennheiser in dem starken Wachstum der Mini-Kopfhörer, deren Absatz im ersten Halbjahr 1983 gegenüber dem Vorjahr um das Doppelte zunahm. Rund 90 Prozent dieser Mini-Kopfhörer werden zusammen mit den kleinformatigen „Walkman" verkauft. Sennheiser produziert seit August 1982 zwar ebenfalls „Minis". Sie sind aber vergleichsweise teuer und schlagen umsatzmäßig noch nicht nennenswert zu Buche.

Um die Abhängigkeit vom Kopfhörer-Geschäft zu mindern, will Sennheiser andere Geschäftsbereiche in stärkerem Maße forcieren. Dies gilt vor allem für die drahtlose Übertragungstechnik. Auf diesem Gebiet hat Sennheiser gerade in jüngster Zeit beachtliche Erfolge erzielt. Auch das Industriegeschäft, das bislang erst einen Umsatzanteil von rund 10 Prozent erreicht, soll ausgebaut werden.

Einen gänzlich neuen Bereich, von dem sich Warnke einiges verspricht, will sich Sennheiser mit der Entwicklung und der Herstellung einer „Brille" für Hörgeschädigte erschließen. Zielgruppe sind Menschen, die leichte und mittlere Hörbehinderungen haben. Die „Hör-Brille" arbeitet nach dem Breitband-Übertragungsprinzip und ist rasch aufzusetzen und abzunehmen. Die Hörhilfe, die über Akustiker-Fachbetriebe zu einem Preis von knapp 800 DM vertrieben wird, ist dementsprechend nur zur sporadischen Nutzung gedacht und konkurriert nicht mit den „traditionellen" Hörgeräten.

Sennheiser geht für 1983 von einer Verschlechterung der Ertragslage aus. Im bisherigen Verlauf des Jahres wurde dem schwachen Kopfhörer-Geschäft durch die Verringerung der Belegschaft um 80 auf 918 Mitarbeiter Rechnung getragen. Die Investitionen allerdings werden mit 3,5 Mill. DM über dem Niveau des Vorjahres (2,5 Mill. DM) liegen.

ARBED SAARSTAHL / Neue Planungsansätze vorgelegt – Finanzbedarf unklar

Weiterer Personalabbau unumgänglich

JOACHIM WEBER, Völklingen

Bei der Arbed Saarstahl GmbH, Völklingen, dem teuersten Sanierungsfall der deutschen Nachkriegsgeschichte mit noch ungewissem Ausgang, wird ein weiterer Personalabbau über die bisherige Planung hinaus unumgänglich sein. Die vorläufigen Ansätze, wie sie auch den mit bald 3 Mrd. DM engagierten Bürgen des Unternehmens (Bund und Saarland) am 12. Oktober vorgelegt werden, wurden in einer mehr als 5stündigen Sitzung am Freitag zunächst dem Aufsichtsrat präsentiert.

Danach werden von den derzeit noch 17 200 Mitarbeitern des Unternehmens bis Ende 1985 noch 13 900, bis Ende 1986 noch 12 960 übrig sein. In dieser Zahl sind dann aber auch Arbeitsplätze der neuen zentralen Koks- und Roheisenproduktion, aus ersten Weiterverarbeitungsstufen, Dienstleistungen und aus Ausbildungsverhältnissen enthalten. Die Belegschaft der eigentlichen Hütten und Walzwerke wird damit unter 10 000 Mitarbeitern liegen.

Der Personalabbau soll über weitere vorzeitige Pensionierungen, ein neues Programm von Zuwendungen für freiwilliges Ausscheiden, den fortbestehenden Einstellungsstopp, Abgabe von Mitarbeitern an die neuen Zentraleinrichtungen in Dillingen und möglicherweise Übernahme von Mitarbeitern durch die Dillinger Hüttenwerke bewältigt werden.

Allerdings: „All das sind bislang nur Vorstellungen, von denen wir nicht wissen, ob sie auch von unseren Bürgen begleitet werden", merkt Saarstahl-Chef Jürgen Krackow an. Nicht ohne Grund, denn nach den Auflagen aus Bonn und Saarbrücken sollte der gesamte Personalabbau bis Ende 1984 bewältigt sein. Das aber hieße, daß statt des „sanften" Instruments der Frühpensionierungen verstärkt Entlassungen fällig wären.

Die vorsichtige Handhabung würde zwar in den Jahren 1984/85 nur geringe zusätzliche Aufwendungen erfordern, aber Folgekosten (Beihilfen für die Pensionäre) für weitere fünf Jahre mit sich bringen. Hier wird die Entscheidung bei den Bürgen liegen. Über den mittelfristigen Finanzbedarf mochte sich Krackow noch nicht auslassen. Aus den bisherigen Zusagen von Bund und Land stehen für 1983 noch 86 Mill. DM zur Verfügung. „Nach heutigem Erkenntnisstand werden wir damit auskommen", erklärt Krackow.

Inzwischen haben sich die Luxemburger Muttergesellschaft Arbed S.A. und ihre Saar-Tochter auf ein „Konsensus-Papier" geeinigt, das eine deutlichere Abgrenzung der luxemburgischen und der deutschen Konzernaktivitäten voneinander vorsieht. Danach soll die deutsche Weiterverarbeitung (TechnoArbed, TrefilArbed, Werk St. Ingbert) künftig unmittelbar an Saarstahl angehängt werden.

Damit wird der Entwicklung Rechnung getragen, daß mit der Stahlkrise zunehmend nationale Interessen in den Vordergrund gerückt sind, die den angepeilten engen Verbund über die Grenzen hinweg vorläufig in Frage stellen. Die neue Struktur schafft klare Verhältnisse, auch für die öffentlichen Geldgeber, die weiterhin gefragt sind.

RUHRKOHLE / Bonner Zustimmung steht noch aus

WestLB neuer Aktionär?

dpa, Essen

Seit Monaten wird von Bemühungen gesprochen, den Aktionärskreis der Ruhrkohle AG, der größten deutschen Bergbau-Gesellschaft, neu zu ordnen. Bundeswirtschaftsminister Otto Graf Lambsdorff (FDP) ist offensichtlich nicht damit einverstanden, daß die Aktienpakete der Krupp Stahl AG (6,16 Prozent), Harpener AG (4,77 Prozent) und der Klöckner Werke AG (4,66 Prozent) bei der Westdeutschen Landesbank (WestLB) landen. Er muß jedoch nach den Gründungsbestimmungen der Ruhrkohle AG die Zustimmung zu einer solchen Transaktion geben, wenn der Erwerber von Ruhrkohle-Aktien bis dahin noch nicht zum Gesellschafterkreis gehörte. Das trifft auf die WestLB zu, die zum Einflußbereich des Landes Nordrhein-Westfalen, seiner Landschaftsverbände und der Sparkassen gehört.

Überall wird jetzt gerätselt, was Lambsdorff bewogen haben könnte, noch nicht ja zu sagen. Will er vorher vom Land Nordrhein-Westfalen die Zusicherung haben, künftig 50 Prozent statt nur ein Drittel der Kohlehilfe zu tragen? Befürchtet er, daß das Land seine Stellung im Aufsichtsrat der Ruhrkohle AG zu einer Politik ausnutzen könnte, die dem Bund dann noch mehr kosten würde?

Das Veto des Ministers verschiebt zugleich die Absegnung eines anderen Paketwechsels: Die Veba AG will das Ruhrkohle-Paket der Mannesmann AG (7,43 Prozent) erwerben und braucht dafür die Zustimmung von 75 Prozent der übrigen Ruhrkohle-Aktionäre. So etwas läßt sich nur über eine Hauptversammlung abwickeln, die aber wegen der bisher auf Ablehnung gestoßenen WestLB-Ambitionen erst einmal vertagt worden ist.

Offen ist weiterhin, ob die Vereinigte Elektrizitätswerke Westfalen AG (VEW), die über die Gewerkschaft Alter Haase (0,22 Prozent) bereits Ruhrkohle-Aktionär ist, das Aktienpaket der bundeseigenen Salzgitter AG (10,86 Prozent) übernehmen wird. Bei der VEW wiederum haben die WestLB und der Landschaftsverband Westfalen Einfluß im Aufsichtsrat.

BÜCHER DER WIRTSCHAFT

Heinz Stehle: Die GmbH – Unternehmensform mit Zukunft für mittelständische Betriebe, Verlage Taylorix – Holzmann, Stuttgart 1983, 154 S., 32,80 Mark.

Die mittelständische Wirtschaft, insbesondere das Handwerk, wählte früher als Rechtsform hauptsächlich das Einzelunternehmen und die Personengesellschaft. Die Haftungsbeschränkung galt als ehrenrührig ebenso wie man glaubte, mit der GmbH an Kreditwürdigkeit zu verlieren. Die steuerliche Doppelbelastung und der Formalismus in der Handhabung und Geschäftsabwicklung der GmbH taten ein übriges. Der Autor zeigt, daß die GmbH für kleinere Betriebe zu handhaben und zum Teil eine Beschränkung der vermögensmäßigen Haftung für handwerkliche und andere mittelständische Betriebe geradezu ein Gebot des heutigen Wirtschaftslebens mit seinen raschen Änderungen und damit verbundenen Investitionsbedürfnissen ist.

Wolfgang Rogalla: Was tun, wenn der Schuldner nicht zahlt? Verlage Taylorix – Holzmann, Stuttgart 1983, 151 S., 32,80 Mark.

In Zeiten des knappen Geldes ist es für Selbständige und Gewerbetreibende wichtig, die Außenstände schnell hereinzubekommen. Wie man wirkungsvoll und ohne Fehler zu seinem Geld kommt, davon handelt dieser Ratgeber. Zunächst werden die rechtlichen Tatbestände wie Mahnung, Verzug und Verjährung erklärt und die Folgen dargestellt. Anschließend behandelt der Autor das gerichtliche Verfahren, die Zwangsvollstreckung mit der Pfändung und den weiteren Vollstreckungsarten bis hin zum Konkursantrag. Der Ablauf des Konkursverfahrens mit den verschiedenen Ab- und Aussonderungsrechten und den anderen Sicherungsmöglichkeiten sind Gegenstand des letzten Kapitels.

Karl-Heinz Rothe: Bundeskleingartengesetz, Kommentar, Bauverlag, Wiesbaden und Berlin 1983, 189 S., 54 Mark.

Das Bundeskleingartengesetz trat zum 1. April 1983 in Kraft. Es faßt die Entwicklung des Kleingartenwesens seit 1919 und die vorher sehr unübersichtlichen Bestimmungen zusammen. Ziel des Gesetzes, zu dem die Bundesregierung durch einen Beschluß des Bundesverfassungsgerichts gedrängt wurde, ist ein Interessenausgleich zwischen Verpächter und Pächter. Doch ist abzusehen, daß auf Dauer nur die Kleingärten überleben werden, die als Grünflächen mit der Zweckbestimmung Dauerkleingärten in einem Bebauungsplan ausgewiesen sind. Der Kommentar erläutert die Rechtsgrundlagen über das Vereinbaren und Kündigen von Pachtverträgen so, daß die einzelnen Sachverhalte und Zusammenhänge auch für den interessierten Nichtjuristen verständlich werden. (jwh.)

BAUMÜLLER / Von Greiffenberger übernommen

Finanzielle Lage verbessert

DANKWARD SEITZ, München

Die in finanzielle Schwierigkeiten geratene Marktredwitzer Fabrik für Elektrotechnik Adam Baumüller GmbH ist von dem Geschäftsführer und Inhaber der J. N. Eberle & Cie. GmbH, Augsburg, Heinz Greiffenberger, übernommen worden. Der Erwerb dieses hochspezialisierten Herstellers von Elektro- und Getriebemotoren, der 860 Mitarbeiter beschäftigt und zuletzt rund 67 Mill. DM umsetzte, wird von Greiffenberger als ein „zweiter Schritt zum Aufbau einer mittelständischen Firmengruppe" bewertet. 1980 hatte er seine Position als Vorstandssprecher der Rosenthal Technik AG aufgegeben und die Bandstahl- und Sägefabrik Eberle (Jahresumsatz 33 Mill. DM) übernommen, die damals ebenfalls mit Verlust arbeitete, inzwischen aber saniert sein soll.

Baumüller, bisher in Familienbesitz, war in den letzten Jahren, so Greiffenberger, durch Mißmanagement in die roten Zahlen geraten. Allein für 1983 wird ein Verlust von 3,8 Mill. DM erwartet, womit sich für die letzten drei Jahre insgesamt ein Minus von 10 Mill. DM ergibt. Das Eigenkapital des 1927 gegründeten Unternehmens, das mit Tochtergesellschaften in Österreich, Schweden, Frankreich und den Niederlanden vertreten ist und in der Bundesrepublik vier Werke unterhält, sei fast aufgezehrt gewesen.

Mit der Übernahme haben die Banken und die bisherigen Inhaber auf insgesamt 10 Mill. DM verzichtet. Unter Einbezug von neuem Eigenkapital in Höhe von „mehreren Millionen Mark" verbessert sich die finanzielle Lage bei Baumüller, so Greiffenberger, um insgesamt 20 Mill. DM. Auf der Grundlage der bereinigten Bilanz will er nun ein Konzept durchziehen, das bereits für 1984 schwarze Zahlen vorsieht. Die Belegschaft soll bis Ende 1984 um 310 auf 550 Mitarbeiter abgebaut werden.

BUSREISEN / Flugkunden gewonnen

Stetiger Aufwärtstrend

DANKWARD SEITZ, München

Zufrieden mit dem bisherigen Verlauf des Jahres 1983 sind die Busreise-Veranstalter. Nach Angaben des Geschäftsführers der Gütegemeinschaft Buskomfort e.V., Stuttgart, Rolf Schmid, wird man zwar nicht die Zuwachsraten vergangener Jahre erreichen, doch der generelle Aufwärtstrend bleibt ungebrochen. Fuhren 1979 erst 2,5 Millionen Reisende für fünf oder mehr Tage mit dem Bus in Urlaub, so waren es 1981 schon 3,1 und 3,4 Millionen 1982. Hinzu kommen noch einmal 104 Millionen Reisende, die 1982 mit einem Bus Kurz-, Städte- oder Gruppenreisen sowie Ausflugsfahrten machten.

Diese Entwicklung ist um so erstaunlicher, weil die Reise-Intensität der Deutschen seit 1981 rückläufig ist. Lag sie 1980 noch mit 27,1 Millionen Urlaubern bei 57,7 Prozent der Bevölkerung von über 14 Jahren, so rutschte sie 1982 auf 55 Prozent (26,3 Millionen) ab. Und allen Anzeichen zufolge muß die Touristikbranche auch für 1983 aufgrund der wirtschaftlich unsicheren Lage und stagnierender Realeinkommen mit einem weiteren Buchungsrückgang rechnen.

Bei der Wahl der Verkehrsmittel sind die Urlauber nach Beobachtungen der Gütegemeinschaft 1983 vor allem vom Flugzeug auf den Bus umgestiegen. Während 1982 bei den Fernzielreisen die Buchungen teilweise eine rückläufige Tendenz auswiesen, ergaben sich 1983 hier Zuwachsraten, wobei in erster Linie preiswerte Pauschalreisen gefragt waren. Auf großes Interesse seien auch Rund- und Studienreisen gestoßen, die in Einzelfällen Steigerungsraten bis zu 15 Prozent brachten. Mit Ausnahme von den Zielen Paris und London verzeichneten Städtereisen ebenfalls gegenüber 1982 ein Plus. Allgemein weniger gebucht wurden Kurzreisen unter fünf Tagen.

Unter den Zielgebieten waren Italien und Frankreich die Gewinner der Saison. Spanien konnte die Anteile behaupten, während die Buchungszahlen für Pauschalreisen nach Österreich wie schon 1982 erneut stark rückläufig waren. Die Preise wurden dabei in den meisten Fällen gehalten oder nur analog zu den Preiserhöhungen in den Zielländern leicht angehoben.

Das Buchungsverhalten, so stellte die Gütegemeinschaft fest, ist 1983 insgesamt noch kurzfristiger als in den Vorjahren geworden. Bei vielen der 5200 privaten Omnibusunternehmen, davon sind rund 1500 als Reiseveranstalter tätig, sei die Saison äußerst schleppend angelaufen. Erst direkt vor oder zum Beginn der Sommerferien sei rege gebucht worden. Nicht zuletzt darin sieht die Gütegemeinschaft einen Grund, daß sich die Busreise-Veranstalter dem allgemeinen Trend entziehen und noch ein positives Gesamtergebnis erzielen konnten.

Friede zwischen Metro und Bürofachhandel

hg. Bonn

Metro Deutschland, Düsseldorf, und der Bundesverband Bürowirtschaft (BBW), Köln, haben einen „Friedensvertrag" geschlossen: Metro hat sich bereit erklärt, ab 1985 im Bereich „Bürobedarf" zusätzlich zu den Nettopreisen – ohne Mehrwertsteuer – auch die Bruttopreise auszuweisen, und der Verband verzichtet im Gegenzug auf die Fortsetzung einer gerichtlichen Auseinandersetzung, die vor dem Hamburger Landgericht mit dem Verein für lauteren Wettbewerb geführt worden war, aber gegenwärtig ruht und zum Ziel hatte, „den für den Fachhandel ungewöhnlichen Vertriebsmethoden der Metro beizukommen".

Der Cash-und-Carry-Händler betont jedoch ausdrücklich, daß dies „unter Beibehaltung der Funktion der Metro" geschehe; damit ist offensichtlich gemeint, daß Metro nicht ein Jota von ihrer Funktion als Großhändler abweichen wird. Er vermerkt außerdem mit Genugtuung, daß mit dem BBW darüber Einigkeit bestehe, „daß Metro ihre bürowirtschaftlichen Aktivitäten, zum Beispiel beim Vertrieb von Personal-Computern, mit einer qualifizierten Beratungstätigkeit unterlegt". Gerade hier hat es in der Vergangenheit zwischen C+C-Handel und Facheinzelhandel immer wieder Kontroversen und gelegentlich gerichtliche Auseinandersetzungen gegeben.

Mit diesem Kompromiß könne der Bürofachhandel existieren, versucht der BBW seinen Fachhandels-Mitgliedern beizubringen: „Wir leben in dynamischen Märkten, in denen es keine aus der Tradition entwickelten Schutzzäune mehr gibt."

NEUMANN MANAGEMENT-BERATUNG / Bedenkliche Tendenzen am Markt

Nachwuchs nur wenig risikobereit

HARALD POSNY, Düsseldorf

Management-Berater machen zunehmend „bedenkliche Tendenzen" auf dem Führungskräftemarkt in der Bundesrepublik aus. Bei schwieriger gesamtwirtschaftlicher Situation und trüben Unternehmensaussichten sind „Schönwetter-Manager" durch „Krisen-Manager" ersetzt worden. „Kamen die einen in Zeiten des Wachstums zu Erfolg und Ansehen, sollen die anderen die oft angeschlagenen Unternehmensschiffe aus stürmischer See in rettende Häfen bugsieren." So anschaulich diese Bilder erscheinen, nach Ansicht von Dieter Frisee, Geschäftsführender Gesellschafter der Helmut Neumann Management-Beratungsgruppe, Mülheim, ist dieser Typ des Krisen-Managers äußerst rar.

Es fehle oft nicht nur an einer Motivation für überdurchschnittliche Leistungs- und Opferbereitschaft, sondern selbst bei hochqualifiziertem Führungsnachwuchs an Risikobereitschaft, um den Sprung in die oberste Führungsebene zu vollziehen. Frisee: „Erschreckend ist das Sicherheitsdenken – bei 30jährigen gilt die erste Frage schon der Altersversorgung – sowie eine oft unerklärliche Immobilität."

Für Frisee steht außer Zweifel, daß der Umdenkprozeß, daß es nämlich ohne volle Leistungsbereitschaft für den Einzelnen und für die gesamte Volkswirtschaft immer weniger Zukunft geben kann, schon bei der Ausbildung des Führungskräfte-Nachwuchses beginnen und sich konsequent in der Berufspraxis fortsetzen muß. Systematisch müßten fähige und leistungsbereite Mitarbeiter erkannt und gefördert werden, ihre Leistungen allerdings auch durch angemessene Vergütungen und immaterielle Anreize „belohnt" werden.

Trotz oder gerade wegen der anhaltend schwierigen Wirtschaftslage ist die Nachfrage nach Führungskräften mit hoher Qualifikation und starker Persönlichkeit seit 1982 unverändert groß. Die Neumann Managementberatung hat ihre Marktposition bei der Besetzung von Führungspositionen weiter ausgebaut. Dabei hat sich erwiesen, daß der Bedarf an Vorständen, Geschäftsführern und anderen obersten Führungskräften ansteigt, während die Nachfrage nach mittleren Führungskräften weitaus schwächer wächst.

Die in diesem Jahr gegründete H. Neumann International als Partnerorganisation der Gruppe soll speziell diesen geänderten Anforderungen besser gerecht werden. In der Bundesrepublik wurde der Umsatz um gut 10 Prozent auf mehr als 8 Mill. DM gesteigert. Die Gruppe erreichte einen Umsatz von 25 (22) Mill. DM. Für 1983 erwartet die Gruppe eine ebenso starke Geschäftsausweitung. Einmal wurden die Beratungsaktivitäten im Dienstleistungssektor (Handel, Banken, Versicherungen) verstärkt, zum anderen das internationale Engagement in Frankreich und Großbritannien (auch für den südostasiatischen Markt) ausgeweitet.

FUSSBALL / München wieder vorne – Frankfurt Tabellenletzter – Krise in Dortmund und beim 1. FC Kaiserslautern

ERGEBNISSE

Nürnberg – Bochum	3:1 (0:1)
Hamburg – Braunschweig	3:0 (1:0)
Frankfurt – Mannheim	1:3 (0:0)
München – M'gladbach	4:0 (2:0)
Leverkusen – Bielefeld	0:0
Uerdingen – Düsseldorf	1:3 (0:1)
Dortmund – Offenbach	4:1 (1:0)
K'lautern – Bremen	3:3 (1:2)
Stuttgart – Köln	3:2 (1:0)

DIE SPIELE

München – Gladbach 4:0 (2:0)
München: Pfaff – Augenthaler – Dremmler, Maurer – Del'Haye (61. Nachtweih), Kraus, Lerby, Pflügler, Dürnberger – M. Rummenigge, K.-H. Rummenigge. – **Gladbach:** Sude – Bruns – Hannes, Herlovsen – Krauss, Matthäus, Rahn, Schäfer, Frontzeck – Mill, Lienen. – **Schiedsrichter:** Neuner (Leimen). – **Tore:** 1:0 Lerby (34.), 2:0 K.-H. Rummenigge (39.), 3:0 Kraus (70.), 4:0 K.-H. Rummenigge (83., Foulelfmeter). – **Zuschauer:** 70 000. – **Gelbe Karten:** M. Rummenigge, K.-H. Rummenigge, Lienen, Hannes (3).

Dortmund – Offenbach 4:1 (1:0)
Dortmund: Immel – Rüßmann – Huber (14. Walz; 80. Zorc), Koch, Semlits – Tenhagen, Bittcher, Raducanu – Keser, Klotz, Dreßel. – **Offenbach:** Herr – Franusch – Paulus, Kutzop, Grünewald – Trapp, Sandner, Bein – Dubovina (60. Höfer), Krause (56. Peukert), Michelberger. – **Schiedsrichter:** Werner (Auersmacher). – **Tore:** 1:0 Keser (34.), 2:0 Klotz (52.), 3:0 Semlits (58.), 3:1 Peukert (78.), 4:1 Raducanu (83.) . – **Zuschauer:** 8000. – **Gelbe Karten:** Tenhagen (2), Dubovina (2), Trapp (2).

Frankfurt – Mannheim 1:3 (0:0)
Frankfurt: Pahl – Berthold – Kraaz, Körbel, Falkenmayer – Sievers, Fruck (84. Kloss), Kroth, Trieb (81. Borkenhagen) – Borchers, Svensson. – **Mannheim:** Zimmermann – Sebert – Schlindwein, Dickgießer – Knapp, Quaisser, Hein, Scholz, Schön (76. Walter) – Linz, Makan (89. Böhni). – **Schiedsrichter:** Ermer (Weiden) – **Tore:** 0:1 Schön (55.), 0:2 Makan (69.), 1:2 Körbel (80., Foulelfmeter), 1:3 Böhni (90.), – **Zuschauer:** 19 000 – **Gelbe Karten:** Kraaz, Hein (3), Dickgießer (2).

Hamburg – Braunschweig 3:0 (1:0)
Hamburg: Stein – Hieronymus – Kaltz, Jakobs – Hartwig (72. Hansen), Groh, Schröder, Rolff, Magath, Wehmeyer – Schatzschneider. – **Braunschweig:** Franke – Pahl – Lux, Bruns – Geiger, Tripbacher, Studzizba, Ellmerich, Posipal (57. Fischer) – Worm, Zavisic. – **Schiedsrichter:** Assenmacher (Fischenich) – **Tore:** 1:0 Schatzschneider (35.), 2:0 Schatzschneider (56.), 3:0 Schröder (67.). – **Zuschauer:** 21 600.

K'lautern – Bremen 3:3 (1:2)
K'lautern: Reichel – Melzer – Briegel, Brehme – Geye, Hoos (74. Frohwein), Eilenfeldt, Bongartz – Nilsson, Allofs, Brummer. – **Bremen:** Burdenski – Pezzey – Schaaf, Gruber, Otten – Sidka, Möhlmann, Bracht (75. Okudera), Meier (78. Neubarth) – Reinders, Völler. – **Schiedsrichter:** Wippker (Roetgen). – **Tore:** 0:1 Völler (6.), 1:1 Geye (7.), 1:2 Reinders (25.), 2:2 Hoos (52.), 2:3 Völler (68.), 3:3 Eilenfeldt (87.) – **Zuschauer:** 17 246. – **Gelbe Karte:** Sidka.

Leverkusen – Bielefeld 0:0
Leverkusen: Vollborn – Bast – Winklhofer (63. Saborowski), Gelsdorf, Posner – Vöge, Röber, Hörster, Wojtowicz (75. Bittorf) – Tscha, Waas. – **Bielefeld:** Kneib – Wohlers – Geils, Schnier, Butz – Rautiainen, Pagelsdorf, Pohl, Büscher, Westerwinter – Grillemeier. – **Schiedsrichter:** Brückner (Darmstadt). – **Zuschauer:** 9000. – **Gelbe Karten:** Gelsdorf (3), Vöge, Butz.

Nürnberg – Bochum 3:1 (0:1)
Nürnberg: Kargus – Weyerich – Täuber, Grahammer, Habiger – Eder, Brunner, Burgsmüller, Heidenreich (85. Lottermann) – Abramczik (46. Heck), Trunk. – **Bochum:** Zumdick – Lameck – Gerland (72. Pater), Knüwe, Zugcic – Woelk, Bönighausen, Oswald, Schulz (85. Benatelli) – Kuntz, Schreier. – **Schiedsrichter:** Wiesel (Ottobergen). – **Tore:** 0:1 Schreier (32.), 1:1 Heck (52.), 2:1 Heck (70.), 3:1 Lottermann (90.). – **Zuschauer:** 16 000. – **Gelbe Karten:** Grahammer (2), Gerland.

Stuttgart – Köln 3:2 (1:0)
Stuttgart: Roleder – Niedermayer – Buchwald, K.-H. Förster, Schäfer (86. Makan) – Ohlicher, Allgöwer, Sigurvinsson, Müller – Kelsch, Reichert (78. Corneliusson). – **Köln:** Schumacher – Strack – Hönerbach, Steiner, Prestin (46. Zimmermann) – Hartmann, Reif (76. Schmidt), Haas, Allofs – Littbarski, Fischer. – **Schiedsrichter:** Hontheim (Trier). – **Tore:** 1:0 Müller (37.), 2:0 Niedermayer (82.), 2:1 Allofs (79.), 3:1 Allgöwer (80.), 3:2 Fischer (88.). – **Zuschauer:** 22 000.

Uerdingen – Düsseldorf 1:3 (0:1)
Uerdingen: Vollack – Herget – Brinkmann, van de Loo – Hofmann, Jusufi (46. Sackewitz), Funkel, Feilzer, Raschid (46. Buttgereit) – Loontiens, Gulich. – **Düsseldorf:** Kleff – Zewe – Löhr (61. Theis), Kuczinski – Bockenfeld, Bommer, Fach, Dusend, Weikl – Edvaldsson, Wenzel (78. Ormslev). – **Schiedsrichter:** Huster (Lahnstein). – **Tore:** 0:1 Dusend (43.), 1:1 Gulich (63.), 1:2 Edvaldsson (70.), 1:3 Fach (89.). – **Zuschauer:** 22 000. – **Gelbe Karten:** Herget, Fach, Löhr, Bommer.

VORSCHAU

Freitag, 14. Oktober, 20.00 Uhr:

Offenbach – Uerdingen	(–:–)
Bremen – Dortmund	(4:2)

Samstag, 15. Oktober, 15.30 Uhr:

Braunschweig – K'lautern	(1:1)
Düsseldorf – Leverkusen	(4:0)
Bielefeld – Stuttgart	(2:2)
Köln – München	(2:0)
Gladbach – Nürnberg	(1:2)
Bochum – Frankfurt	(1:2)
Mannheim – Hamburg	(–:–)

DFB-Pokal, 2. Hauptrunde: Freitag: Augsburg – Bayern München, Braunschweig – Osnabrück, Aachen – Mannheim. – **Samstag:** SCC Berlin – Schalke, Gladbach – Bielefeld, 1. FC Köln – Offenbach, SG Freiburg – Hamburger SV, Karlsruhe – K'lautern, Burglengenfeld – Bremen, Kiel – Uerdingen, Bocholt – Stuttg. Kickers, Heidingsfeld – Hannover 96, Schloß Neuhaus – Hertha BSC, Neu-Isenburg – Göttingen, Fürth – Lüdenscheid. – **Sonntag:** 1. FC Köln (A) – VfB Stuttgart



Die *Düsseldorfer, heißt es oft, hätten ein* leicht gestörtes Verhältnis zum Fußball. Dieser Sport passe nicht so recht in die Stadt der Banken und Konzerne. Und nun dies: *Rudi Bommer wurde zum Bad in der Menge geladen,* Fans stoppten ihn beim Marsch in die Kabine, er wurde umhalst, gedrückt abgeküßt. Das alles geschah in Uerdingen nach dem 3:1-Sieg der Düsseldorfer. Bommer, daran gibt es kaum einen *Zweifel, ist zur Zeit einer der wirkungsvollsten* Spieler in der Bundesliga, ein Mann für Jupp Derwall, vielleicht. Die Uerdinger konnten bei soviel fremdem Jubel in ihrem eigenen Haus nur die bescheidene Miene aufsetzen. Trainer Konietzka sagte nach der ersten Heimniederlage: *„Wir wußten immer, daß unsere Bäume nicht* in den Himmel wachsen." Senken sie von jetzt ab gar die Äste und Zweige? FOTO: GOBEL

Rummenigge: Dirigent eines Pfeifkonzertes

BERND WEBER, **Dortmund**

Am Abend vor dem Spiel gegen Offenbach marschierte der Vorstand von Borussia Dortmund mit großem Anhang auf. Frank Roring, der neue Präsident, sein Vize Friedhelm Cramer und Schatzmeister Hans Glahn hatten ihre Frauen mitgebracht. Trainer Uli Maslo kam auch mit Ehefrau. Die Damen sollten in unruhigen Zeiten beruhigend wirken. Der Empfang im Trainingslager der Mannschaft galt dem Mann, der den Borussen eine bessere Zukunft garantieren soll: Dieter Tippenhauer. Am Freitagabend setzte der noch bei Bayer Uerdingen in Diensten stehende Manager seine Unterschrift unter einen Zweijahresvertrag, dessen Laufzeit vom 1. Juni 1984 an datiert ist. Cramer sagte in einer kurzen Tischrede allerdings noch einmal, was er zuletzt schon häufig zum Ausdruck gebracht hatte: „Wir sind zuversichtlich, daß Herr Tippenhauer seine Arbeit bei uns bereits spätestens zum Jahreswechsel aufnehmen kann. Und wir sind ganz sicher, daß er genau der richtige Mann ist, um der Borussia wieder Profil zu geben."

Ob solche Erwartungen tatsächlich erfüllt werden können, sei erst einmal dahingestellt. Klar ist jedoch, daß Dortmund derzeit eine Mannschaft ohne jedes Profil ist. Diese Feststellung kann man trotz des klaren 4:1-Sieges über die Offenbacher uneingeschränkt aufrechterhalten. Der Erfolg resultierte nämlich weniger aus wiedergewonnener Stärke. Er war allein darauf zurückzuführen, daß die auswärts immer noch punktelosen Gäste eine geradezu jämmerliche Vorstellung boten. Ihr Trainer Lothar Buchmann flüchtete sich später in Ironie, indem er meinte: „Mir war Dortmund immer schon sympathisch. Und mich freut es, wenn es uns gelungen sein sollte, den Gegner wiederaufzubauen."

Kollege Maslo jubelte verhalten: „Ich glaube, wir sind aus dem Gröbsten heraus." Für den Dortmunder Trainer war es eine schlimme Woche. Nie zuvor, das gab er nach dem Sieg befreit und freimütig zu, sei er so deprimiert gewesen wie nach dem 0:7 bei Fortuna Düsseldorf. Maslo: „Mit solch einem Ergebnis kann man nicht leben. Für mich stand auch unumstößlich fest, daß ich meinen Job sofort zur Verfügung gestellt hätte, wenn gegen Offenbach was schiefgelaufen wäre."

Die Dortmunder Vorstandsherren versuchten indes die Trainerfrage nach dem Sieg zu bagatellisieren. Zu keinem Zeitpunkt habe Maslos Posten zur Disposition gestanden, behauptete Cramer. Daß vor einer Woche noch von „schnellen Konsequenzen" die Rede gewesen sei, sei zwar richtig, habe sich aber lediglich darauf bezogen, daß man von Maslo Umstellungen in der Mannschaft verlangt habe. Natürlich ist das eine (Not-)Lüge. Natürlich hätte der Vorstand den Trainer am liebsten schon vor dem Offenbach-Spiel entlassen. Cramer, der starke Mann im Präsidium, hatte zu der Aktion wohl nur deswegen nicht den Mut, weil er mit ihr sein Gesicht verloren hätte. Schließlich ist es noch keine sechs Wochen her, da verkaufte der Marketing-Direktor den Trainer der Öffentlichkeit als „Klassemann".

Seit Samstag sitzt Maslo also wieder fester auf seinem vorher so wackligen Stuhl. Doch er wird wissen, daß die Krise um ihn noch längst nicht beendet ist. Daß sie nach einer (durchaus möglichen) Niederlage im nächsten Spiel (bei Werder Bremen) sofort wieder mit voller Wucht ausbrechen kann.

„Der Sieg gegen Offenbach war lebensnotwendig, aber die Art und Weise, wie er herausgespielt wurde, läßt nicht den Schluß zu, daß wir schon über den Berg sind", analysierte Rolf Rüßmann, der zum erstenmal in dieser Saison als Libero eingesetzt wurde. Es könnte sogar sein, daß die Dortmunder Talfahrt erst richtig beginnt. Dann nämlich, wenn der am Samstag überragende Spielmacher Marcel Raducanu seine Drohung tatsächlich wahr macht und sich heute an der Leiste operieren läßt. Maslo will den Rumänen mit aller Eindringlichkeit dazu überreden, den Eingriff in der Winterpause vorzunehmen. Doch auf diesem Ohr scheint Raducanu völlig taub. Er sagt klipp und klar: „Ich plage mich schon so lange mit meinen Schmerzen herum, daß ich mich von niemanden dazu überreden lasse, die Operation aufzuschieben."

Körbel: Schlag gegen Branko Zebecs Autorität

MARTIN HÄGELE, **Frankfurt**

Karl-Heinz Körbel (29) hat immer seine Pflicht getan. Als Vorstopper gegen den Mittelstürmer des Gegners und als Kapitän der Mannschaft. In 350 Bundesligaspielen ist Körbel zum guten Gewissen der Frankfurter Eintracht geworden. Er ist kein Duckmäuser und keine Skandalnudel. Er gehört zum kleinen Kreis der Bundesligaprofis, die aufrecht und ohne Protektion ihren Weg gemacht haben.

„Vielen Dank" und „weiterhin alles Gute", haben sie ihm am Samstag vor dem Anpfiff seines 350. Spiels gewünscht. Und „Charly", wie sie ihn in Frankfurt nennen, bekam einen Riesenstrauß Blumen zum Jubiläum. Doch dann im Spiel gegen Aufsteiger Waldhof Mannheim kam der Eklat:

● 78. Minute, Waldhof führt 2:0. Spielführer Körbel hat das Gefühl, daß jetzt dringend etwas passieren muß. Er rennt zur Seitenlinie, fordert Trainer Branko Zebec auf, den 18 Jahre alten Stürmer Kloss einzuwechseln. „Zieh dich um", sagt Körbel zu dem Jungen. Der folgt dem Wort des Routiniers. Als er die Trainingshose schon überm Knie hat, kommt Zebecs Einspruch. Kloss zieht sich wieder an.

● 79. Minute. Körbel verwandelt einen Foulelfmeter zum Anschlußtreffer.

● 80. Minute. Borkenhagen, ein defensiver Mittelfeldspieler wird von Zebec eingewechselt, Angreifer Kloss schickt er erst kurz vor Schluß rein. Das Spiel endet 1:3. Frankfurt verliert zum erstenmal in dieser Saison vor eigenem Publikum und ist damit Letzter in der Tabelle.

Doch das Thema heißt Zebec und Körbel. „Wenn Sie wollen, meine Herren", sagt Zebec in der Pressekonferenz, „dann müssen Sie Körbel auf meinen Stuhl setzen. Aber noch ist Karl-Heinz Körbel nur ein Spieler und Kapitän." Körbel ist böse, als er das hört. Wenn es nur seine Aufgabe sei, die Binde des Spielführers über den Platz zu tragen, dann sollten sie gefälligst einen anderen wählen. Körbel: „Was ich getan habe, habe ich im Interesse der Mannschaft, des Klubs und aller getan, und das kann ich verantworten." Er habe ganz gewiß nicht den großen Max spielen wollen, sagt Körbel.

Endlich mal einer, der Meister Branko vors Schienbein tritt? Nachdem der kranke Trainer immer wieder durch Alkohol-Eskapaden von sich reden gemacht hat, ist es in bestimmten Frankfurter Kreisen Mode geworden, vom Denkmal Zebec Lack abzuscheuern. Und die besten Bürsten besitzen dabei der ehemalige Nationalspieler Jürgen Grabowski und der ehemalige Vizepräsident Dieter Lindner. Grabowski: „Wir haben uns lange genug den Mund fusselig geredet, als die Vertragsverlängerung von Zebec anstand, aber es hat nichts genutzt."

Wohl deshalb hat Zebec so stur reagiert. Und wohl auch, weil nach Körbel noch Ronnie Borchers an der Außenlinie auftauchte und ebenfalls die Einwechslung eines Stürmers verlangte. Ausgerechnet die Alten, ausgerechnet jene, die Zebec unschwer als vermeintliche Freunde seiner Feinde aus dem Verwaltungsrat ausmachen konnte.

So dünnhäutig und hypersensibel hat die Situation die Frankfurter gemacht. Abstiegsgefahr, Schlußlicht, Schulden – das alles macht nervös. „Nur Erfolgserlebnisse, nur Siege helfen uns", sagt Körbel. Nur so könnten die Probleme, vor allem der Autoritätsverlust des Trainers, weiter unter den Teppich gekehrt werden.

Am schlimmsten wäre es, sagt Körbel, wenn dadurch jetzt zwischen ihm und dem Trainer ein Keil getrieben würde. Körbel: „Wir dürfen uns nicht zerfleischen, wir müssen zusammenrücken." Um das explosive Klima zu entschärfen, um zu verhindern, daß da einiges in die Luft fliegt, will Körbel mit Zebec reden. „Ich glaube, daß er sich durch mein Handeln in seiner Autorität gekränkt gefühlt hat, aber das habe ich ganz gewiß nicht gewollt", Körbel möchte die Zwietracht bei der Eintracht überwinden. Ein fast hoffnungsloses Unternehmen in einem Klub, in dem der eine hü sagt und der andere hott.

Der Schlingerkurs ist überall zu bemerken. In der „Stadionzeitung" sprach Präsident Klaus Gramlich von „Weichenstellung" und „Konsolidierung im wirtschaftlichen Bereich". Der Verwaltungsrat schiebt dem Präsidium die „alleinige Verantwortung" zu.

Maslo: Bei einer Niederlage wäre er gegangen

EDGAR FUCHS, **München**

Er warf sich in Positur und hob Arme und Hände etwa so wie die großen Dirigenten, wenn sie ihren Orchestern ein Fortissimo abverlangen. Die Fans hinter dem Tor in der Südkurve, ohnehin keine Ansammlung von Freunden der sanften Töne, ließen sich nicht zweimal bitten. Sie widmeten Schiedsrichter Neuner, worum Karl-Heinz Rummenigge sie bat: noch ein paar Phon mehr. Die Stärke des Pfeifkonzertes lag in der Nähe der Schmerzgrenze, doch nicht nur das Trommelfell wurde strapaziert, sondern auch die Toleranz. Wieviel darf man einem Fußballer nachsehen an schlechtem Benehmen und an Provokation, die Aggressionen freisetzt. Der Schritt vom Pfeifen zum Prügeln ist so groß leider nicht.

Der Anlaß für Rummenigges Zorn war eher nichtig. Er hatte im Luftkampf Mönchengladbachs Torwart Sude gerammt und dafür eine gelbe Karte bekommen. Und seine Protest-Pantomime wäre noch erklärlich gewesen, hätte diese Szene irgendeinen Einfluß auf den Ausgang des Spiels ausgeübt oder wäre dieses schon zu ungunsten der Münchner entschieden gewesen.

Das kann es bei Rummenigge nicht gewesen sein, er hatte keine Mißerfolgserlebnisse zu kompensieren. Mönchengladbach war bereits besiegt, er selbst hatte bereits ein Tor erzielt. Was also hatte ihn an diesem Bilderbuch-Samstag vor 70 000 so zermürbt?

Wenn bei einem die Nerven frei an der Oberfläche liegen, muß man tiefer gehen, um die Ursachen zu finden. Karl-Heinz Rummenigge sagte später, es täte ihm leid, aber das Spiel sei eben so hektisch gewesen. An dem Wort „hektisch" läßt sich vieles festmachen. Vor allem der Unterschied zwischen den Duellen, die sich die beiden Mannschaften früher lieferten, und wie sie heute aussehen. Im Vergleich zu dem, was Vogts, Netzer und Heynckes gegen Maier, Beckenbauer und Müller boten, ist das, was Hannes, Bruns und Matthäus gegen Dremmler, Augenthaler und Rummenigge zustande bringen, tatsächlich nicht herzerfrischend, sondern hektisch.

Was nicht bedeutet, daß das Spiel am Samstag schlechter gewesen wäre als die Partien mit den großen Namen in den großen Jahren, es war nur anders. Der Unterschied liegt in der Verhältnismäßigkeit der Mittel, mit denen ein Spiel interessant gemacht wird; und im Verhältnis zu früher sind die Mittel heute eher mäßig.

Das dokumentieren am ehesten Augenthaler und Matthäus, überdurchschnittlich in ihren Mannschaften, aber im Vergleich zu ihren Vorgängern Beckenbauer und Netzer eben nur mit einer Minimalausstattung an Technik und Ideen versehen.

Andere schützt nur ihr später Geburtsjahrgang vor dem trostlosen Dasein von Kofferträgern. Aber da sich durch Fleiß und Schweiß vieles machen läßt, da ein starker Muskel auch mächtige Schwächen ausgleicht, haben Udo Lattek und Jupp Heynckes dennoch zwei Mannschaften, denen auch Nostalgiker ohne Tränen der Wehmut in den Augen zusehen können.

„Unglaublich dieses Tempo", staunte Franz Beckenbauer zur Halbzeit. Logisch: Wo seine und Günter Netzers Ideen und Pässe fehlen, wo nicht der Ball die langen Strecken zurücklegt, müssen das die Spieler tun. Und wo einem Karl-Heinz Rummenigge die Nebenleute fehlen, die ihm den Weg freimachen und die ihm die grobe Arbeit abnehmen, da muß er selbst ran. Und so kann es dann schon passieren, daß einer, dem der Dirigent in der Mannschaft fehlt, zum Schluß so überreizt ist, daß er sich hinstellt, die Rolle pervertiert und dem Publikum Mißtöne entlockt.

Sein Problem ist das der ganzen Bundesliga und der Nationalmannschaft: zu große Lasten ruhen auf zu wenigen und noch dazu recht schmalen Schultern. Da wird der Weg zum Erfolg mühsamer, als es aussieht, wenn am Ende ein 4:0 steht. Es nütze ihm nichts, meinte Mönchengladbachs Trainer Jupp Heynckes, wenn das Publikum seine Freude hat, aber seine Mannschaft verliert. Sie verlor, weil sie vom Pech verfolgt war und, wie Franz Beckenbauer meinte, ihr wahnwitziges Anfangstempo nicht durchhalten konnte. Er hat leicht reden. Er war in der Lage, das Tempo zu bestimmen.

Erzieher Dietrich Weise: Mit schmutzigen Schuhen kam keiner in den Bus

Von ULRICH DOST

Das Resultat von 3:3 gegen Werder Bremen sah für den 1. FC Kaiserslautern recht passabel aus, die Fans in der Stehkurve aber ließen sich nicht blenden. Sie sahen sehr wohl, daß sich die sportliche Talfahrt des Pfälzer Klubs weiter fortsetzt. Den Schuldigen hatten sie auch gleich ausgemacht: „Weise raus, Weise raus". Gemeint war Trainer **Dietrich Weise** (48), der erst zu Beginn dieser Saison seine Arbeit in Kaiserslautern aufgenommen hat. Er sei unverdient zum Prügelknaben des Publikums geworden, meinte der Trainer hinterher: „Das trifft mich schon hart." Doch da macht es sich der Trainer sicherlich zu einfach. Selbstverständlich hat auch er es zu verantworten, daß der Klub derzeit mit leeren Händen dasteht.

Gleich in der ersten Runde des Europapokals kam das Aus gegen den FC Watford, in der Bundesliga gibt es zur Zeit den 13. Rang – das alles, weil die Mannschaft einen unattraktiven Fußball spielt und weil der Trainer die Spieler nicht begeistern kann.

Kaiserslautern – das war und ist eine Mannschaft, die von der Kraft lebt, vom Schwung und der Begeisterung. Nichts mehr ist davon geblieben. Als **Karl-Heinz Feldkamp** (49) noch Trainer in Kaiserslautern war, besaß die Mannschaft noch den unbändigen Willen. Feldkamp nahm zwar seine Arbeit in der Woche nicht so genau, aber wenn die Spieler samstags auf den Platz liefen, waren sie motiviert. Feldkamps Nachfolger **Rudi Kröner** (42) mangelte es an Erfahrung und auch an der Fähigkeit, Spieler zu führen. Er wurde vorzeitig entlassen. Mit Weise haben die Pfälzer sicherlich einen der besten Analytiker des Fußballs verpflichtet, doch auch er scheint mit den Spielern nicht richtig umgehen zu können. Erst unlängst sagte ein Kollege über ihn: „Als Typ ist er ein Spießer, als Trainer wurde er beim DFB versaut."

Die fünf Jahre Jugendarbeit beim Deutschen Fußball-Bund sind an Dietrich Weise nicht spurlos vorübergegangen. Es hat den Anschein, als behandele Weise seine Spieler wie kleine Jungen, die er noch erziehen muß. Profis aber haben ausgelernt, spätestens dann, wenn sie sich für die Bundesliga qualifiziert haben. Die WELT hat darüber berichtet, daß der Trainer seine Spieler zum Friseur schickt oder ihnen bestimmte Lektüre empfiehlt. Beim Europapokalspiel in Watford spielte sich Weise wieder als Saubermann auf.

Am Tag vor dem Spiel war das Team ins Stadion gefahren, um den Rasen zu testen. Die Spieler hatten sich schon im Hotel umgezogen. Nach dem Trainingsspielchen mußten sie deshalb den Bus mit dreckigen Schuhen betreten. Doch das verbot der Trainer. Jeder mußte seine Fußballschuhe vorher ausziehen und sie in den Kofferraum legen. Auf Socken stiegen sie dann in den Bus. Und ebenfalls auf Socken mußten sie die letzten 200 Meter zum Hotel zurücklegen. Sicherlich ist eine solche Aktion nicht spielentscheidend, doch solche Erziehungsmaßnahmen heben nicht gerade die gute Laune von erwachsenen Menschen.

*

Die Arbeit von Dietrich Weise wird aber auch dadurch erschwert, daß sich die älteren Spieler in der Mannschaft nicht grün sind. **Hans-Peter Briegel** (27), **Rainer Geye** (33), **Hannes Bongartz** (32) und **Werner Melzer** (29) reden kaum miteinander und gehen meistens getrennte Wege. Wenn einer schon mal über den anderen redet, dann kommt nur Abfälliges dabei heraus. So sagte Werner Melzer nach dem Spiel in Watford über die Leistung von Hans-Peter Briegel: „Was der bei uns als Libero spielt, spielen zwei andere auch noch."

*

Nationalspieler Briegel hat jetzt erst einmal die Flucht nach vorne angetreten. Am Freitag, bei einer gemeinsamen Sitzung mit Trainer Dietrich Weise und dem Präsidium, sagte Briegel, der Mannschaft müsse im Laufe der nächsten Woche klar gemacht werden, daß sie auf dem besten Wege zum Abstieg sei. Einige der Kollegen, so der Nationalspieler, hätten wohl noch nicht begriffen, wie ernst die Lage ist. Briegel: „Ich habe das Gefühl, in der Mannschaft ist noch nicht jedem bewußt, daß wir im Augenblick gegen den Abstieg kämpfen." Darüber muß sich auch der Trainer klarwerden. Dietrich Weise aber scheint konsequent an seinem Konzept festzuhalten. Das unterscheidet ihn von seinem Vorgänger Rudi Kröner, der sich jeden Tag Neues einfallen ließ. Auch wenn die Fans schon die Entlassung von Weise fordern, der Trainer sitzt fest auf seinem Stuhl. Der Rücken wird ihm von Präsident **Udo Sopp** (48) gestärkt. Der hat schon Kröner geholt und entlassen. Das kann er sich mit Weise nicht noch einmal erlauben, schließlich stehen am 17. Oktober Neuwahlen auf dem Programm. Konkurrenz braucht der Präsident kaum zu fürchten. Der frühere Präsident **Jürgen Friedrich** (40), dem das Amt wieder angetragen wurde, hat abgewinkt: „Ich bin doch nicht bekloppt und übernehme den Klub in der jetzigen Situation." Denn auch finanziell kommen schwere Zeiten auf Kaiserslautern zu. Die Millionen-Einnahme aus dem Europapokal fehlt in diesem Jahr. Mit diesem Geld wurden stets die neuen Spieler finanziert. Den in der Bundesliga kalkulierten Zuschauerschnitt von 23 000 wird der Klub wohl auch nicht erreichen. Gegen Bremen kamen lediglich 17 000. Immerhin stehen sechs Spieler auf der Gehaltsliste, die mehr als 250 000 Mark im Jahr verdienen. Mit der beschaulichen Ruhe in der Pfalz scheint es vorbei zu sein.

*

Am Mittwoch, wenn es gegen Österreich im Gelsenkirchner Parkstadion um die Qualifikation zur Europameisterschaft geht, so hat Mannschaftskapitän **Karl-Heinz Rummenigge** (28) erkannt, „steht der Ruf des deutschen Fußballs auf dem Spiel". Vor allem aber der von Bundestrainer Jupp Derwall (54). Ausgerechnet vor diesem wichtigen Spiel aber wirft ihm sein Chef **Herann Neuberger** (63) erneut Knüppel zwischen die Füße.

„Man soll nie sagen, daß etwas unmöglich ist. Aber ich kann es mir nicht denken." Das sagte Neuberger am Freitag in Quickborn zu einer vorzeitigen Entlassung des Bundestrainers aus dem bis 1986 laufenden Vertrag. Bislang hatte der Präsident i-mer deutlich gemacht, daß eine Entlassung kein Thema sei. Diese Aussage bedeutet jedenfalls, daß sich Derwall nicht zu sicher fühlen darf. Auch wenn er gestern der Deutschen Presse-Agentur (dpa) sagte: „Mich interessiert nicht, wer was gesagt hat. Ich muß mich sonst immer allein herumschlagen, da kann ich es jetzt auch. Außerdem ist mir wichtiger, was Hermann Neuberger mir privat sagt. Und da hat er mir in einem persönlichen Gespräch bestätigt, zum Vertrag zu stehen."

*

Derwalls Kollegen in der Bundesliga kritisieren immer häufiger in der Öffentlichkeit die Fähigkeiten des Bundestrainers. Am Samstag meldete sich der Düsseldorfer **Willibert Kremer** (44) heftig zu Wort. Kremer: „Wenn ich das Gerede von Derwall über sein Libero-Problem schön höre, wird mir ganz schlecht. Ob Augenthaler oder Strack? Wenn er mal nach Düsseldorf käme, würde er beide vergessen. Der beste deutsche Libero ist derzeit nämlich Gerd Zewe." Seit Monaten sei der 33 Jahre alte frühere Nationalspieler schon in guter Verfassung. Kremer: „Selbstverständlich ist Zewe kein Mann für die Weltmeisterschaft. Aber für so ein wichtiges Spiel ist er genau der richtige Mann. Da verstehe ich den Bundestrainer einfach nicht."

Derweil hat der Bundestrainer seine Überlegungen noch nicht beendet, ob denn nun der Kölner **Gerd Strack** (28) oder der Münchner **Klaus Augenthaler** (26), der zum erstenmal in der Nationalelf spielen würde, auf dem Libero-Posten eingesetzt werden soll. Derwalls Wunschkandidat, der bei Real Madrid spielende **Uli Stielike** (27), mußte wegen einer Verletzung (Entzündung im Oberschenkel) absagen. Auf den Stuttgarter **Bernd Förster** (26) verzichtete Derwall freiwillig. Ebenso auf den Hamburger **Jürgen Groh** (27), der mit der Olympiamannschaft am Dienstag in Osnabrück spielen muß.

Pierre Littbarski (23) oder **Norbert Meier** (25)? Auch diese Frage muß sich der Bundestrainer noch bis Mittwoch beantworten. Die besseren Aussichten scheint der Bremer zu besitzen, denn Littbarski ist schon seit Wochen außer Form. Über die Besetzung der restlichen neun Positionen wird es keine Diskussionen mehr geben, so daß mit folgender Mannschaft zu rechnen ist: Schumacher – Strack (Augenthaler) – K. H. Förster, Dremmler, Briegel – Matthäus, Rolff, Schuster – Rummenigge, Völler, Littbarski (Meier). Zum Aufgebot gehören weiterhin noch Burdenski, Otten und Waas.

Fußball-Kulisse

Zahlen, Fakten, Hintergründe aus der Bundesliga

Bundesliga: Tabelle und Statistik

Bayern München ist nicht nur Spitzenreiter der aktuellen Tabelle. Der 4:0-Sieg über Mönchengladbach brachte den Klub auch erstmals an die Spitze der ewigen Bundesligatabelle, in der alle Ergebnisse seit 1963 berücksichtigt werden. Jetzt lösten die Münchner mit 808:434 Punkten den 1. FC Köln ab, obwohl der 60 Spiele mehr ausgetragen hat, weil der FC Bayern erst 1965 aufstieg. ● Es gibt keine Mannschaft mehr, die im eigenen Stadion noch ohne Punktverluste ist. Nach vier Heimsiegen erwischte es Uerdingen als letzten Klub. ● Eine Serie ging für Dieter Burdenski in Kaiserslautern zu Ende. Er mußte nach 471 Minuten wieder ein Gegentor hinnehmen. Offenbach erzielte seinen ersten Treffer in einem Auswärtsspiel. ● Elf Spieler stehen kurz vor einer automatischen Sperre für ein Spiel, sie sind mit drei Verwarnungen belastet: Wohlers, Hollmann, Steiner, Prestin, Gelsdorf, Hein, Frontzeck, Lerby, Kempe, van de Loo, Brinkmann. ● Wolfgang Krause bestritt sein 250. Bundesligaspiel und krönte dieses Jubiläum mit dem Teffer zum 3:0 von Bayern München gegen Gladbach. Zum 200. Mal dabei waren Gerland (Bochum) und Zimmermann (Köln). Bruno Pezzey bestritt bereits sein 150. Spiel in Deutschland.

							Heim		Auswärts	
1. München	9	6	2	1	22:9	14:4	13:2	8:2	9:7	6:2
2. Hamburg	9	6	2	1	21:9	14:4	16:4	9:1	5:5	5:3
3. Stuttgart	9	4	4	1	18:10	12:6	10:4	8:2	8:6	4:4
4. Uerdingen	9	5	1	3	22:18	11:7	14:9	8:2	8:9	3:5
5. Düsseldorf	9	4	2	3	20:15	10:8	13:4	6:2	7:11	4:6
6. Gladbach	9	4	2	3	19:15	10:8	11:4	7:1	8:11	3:7
7. Bremen	9	3	4	2	12:10	10:8	8:2	7:1	4:8	3:7
8. Leverkusen	9	3	3	3	14:12	9:9	10:3	8:2	4:9	1:7
9. Bielefeld	9	4	1	4	12:14	9:9	9:7	6:2	3:7	3:7
10. Mannheim	9	3	3	3	13:18	9:9	8:5	6:2	5:13	3:7
11. Nürnberg	9	4	0	5	16:15	8:10	15:7	8:2	1:8	0:8
12. Dortmund	9	3	2	4	14:22	8:10	8:7	6:4	6:15	2:6
13. K'lautern	9	2	3	4	22:21	7:11	15:9	7:3	7:12	0:8
14. Köln	9	3	1	5	14:16	7:11	8:4	6:2	6:12	1:9
15. Bochum	9	3	1	5	15:24	7:11	7:6	6:2	8:18	1:9
16. Braunschweig	9	3	0	6	15:23	6:12	11:8	6:2	4:15	0:10
17. Offenbach	9	3	0	6	12:25	6:12	11:9	6:2	1:16	0:10
18. Frankfurt	9	1	3	5	15:20	5:13	8:7	5:5	7:13	0:8

Horst Hrubeschs Nachfolger beim Hamburger SV steht zum ersten Mal an der Spitze der Torschützenliste: Dieter Schatzschneider, in der zweiten Liga bei Hannover 96 und Fortuna Köln diese Position gewöhnt, führt mit acht Treffern vor Herbert Waas aus Leverkusen, der diesmal leer ausging. Auch Rudi Völler, Torschützenkönig der letzten Saison, erscheint jetzt wieder im Vorderfeld. Die Reihenfolge: 1. Schatzschneider 8, 2. Waas, Rummenigge 7, 4. Völler, Bommer, Burgsmüller, Corneliusson, Funkel alle 6. 9. Lienen 5 vor neun Spielern, die viermal erfolgreich waren. Am Samstag wurden insgesamt 35 Tore geschossen, trotz des 0:0 in Leverkusen noch ein Schnitt von 3,8 pro Spiel.

Mit 217 546 Zuschauern gab es am neunten Spieltag den zweitbesten Besuch der Saison. Mehr Fans kamen nur zum Saisonstart (230 000). Größten Anteil an dieser positiven Zahl hatte Bayern München. 70 000 Besucher kamen ins Olympiastadion zur Begegnung mit Mönchengladbach. Mit insgesamt 194 000 Fans in fünf Heimspielen führen die Münchner auch die Zuschauer-Tabelle an. Ihr Schnitt (38 800) ist um 7800 höher als die Gesamt-Zuschauerzahl, die der 1. FC Köln in vier Heimspielen erreichte. Hinter München stehen Mannheim (31 250), Stuttgart (29 592), Bremen (25 601), Hamburg (23 340), Offenbach (22 950), Bochum (22 250), Mönchengladbach (22 225) und Dortmund (20 900).

ZWEITE LIGA / Kassels Libero Horch nach einem Kopfballduell schwer verletzt

Karlsruhe will jetzt zwei Spieler aus Köln wegen Verleumdung verklagen

sid, **Karlsruhe**

Der Karlsruher SC hat beim Bundesgericht des Deutschen Fußball-Bundes (DFB) offiziell Berufung gegen die Annullierung des 4:3-Sieges über Fortuna Köln (3. September) eingelegt. Das DFB-Sportgericht hatte am Donnerstag dem Kölner Protest gegen die Spielwertung stattgegeben und auf Wiederholung entschieden, weil der Karlsruher Emanuel Günther seinen Bewacher Günter Hutwelker „durch ein vorsätzliches Foul ohne Ball" so schwer verletzt haben soll, daß dieser zur Pause ausgewechselt werden mußte.

„Wir werden neue Beweise vorlegen", kündigte KSC-Präsident Roland Schmider im Hinblick auf die Berufungs-Verhandlung an. Aufgrund von Fernsehaufzeichnungen des Süddeutschen Rundfunks wollen die Karlsruher beweisen, daß sich Hutwelker die Verletzung in einem Zweikampf mit dem Karlsruher Michael Künast bereits zu einem früheren Zeitpunkt zugezogen hat.

Nachdem sich die „ARD-Sportschau" am Samstag mit dem Fall beschäftigt hatte, verkündete Fortuna-Präsident Jean Löring in einer Presse-Verlautbarung: „Die beiden gezeigten Szenen sind nicht identisch mit jener Situation, in der der Spieler Hutwelker vom Spieler Günther durch einen Ellbogenstoß vorsätzlich verletzt wurde." Löring weiter: „Hutwelker erlitt seine Verletzung in der linken Nierengegend, während er sich in den Aufzeichnungen mit der Hand die rechte Seite hielt. Die vorsätzliche Körperverletzung durch Günther habe sich beim Spielstand von 3:1 ereignet, als der Ball rund 30 bis 40 Meter entfernt gespielt wurde."

Löring wollte dem DFB-Bundesgericht zwar nicht vorgreifen, aber er geht davon aus, daß es auch in der Berufung bei dem gefällten Urteil bleibt. Ebenso erklärte der Sportgerichts-Vorsitzende Hanns Bär (München) in der Sportschau: „Ich bin sicher, daß das Urteil auch in der Berufung bestätigt wird." Den Vorwurf, ein derartiger Präzedenzfall könnte künftig weiter Proteste gegen Spielwertungen und Manipulationen nach sich ziehen, wies Bär zurück. „Derartiges habe ich auch nach dem ersten Fernsehurteil zu hören bekommen, ich fürchte dies nicht. Es wird immer allein auf die Beweismittel ankommen. Außerdem ist der Vorfall, daß ein Spieler seinen Gegenspieler vorsätzlich außer Gefecht setzt, nicht Methode. Ich befürchte deshalb auch nicht, daß dies Schule machen könnte", sagte Bär.

Die Karlsruher behalten sich eine Anzeige vor einem ordentlichen Gericht wegen Verleumdung und Körperverletzung vor, da die bewußt diffamierenden Aussagen gegen Emanuel Günther nach dem Spiel gegen Fortuna Köln bei Günther zu einem Nervenzusammenbruch geführt haben.

Durch den Sieg holten sich die Karlsruher mit 17:3 Punkten die Tabellenführung zurück, die sie einen Tag zuvor an Hessen Kassel (16:6) verloren hatten. Bereits am Freitag feierte Kassel bei Hannover 96 mit 2:1 den vierten Auswärtssieg. Der Erfolg kommt den Hessen aber teuer zu stehen. Libero Walter Horch wurde nach einem Zusammenprall beim Kopfballduell mit dem Hannoveraner Steiner bewußtlos in ein Krankenhaus gebracht. Der Verdacht auf einen Schädelbruch bestätigte sich allerdings nicht. Vielmehr handelt es sich um eine schwere Gehirnerschütterung. Kassels Trainer Jörg Berger berichtete, daß Horch seit dem späten Freitag abend wieder bei Bewußtsein war und er schon Anfang der Woche mit einer Verlegung nach Kassel rechne.

Die Ergebisse

Wattenscheid – Stuttgart	4:2 (2:0)
Duisburg – Saarbrücken	4:0 (1:0)
Osnabrück – Ulm	2:1 (1:1)
Hannover – Kassel	1:2 (0:0)
Köln – Essen	2:2 (1:1)
Karlsruhe – Lüttringh.	3:2 (2:0)
Freiburg – Oberhausen	1:0 (1:0)
Hertha – Schalke	2:3 (0:1)
Aachen – SCC Berlin	3:0 (1:0)
Darmstadt – Solingen	0:0 (0:0)

Die Tabelle

1. Karlsruhe	10	7	3	0	26:9	17:3
2. Kassel	11	7	2	2	29:14	16:6
3. Schalke	10	6	3	1	19:9	15:5
4. Duisburg	11	6	3	2	22:8	15:7
5. Freiburg	11	6	3	2	14:10	15:7
6. Aachen	10	4	5	1	13:8	13:7
7. Hertha BSC	10	4	4	2	20:13	12:8
8. Solingen	10	4	4	2	17:14	12:8
9. Köln	10	3	5	2	21:18	11:9
10. Osnabrück	11	4	2	5	11:18	10:12
11. Saarbrücken	11	4	2	5	11:20	10:12
12. Darmstadt	10	3	3	4	14:22	9:11
13. Wattensch.	11	2	5	4	12:16	9:13
14. Ulm	11	3	2	6	18:22	8:14
15. SCC Berlin	10	3	1	6	8:16	7:13
16. Hannover	11	1	5	5	11:18	7:15
17. Essen	11	2	3	6	13:21	7:15
18. Lüttringh.	11	2	3	6	10:19	7:15
19. Oberhausen	11	2	2	7	13:18	6:16
20. Stuttgart	11	1	4	6	14:23	6:16

● Das Spiel Karlsruher SC–Fortuna Köln (4:3) ist in der Tabelle nicht berücksichtigt, da das Sportgericht das Ergebnis annulliert hat.

Die Vorschau

Freitag., 14. Oktober, 19.30 Uhr: Saarbrücken – Freiburg; 20.00 Uhr: Solingen – Osnabrück, Schalke – Hannover; **Samstag**, 15. Oktober, 15.00 Uhr: SCC Berlin – Köln, Ulm – Hertha BSC, Stuttgart – Aachen; 15.30 Uhr: Essen – Darmstadt; **Sonntag**, 16. Oktober, 15.00 Uhr: Oberhausen – Karlsruhe, Lüttringhausen – Wattenscheid, Kassel – Duisburg.

WERBERICHTLINIEN / Entscheidung am Dienstag

Bundestrainer Unsinn: „Ich hoffe auf eine Einigung"

sid, **Düsseldorf**

Wenn deutsche Fußballer und Eishockey-Spieler an den Olympischen Spielen 1984 teilnehmen sollen, muß das Nationale Olympische Komitee (NOK) bei seiner morgigen Sitzung einen Weg finden, den Beschluß zu umgehen, Trikotwerbung nur bis zum 30. September zu gestatten. Denn wie selbstverständlich spielten alle Olympiakandidaten von DFB-Trainer Erich Ribbeck bei den Bundesligaspielen des Wochenendes in Werbetrikots. Und die Haltung der Eishockey-Vereine kannte Bundestrainer Xaver Unsinn schon vor den Spielen am Sonntagabend: „Niemand verzichtet auf die Trikotwerbung."

Nun sind die Fronten zwar nicht verhärtet, seitdem Heinz Fallak, der Vorsitzende des Bundesausschusses für Leistungssport (BAL), Kompromißbereitschaft signalisierte. Doch im Grunde besitzt der schon 1979 gefaßte Beschluß, Olympia-Teilnehmer dürften ab 1. Oktober 1983 keine Werbung auf dem Trikot betreiben, noch immer Gültigkeit. Eine Verschiebung des Termins brächte keinen olympischen Frieden – der würde nur durch eine Annullierung des NOK-Beschlusses bei der nächsten Mitgliederversammlung des NOK am 5. November garantiert. Eishockey-Trainer Unsinn verdeutlicht den Standpunkt, den Fußball-Kollege Ribbeck vorbehaltlos teilt: „Die Athleten selbst bekommen doch keinen Pfennig aus der Trikotwerbung. Warum soll bei uns verboten werden, was bei den Skiläufern erlaubt ist?"

Während sich für Erich Ribbeck das leidige Thema selbst erledigen könnte, falls die Qualifikation für Los Angeles mißlingt (nur bei einem Sieg gegen Portugal am Dienstag in Osnabrück besteht noch Hoffnung), wäre für Xaver Unsinn ein Verzicht auf Sarajewo gar nicht denkbar. Doch der Bundestrainer, der telefonisch Kontakt mit Heinz Fallak aufnahm, will daran gar nicht denken. „Ich gehe davon aus, daß eine Einigung zustande kommt", meint Unsinn. Genauso war es vor dem Turnier 1980 in Lake Placid, als der SC Rießersee das NOK-Verbot zunächst ignorierte, ehe beide Parteien einlenkten und den Olympia-Start ermöglichten.

Unsinn möchte für Sarajewo übrigens zwei Spieler aufbieten, die schon über 30 Jahre alt sind: Erich Kühnhackl (33) vom EV Landshut und Torwart Erich Weishaupt von der Düsseldorfer EG. Allerdings, Weishaupt beginnt im November die Ausbildung zum Zahntechniker-Meister und bekommt deshalb kaum Urlaub für Olympia.

SPORT-NACHRICHTEN

Spandau gewann Supercup

Hannover (sid) – Mit einem 8:7-Erfolg über Pokalfinalist Duisburg 98 sicherte sich der deutsche Wasserballmeister und Pokalsieger Spandau 04 Berlin in Hannover zum fünften Mal den Supercup.

Bertl Sumser wird 70

Düsseldorf (sid) – Bertl Sumser, einer der profiliertesten deutschen Trainer, feiert heute in Altmannstein seinen 70. Geburtstag. Sumser, der neben der Leichtathletik auch in anderen Sportarten Erfolg hatte, führte Armin Hary 1960 im 100-m-Lauf und Willi Holdorf 1964 im Zehnkampf zu Goldmedaillen.

Arbeitsgruppe für Doping

Colorado Springs (sid) – Als Konsequenz des Dopingskandals bei den Panamerikanischen Spielen hat das Nationale Olympische Komitee der USA (USOC) die Gründung einer Doping-Arbeitsgruppe beschlossen. Sie soll die Athleten über Doping aufklären und schon in den Qualifikations-Wettbewerben für die Olympischen Spiele Dopingtests durchführen.

Hanika verlor im Finale

Hartford (dpa) – Sylvia Hanika (Berlin) verlor bei den amerikanischen Tennismeisterschaften in der Halle in Hartford (US-Bundesstaat Connecticut) bereits ihr fünftes Finale in dieser Saison. Gegen Kim Shaefer (USA) unterlag sie 4:6, 3:6.

Judo: Rüsselsheim weiter

Rüsselsheim (dpa) – Der deutsche Mannschaftsmeister JC Rüsselsheim erreichte durch einen 4:3-Heimsieg über JC Fiamme Gialle Rom die zweite Runde im Judo-Europapokal.

Hussing Aufgabesieger

Köln (dpa) – Der 14malige deutsche Amateur-Boxmeister Peter Hussing (Leverkusen) wurde trotz eines Niederschlags in der ersten Runde in Köln Mittelrheinmeister im Superschwergewicht. Sein Gegner, Gottfried Söntgen (Köln), mußte bereits in der zweiten Runde aufgeben.

Live-Übertragung

Wiesbaden (sid) – Das Qualifikationsspiel zur Fußball-Europameisterschaft zwischen Deutschland und Österreich am 5. Oktober in Gelsenkirchen wird vom Zweiten Deutschen Fernsehen (ZDF) ab 20.10 Uhr live übertragen. Reporter ist Eberhard Figgemeier.

Fairer Mats Wilander

Paris (sid) – Der Schwede Mats Wilander erhält die Fair-Play-Trophäe der Unesco für 1982. Der Tennisspieler wird ausgezeichnet, weil er bei den Französischen Meisterschaften den Schiedsrichter korrigierte und einen verwandelten Matchball seinem Gegner Clerc (Argentinien) zusprach.

Fußball: Gruppensieger

Lübeck (sid) – Die Jugend-Auswahl (unter 16 Jahren) des Deutschen Fußball-Bundes (DFB) steht nach vier von sechs Gruppenspielen in der Europameisterschafts-Qualifikation als Gruppensieger fest. Das von Berti Vogts betreute Team gewann in Lübeck gegen Schweden 2:0 und ist bei 8:0 Punkten und 9:0 Toren nicht mehr einzuholen.

Hohe Strafen in Ungarn

Budapest (dpa) – Gefängnisstrafen zwischen sechs Monaten und sechs Jahren haben Gerichte in Budapest und Szekszard gegen Beteiligte des Wettskandals im ungarischen Fußball verhängt. Jozsef Farago, Hauptangeklagter von 32 Personen in Budapest, wurde wegen Betrugs zu sechs Jahren Haft verurteilt.

Hockey: Endspiel komplett

Köln (sid) – Im 41. Endspiel um die deutsche Feldhockey-Meisterschaft am 16. Oktober in Köln stehen sich Schwarz-Weiß Köln und die TG 1846 Frankenthal gegenüber. Die Kölner besiegten im Halbfinale den Münchner SC mit 2:1 (1:1), Frankenthal setze sich mit 6:5 im zweiten Siebenmeterschießen gegen den Gladbacher HTC durch.

GALOPP / Preis der Winterkönigin in Mülheim

La Colorada drei Längen vor Arionette

KLAUS GÖNTZSCHE, Mülheim

Zwei Pferde sattelte der 22fache Championtrainer Heinz Jentzsch (63) am Samstag im Preis der Winterkönigin auf der Galopprennbahn am Raffelberg in Mülheim/Ruhr. Das Rennen ist nur für zweijährige Stuten aus deutscher Zucht ausgeschrieben, die Gesamtdotierung betrug 42 500 Mark, davon kassierte der Besitzer des Siegers 25 000 Mark.

Das war Walther Johann Jacobs aus Bremen, der Besitzer des Gestüts Fährhof. Die Stute La Colorada mit Jockey Georg Bocskai (24) im Sattel triumphierte mit drei Längen Vorsprung vor Arionette aus dem Gestüt Schlenderhan, die der Pole Andreas Tylicki ritt. Weitere zweieinhalb Längen hinter Arionette kam Königsblüte aus dem Gestüt Zoppenbroich mit Orofino-Jockey Peter Alafi als Dritte ins Ziel.

Jockey Georg Bocskai war in diesem Rennen ursprünglich für die Stute Opalin aus dem Gestüt Bona angegeben. Sie wurde von Trainer Jentzsch abgemeldet, da sie unter Fieber litt und deshalb einige Tage mit dem Training aussetzen mußte. Nach den Bestimmungen der Rennordnung war es dann möglich, daß Georg Bocskai als erster Jockey des Stalles den Ritt auf La Colorada übernahm, der eigentlich für Siegmar Klein vorgesehen war.

Die Siegerin La Colorada ging zuletzt im Iffezheimer Zukunfts-Rennen an den Start, dort belegte sie unter fünf Pferden hinter drei ausländischen Gästen den vierten Platz, zuvor hatte sie allerdings zweimal gewonnen. La Colorada ist eine Tochter des Hengstes Surumu, der 1977 das Deutsche Derby gewann und sich als Vererber immer mehr profiliert.

Am 5. September 1983 ist der Hengst Graf Alexander bei dem Brand ums Leben gekommen, der durch den Leichtsinn eines 17 Jahre alten Lehrlings auf dem Gelände der Kölner Rennbahn entstanden war. Seine Besitzer versäumten es, den Hengst für das Deutsche Derby 1984 streichen zu lassen. Graf Alexander taucht nach wie vor in der Liste der Derbypferde für 1984 auf.

*

Zwei Auktionen finden im Rahmen des Europa-Meetings in Köln statt. Veranstalter ist die Derby-Auktion-Agentur (DAA), die Lothar Grabe aus Wattenscheid betreibt. Als Versteigerer ist am 8. und 10. Oktober in der Reithalle von Köln-Müngersdorf Ferdinand Leisten im Einsatz. Am 10. Oktober wird der größte Teil des Bestandes des Gestüts Fohlenhof aus Haßloch in der Pfalz veräußert.

*

Die wenigen erfolgreichen Damen im Rennsattel kokettieren häufig damit, daß sie ihre Pferde mit Hilfe von Streicheleinheiten und nicht mit Peitschenhieben zum Erfolg verhelfen. Petra Faulstich (25) aus Dortmund, die kürzlich ihr 50. Rennen gewann und damit den Titel „Jokkey" trägt, wurde vor einer Woche von der Rennleitung in Dortmund verwarnt. Sie gewann den Preis des Clubs Neue Bult mit dem Rappwallach Don Diego. Grund der Verwarnung: Peitschenmißbrauch ...

*

Walter Mehring, bislang Manager des Dortmunder Rennvereins, soll Gerüchten zufolge wieder bei den Trabern anheuern. Dort war der ehemalige Agrar-Journalist (zu Edmund Rehwinkels Zeiten) vor seiner Dortmunder Zeit als Pressereferent beim Hauptverband in Kaarst tätig. Nun soll Mehring auf einigen Bahnen im Westen als Rennleiter eingesetzt werden. Der seit Jahren dort tätige Ungar Isztvan Toth scheidet aus.

*

Am 27. November 1983 wird in Tokio der Japan-Cup gestartet (Gesamtdotierung 1,55 Millionen Mark, ca. 813 000 Mark dem Sieger). Im Vorjahr lief als deutscher Vertreter dort der Hengst Pageno mit Jockey Manfred Hofer. Er verletzte sich so schwer, daß er seitdem kein Rennen mehr bestreiten konnte. Die Japan-Racing-Association hat nun die Rangliste der deutschen Pferde aufgestellt, die man einladen möchte: Orofino, Anno, Tombos, Beholden und Alex. Ein Start Orofinos scheint aber unwahrscheinlich.

*

Der 17 Jahre alte Terence Hellier vertritt Deutschland bei der Europameisterschaft der Nachwuchsreiter, die am Samstag in Phoenix-Park in Irland begann. Weitere Orte: Täby/Schweden 9. 10., Madrid 12. 10., Evry/Frankreich 19. 10., Florenz 23. 10., München-Riem 1. 11. und Doncaster/England 5. 11.

Im Vorjahr gewann der Engländer Billy Newnes (23) den Wettbewerb. Gestern ritt er im Prix de l'Arc de Triomphe in Paris die Favoritin Time Charter. Der deutsche Teilnehmer Kurt Steinleitner wurde damals Dritter.

TENNIS / Deutsches Team nach Sieg über die Schweiz wieder in der A-Gruppe des Daviscups

Michael Westphal holte den entscheidenden Punkt Pilics Trick mit den harten Bällen im Doppel

H. J. POHMANN, Freiburg

Die deutsche Tennis-Nationalmannschaft gehört wieder zu den besten 16 Teams der Welt. Das dritte Einzel in der entscheidenden Davis-Pokal-Begegnung mit der Schweiz fiel in Freiburg gestern im dritten Einzel. Michael Westphal, der am Freitag zum Auftakt gegen Heinz Günthardt verloren hatte (4:6, 2:6, 8:6, 6:2, 2:6), besiegte Roland Stadler 7:5, 6:2, 8:10, 6:2. Nach dem 1:1 von Damir Keretic (6:0, 6:3, 5:7, 1:6, 6:2 über Stadler) und dem Erfolg des Doppels Maurer/Popp (6:2, 2:6, 6:1, 6:2 gegen die Brüder Heinz und Markus Günthardt) bedeutet Westphals Erfolg den uneinholbaren 3:1-Vorsprung. Das letzte Einzel verlor Keretic gegen Günthardt 5:7, 3:6.

Wilhelm Bungert, der Kapitän des deutschen Teams, sagte nach dem Sieg, der den Aufstieg in die Gruppe bringt: „Im Team herrschte Harmonie, vor allem aber machte sich bemerkbar, daß keiner um einen Platz in der Mannschaft rangeln mußte. Von vornherein waren die einzelnen Positionen klar vergeben.

Der Deutsche Tennis-Bund ließ sich den Daviscup-Triumph 100 000 Mark an Prämien für die vier Spieler kosten, kassierte dafür aber die von einem japanischen Sponsor ausgesetzte Prämie in Höhe von 41 000 Mark für den Aufstieg. Mit nur rund 4500 Zuschauern an den drei Tagen wurden die Erwartungen des Verbandes jedoch nicht erfüllt.

Ob das deutsche Team dort in der nächsten Saison auch bleiben kann, hängt auch von der Auslosung des nächsten Wettbewerbs am 10. Oktober in London ab. Bungert: „Mit etwas Glück erhalten wir in der ersten Runde einen schwächeren Gegner, so daß wir durch einen Sieg die Klasse erhalten können."

Selten war die Stimmung unter den Aktiven und Funktionären des Deutschen Tennis-Bundes so gut wie am Samstag nachmittag. Es gab guten Grund zum Feiern, das deutsche Doppel Andreas Maurer/Wolfgang Popp hatte gegen die Brüder Heinz und Markus Günthardt einen wichtigen Punkt geholt. Man war zufrieden, vor allem mit der Arbeit von Coach Niki Pilic. Der hatte in der vorletzten Woche kurzfristig beim Ball-Lieferanten (Dunlop) neue Bälle mit einer höheren Kompression geordert. Damit, so Pilic, „können unsere Spieler schneller spielen". Das war Pech für die Schweizer, denn die wiederum hatten bei der gleichen Firma vor vier Wochen zehn Dutzend von den normalen, etwas weicheren Turnierbällen bestellt, um bestens vorbereitet in diese wichtige Daviscup-Begegnung zu gehen.



Tanz des deutschen Doppels zum überraschenden Sieg: Wolfgang Popp und Andreas Mauerer in einer temperamentvollen Aktion. FOTO: SIMON

So mußten die Schweizer dann miterleben, wie das vermeintlich brave deutsche Doppel seine bisher vielleicht beste Leistung bot. Was die deutschen Meister zeigten, gehörte schon in die Kategorie „modernes Doppel". Ständig in Bewegung machten Maurer/Popp von Anfang an unerhörten Druck und retournierten ausschließlich offensiv. Zeitweise rückten beide sogar mit dem eigenen Return ans Netz, so daß die Schweizer regelmäßig die schlechtere Position einnahmen. Lediglich im zweiten Satz gab es für die Deutschen einige kritische Situationen zu überstehen, als sie besonders bei ihren Aufschlägen keinen Rhythmus fanden. Doch gleich zu Beginn des dritten Durchgangs übernahmen sie wieder die dominierende Rolle auf dem Platz.

Hier zeigte es sich, daß der große Klassenunterschied der beiden Brüder ein Nachteil war. Der 26jährige Markus, im Hauptberuf „Coach von Bruder Heinz", wirkte wie ein Fremdkörper auf dem Platz und fiel lediglich durch seinen bunt bemalten Schläger auf. Vor lauter Nervosität, weiß wie Käse im Gesicht, verlor er allein viermal seinen Aufschlag. Mit seinem miserablen Stellungsspiel irritierte er seinen Bruder dermaßen, daß der zweimalige Doppel-Weltmeister Heinz ebenfalls nicht überzeugen konnte.

Das erfreulichste am deutschen Doppel war die Begeisterung, mit der Maurer/Popp aufspielten. Ständig feuerten sich die beiden untereinander an. Und vor lauter Freude sprang Wolfgang Popp nach jedem gelungenen Punkt in den letzten beiden Spielen in die Luft. Mit diesem Erfolg haben sich die beiden erst einmal eine unantastbare Position im deutschen Team geschaffen.

In dieser Situation befindet sich auch der Hamburger Michael Westphal. Wie er am Freitag einen fast hoffnungslosen 0:2-Satzrückstand und ein 1:4 im dritten Satz gegen Heinz Günthardt aufholte, verdient Respekt. Unglaublich, wie er plötzlich in kritischen Situationen anfängt, völlig frei zu spielen, wie er sich nicht ängstlich versteckt.

Doch bei allen Vorschußlorbeeren dürfen seine ersten zweieinhalb Sätze im Freiburger Eröffnungs-Einzel nicht vergessen werden. Da nämlich offenbarte Heinz Günthardt die noch vorhandenen Schwächen des deutschen Talents sehr deutlich. Einseitig und viel zu kurz spielte Westphal seine Grundschläge über das Netz. Ohne den notwendigen Schwung setzte Westphal seine Topspin-Bälle so kurz vor dem Körper an, daß der Vorwärtsdrall schon im Flug verloren ging.

„Er muß seine Grundschläge länger nach vorne durchschwingen, dann erst werden sie zur richtigen Waffe", hat Niki Pilic richtig erkannt. Hier muß die technische Arbeit von Westphal beginnen.

Technische Probleme hat der zweite deutsche Einzelspieler Damir Keretic (23) nicht. Im Gegenteil. Es gibt kaum einen Spieler mit einem besseren Schlagrepertoire. Da stimmt im Ablauf jedes Detail: Beinarbeit, Ausholbewegung und Treffpunkt. Sein Problem jedoch ist die Psyche. Wenn er wieder einmal einen seiner Vorhandschläge an den Zaun gedroschen hatte, fing er an zu jammern. Dann rollen seine Augen, der leidende Blick geht zum Vater und zur Entschuldigung macht er lautstark den schlechten Platz, den Platzwart, das Publikum („Spielen wir denn hier in der Schweiz"), die Linienrichter und den Schiedsrichter verantwortlich. Dennoch, Keretic hat unter starker Nervenbelastung den wichtigen ersten Punkt für das deutsche Team gewonnen. Damit hat er wieder sein Soll erfüllt. Das alleine zählt.

TURNEN / Länderkampfsieg über Frankreich

Anja Wilhelm: Höchstnote für hervorragende WM-Kür

dpa, Hautmont

Weiterhin aufsteigende Tendenz zeigten die deutschen Turnerinnen bei ihrem vorletzten Länderkampf vor den am 23. Oktober in Budapest beginnenden Weltmeisterschaften. Mit 383,400:375,925 Punkten (Pflicht: 192,250:187,925) wurde Frankreich bezwungen, dessen Riege sich vor diesem Vergleich bereits in der Gruppe der besten zwölf Mannschaften – nur die qualifizieren sich in Budapest für die Olympischen Spiele – gesehen hatte.

Die Französinnen hatten sich zu früh gefreut. Die deutschen Turnerinnen beherrschten die Pflicht nahezu fehlerfrei – nur die sechsfache deutsche Meisterin Yvonne Haug patzte am Balken –, und erzielten mit einem Schnitt von 9,60 genau die von Cheftrainer Vladimir Prorok avisierten Punktzahlen. „Zufrieden? – Vom Ergebnis bei Pflicht und Kür ja, aber zufrieden darf man als Trainer eigentlich nie sein", sagte Prorok. Schließlich sah er noch ein paar Fehler.

Prorok dämpfte auch die Euphorie nach dem hohen Sieg. Der Mann aus Prag weiß, weshalb. Wenn eine Turnerin aus der deutschen Riege ausfällt, geht seine Rechnung in Budapest nicht mehr auf. So war denn der Trainer eigentlich erst gestern morgen glücklich, als Astrid Beckers keine Schmerzen mehr verspürte. Die 17jährige war tags zuvor bei der Boden-Kür ausgerutscht und hatte sich eine leichte Bänderdehnung im linken Fuß zugezogen. Trotzdem wurde für die Wattenscheiderin, die nach einem Bruch des Mittelhandknochens erst seit knapp vier Wochen wieder im Training ist und deshalb leichte Konditionsmängel aufweist, ein Termin beim Arzt abgesprochen.

In der Kür turnte Anja Wilhelm aus Wolfsburg am Boden mit Tsukahara (Doppelsalto/Doppelschraube), Dreifach-Schraube und Doppelsalto ihre WM-Kür und erhielt dafür die Tageshöchstnote von 9,85 Punkten.

HANDBALL / Kiel: Erst gewonnen, dann gepfändet

Hallen-Direktor behielt 40 000-Mark-Einnahme ein

sid/dpa, Kiel

Nach dem mit 43:8 (21:2) gewonnenen Qualifikationsspiel zur ersten Runde im Handball-Europapokal gegen den schottischen Meister East Kilbride kam es beim THW Kiel zu einem handfesten Skandal. Vertreter der Stadt Kiel pfändeten die Einnahme von rund 40 000 Mark, die die 4000 Zuschauer eingebracht hatten. Das geschah auf Anweisung des ehemaligen Kieler Nationalspielers und Schatzmeisters Schönfeldt in seiner jetzigen Eigenschaft als Direktor der Kieler Hafen- und Verkehrsbetriebe.

Schönfeldt lieferte für sein Vorgehen folgende Begründung: Der THW Kiel habe aus Protest gegen den Mietvertrag mit der Ostseehalle den Kontrakt nicht unterzeichnet. Der Verein sollte nur zehn Prozent der Einnahmen aus der Bandenwerbung erhalten, akzeptierte dies aber nicht. Dem THW Kiel, der bei seinen Bundesligaspielen fast ständig vor ausverkauftem Haus auftritt, erschien das zu gering. Deshalb bat er die Hafen- und Verkehrsbetriebe Kiel um eine Neuregelung. Bis zum Freitag hatte der THW Kiel keine Antwort erhalten, das Europapokalspiel am Abend fand ohne Bandenwerbung statt.

Im Anschluß an das Spiel gab Schönfeldt bekannt, die Eintrittsgelder würden nicht ausgezahlt, bis eine Neuregelung gefunden sei. Der THW Kiel wiederum hat gerichtliche Schritte angedroht, sollte die Stadt die Einnahme von 40 000 Mark nicht bald herausgeben.

Bundesliga-Obmann Hein Jacobson bezeichnete den Schritt von Schönfeldt als „unglaublich". Lediglich 1250 Mark als Entschädigung für die beiden dänischen Schiedsrichter Skov und Andersen durfte der THW Kiel auf eindringliche Bitten von seinen Einnahmen behalten.

Die Schotten waren übrigens mit zehn Nationalspielern angetreten, kein einziger von ihnen wies Bundesliga-Format auf.

MOTORSPORT / Fünf deutsche Motorradmeister

Gustav Reiner: Mit Attest angetreten und gestürzt

sid/dpa, Hockenheim

Wachablösung in der Deutschen Motorrad-Meisterschaft: Nach dem Finalrennen in Hockenheim gab es in fünf von sechs Klassen neue Titelträger. Dabei gewann der Schrondorfer Gerhard Waibel (Seel / MBA) gleich zweimal, in der neuen 80-ccm- und in der 125-ccm-Kategorie. Ex-Europameister Reinhold Roth aus Amtzell sicherte sich auf Yamaha den Titel bei den 250ern, sein Lebacher Markengefährte Bodo Schmidt bei den 350ern und der Münchner Ernst Gschwender (Suzuki) bei den 500ern. Lediglich die vor vier Wochen als Weltmeister entthronten Meissenheimer Werner Schwärzel / Andreas Huber (Seymaz) holten sich bei den Seitenwagen bereits den achten Titel.

Ernst Gschwender eroberte sich den Titel in der 500-ccm-Kategorie, ohne sich ein einziges Mal als Sieger hervorgetan zu haben. Gschwender konnte es sich sogar erlauben, weit abgeschlagen ins Ziel zu kommen (Sieger wurde der Stuttgarter Peter Amann), um den Titel vor dem in Hockenheim zweitplacierten Klaus Klein (Vaihingen) mit 78:71 unter Dach und Fach zu bringen. Das war möglich, weil der Favorit, der deutsche Meister von 1979, Gustav Reiner aus Bietigheim, erneut stürzte.

Reiner, der vor zwei Wochen auf der Berliner Avus einen Unfall hatte, bekam erst am Freitag – also einen Tag vor dem Rennen – aufgrund eines neurologischen Gutachtens seine Lizenz zurück. In Hockenheim fuhr Reiner deutlich verhaltener als sonst, doch geriet er beim Überholen eines überrundeten Fahrers in der vierten Runde in Schwierigkeiten. Reiner kollidierte und stürzte. Beide Fahrer blieben unversehrt, doch den Titel konnte Reiner nicht mehr gewinnen.

In Vallelunga stürzte der frühere 500-ccm-Weltmeister Marco Lucchinelli (Italien). Er brach sich fünf Rippen und das rechte Handgelenk.

ZAHLEN

FUSSBALL

Erste englische Division, 8. Spieltag: Birmingham – Leicester 2:1, Coventry – Ipswich 1:2, Liverpool – Sunderland 0:1, Luton – Aston 1:0, Norwich – Manchester United 3:3, Notts – Everton 0:1, Queens Park – Arsenal 2:0, Southampton – Wolverhampton 1:0, Stoke – West Ham 3:1, Bromwich – Watford 2:0. – Tabellenspitze: 1. West Ham 19:7 Tore/18 Punkte, 2. Southampton 9:2/17, 3. Ipswich 20:9/16, 4. Manchester United 14:11/16.

„DDR"-Oberliga, 7. Spieltag: Frankfurt/Oder – Erfurt 4:1, Chemie Leipzig – Riesa 0:2, Karl-Marx-Stadt – Dynamo Berlin 2:1, Jena – Rostock 0:1, Dresden – Halle 3:0, Union Berlin – Lok Leipzig 0:0, Magdeburg – Aue 0:2. – Tabellenspitze: 1. Magdeburg 19:9/10:4, 2. Dresden 15:6/10:4, 3. Dynamo Berlin 20:12/10:4, 4. Lok Leipzig 14:7/10:4.

EM-Qualifikationsspiel U 16 in Lübeck, Gruppe 2: Deutschland – Schweden 2:0 (1:0)

1. Deutschland	4	4	0	0	9:0	8:0
2. Schweden	5	2	1	2	3:4	5:5
3. „DDR"	3	0	1	2	0:6	1:5
4. Norwegen	2	0	0	2	1:3	0:4

BASKETBALL

Bundesliga, 4. Spieltag: Hagen – Wolfenbüttel 103:82, Heidelberg – Bayreuth 73:50, Köln – Charlottenburg 87:80, Osnabrück – Göttingen 62:66, Leverkusen – Gießen 81:69.

HANDBALL

Bundesliga, 4. Spieltag: Reinickendorf – Hofweier 18:21, Lemgo – Gummersbach 14:16, Hüttenberg – Dankersen 20:13, Günzburg – Göppingen 23:26, Nürnberg – Essen 11:13.

Damen, Bundesliga: 2. Spieltag: Eilbeck – Engelskirchen 16:16, Stemmer – Oldenburg 13:23, Jarplund-Weding – Leverkusen 12:17, Südwest Berlin – Kiel 12:12.

Europapokal der Landesmeister, Herren, 1. Runde, Hinspiel: Kiel – East Kilbride/Schottland 43:8 (21:2).

RINGEN

Bundesliga, 7. Wettkampftag, Gruppe West: Schifferstadt – Aschaffenburg 23:16, Königshofen – Bonn-Duisdorf 20:17, Witten – Aldenhoven 23:15,5. – Gruppe Süd: Triberg – Hallbergmoos 19:16,5, Wiesental – Aalen 19:14, Freiburg-St. Georgen – Freiburg-Haslach 28:9.

VOLLEYBALL

Bundesliga, Herren, 2. Spieltag: Paderborn – Gießen 0:3, Passau – Fort. Bonn 3:0, Hamburg – Leverkusen 3:0, SSF Bonn – München 2:3, Frankfurt – Norderstedt 3:1.

MOTORSPORT

Achter und letzter Lauf zur Deutschen Meisterschaft der Motorrad-Fahrer auf dem Hockenheimring, Klasse bis 80 ccm, 19 Runden = 50,05 km: 1. G. Waibel (Schorndorf) Seel 25:43,0 Min. (116,8 km/std.), 2. Klein (Leinfelden) Kreidler 26:11,2, eine Rd. zur. 3. Burgold (Umkirch) Honda. – Endstand in der DM-Wertung: 1. Waibel 77 Punkte, 2. Klein 59, 3. Bay (Bad Gassen) 43, – Klasse bis 125 ccm, 19 Runden = 50,05 km: 1. Hafeneger (Solingen) MBA 24:26,8 (122,8 km/std.), 2. G. Waibel MBA 24:30,1, 3. A. Waibel (Winterberg) Rotax 24/31,9. – Endstand: 1. G. Waibel 79 Punkte, 2. A. Waibel 69, 3. Lichtenberg 44. – Klasse bis 250 ccm, 19 Runden = 50,01 km: 1. Eckl (Vohenstrauß) Yamaha 23:06,4 (130 km/std.), 2. Roth (Amtzell) Yamaha 23:10,8, 3. Besendörfer (Rosstal) Yamaha 23:15,9. – Endstand: 1. Roth 78, 2. Eckl 71, 3. Besendörfer 63. – Klasse bis 350 ccm, 19 Runden = 50,01 km: 1. Förtsch (Neuss) Yamaha 23:03,1 Min. (130,5 km/std.), 2. Schmidt, (Lebach) Yamaha 23:14,8, 3. Woditsch (Hilchenbach) Yamaha 23:21,5. – Endstand: 1. Schmidt 78, 2. Förtsch 77, 3. Herweh (Lampertheim) Rotax 58. – Klasse bis 500 ccm, 19 Runden = 50,01 km: 1. Amman (Stuttgart) Suzuki 22:53,4 Min. (131,2 km/std.), 2. Klein (Vaihingen) Suzuki 22:55,1 3. Hoffmann (Neuhofen) Suzuki 23:06,6. – Endstand: 1. Gschwender 78, 2. Klein 71, 3. Reiner (Bietigheim) Suzuki 70. – Klasse Seitenwagen, 19 Runden = 50,01 km: 1. Schwärzel/Huber (Meissenheim) Seymaz 23:17,0 Min. (129,0 km/std.), 2. Kumano/Takashima (Oberhausen) LCR 23:33,3, 3. Huber/Möckel (Rechen) Yamaha 23:48,4. – Endstand: 1. Schwärzel 120, 2. Kumano 88, 3. Steinhausen 47.

TRAMPOLINTURNEN

Länderkampf Deutschland – Dänemark in Dillenburg, Mannschaftswertung, Gesamt-Endstand: 564,10:559,50. – Herren: Deutschland – Dänemark 287,60:293,10. – Damen: Deutschland – Dänemark 276,50:266,40. – Einzelwertung: Herren: 1. Tureby 99,10, 2. Rosen (beide Dänemark) 97,70., 3. Regenbrecht (Regensburg) 96,30. – Damen: 1. Haberzettl 93,00, 2. Spang (beide Dillenburg) 92,50, 3. Pechmann (Salzgitter) 91,00.

GEWINNZAHLEN

Lotto: 1, 11, 15, 16, 20, 33, Zusatzzahl: 34. – Spiel 77: 6 2 0 8 7 8 9. – **Glücksspirale,** Endziffern: 20, 155, 5137, 16 689, 451 241, 9 895 143. – Prämienziehung: 445 871, 036 247, 039 232. (Ohne Gewähr)

Pankraz, Ivan Illich und der Kampf der Frauen

Ivan Illich hat wieder einmal zugeschlagen. Ein Freisemester am Berliner Wissenschaftskolleg genügte, um den rastlosen Zerstörer der „Fortschrittsmythen" zu ungeahnter Form auflaufen zu lassen. Das Resultat, der Essay „Genus", als Buch soeben im Rowohlt-Verlag erschienen, übertrifft an „Kühnheit" alles, was der quicke Wiener bisher zu Papier gebracht hat.

In den bisherigen Büchern griff sich Illich meistens einen einzelnen Aspekt des modernen Lebens heraus, um an ihm die „Kontraproduktivität" des Ganzen zu beweisen. Die Schule wurde als gigantische Verblödungsanstalt hingestellt, der Verkehr als Vehikel zur Erzeugung von „sozialem Zeitverlust", die Medizin als kränkendes und krankmachendes Teufelszeug. Diesmal geht es von vornherein ums Ganze. Illich denkt über die Gleichberechtigung der Frau nach, und er brandmarkt die „Illusion", daß diese im Rahmen der neuzeitlichen Industriegesellschaft je hergestellt werden könnte: Die Industriegesellschaft sei durch und durch sexistisch, ja, der Sexismus sei geradezu ihr Lebensgesetz. Wer den Frauen helfen wolle, müsse die Industriegesellschaft abschaffen, sie zumindest zurückschneiden, sich mit „Schrumpfungsprozessen" einverstanden erklären.

Wie weit soll geschrumpft werden? Darüber äußert sich Illich kryptisch, aber der aufmerksame Leser bekommt doch mit: zurück bis zu den alten Germanen oder gar bis zur Urgesellschaft des Cro-Magnon-Menschen. Die positive Alternative zum Sexismus sei nämlich der „vernakuläre Genus", und den gäbe es in seiner Vollkraft nicht im ständischen Mittelalter und nicht in anderen außereuropäischen Hochkulturen, sondern eben nur in der Urgesellschaft.

„Unter der Regentschaft von Genus", schreibt Illich, „hängen Männer von Frauen und Frauen von Männern ab; ihre gegenseitige Abhängigkeit begrenzt Kampf, Ausbeutung und Niederlagen... Im Gegensatz zu diesem Waffenstillstand hat die Herrschaft der Knappheit" (d. h. die Industriegesellschaft) „unaufhörlichen Krieg zur Folge und immer neue Arten von Niederlagen für die Frau. Mögen Frauen unter der Regentschaft von Genus untergeordnet sein, unter jeder ökonomischen Herrschaft sind sie nur das zweite Geschlecht, das ständig benachteiligt ist im Spiel mit geschlechtslosen Einsätzen, wo man nur gewinnen oder verlieren kann. Beide Geschlechter kämpfen entblößt und als Neutra: Der Mann gewinnt immer..."

Wie man sieht, ist Illich also gar nicht für die Gleichberechtigung der Geschlechter; „Gleichberechtigung" ist für ihn nur Widerspiegelung eines abstrakten, „neutralisierenden" kapitalistischen Tauschverhältnisses, die Verwandlung des dualistischen Genus in „Unisex" und, daraus folgend, die Herrschaft des Sexismus, der die Frau selber neutralisiere, zum Tauschobjekt mache. Pankraz hält diese Position für ziemlich vernünftig und der herkömmlichen liberalen Position überlegen, die in ihrem Gleichheitswahn bestimmte Grundtatsachen einfach nicht zur Kenntnis nimmt. Was ihm aber gar nicht einleuchtet, ist die Annahme, daß wir bis zu den Cro-Magnon-Leuten zurück müßten, um den Sexismus zu überwinden und den Genus wiederherzustellen. Das ist eine jener typischen Übertreibungen, mit denen sich der gute Illich interessant macht und zum „Fundamentaloppositionellen" hochstilisiert.

Natürlich hat er recht, wenn er sich vom Spießerstandpunkt abzuheben trachtet, nach dem aus dem „kleinen Unterschied" nur folgen kann, daß das „Weib", wie gehabt, sich um Haus, Küche und Kinder zu kümmern und dem Manne alles übrige zu überlassen habe. So billig ist der „vernakuläre Genus" wahrhaftig nicht gemeint. Andererseits ist überhaupt nicht einzusehen, weshalb wir erst auf eine riesige ökonomische Revolution (oder besser: Gegenrevolution) warten sollen, bevor wir sexistischen Schieflagen oder Auswüchsen zu Leibe gehen dürfen.

In einem Kapitel „Genus und Werkzeuge" schildert Illich beispielsweise an Hand volkskundlicher Befunde, wie in der vorindustriellen Gesellschaft die Differenzierung nach Geschlechtern sogar den Werkzeugmacherbereich tief beeinflußt habe. Die Sense etwa war das Gerät der Männer, die Sichel dagegen das der Frauen, auch wenn beide Seiten prinzipiell gleiche Arbeiten zu verrichten hatten. Später im Industrialismus sei dieses Differenzierungsvermögen verlorengegangen. Modernen Werkzeugautomaten sähe man nicht mehr an, ob sie männlich oder weiblich geeicht seien.

Für die Werkzeugautomaten mag das tatsächlich zutreffen, aber Pankraz zweifelt daran, daß das ein Ausfluß von Sexismus ist. Er hält gerade die moderne Industrie für glänzend geeignet, flexibel auf Bedürfnisse, also auch auf Bedürfnisse des Genus, zu reagieren, sobald sie nur hinreichend deutlich und kräftig artikuliert werden. Wenn man einmal zusammennimmt, was sich in unserer westlichen Gesellschaft unter dem Einfluß der Frauenbewegung schon alles geändert hat, und dann den Veränderungsgrad in puncto Frauen im Ostblock oder in der Dritten Welt dagegenhält, erkennt man sofort, auf welcher Seite die größere Offenheit waltet.

Ivan Illich, der sich ja auch in seinen früheren Büchern immer genügend Hintertüren offengelassen hat, räumt ein, daß auch die Herrschaft des Genus kein Zuckerlekken für die Frauen gewesen sei. Er spricht immer nur von Waffenstillstand, nie von Frieden. „Wo Männer den Leib der Frau verstümmelten, wußte die Gemeinschaft der Frauen oft Mittel, die Männer zu peinigen." Ist so etwas wirklich erstrebenswert? Oder sollte man nicht doch einen soliden Frieden zwischen den Geschlechtern anpeilen?

Pankraz

Der „Sommernachtstraum" als Geschlechterkampf: Niels-Peter Rudolphs Inszenierung in Hamburg

Bei Kampnagel trägt die Braut Schwarz

Beschwörung einer Niederlage auf blanken Bühnenbohlen: Amazonenkönigin Hippolyta, von Athenerfürst Theseus im Kampf besiegt und erobert, soll zur kommenden Vermählung mit Pomp und Lustbarkeiten besänftigt werden. Doch anstatt den Liebesfeiern strahlend entgegenzusehen, sitzt sie niedergeschlagen vor den Symbolen ihrer Niederlage: dem fortan unbrauchbaren Bogen, dem zerbrochenen Pfeil. Die Braut trägt Schwarz nach einem Krieg, den sie verlor und der nun in Hochzeit münden soll. Gewalt als dunkler Quellboden der Liebe. Gewalt und Streit als Grundakkord gar des gesamten „Sommernachtstraums"? Niels-Peter Rudolph setzt dieses Signal gleich zu Beginn seiner Hamburger Shakespeare-Inszenierung und sucht es in der Folge leitmotivisch zu erhärten.

Nun, der „Sommernachtstraum" scheint zur Zeit nach neuen Bezügen, gewagten Parallelen geradezu zu schreien! Woody Allens sinnlich-übersinnliche „Midsummer Night's Sex Comedy" bezeugt es, mehr noch das neue Schauspiel „Der Park" von Botho Strauß, das den frech-satirischen Transfer von Shakespeares Oberon und Titania mitten hinein in unsere Gegenwart, in unsere „tüchtige Gesellschaft" wagt, die nach Strauß den *Aufruf* zu trunken-unverkrümmter Sinnenlust bitter nötig hat. Die „alte, unergründliche Komödie" dient also keineswegs nur dem Hamburger Schauspielhaus zur Erkundung vertrackter Welt- und Gefühlslagen.

Das berühmte Stück, hier also als Alptraum, als „fierce vexation of a dream", als wüste Traumesplage, wie es der Dichter uns durch den Mund Oberons sagen läßt. Ein Alptraum, in dem nicht nur Hippolyta von Theseus mit Gewalt bezwungen wird, sondern in dem auch der Ehezwist der Elfenbeherrscher Oberon und Titania durch Gift und Zaubergalle zu einem bitterbösen Vergeltungsschlag ausartet. Da kann es kaum Wunder nehmen, daß Rudolph und seine Bühnenbildnerin Lilot Hegi ihren „Sommernachtstraum" aus der großen Prunk-Plüsch-Anlage des Operettenhauses in die alte, düstere Kampnagel-Fabrik verlegten. Ein nackter, aller anheimelnden Romantik barer Hallenbau, wie er nicht geeigneter sein könnte als Austragungsort harter Konfrontationen.

Entfesselte Komödianten: Marcus Fritsche, Gerhard Garbers und Christian Redl (v. l.) im Hamburger „Sommernachtstraum" FOTO: CHRISTA KUJAHT

Auf primitivsten Holzbohlen, ohne Kulissen, ohne Vorhang, mit einem Minimum an Requisiten und einer mit wechselnden Farben arbeitenden Licht-Regie läßt Rudolph das Spiel von den gewaltsam in die Flucht getriebenen jungen Liebenden Hermia und Lysander spielen, die mitsamt ihren Gefährten in den unberechenbaren Herrschaftsbereich von Oberon und seinem Gehilfen Puck geraten, die ihren Gefühlen so übel mitspielen, daß sie sich selbst darüber fast verlorengehen. Kein Hauch mehr von der überquellenden Wald- und Naturseligkeit früherer Sommernachtsträume. Der Wald – ein Wolfsschlucht-Ort, in dem man sich gefährlich verrennen kann.

In diesem Ambiente muß das junge Quartett sich küssen und schlagen, sich stechen und jagen, in einem Tempo, einem Dauer-Fortissimo und mit einer Heftigkeit, die das Spielerische ganz aus ihrem Umkreis verbannt. Und böser noch als bei den Athener Youngstern geht's bei dem verfeindeten Liebespaar Oberon / Titania zu, deren Ehekrieg beinahe Strindbergsche Züge annimmt, so aggressiv wird er ausgetragen.

Mit überscharfem Strich gezeichnet der Puck, der niemals nur harmlos-boshafter Kobold oder Narr sein darf, sondern als ein mit eklem Lachen und obszönen Gesten auftrumpfender Mephisto zu agieren hat. Ein Monster an Häme, Menschenverachtung und Tücke, wie das von dem polnischen Theaterwissenschaftler Jan Kott in seinem jüngsten Sommernachtstraum-Essay mit erhellenden Quellenverweisen ja sehr einleuchtend als mögliche Puck-Deutung vorgegeben worden ist.

Die dunkle Deutung der Komödie, die in die Tragödie reichende Facettierung des Gefühl-Verwirrspiels – sie hat bereits Tradition. Das tut der Hamburger Aufführung aber auch bei den Eingeweihten kaum Abbruch, da Rudolph vornehmlich in den ersten drei Akten mit eindrucksvollen theatralischen Einfällen, brillant gespannten und verklammerten Szenen aufwarten kann. Bei den Rencontres Oberon und Titania geht sein auf drastische Zuspitzung zielendes Regie-Konzept am schlüssigsten auf. Der Abend wird denn auch getragen von dem glänzenden schauspielerischen Vermögen der vitalen, tragikomischen Hannelore Hoger als Titania (und Hippolyta), von den temperamentvoll hingelegten Wildheiten und Eigenheiten Ulrich Wildgrubers als Oberon (und Theseus) und dem in seinem einseitigen Interpretationsradius darstellerisch hervorragenden Puck der Marlen Dickhoff, der Christian Redl als Zettel (und Pyramus) um nichts nach steht.

Ein Jammer, daß der düster-tragische Regie-Ansatz nach dem dritten Akt keine bilanzierende Verknüpfung mehr erfährt. Konventioneller, harmlos-netter Komödienstil breitet sich aus. Die Aufführung verliert an Biß. Wenn man Shakespeare bis weit in die Zaubernacht-Eskapaden mit so viel Eindringlichkeit aufbereitet, daß man selbst den von der Neuübersetzung Gabriele Grimpes noch geförderten Verlust an poetischer Atmosphäre und spielerischer Heiterkeit verschmerzen zu können glaubt, ist ein solch halbherziges, unentschiedenes Finale eine arge Enttäuschung, auch wenn Rudolph dabei die Lacher auf seiner Seite hat.

KLÄRE WARNECKE

JOURNAL

Ein Märchen der Brüder Grimm gefunden

AP, New York

Den insgesamt 210 bisher bekannten Märchen der Brüder Grimm wird demnächst ein weiteres hinzugefügt werden können, das rund eineinhalb Jahrhunderte lang verborgen geblieben war. Es stammt nach Angaben des New Yorker Verlags Farrar, Straus and Giroux aus der Feder von Wilhelm Grimm, der es 1816 niederschrieb, und erzählt die Geschichte eines kleinen Mädchens, das sich im Wald verlief und von seinem Schutzengel zu einem alten Mann geführt wurde, der später als der heilige Josef erkannt wird. Es wird vermutet, daß dieses Märchen das einzige Manuskript der Brüder Grimm außerhalb der Bodmer-Bibliothek in Genf ist. Der New Yorker Geschäftsmann Martin Bresslauer, auf seltene Bücher spezialisiert, hat das Manuskript nach eigenen Angaben 1974 von dem Auktionshaus J. A. Stargardt in Marburg erworben.

Theodorakis eröffnet Ostberliner Festtage

AP, Berlin

Mit der Uraufführung der „Lorca-Lieder" für Alt, Gitarre, Chor und Orchester des griechischen Komponisten Mikis Theodorakis sind in der Komischen Oper Ost-Berlins die 27. Berliner Festtage eröffnet worden. An den bis zum 16. Oktober währenden Festtagen der Musik und des Theaters sind 26 Ensembles und 16 Solisten aus 23 Ländern beteiligt.

Alte Indianersiedlung auf Harvard-Campus

Spuren eines von 1500 v. Chr. stammenden Indianerlagers haben Archäologen unter einer Parkgarage der Harvard University (US-Bundesstaat Massachusetts) gefunden. Die Wissenschaftler stießen auf insgesamt 150 000 Objekte, deren Herstellungszeit von 1500 vor Christus bis 700 nach Christus reicht.

Tagung afrikanischer und asiatischer Autoren

AFP, Taschkent

Die 7. Tagung von Schriftstellern aus Afrika und Asien ist in der usbekischen Hauptstadt Taschkent eröffnet worden. An dem Kongreß nehmen Vertreter aus rund 60 Ländern teil. Die Konferenz soll heute zu Ende gehen.

Hollywood ehrt Lillian Gish

dpa, Hollywood

Der amerikanischen Filmschauspielerin Lillian Gish ist in Hollywood die Auszeichnung des amerikanischen Film-Instituts für ihr Lebenswerk als Filmkünstlerin zuerkannt worden. Der Präsident des Instituts, Richard Brandt, würdigte die große Kraft, mit der sich die jetzt 84 Jahre alte Schauspielerin dem Filmschaffen seit der Stummfilmzeit gewidmet habe. Lillian Gish stand schon 1904 als Kind auf der Bühne.

Hallenser Universität wurde restauriert

dpa, Halle

Das 150 Jahre alte Hauptgebäude der Martin-Luther-Universität in Halle hat jetzt seine frühere Form zurückerhalten. Die Aula, das Treppenhaus und Vorlesungsräume sind originalgetreu mit den Mitteln alter Handwerkskunst erneuert worden. Das Gebäude ist zwischen 1832 und 1834 entstanden.

Köln: Musikalisches Treffen Deutschland-Ungarn

Bartóks Quell versiegt

Beim Deutschlandfunk in Köln hat man wieder einmal einen Blick über die Grenze geworfen und nach den Nachbarn Dänemark und Holland mit dem jüngsten Konzert Ungarn ins Auge gefaßt: kürzer diesmal, was nicht flüchtig heißen muß. Drei Uraufführungen und eine westdeutsche Erstaufführung konfrontierten Ungarisches mit Deutschem aus Ost und West. Umfassende Information war da natürlich nicht einmal im Ansatz beabsichtigt, wohl aber der punktuelle Anstoß, das Spotlight auf eine auch vom Bartók-Jahr und der dezidiert ungarischen Zuwendung der diesjährigen Wittener Kammermusiktage kaum aufgehellte Terra incognita.

Soviel weiß man immerhin diesseits der Grenzen, daß es in Ungarn wie auch sonst im Ostblock neben dem offiziösen Kulturbetrieb eine nicht ganz so geliebte freie Musikszene gibt, individueller und offen für Tendenzen und Strömungen auch westlicher Provenienz. Mit László Vidovszky und Zoltán Jeney kamen hier zwei Komponisten aus der mittleren Generation zu Uraufführungen. Davor freilich hatten die Veranstalter ungarische Volksmusik vom Ensemble Ferenc Sebö gestellt: Die Quellen, aus denen Bartók und Kodály schöpften.

Hinter dem Unterhaltungswert (hinreißend, wie Sebö seine Maultrommel feilhält) versteckte sich Absicht: Die Volksmusik (oder auch ihre Sublimierung bei Bartók oder Kodály), so deklarierte der Abend, ist für die sich ums Budapester Studio für Neue Musik oder die „Gruppe 180" kristallisierende Komponistengeneration kaum noch Inspirationsquell. László Vidovszkys „Romantische Lektüre" macht aus einem bekannten Dilemma eine vielleicht nicht allzu ergiebige Tugend von freilich angenehmer Lesbarkeit: Den am romantischen Idiom geschulten Instrumentalisten bietet sie dessen „Reformulierung". Und Zoltán Jeneys „12 Songs", meist auf Cummings-Texte und gesungen von der hervorragenden Brenda Hubbard, nehmen den experimentellen Textgestus in intensiver, oft aphoristischer Manier auf. Das Beste des Abends.

Statt in linearer Serialität arbeitet Jeney mit komplexen Matrix-Zuordnungen und begegnet darin Walter Zimmermanns „Saitenspiel", bei dem man natürlich auch kaum geneigt ist, dem höheren Tiefsinn all der mystischen Zahlenspielereien nachzugehen. Hübsch die rhythmische Leichtigkeit des dritten „Satzes". Trotz Schlußchor nicht die neunte, sondern erst die fünfte Folge in Zimmermanns „Flechtwerk"-Zyklus. Peter Eötvös leitete das Ensemble Modern der Jungen Deutschen Philharmonie, und aus deren Reihen kam auch das Bläserquintett für des Leipzigers Friedrich Schenker „tirili jubili". Wie man es von ihm gewohnt ist: ein witzig-virtuoses Chaos.

DIETER SCHÜREN

Bochum: Molière in Walsers neuer Übersetzung

Der verarztete Kranke

Ein grotesk Maskierter steht auf der Bühne des Bochumer Kammerspiels, geradewegs aus der Commedia dell'arte hergeholt. Nanu? Dem Theaterzettel hatte man doch entnommen, man gebe, von Alfred Kirchner inszeniert, den „Eingebildeten Kranken" von Molière. Und der war doch über das italienische Stegreifspiel hinaus. Aber Kirchner spielt tatsächlich Molière.

Vorhänge schiebt die Maske beiseite, hinter denen, ebenfalls maskenhaft aufgemacht, Kranke an Ketten liegen. Ein Glöckchen ertönt, und sie stürzen zappelnd und strampelnd hervor wie weiland Pawlows Hunde und warten darauf, „verarztet" zu werden. Kommt dann schließlich doch, zu pompöser barocker Königsmusik, der Bürger Argan daher, schlank und rank und prächtig gekleidet à la Louis Quatorze, fällt die Meute über ihn her, reißt ihm das Kostüm herunter, bandagiert ihn an Leib und Gliedern, schminkt ihm Blässe an. Erst von jetzt an ist er Molières Titelfigur. Und soviel hat der Regisseur bis dahin schon klargestellt: Mit Molière und mit seiner Zeit will er nichts zu tun haben.

Für gründliche Verfremdung sorgt schon die Übersetzung von Johanna und Martin Walser, in der Argans Tochter Angélique „schlankweg" ihre Liebe gesteht oder der Raisonneur Béralde dem Hypochonder ins Gesicht sagt: „Mensch, Du spinnst." Dafür sorgt auch der Ausstatter Antonie Recalcati: Das Mädchen, dessen Unterrichtung in der Kunst des Gesangs erweislich vergeblich war, trägt bei ihm eine knöchellange Hose, die Haare sind keck von modischer Kürze. Alle anderen tragen Allonge-Perükken, vor allem die wahrhaft bizarren Ärzte. Sie imponieren mit riesigen spitzen Doktorhüten, wahre Schlachtermesser tragen sie am Gürtel wie Polizisten ihre Pistolen.

Kirchner gibt den Plot. Den bloßen Stoff also und davon die Oberfläche. Er gibt sogar den Text, wo dieser aufklärerisch ist. Aber auch wenn Argan am Ende, zum Doktor med. gemacht, tot zusammenbricht – das Stück ist schließlich eine Komödie, und die will Kirchner auf Deibel komm raus lustig.

Daß dabei viele von Molières Finessen verloren gehen – etwa die subtilen Entlarvungen der erbschleichenden Frau Béline – und sogar der sozialkritische Hieb gegen einen Mann, der sich eine Krankheit „leisten kann" und dann keine Zeit findet, sie zu „genießen", kümmert den Regisseur wenig. Jede herkömmliche Übertreibung reizt er billig aus. Und dabei läßt er zu, daß seine Schauspieler – allen voran Kirsten Dene (Béline), Anneliese Römer (Toinette) und Branko Samarovski (Argan) – bis ins Unerträgliche outrieren.

Das Publikum war ja gewarnt: Da steht einer auf der Bühne zu Beginn, zwei Eimer in der Hand, aus denen Sand rinnt. So ist es: Der Abend verrinnt ohne jeden Gewinn.

KATHRIN BERGMANN

AUSSTELLUNGS-KALENDER

Berlin: Alex Colville – Staatliche Kunsthalle (14. Okt. bis 16. Nov.)
China-Cartographica – Staatsbibliothek (7. Okt. bis 26. Nov.)

Chinesische Knoten – Völkerkunde-Museum (bis 27. Okt.)

Bonn: Jonathan Borofsky – Städt. Kunstmuseum (bis 30. Okt)
Dieter Roth – Bonner Kunstverein (bis 23. Okt).

Darmstadt: Joseph Maria Olbrich – 1867–1908 – Mathildenhöhe (bis 27. Nov.)

Essen: Erich Heckel – 1883–1970 Museum Folkwang (bis 20. Nov.)

Hamburg: Asiatische Landschaften und Legenden – Grafiken von Jörg Schmeisser (bis 23. Okt)
Restaurieren – kunstgerecht (bis 13. Nov.) beide: Museum für Kunst und Gewerbe

Hannover: George Cruikshank 1792–1878 – Wilhelm-Busch-Museum (2. Okt. bis 8. Jan. 84)

Köln: Von Scorel bis Ensor – Wallraf-Richartz-Museum (7. Okt. bis 30. Nov.)
„Affe & Nilpferd – Tierbilder aus vier Jahrtausenden" – Römisch-Germanisches Museum (15. Okt. bis 31. Dez.)

Koblenz: Gold und Silber aus dem Alten Amerika – Landesmuseum (2. Okt. bis 6. Nov.)

Krefeld: Otto Dix – Der Krieg – Kaiser-Wilhelm-Museum (bis 30. Okt.)

Mannheim: Rainer Selg – Assemblagen – Kunstverein (bis 23. Okt.)
München: aktuell '83 – Lenbachhaus (bis 20. Nov.)

Nürnberg: Niederländische Keramik des Jugendstils von 1900–1925 – Stadtmuseum Fembohaus (bis 20. Nov.)

Stuttgart: Oskar Schlemmer – Kunstgebäude am Schloßplatz (6. Okt. bis 27. Nov.)

Film: „Still Missing"

Im Schatten der Affäre Lindbergh



Verzweifelte Mutter: Kate Nelligan in Stanley Jaffes Film „An einem Morgen im Mai" (Still Missing) FOTO: TWENTIETH CENTURY-FOX

Die Handlung des Films von Stanley Jaffe „An einem Morgen im Mai" ist rasch umrissen: An einem Morgen wie jedem anderen geht der siebenjährige Alex Selky aus dem Haus, in dem er mit seiner Mutter Susan lebt, zur Schule. Dort aber kommt er nie an. Als die Mutter, eine Literaturdozentin, am Nachmittag von der Arbeit zurückkehrt, ist sie zunächst nicht beunruhigt, daß ihr Sohn noch nicht zu Hause ist. Bei Einbruch der Dunkelheit aber alarmiert sie die Polizei, und es beginnt eine große Suchaktion.

Wochen vergehen, Monate ziehen ins Land. Noch immer keine Spur von dem Jungen. Alle, einschließlich des Vaters, der sich von seiner Frau getrennt hat, und des Polizeidetektivs, glauben nicht mehr daran, daß Alex lebt. Nur die Mutter klammert sich mit dem Mut der Verzweiflung an ihre Hoffnung.

Jaffe, der vor einigen Jahren als Produzent von „Kramer gegen Kramer" einen Welterfolg hatte, gibt mit diesem Film sein Regiedebüt. Er überlegte lange, ob er Beth Gutcheons Roman „An einem Morgen im Mai" (englischer Titel: „Still Missing") verfilmen sollte. Denn das Thema Kindesraub erschien Jaffe als äußerst heikel. „Seit der Affäre Lindbergh reagieren die Amerikaner eher zurückhaltend auf Geschichten dieser Art", erklärte er.

Nun aber ist ihm ein Film gelungen, der unter die Haut geht. Da sieht man die Mutter Susan Selky, gespielt von Kate Nelligan, wie sie zwischen Verzweiflung und Hoffnung, Ratlosigkeit, Angst und Glauben hin- und herschwankt, wie sie betet, daß ihr Sohn noch lebe, wie sie in ihrer Not sogar eine Hellseherin befragt. Sie legt sich mit dem Detektiv (Judd Hirsch) an, der ihr vorsichtig zu verstehen geben möchte, daß der Kleine wahrscheinlich Opfer eines Kindesmörders geworden sei.

Wer „Kramer gegen Kramer", die rührende Geschichte um das Schicksal eines Kindes, dessen Eltern sich trennen, gesehen hat, wird in „An einem Morgen im Mai" Parallelen entdecken. In beiden Filmen geht es um das Schicksal eines Kindes, dessen Eltern nicht mehr miteinander leben können; es geht um die Identitätskrise einer Frau und das Problem berufstätiger Mütter. Nur, daß in Jaffes Film die Mutter die entscheidende Rolle spielt. Sie ist hier die starke Persönlichkeit, die tapfer gegen alle Widrigkeiten angeht. Vielleicht ist „An einem Morgen im Mai" von Jaffe als ein Akt der Fairneß gedacht: War in „Kramer gegen Kramer" der Vater die Gestalt, die alle Sympathie auf sich zog, so ist es in seinem neuen Film nun die Mutter.

MARGARETE v. SCHWARZKOPF

Bernd Alois Zimmermanns Oper „Die Soldaten" unter Hans Neuenfels an der Deutschen Oper Berlin

Apokalyptische Reiter auf Primadonnenjagd

Bernd Alois Zimmermanns musikalischer Katastrophenbericht vom Menschen, der des Menschen Wolf ist – und am wölfischsten erwiesen sich in Zeit und Ewigkeit die Soldaten –, erbaut sich über dem Schauspiel „Die Soldaten" des Jakob Michael Reinhold Lenz. Daß in ihm Marie, die Tochter des Galanteriewarenhändlers Wesener, taumelnd durch die Hände der Soldateska aller Zeiten, zum „Soldatenmensch" verkommt, ist dabei für Zimmermann vergleichsweise belanglos.

Ihr Schicksal, so traurig es ist, verdient es im Grunde nicht, mit Tausenden von Orchesterschlägen plakatiert, von einer Musik herausgeschrien zu werden, die unüberhörbar von ganz anderem spricht als von dem Simpelvorgang, der ihr Handlung liefert, aber beileibe nicht Inhalt ist. Zu den Soldaten, die durch Zimmermanns Musik jagen, gehört zweifellos die schwere Kavallerie der apokalyptischen Reiter.

Ihre musikalische Schwadron fegt nun durch die Deutsche Oper Berlin. Aufgezäumt haben sie der Dirigent Lothar Zagrosek und der Regisseur Hans Neuenfels, der beim Entwurf der Bühnenbilder bei Mark Gläser Unterstützung fand. Die Kostüme schuf Dirk von Bodisco.

Die Aufführung gleicht einer musikdramatischen Feuerwalze, einem Gesamtkunstwerk aus Schrecken, Beklemmung und Wut. Neuenfels erteilt der Musik auf Anhieb das große Wort. Die Hinterbühne, zweigeschossig, wird zum musikalischen Maschinenraum, in dem sich das Schlagwerk stapelt. Dennoch ist der Orchestergraben bis zum Bersten gefüllt. Drei Dirigenten sind zeitweilig gemeinsam in Gang, die musikalischen Vorgänge aufzutürmen und in Bewegung zu setzen. Hinzu treten natürlich noch elektroakustische Einspielungen, die sich einer Vielzahl von Kanälen bedienen.

Zimmermanns Musik in ihrem außerordentlichen Gebärdenreichtum hält über zwei Stunden den Hörer im Würgegriff ihrer fanatischen instrumentalen Imagination. Unter Zagroseks imponierender Leitung wächst sie brüllend auf. Aber sie erbrüllt sich gleichzeitig auch Würde.

Ihre Dichtheit, ihr Ernst, ihre konstruktive Engmaschigkeit werfen sich über den Hörer. Zimmermanns Musik ist Marter mit kathartischem Ziel. Sie foltert sich der Erlösung entgegen durch alle Weltuntergänge, die sie unermüdlich heraufbeschwört.

Sie endet unerschöpft in ihrem finsteren Drang: ein Fluch unter Tränen, Verzweiflungsgesten, Verwünschungen, zu Klang komprimiert. Hochpathetisch, maßlos, unerbittlich trägt sie sich vor. Zimmermann steckt immerfort mit dem Flammenwerfer die Kirche an, in der er schreiend predigt.

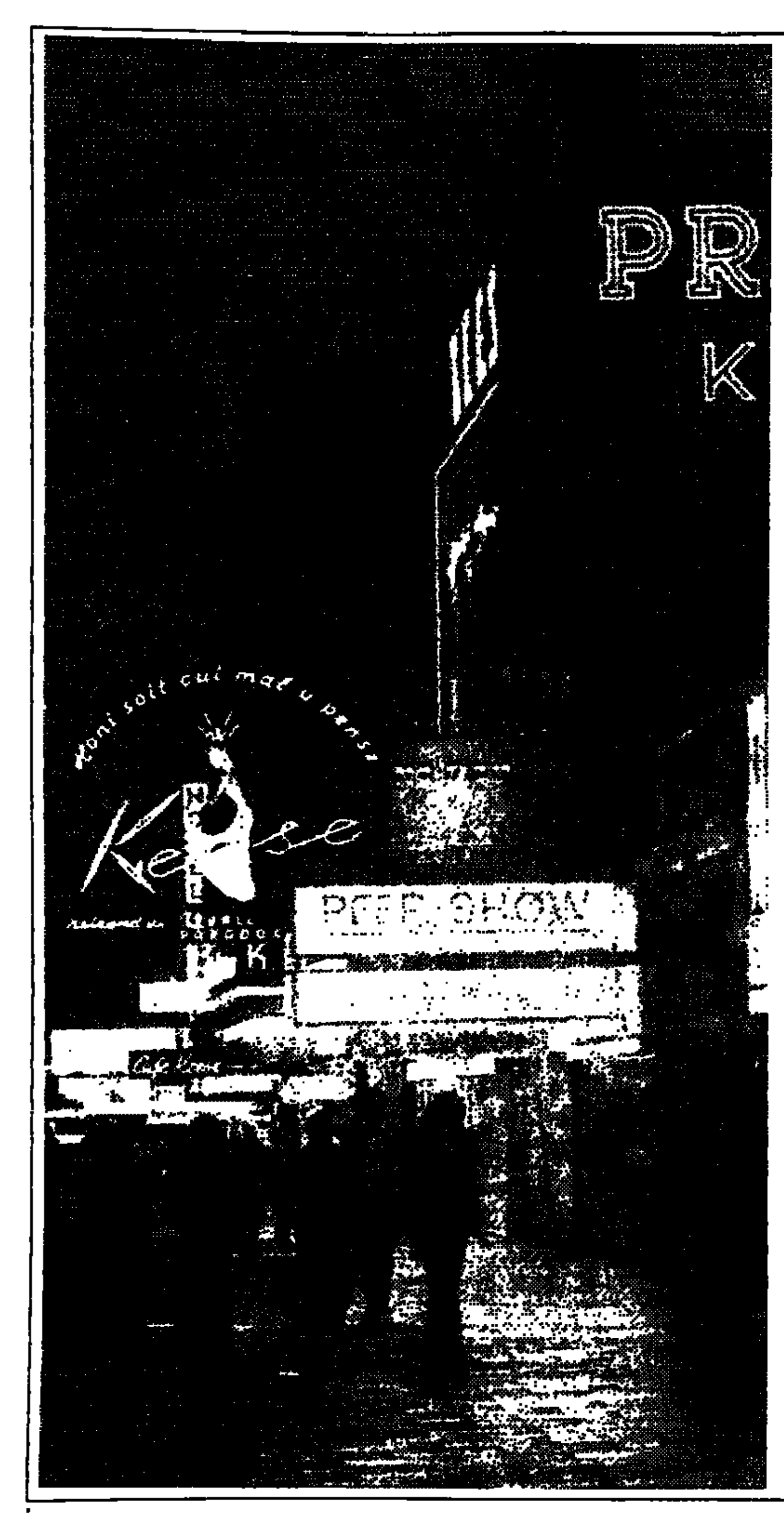
Selbst Neuenfels, nicht weniger rauhhalsig im szenischen Ausformulieren des Radikalen, wird es offenbar mitunter des Krassen zuviel. Er läßt Witz einströmen. Er formuliert „Die Soldaten" zu einer Oper über die Oper um. Auf Elektrokarren rollen drei Primadonnen selbstlenkend umeinander. Sie singen Koloraturen aus ihren gezwirbelten Hälsen und zeichnen ihren Gesang scheinbar gleichzeitig mit den Rädern auf den Bühnenboden. Auf Stelzen frisiert der Coiffeur die turmhohe Perücke der Gräfin. Stolzius, der Rokoko-Muschkote, wird als menschliches Pferd vor den Lasterwagen gespannt. Neuenfels' Erfindungsgabe sprudelt unendliche szenische Einfälle, und einige von ihnen sind wiederum nicht vom Besten.

Glänzend aber, wie er gleich zu Anfang die heranrobbende Soldateska das Bettschiff der Schwestern entern läßt. Wie er einen Krüppel zum Go-Between zwischen den Szenen macht: wie er Brutalität, Nonsens, Heiterkeit, Wahnsinn zu einer unerhörten Collage mischt, zu der Zimmermann die ungeheuerliche Begleitmusik spielt. Das alles ist von grandioser, schamloser Eindringlichkeit.

Das Ensemble der Deutschen Oper gibt eine glänzende Vorstellung. Catherine Gayer ist Marie, das Soldatenmensch, über die Jahrhunderte hin. Die Zeiten verschränken sich, Vergangenheit ist immer wieder schreckliche Gegenwart, und die Gayer singt sich mit ihrem neugierig spielerischen Sopran girrend immer tiefer in Verstrickung und Elend. Der Abend ist ihr Triumph. Die Gayer ist fabelhaft.

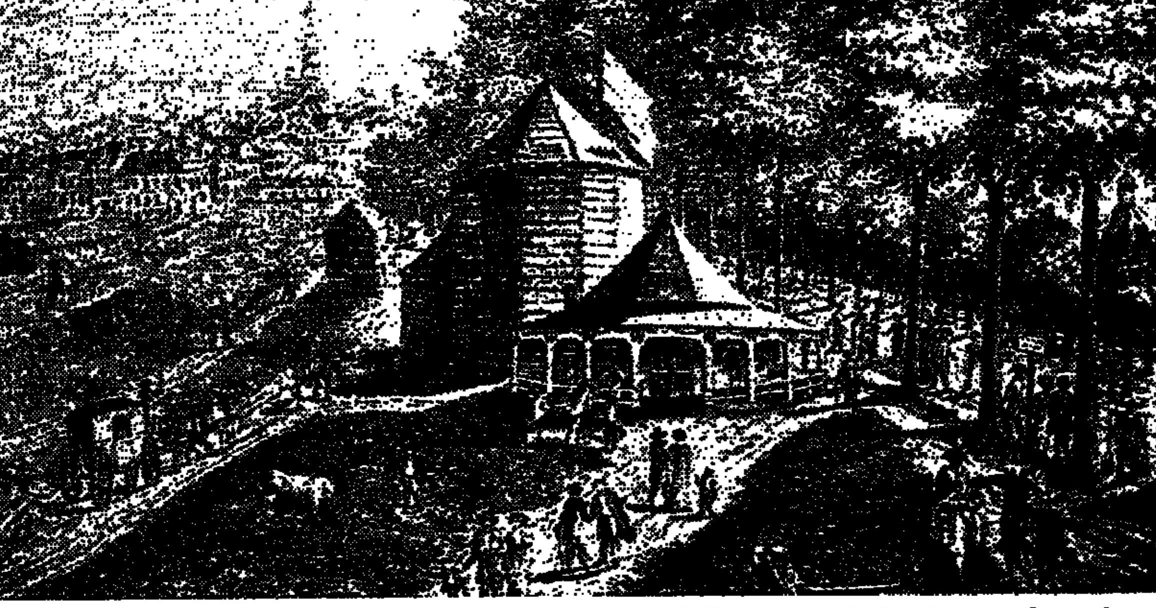
Nicht minder ist es Walton Grönroos, der den Stolzius mit warmem, blühendem Bariton zeichnet. Eine Sensation sang William Pell herauf: ein Counter-Tenor mit heldischem Beiklang im Waffenrock des Verführers.

KLAUS GEITEL



In den 150 Jahren, die zwischen den beiden Bildern von der Reeperbahn liegen, hat der Hamburger Stadtteil wahrhaftig sein Gesicht verändert. Aber das Wohnviertel behauptet sich immer noch gegen das Vergnügungsviertel.

FOTO: CHRISTOPH GUHR/REPRO: CHRISTA KUJATH



150 Jahre: St. Pauli lebt trotz Kies und Kiez

Von GISELA KRANEFUSS

Hier finden Sie alles auf 256 Hektar", sagt eine alte, am Fischmarkt geborene St. Paulianerin. „Hier gibt es Liebe, Laster und Loddel, fast 26 000 brave Bürger, Bier und Bienen." Zweifellos gehören auch sie, jene „Damen", die versuchen, langsamen Schrittes schnell voranzukommen zu dem St. Pauli, das in diesem Jahr 150 Jahre alt wird.

Dieser Stadtteil Hamburgs, der als eine der beiden ältesten Ansiedlungen vor den Toren früher Hamburger Berg genannt wurde, war von den Schwestern des Zisterzienser-Ordens bereits 1247 besiedelt worden. Die frommen Frauen verlegten ihr Kloster Herwardeshude aber bald an die Alster – dorthin, wo heute noch das Herz des feinen Stadtteils Harvestehude schlägt. Über viele Jahre blieb der Hamburger Berg lediglich Holzschlagplatz und Ausflugsziel. Erst Mitte des 16. Jahrhunderts siedelten sich Gewerbebetriebe an, und 1626 etablierten sich die Reeper (Seiler), die auf langen Drehbahnen ihr schweres, geteertes Tauwerk herstellten. Doch bevor Hans Albers die „Reeperbahn nachts um halb eins" besingen konnte, mußten die Bewohner rund um den Hamburger Berg erleben, wie ihre Heimat 1734 von den Hamburg belagernden Dänen dem Erdboden gleichgemacht wurde. Nach dem Wiederaufbau geschah das zum zweiten Mal 1814, als Napoleon mit seinen Franzosen fast ganz Europa eroberte.

Auf dem Hamburger Berg steht eine heute mehr als 300 Jahre alte Kirche namens St. Pauli, benannt nach dem Apostel Paulus. 1833, als bereits mehr als 10 000 Menschen rundum wohnten und es sich auch in der Stadt herumgesprochen hatte, daß man auf der Reeperbahn „auf die Pauke und einiges mehr hauen konnte", wurde durch „Publicandum" verkündet, daß der Hamburger Berg ab „Novembris 1833" St. Pauli heißen solle.

St. Pauli, das ist heute weltweit ein Begriff, der die Herzen der Sailors höher schlagen läßt. Mehr als 400 Pinten, Kneipen, deutsche und ausländische Restaurants, Sex-Bühnen und Bordelle lassen den „Kies über den Kiez" rollen. Über den wirklichen Umfang der Umsätze wissen die Herren mit den Rolex-Uhren in den Nobelschlitten besser Bescheid als das Finanzamt. Sie halten ihre schützende und offene Hand über den Arbeitsbereich des horizontalen Gewerbes.

Aber nicht sie alleine haben St. Pauli berühmt gemacht. Den Ruhm begründeten jene, die in die Geschichte dieses Stadtteils eingegangen sind. Zum Beispiel Carl Hagenbeck, der Gründer des bekannten Tierparks, der als Händler bereits 1848 für „8 Pfennige Entré" junge Seehunde zur Schau stellte. In der Hamburger Volksoper auf St. Pauli lief die Premiere von Verdis „Macht des Schicksals" ab, denn bis die ersten Jahrzehnte des 20. Jahrhunderts lag hier ein Zentrum des Theater- und Musiklebens. Paul Abraham, Leo Fall, Jacques Offenbach und Johann Strauß setzten Zeichen. Martha Eggerth, Fritzi Massary, die Duse, Gustaf Gründgens und Richard Tauber gastierten hier ebenso wie die Pawlowa. St. Paulis berühmtestem Volkssänger, Heinrich „Hein" Köllisch, wurde ein Denkmal gesetzt, als man einen Platz im Herzen des Stadtteils nach ihm benannte. Und das St.-Pauli-Theater, wo die „Zitronenjette" mehr als 1000mal über die Bretter ging, besteht bereits seit 1841 als erfolgreiche Volksbühne.

Zum Schutz der vielen verbliebenen Bewohner, die zum großen Teil noch heute im Hafen und auf dem Fischmarkt arbeiten, wurde 1840 eine Polizeiwache eingerichtet. Der David-Wache, benannt nach der David-Straße, wurde von dem Regisseur und „Ehrenkommissar", Jürgen Roland, ein Filmdenkmal gesetzt.

Um 1900 dann wurde eine der Nebenstraßen mit einer übermannshohen Metallwand zur geschlossenen Wohnanlage für Prostituierte gemacht und nach einem unbekannten Herbert benannt. Wer berühmt war und ist und sich einen Namen in Politik und Kunst gemacht hat, kann im Panoptikum, einem Wachsfigurenkabinett, bestaunt werden. Von Stalin bis Freddy Quinn, dem „Jungen von St. Pauli", der die Washington-Bar berühmt gemacht hat, lächeln sie die Besucher aus starren Glasaugen an.

War vor zwanzig Jahren die Schöne im Schaumbad auf der Großen Freiheit der Gipfel der Frivolität, so wird dem Besucher 1983 der Sex knallhart – und wie Salambo-Chef Durand sagt, „künstlerisch" – serviert. Im „Zillertal" dagegen wird auch noch gejodelt wie eh und je. In St. Pauli kann jeder nach seiner Facon leben. Es ist Platz für viele bunde Paradiesvögel. Der Sänger Rainer Schöne wohnt hier mit seiner Frau und sagt: „Ich kann mit einem roten und einem grünen Sokken gehen und nachts um 2 'ne Erbsensuppe essen in der Kneipe."

St. Pauli erwartet zu seinem Geburtstag mindestens 40 000 auswärtige Besucher. Bis zum 6. November wollen sich Kirchen, Museen, Theater und Kinos vorbereitet haben. Straßenfeste, Feuerwerk, Umzüge und Konzerte zu Wasser und zu Land stehen auf dem Programm, das unter der Schirmherrschaft von Bürgermeister Klaus von Dohnanyi steht. Schließlich werden sich die alten St. Paulianer in den nächsten Wochen auch häufig selber begegnen – in den vielen alten Filmen in Kinos und Fernsehen.

Explodierte sowjetisches Raumschiff?

dpa, Washington

Die sowjetische Raumfahrt hat offenbar einen Rückschlag erlitten. Wie die „Washington Post" berichtete, soll am Dienstag der vergangenen Woche eine sowjetische Trägerrakete kurz vor dem Start auf einer Basis im asiatischen Teil der Sowjetunion explodiert sein. Wie das Blatt weiter berichtete, konnten sich die drei Kosmonauten, die sich zum Zeitpunkt der Explosion an Bord befanden, in Sicherheit bringen. Das Blatt stützt sich auf amerikanische Geheimdienstkreise. Danach wurde die „Sojus"-Raumkapsel bei der Explosion abgesprengt, landete aber sicher an einem Rettungsfallschirm. Ziel der Mission soll es gewesen sein, die drei Kosmonauten zu der sowjetischen Raumstation „Saljut-7" zu bringen. An Bord dieser Station befinden sich seit 96 Tagen die sowjetischen Kosmonauten Wladimir Ljakhow und Alexander Alexandrow. Die Sowjetunion hat bislang keine Stellungnahme abgegeben.

Busunglück: 47 Verletzte

dpa, Bonn

Bei einem schweren Busunglück wurden gestern auf einer Autobahn in Bonn 47 Menschen zum Teil schwer verletzt. Der Reisebus war laut Polizei auf der A 565 bei Lengsdorf auf regennasser Straße ins Schleudern geraten und umgestürzt. Der Reisebus befand sich auf der Rückfahrt aus Spanien.

Flughafen geschlossen

dpa, Stockholm

Rund 47 Jahre nach seiner Eröffnung ist der Stockholmer Flughafen Bromma am Wochenende geschlossen worden. Der innerschwedische wie auch der internationale Flugverkehr werden zukünftig vom Flughafen Arlanda aus abgewickelt, der 40 Autominuten nördlich von Stockholm liegt. Die Anwohner des nur wenige Kilometer vom Stadtzentrum entfernten Flughafens Bromma hatten sich wegen der Lärmbelästigung jahrelang für die Schließung des Platzes eingesetzt.

Hilft Contergan?

SAD, London

In Großbritannien wird wieder Contergan verschrieben – gut 20 Jahre nachdem das dort „Thalidomide" genannte Medikament Mißbildungen bei mehr als 400 Kindern verursacht hatte. Immunologen von der Universitätsklinik Nottingham berichten darüber im Fachblatt „British Medical Journal". Die Mediziner erzielten mit Contergan-Gaben angeblich ermutigende Erfolge bei der Behandlung des „Behcetschen Syndroms", einer äußerst schmerzhaften Geschwulsterkrankung der Mundhöhle und der Genitalien.

Hotelbrand: 7 Tote

rtr, Seoul

Bei einem Hotelbrand in der südkoreanischen Stadt Masan sind nach Angaben der Polizei gestern sieben Menschen ums Leben gekommen und 30 weitere verletzt worden. Die Feuerwehr brachte den Brand in dem Koryo-Hotel nach eineinhalbstündigen Löscharbeiten unter Kontrolle.

Rechen-Rekord

dpa, Hamburg

Der als Rechenkünstler bekannte Holländer Wim Klein (70) hat im Hamburger Forschungszentrum DESY (Deutsches Elektronensynchrotron) vermutlich einen neuen Weltrekord im Kopfrechnen aufgestellt. Im vollbesetzten Hörsaal zerlegt er eine vom Publikum ausgewählte vierstellige Zahl auf zehn verschiedene Arten in die Summe von vier Quadraten und braucht dafür nur 43,7 Sekunden.

75 Jahre Gefängnis

AP, Henrietta

Zu 75 Jahren Gefängnis ist von einem Gericht in der texanischen Stadt Henrietta der 47jährige Henry Lee Lucas verurteilt worden, der nach eigenem Geständnis insgesamt 150 Frauen umgebracht haben will. Verurteilt wurde er in nur einem Fall, wegen Mordes an einer 80 Jahre alten Frau aus Ringgold bei Henrietta im September 1982.

Blind gewandert

dpa, Baltimore

In 318 Tagen hat der blinde 36 Jahre alte Bill Morgan die USA von Osten nach Westen durchwandert und dabei rund 5800 Kilometer zurückgelegt. Präsident Ronald Reagan schickte ihm ein Glückwunschtelegramm, als Morgan am Wochenende an seinem Ziel in Baltimore (US-Bundesstaat Maryland) eintraf.

Millionen-Fang

AFP, Caracas

Die venezolanische Polizei hat in der Nacht zum Samstag 667 Kilo Kokain im Wert von 700 Millionen Dollar beschlagnahmt. Ein Sprecher erklärte, es handele sich dabei um die zweitgrößte Kokain-Menge, die jemals in der Welt sichergestellt worden sei. Über die näheren Umstände sagte er lediglich, der Fang sei Ergebnis einer jahrelangen Fahndung.

Ein trauriges Ende im Ewigen Eis

Das Seeamt verhandelt den Untergang der „Gotland II"

JÜRGEN DOBERT, Hamburg

Eine ebenso spektakuläre wie peinliche Schlappe aus der noch jungen Geschichte der deutschen Antarktis-Forschung wird heute vor dem Hamburger Seeamt aufgerollt: Der Untergang des Motorfrachters „Gotland II" (1055 BRT). Das zu Forschungszwekken am Südkontinent eingesetzte Schiff war am 18. Dezember 1981 von schwerem Preßeis zerdrückt worden und gesunken.

Die 43köpfige Besatzung, Seeleute und Wissenschaftler, konnte sich rechtzeitig mit Hilfe bordeigener Hubschrauber retten. Aber Schiff und wissenschaftliches Material im Wert von 12 Millionen Mark gingen verloren, die „Ganovex 2"-Expedition war beendet, noch ehe sie richtig begonnen hatte.

Wie kam es zum dem Unfall? Was ereignete sich an Bord der „Gotland II" wirklich? Waren falscher Ehrgeiz, Leichtsinn, zuviel Risiko-Bereitschaft bei zuwenig Erfahrung im Spiel gewesen?

Fragen, die das Seeamt heute versuchen muß zu ergründen. Fragen, mit denen die Unfalluntersuchungsbehörde allerdings schon vor einem Jahr in zweitägiger Verhandlung konfrontiert worden war. Doch das Bild, das die Expeditionsteilnehmer damals als Zeugen – die Schiffsführung auf der einen, die Wissenschaftler auf der anderen Seite – malten, war derart widersprüchlich, daß der Seeamtsdirektor die Verhandlung überraschend aussetzte, um weitere Zeugenvernehmungen und gutachterliche Ergänzungen einzuholen. Eine für deutsche Seeamtspraxis sehr ungewöhnliche Entscheidung.

Für Kapitän Ewald Brune (damals 30) und die MS „Gotland II" war es die zweite Fahrt in die größte Kältekammer der Erde gewesen. Schon während der 33tägigen Anreise von Neuseeland aus bereiteten ungünstige Eisverhältnisse Probleme. Mit zehntägiger Verspätung erreichte das Forschungsschiff schließlich am 16. Dezember die Yule-Bucht nahe Kap Adare am Eingang des Ross-Meeres. Die Wissenschaftler der Bundesanstalt für Geowissenschaften und Rohstoffe (BGR) aus Hannover – sie hatte die „Gotland II" gechartert – wollten von hier aus das Nord-Victoria-Land erkunden.

An der Festeiskante wird die „Gotland" vertäut, mit der Entladung begonnen. Doch am zweiten Tag schließt Packeis die bis dahin mehrere Kilometer breite eisfreie Rinne. Entgegen nautischer Erfahrung entschließt sich die Schiffsführung, an der Eiskante auszuhalten, anstatt in das treibende Packeis hineinzufahren. Genau dies wird der Expedition später zum Verhängnis. Am 18. Dezember geht die Gotland zu Bruch.

Die entscheidende Frage, weshalb das Schiff an der verhängnisvollen, unnachgiebigen Festeiskante blieb, beantwortete Kapitän Brune in der ersten Verhandlung. Er habe in einer schützenden Bucht gelegen, an der das Packeis zunächst vorbeigetrieben sei. Außerdem habe er befürchtet, auf in der Drift liegende Eisberge getrieben zu werden. Ganz anderer Meinung waren die Wissenschaftler: Sie bestritten in der ersten Verhandlung beides.

Die große Liebe führte hinter Gitter

Neun Jahre für Mordkomplotte in München und Augsburg

PETER SCHMALZ, München

Neun Jahre hinter Gitter sind der Preis, den Liebespaare vor Gericht zu zahlen haben, die einen störenden Ehepartner auf Nimmerwiedersehen aus dem Weg räumen wollen, dabei scheitern und des Verbrechens des Mordversuchs überführt werden. Dabei ist unerheblich, ob sie für die Tat einen Killer engagiert haben oder selbst zupacken. Soviel jedenfalls zeigt ein Vergleich der beiden Mordkomplott-Verfahren in München und Augsburg, die nahezu zeitgleich zum gleichen Sujet geführt wurden (WELT v. 21. 9.).

Beide Male war es der Ehemann, der einer großen Liebe im Wege stand und dessen Leben daher in höchster Gefahr schwebte. Daß beide Männer dennoch als Zeugen vor Gericht geladen werden konnten, verdanken sie in beiden Fällen wohl der dilettantischen Tatausführung.

„Ich wollte meinen Mann auf keinen Fall umbringen", weinte die 39jährige Hannelore Epp vor den Augsburger Richtern. Aber sie hatte gemeinsam mit ihrem Geliebten Heinrich Mundo (42), dem sie noch auf der Anklagebank zärtlich die Hand drückte, ihrem Ehemann, einen erfolgreichen Bauunternehmer, einen Ätherbausch vors Gesicht gedrückt, ihn gefesselt und in seinem Wagen zu einem Weiher gefahren, wo er – ohne Fesseln und auf den Fahrersitz gehievt – samt Auto im Wasser versenkt werden sollte. Nur die Reaktionsfähigkeit des Mannes, der nicht betäubt war, sich aber bewußtlos stellte, rettete ihm das Leben. Die Aussage Mundos, er hätte den Mann aus dem versinkenden Wagen gezogen, legte das Gericht unter der Rubrik „Kuriose Entlastungszitate" ab. Das Urteil für beide: je neun Jahre.

Das Pärchen im Münchner Schwurgerichtssaal wollte sich die Hände sauber halten. Nach einem Partnertausch, von dem nach wenigen Wochen nur noch die heiße Liebe zwischen der blonden Kinderkrankenschwester Dagmar Eßberger (30) und dem 44jährigen Hanno Weber aus Nordrhein-Westfalen übrig geblieben war, wollten sie nicht selbst gegen Dagmars Ehemann vorgehen. Nachdem Dagmar den Freund gedrängt hatte „Schaff' mir den Sigi vom Hals", fand dieser den 42jährigen Kellner Rolf Seidel, der für eine Anzahlung von 5000 und der Aussicht auf weitere 10 000 Mark einen Revolver nahm und zweimal auf den Ehemann schoß. Ein Projektil verfehlte sein Opfer und das Kaliber vier Millimeter war so schwach, daß die zweite Kugel hinter dem Ohr stecken blieb, ohne bedrohliche Verletzungen zu verursachen.

Deutlich artikulierte das Gericht, es sehe die Hauptschuld bei den Anstiftern. „Die beabsichtigte Tötung des Ehepartners, um ihn aus dem Weg zu schaffen", meinte Richter Hans-Joachim Brüning bei der Urteilsverkündung, „steht auf der niedrigsten und verachtenswertesten menschlichen Stufe." Das Urteil: dreimal neun Jahre. Ihr Verteidiger will Revision einlegen, damit die Frau möglichst bald zu ihrem Ehemann zurückkehren kann. Denn dieser hat ihr den Mordanschlag verziehen.

Über Münchens Laufstege zieht der Sommer

Bei der 48. Mode-Woche dominiert die „neue Sachlichkeit"

R. M. BORNGÄSSER, München

Seit gestern ist das Münchner Mode-Karussell wieder im Schwung. „München macht Mode" heißt es bis zum 6. Oktober zum 48. Mal. Mit 5700 Kollektionen gehen die aus aller Welt angereisten 1495 Aussteller ins Mode-Rennen. Eine Welle von Mannequins, Top-Girls aus New York und Rom, fegt über die Laufstege. Österreich führt mit 125 Ausstellern die Liste der Auslandsbeteiligungen, gefolgt von Italien und Frankreich.

Und die bayerische Metropole feiert die Mode für den nächsten Frühling und Sommer. Fahnen knattern im milden Oktoberwind, Schaufenster quellen über von Luxusdekorationen, Restaurants und Bars sind überfüllt, und die Gesichter der Taxifahrer strahlen: Sie rollen ihrer schönsten Zeit entgegen. 50 000 Einkäufer werden erwartet. Die großen Hotels haben sich in reine Mode-Silos verwandelt, in denen mehr französisch und italienisch als deutsch gesprochen wird. Selbst ein Teil der „New York Times"-Redaktion jetete nach München, um einen Empfang zur Mode-Woche zu geben. Aus Paris eilte Louis Feraud an die Isar, um hier seine Couture-Schau zu präsentieren. „Mittelmaß ist nicht gefragt, wenn die Mittel knapp sind", philosophiert Deutschlands Lieblings-Modemacher Manfred Schneider, und zeigte in einer wild beklatschten Schau seine modischen Sommerfreuden.

Krisenzeiten klären nun mal Markt und Geschmack, machen deutlich, wofür Kundinnen bereit sind, Geld auszugeben. Der Luxus gibt sich entsprechend einfach, aber doch raffiniert. Klar und konsequent zeigt sich die Linienführung der Mode Frühjahr/Sommer 1984 unter dem Motto „Neue Sachlichkeit". Basisgarderobe ist und bleibt das Kostüm. Die Jakken sind geradlinig mit raffinierten Überproportionen bei betonten Schultern, wadenlange, vor allem enge Röcke dazu. Zum großen Renner avancieren in der kommenden warmen Saison die Mantelkleider.

Die neuen Vielgeliebten – die Hosen bleiben nach wie vor en vogue –, zeichnen sich durch verschiedene Längen aus. Hier spielen in einem herausragenden Maße „Maritim", „Abenteuer" und vor allem das Fernöstliche (allerdings gemäßigt) eine Rolle. Hosen in bequemen Bundweiten-Lösungen, in weichem Bundfaltenspiel bis hin zu Krempelshorts und Bermudas. Auch bei den Mänteln zeigt sich die großzügige Linienführung, vor allem bei den klassischen Trenchcoats. Tief plazierte Ärmeleinsätze unterstreichen lässige Weite neuer Trench-Formen.

Empfiehlt man tagsüber vor allem Sachlichkeit, entfaltet sich in der Dämmerung erst Phantasie, darf es romantisch sein und diesmal vor allem exotisch. Dazu wagt man auch einen Rückblick auf die Geborgenheit und den Optimismus der „goldenen Fifties". Zum Frühjahr und Sommer kommt auch wieder Farbe in die Mode: Strahler sind Rot, Pink, Grün, Türkis und Royal, gemischt mit viel Schwarz. Zu sanfteren Farben gehören: Oliv, Beiqe, Zimt, Schlamm, Kitt und Honig.

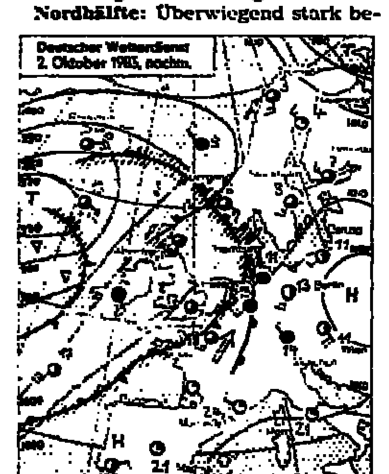
WETTER: Regen und Sonne

Wetterlage: Während der Norden Deutschlands von Tiefausläufern gestreift wird, setzt sich im Süden wieder Hochdruckeinfluß durch.

Vorhersage für Montag:

Nordhälfte: Überwiegend stark bewölkt und zeitweise Regen, vor allem in Niedersachsen und Schleswig-Holstein. Höchsttemperaturen 16 bis 18 Grad C. Tiefstwerte um 12 Grad C. Mäßiger Wind aus Südwest.

Südhälfte: In NRW und Nordhessen noch meist stärker bewölkt, aber nur strichweise etwas Niederschlag. In den Gebieten südlich des Mains wolkig mit zunehmenden Aufheiterungen und niederschlagsfrei. Tageshöchsttemperaturen 18 bis 22 Grad C. Nachts Abkühlung auf 11 bis 8 Grad C. Schwacher Wind aus Südwest.



Weitere Aussichten:

In Norddeutschland weiter unbeständig, in Süddeutschland freundlich und warm.

Temperaturen am Sonntag, 13 Uhr:

Berlin	13°	Kairo	29°
Bonn	17°	Kopenh.	9°
Dresden	13°	Las Palmas	24°
Essen	15°	London	17°
Frankfurt	13°	Madrid	21°
Hamburg	11°	Mailand	17°
List/Sylt	13°	Mallorca	30°
München	14°	Moskau	5°
Stuttgart	14°	Nizza	23°
Algier	24°	Oslo	8°
Amsterdam	17°	Paris	18°
Athen	19°	Prag	12°
Barcelona	25°	Rom	21°
Brüssel	18°	Stockholm	8°
Budapest	13°	Tel Aviv	27°
Bukarest	12°	Tunis	19°
Helsinki	7°	Wien	11°
Istanbul	26°	Zürich	16°

*Sonnenaufgang am Dienstag: 6.35 Uhr, Untergang: 17.57 Uhr, Mondaufgang: 1.42 Uhr, Untergang: 17.15 Uhr. * in MEZ, zentraler Ort Kassel.

Im Indianerland waren die Deutschen willkommen

WOLFGANG WILL, New York

In diesen Tagen, da die Feiern des dreihundertsten Jahrestages der ersten deutschen Einwanderung mit dem Besuch des Bundespräsidenten in den USA ihren Höhepunkt erreichen, fällt auch ein Licht auf das deutsch-indianische Verhältnis: Auch Deutsche und Indianer verbindet eine lange Freundschaft und Zuneigung.

Da war etwa jene denkwürdige Begegnung des Jahres 1709 in London. Dort warteten damals etwa 13 000 Pfälzer auf die Genehmigung, in die britischen Kolonien, nach Amerika, auswandern zu dürfen. Sie waren in England nicht besonders gern gesehen, denn sie waren arm, hatten ihre von Pest und Krieg und Mißernten heimgesuchte Heimat verlassen, verarmten aber in London, in Flüchtlingslagern vor den Toren der Stadt untergebracht, immer mehr.

Als eine Art Kuriosum hielt sich in dieser Zeit eine Indianer-Delegation in London auf, aus den amerikanischen Kolonien dorthin entsandt. Es war ein Zufall, daß die Rothäute mit den darbenden, verzweifelten Deutschen zusammentrafen und von deren Schicksal erfuhren. Die britische Krone hatte die Auswanderungswilligen zurückgehalten, um ihnen kein Land in den Kolonien überlassen zu müssen. Das Flüchtlingselend vor Augen, boten die Indianer den Pfälzern spontan eigenes Land, und zwar in einer „Schoharie" genannten Region nördlich New Yorks. Dagegen hatte die britische Krone keine Einwände, und unter diesen Umständen gab sie den Deutschen das Siedlungsrecht.

In der Neuen Welt angekommen, gründeten die Deutschen „New Paltz", die „Neue Pfalz", ein noch heute sehr reizvolles Städtchen im Mohawk-Tal. Aus Dankbarkeit den Indianern gegenüber, denen sie ihre neue Heimat verdankten, teilten die Deutschen ihre Ernten mit den Rothäuten, betreuten sie medizinisch, heirateten in Mohikanerfamilien ein. Bis heute ist das in der Erinnerung vieler Mohikaner geblieben.

Die Deutschen allerdings, die da „New Paltz" gründeten, waren eine „kleine Gesellschaft": Von den 13 000 in London wartenden Pfälzern hatten nur 3000 die Ausreisepapiere erhalten, und deren Atlantik-Überquerung in zehn Schiffen wurde zum Alptraum: Die „Herbert" kenterte vor New York. Die Zahl der Todesopfer ist unbekannt geblieben, muß aber sehr hoch gewesen sein. Auf den anderen Schiffen starben wenigstens 470 Deutsche während der Überfahrt, und weitere 250 kamen unmittelbar nach der Ankunft um.

Aber jene, die die Strapazen der Überfahrt überstanden, fanden nördlich von New York, im Indianerland, ein Land vor, das an die Pfalz erinnert. Conrad Weiser, Sohn eines der eingewanderten Pfälzer, hatte den Mohikaner-Häuptling Quagnant kennengelernt. Die Lebensart des Indianers und seines Stammes faszinierten den Deutschen: Er zog zu den Indianern, lebte lange bei ihnen, erlernte ihre Sprache, wurde in den Stamm aufgenommen. Damit machte er sich bei den britischen Kolonialbehörden verdächtig und wurde eine Zeitlang unter Beobachtung gestellt.

So sind jedoch eine ganze Reihe von engen Kontakten zwischen Deutschen und Indianern dokumentiert. Peter Minuit, aus dem rheinischen Wesel stammender Protestant, und Johann Prinz von Buchau waren im 17. Jahrhundert die ersten namhaften Deutschen, die sich friedlich und verständnisvoll mit den Indianern trafen.

In Pennsylvania freundeten sich deutsche Mennoniten mit den Indianerstämmen der Conestoga und Ming an, wirkten missionarisch und gründeten das Indianerdorf „Gnadenhütten". Ein deutscher Siedler namens Johann Salling wird von Professor Albert Bernhard Faust („The German Element in the United States", 1909 in New York erschienen) als „deutsche Rothaut" bezeichnet: Er erhielt von den Cherokee den Namen „Menu" (der Stille). Er kämpfte mit „seinen" Cherokees gegen die Franzosen, von denen er 1742 gefangengenommen und nach Kanada verschleppt wurde.

In Pennsylvania war um 1764 eine Anzahl deutscher Siedler von Indianern gefangengenommen worden, darunter einige Frauen und Kinder. Sie blieben mehrere Monate bei den Indianern, und als auf dem Verhandlungswege endlich ihre Freilassung erreicht worden war, weigerten sich nicht wenige, zu den Weißen zurückzukehren – „so sehr hatten sie sich mit den Indianern angefreundet", heißt es bei Professor Faust, „hatten sie sich an das Indianische gewöhnt". (SAD)

ZU GUTER LETZT

In Spanien muß die Einrichtung neuer Taubenschläge neuerdings vom Verteidigungsministerium genehmigt werden. Der Besitz, die Zucht und die Abrichtung von Brieftauben stehen seit der Verkündung im Staatsanzeiger am Wochenende unter militärischer Aufsicht. Begründung: Brieftauben seien von militärischem Nutzen und ihr Mißbrauch könne eine Gefährdung der nationalen Sicherheit darstellen.





DEUTSCH-AMERIKANISCHE FREUNDSCHAFT

Heute beginnt Bundespräsident Karl Carstens seine USA-Reise, bewegt sich damit auf den Spuren der ersten 13 deutschen Familien, die vor 300 Jahren aus Krefeld nach Germantown, Philadelphia, kamen. Mehr als 7 Millionen deutsche Einwanderer folgten ihnen nach, schufen tiefe Verbindungen, die es heute trotz mancher politischen Gegensätze zu bewahren und festigen gilt.



Ubi libertas, ibi patria

Von THOMAS KIELINGER

Sind Bündnisse dazu da, gefeiert zu werden? Der politische Verstand, der gerne de Gaulles Ausspruch folgt, daß Nationen keine Freunde, sondern Interessen haben, zögert. Er schaut auf die Landschaft der deutsch-amerikanischen Beziehungen, sieht allenhalben den Geist des Protests und der Abweichung, der Zweifel und der Ignoranz, und er folgert: Bündnisse wollen weniger gefeiert, sie wollen besser verstanden, gewürdigt werden.

In der Tat verdankt sich ein großer Teil des Programms, wie es seit Monaten schon zum Gedenken der 300 Jahre deutscher Einwanderung in Amerika vor unseren Augen abläuft, nicht den Plänen professioneller Festredner. Er entstammt vielmehr den Sorgen deutscher Regierungspolitiker, die sich im April 1981 zu einer Klausurtagung trafen und feststellten, „daß es der ständigen Anstrengung aller Beteiligten bedarf, um die Grundlagen der deutsch-amerikanischen Gemeinsamkeit zu erhalten", wie Staatssekretär Berndt von Staden einmal schrieb („Das Parlament", 2. 4. 83). Von Staden darf sich im übrigen, wie sein Pendant in der amerikanischen Administration, Richard Burt, „Koordinator für deutsch-amerikanische Beziehungen" nennen.

Ständige Anstrengung. Koordinator für deutsch-amerikanische Beziehungen. Das sind keine Vokabeln aus dem Liebesleben der Nationen. Es sind die korrekten Hinweise auf den Zustand einer Freundschaft, die dringend der Überholung, der Erneuerung bedarf, soll sie nicht sogar unter die wohlerwogene Ebene des Interesses, soll sie nicht in Desinteresse und Fremdheit absinken.

Daß dies so scharf im Frühjahr 1981 gesehen wurde, überrascht in der Rückschau überhaupt nicht. Wir hatten uns kaum von 1980 erholt, dem *Jahr der beiden Wahlkämpfe in der* Bundesrepublik und den USA, dem Jahr des strategischen Streits um die Nach-Afghanistan-Sanktionen, als der Terminus „die beiden Supermächte" Eingang fand in die seriöse politische Debatte in der Bundesrepublik, so, als stünden wir außerhalb des Bühnengeschehens und rezensierten unterschiedsneutral die Hauptdarsteller und ihre angeblich vergleichbare Bedrohlichkeit.

Auch aus den USA kamen *widersprüchliche Signale. Dem Wahlsieg* Reagans, mit allen Begleiterscheinungen eines wieder zu sich selbst findenden Amerika, folgten mehrere wenig überlegte öffentliche Äußerungen der neuen Administration, die selbst Kennern Amerikas das Kopfschütteln beibrachten. Wenn nichts sonst, so offenbarten jene Jahre eher Unempfindlichkeit gegenüber dem Partner auf der anderen Seite des Atlantik als intime Vertrautheit miteinander.

Daß diese Vertrautheit nach 38 Jahren eines gemeinsam zurückgelegten Wegs nicht mehr selbstverständlich ist, gehört zu den paradoxen Aspekten der deutsch-amerikanischen Beziehungen. Man sollte meinen, Nuancenverständnis und Kennerschaft wächst mit den Jahren eher, statt abzunehmen. Es ist aber nicht so. Die Politik, auch wenn sie sich auf das Interesse als den Bindestoff der internationalen Beziehungen beruft, wird von Personen und Persönlichkeiten geprägt. *Das* ist unser Schicksal. Die Generation, die nach dem Zweiten Weltkrieg Brücken über den Atlantik baute, in beide Richtungen, tritt ab, wenn sie nicht schon von der Bildfläche verschwunden ist. Sie besaß Vision, sie hatte das Glück des Anfangs, sie weckte Vertrauen, war persönlich engagiert.

Nachgerückt ist eine Etage geschulter, doch wenig inspirierter Fachleute, die, von Tagesterminen gejagt, häufig kaum über den eigenen Tellerrand hinwegschaut. Vielleicht hängt das damit zusammen, daß in Zeiten öffentlich debattierter Kernfragen der Allianz die langfristigen Perspektien leichter verlorengehen. Regierungspolitiker finden sich vollauf damit beschäftigt, die Kernwaffenstrategie im eigenen Lager zu verteidigen. Die Bonner Opposition gar ist dabei, den einmal erreichten Konsens aufzukündigen. Das alles verdrängt die zentrale Debatte um die Natur der Bedrohung, gegen die das Bündnis überhaupt angetreten ist. Was bleibt da noch für die Wahrnehmung der deutsch-amerikanischen Wert- und Interessengemeinschaft?

Zunächst die Geschichte. Die Befruchtung Amerikas mit deutschen Einflüssen, aufgenommen in 300 Jahren der Einwanderung, ist ein bleibendes Dokument zivilisatorischen Austauschs. Von der amerikanischen Musikkultur über die Architektur des Landes, von der Gründung der „graduate schools", den höheren *Ausbildungs- und Forschungsstätten*, bis zum reformerischen Bodensatz der amerikanischen Gesellschaft: Die Deutschen haben der Neuen Welt eine eigene, unverwechselbare Note mitgegeben.

Sie gaben dabei schon früh einem gelegentlichen Hang zum Belehren und Predigen nach – nicht unbedingt eine Quelle der Beliebtheit, wie wir aus neuester Zeit noch besser wissen. Schon die ersten mennonitischen Siedler in Pennsylvania taten sich hervor durch besonders laute Verdammungen der Sklavenhaltung. Hundert Jahre später kämpften die Salzburger Protestanten, kaum im sicheren amerikanischen Hafen angekommen, in Georgia für die Einrichtung von Obdachlosenheimen und Negerasylen. Carl Follen, erster Professor für Deutsch an der Universität Harvard, brachte sich 1836 um die Verlängerung seines Lehrauftrags, als er die Mauer der Vorurteile zum Thema Sklaverei allzu direkt anging.

„Nun, das Eintreten für Ideale, gerade wenn die Realitäten feindlich sind, muß nicht als die schlechteste Morgengabe deutscher Einwanderer an ihre neue Heimat gewertet werden. Es hat sich ein guter Teil davon im amerikanischen Charakter erhalten. Überhaupt gilt hier, was Benjamin Franklin in tiefem Scherz behauptete: „Amerika kultiviert am besten, was Deutschland hervorbringt." Wo die Freiheit der Rede und der offene Markt lockten, konnten sich Drang und Talent entfalten wie epochenlang nicht in der alten, zurückgelassenen Heimat. Ubi libertas, ibi patria.

Hinzu kam die Chance der Multiplikation des Resultats: In Amerika, mit seinem Projektionsrahmen, der erst einen Kontinent, dann die ganze Welt umfassen sollte, konnte und kann sich individueller Ehrgeiz leicht über die bescheideneren Mittel seiner Herkunft hinwegheben und dem Land seiner Adoption buchstäblich *große Dienste leisten*. Wernher von Braun machte die USA zur Weltraumnation, Henry Kissinger setzte Maßstäbe der Diplomatie.

Wenn es wahr ist, daß die deutschen Einwanderer dem amerikanischen Gemeinwesen wertvolle Webmuster hinzufügten, so ist ebenso wahr, daß Amerika in einem einmaligen historischen Augenblick seine Schuld dreifach zurückzahlte (und das ausgerechnet einem besiegten Deutschland): Durch den Marshal-Plan, der die Grundlage unserer wirtschaftlichen Erholung legte; durch das Geschenk der demokratischen Institutionen; durch die Übernahme der Verantwortung für unsere Sicherheit, unser Überleben.

Doch ist die Welt ringsum, in die diese Konstanten eingebettet sind, nicht stehengeblieben. Eine neue Generation von Deutschen, obzwar allen Umfragen zufolge treu der NATO und dem Bündnis mit Amerika ergeben, durchschaut oder versteht nicht mehr die praktischen Schritte, die das Bündnis zu seiner eigenen Stärkung unternehmen muß. An der Nuklearfrage scheiden sich nicht nur die Geister; an ihr wird auch klar, wie leichtfertig wir in den vergangenen drei Jahrzehnten der billigsten Form der Abschreckung, der atomaren, vertraut haben, zum Schaden unserer konventionellen Stärke und zum Schaden des inneren Gleichgewichts großer Teile der westdeutschen Bevölkerung.

Hinzu kommt, daß die Ära eindeutiger amerikanischer militärischer Überlegenheit lange zu Ende ist. Aber auch die Phase der Parität droht, zumindest in Europa, unter sowjetischem Rüstungsdruck schon wieder verschoben zu werden, und bestimmt nicht zu unseren Gunsten. Das zehrt an den Nerven, wie Margaret Thatcher gerade in diesen Tagen in Washington zugab, doch „dürfen wir gerade unter diesem Druck nicht nachgeben". Mehr denn je braucht Amerika einen klar definierten und präsentierten deutschen politischen Willen, damit seine eigene Führungsqualität nicht leidet. Für beide Seiten gilt: Unsicherheit steckt an, wie aus dem unseligen Debakel um die Neutronenwaffe nur allzugut in Erinnerung ist.

Zu einem großen Teil geht Unsicherheit auf mangelndes Einschätzungsvermögen zurück: Man besitzt – trotz der Heerscharen von Experten, *die da überall herumlaufen* – keine rechte Lesart mehr von den inneren Instinkten seines transatlantischen Partners. Wir in Deutschland müssen aufpassen, die Fermentierung, die im amerikanischen politischen System am Werk ist, und die sich in der raschen Abfolge der Administrationen in den letzten zwanzig Jahren manifestiert hat, gleich mit Diskontinuität und Unverläßlichkeit zu verwechseln.

Die Amerikaner ihrerseits müssen *begreifen, daß der Ausbau eigenen* politischen Bewegungsraums für Bonn unerläßlich ist, und daß die Arbeit daran nicht als Frage der Emanzipation von den USA oder als „Nationalismus" mißverstanden werden sollte. Auch rückt die Rolle der Wirtschaft als Faktor der Verständigung oder der Zwietracht immer mehr ins Zentrum der Debatte. Das bekommt Washington gerade in diesen Wochen des lastenden US-Haushaltsdefizits von allen Seiten – nicht nur aus Europa – zu hören.

Über allem bleibt für uns wichtig, nie das amerikanische Engagement in Europa für selbstverständlich zu nehmen. Die Amerikaner, so formulierte es treffend James Schlesinger, der ehemalige US-Verteidigungsminister, *auf einer Tagung des Woodrow* Wilson International Center in Washington, „sind nicht in Europa, weil sie etwas über Gleichgewichtspolitik gelernt haben, sondern weil sie die Europäer und ihr System für wert erachten, beschützt zu werden".

UNSER MANN IN WASHINGTON / Peter Hermes

Bild intensiver, enger Beziehungen

Von PETER HERMES

Mit dieser Sonderbeilage leistet die WELT einen besonderen Beitrag zu der Fülle an Berichten und Meldungen, die in den vergangenen Monaten aus Anlaß der 300-Jahr-Feier des Beginns der deutschen Einwanderungen nach Nordamerika in deutschen Zeitungen erschienen sind. Von der Ankunft der ersten dreizehn Krefelder Familien in Philadelphia am 6. Oktober 1683 und der Gründung von Germantown in Pennsylvania angefangen, wurden die Spuren deutscher Einwanderer durch die Staaten des Mittleren Westens, die im 19. Jahrhundert das Hauptsiedlungsgebiet der Deutschen bildeten, quer über den Kontinent bis zum Flat Head Valley in Montana, bis New Braunfels und Fredericksburg in Texas und bis Los Angeles in Kalifornien verfolgt.

Auch in Deutschland wurden die Archive durchkämmt und viele vergessene Auswandererschicksale in Erinnerung gerufen. Insgesamt ergibt sich so ein Bild der Beziehungen zwischen dem amerikanischen und dem deutschen Volk, wie sie sich intensiver und besser kaum vorstellen lassen.

Die Hunderte von Veranstaltungen zur 300-Jahr-Feier, die in der Bundesrepublik Deutschland und in den Vereinigten Staaten stattfinden, bieten Gelegenheit, diesen reichen Fundus an Gemeinsamkeiten und an gegenseitigen fruchtbaren Beeinflussungen der breiten Öffentlichkeit bewußt zu machen. Seit hundert Jahren, als im Jahre 1883 die 200-Jahr-Feier des Beginns der deutschen Einwanderung in Amerika überall im Lande mit Festlichkeiten begangen wurde, hat der Beitrag der deutschen Einwanderer zur Entwicklung Amerikas und die Breite der deutsch-amerikanischen Gemeinsamkeiten nicht mehr soviel Aufmerksamkeit gefunden wie in diesem Jahr. Dieses erhöhte Interesse und das sich daraus ergebende vermehrte Wissen um die gemeinsamen Traditionen, Werte und Ideale, auf denen unsere heutigen Gesellschaften aufbauen, gilt es, für die Lösung zukünftiger gemeinsamer Aufgaben nutzbar zu machen.

Dabei können wir aufbauen auf den engen und partnerschaftlichen Beziehungen, die sich in den 34 Jahren seit der Gründung der Bundesrepublik



Im Dienst der Freiheit, Botschafter Peter Hermes FOTO: DPA

Deutschland zwischen unseren Staaten entwickelt haben: die politische Konsultation und Zusammenarbeit ist eng und vertrauensvoll; im Rahmen des atlantischen Bündnisses leisten die amerikanischen Streitkräfte und die Bundeswehr gemeinsam ihren Dienst zur Sicherung des Friedens in Freiheit; im wirtschaftlichen Bereich sind die USA unser bedeutendster Partner außerhalb der Europäischen Gemeinschaft; der kulturelle Austausch deckt alle Aspekte, die im Partnerland interessieren, ab.

Wichtiger aber als diese guten offiziellen Beziehungen ist die Freundschaft, in der sich unser Volk dem amerikanischen Volk verbunden weiß. Möge die 300-Jahr-Feier dazu beitragen, dieses Gefühl der Zusammengehörigkeit weiter zu vertiefen.

ATLANTIK-BRÜCKE / Wie ein Who is Who beider Länder

Arbeit an der Partnerschaft ist nicht nur eine Regierungs-Sache

Von WALTER STAHL

Das Mitgliedsverzeichnis der Atlantik-Brücke lese sich wie ein „Who is who" des öffentlichen Lebens, von A, wie Hans Apel, bis Z, wie Joachim Zahn, stellte eine führende deutsche Zeitung einmal fest. In der Tat dürfte es in der Bundesrepublik kaum eine zweite Vereinigung geben, die unter ihren nur rund 150 Mitgliedern sich so vieler national und international bekannter Persönlichkeiten rühmen kann. Es sind Männer und Frauen aus Politik und Wirtschaft, aus Gewerkschaften und Verbänden, aus Administration und Diplomatie, aus Stiftungen, aus Forschung und Lehre, den Medien und dem kulturellen Leben, die an verantwortlicher Stelle die Geschicke unseres Landes im innern und nach außen mitgestalten.

In der überparteilichen Atlantik-Brücke repräsentieren ihre Mitglieder politische Richtungen von weit links bis weit rechts, aber zweierlei haben sie gemeinsam: Sie stehen auf dem Boden der parlamentarischen Demokratie, und sie haben, jeder für sich, eine besondere Beziehung zu Amerika. Auch waren und bleiben sie überzeugt, daß die Sicherheit und das Wohlergehen der Bundesrepublik Deutschland auf ihrer festen Verankerung im Westen und auf der deutsch-europäischen Partnerschaft mit den Vereinigten Staaten beruht. Und die Mitglieder sind bereit und willens, hierfür etwas zu tun! Denn die Arbeit auf diesem Feld, so meinen sie, sollte nicht nur den Regierungen und den Parlamenten überlassen bleiben.

Mit ihrem Einfluß, mit ihren Ideen und nicht zuletzt auch mit namhaften finanziellen Beiträgen – die Atlantik-Brücke ist eine private, auch finanziell unabhängige Organisation – ermöglichen die Mitglieder der Atlantik-Brücke das in Namen und Satzung erklärte Ziel zu verwirklichen: Sie soll eine Brücke des Goodwill und des besseren gegenseitigen Verständnisses über den Atlantik schlagen.

Seit 1959 hat die Atlantik-Brücke große deutsch-amerikanische Konferenzen in zweijährigem Wechsel in der Bundesrepublik und in den USA gemeinsam mit ihrer Schwesterorganisation, dem American Council on Germany, durchgeführt. Nicht selten konnten wir mit unseren amerikanischen Freunden in freier, gelegentlich harter Diskussion, im Vorfeld politischer Beschlüsse einiges zur Konfliktdämpfung oder sogar zur Korrektur eines Kollosionskurses beitragen. Diese High-Level-Konferenzen waren viele Jahre der Glanzpunkt im Arbeitsprogramm der Atlantik-Brücke, das u. a. Deutschland-Seminare für amerikanische Offiziere und für amerikanische und kanadische Lehrer, Young-Leaders-Konferenzen, ad-hoc Veranstaltungen und Initiativen und eine Fülle weitverbreiteter und vielgelesener Publikationen in englischer Sprache umfaßte. In den letzten Jahren sind noch weitere wichtige Projekte und ein Bonner Büro unter Leitung des stellvertretenden Vorsitzenden hinzugekommen. Der Schwerpunkt der Aktivitäten wurde zunehmend in die Bundeshauptstadt verlagert.

Heute ist die Atlantik-Brücke und ebenso der American Council (unter John J. McCloy, Richard Hunt und David Klein) in den Worten seines Mitglieds Helmut Schmidt „ein integraler Bestandteil der deutsch-amerikanischen Beziehungen, und die Geschichte dieser beiden Organisationen ist ein Teil der Geschichte der deutsch-amerikanischen Beziehungen".

Doch wie hat alles vor nunmehr drei Jahrzehnten angefangen?

Es begann mit Gesprächen und Überlegungen einiger verantwortungsbewußter Bürger beiderseits des Atlantiks. Eric Warburg und Christopher Emmet, Gräfin Marion Dönhoff und Erik Blumenfeld machten sich schon 1949 Gedanken, wie die junge deutsche Demokratie gefestigt und wieder in die Familie der westlichen Nationen eingegliedert werden könnte. 1951 stießen Hans Karl von Borries, Ernst Friedlaender und Gotthard Freiherr von Falkenhausen hinzu. Der Verfasser des Beitrages wurde als Geschäftsführer gewonnen und am 1. März 1952 nahm die Atlantik-Brücke in Hamburg ihre Arbeit auf. Ihr erster Präsident war der Journalist Ernst Friedlaender, ihm folgte der Universitätsprofessor Arnold Bergstraesser, dann wählten die Mitglieder den Bankier Gotthard Freiherr von Falkenhausen.

Nach neun Jahren löste der Unternehmer Casimir Prinz Wittgenstein den heutigen Ehrenpräsidenten ab. Seit 1978 sitzt dem Vorstand der Atlantik-Brücke Bundesbankpräsident i. R. Karl Klasen vor, unterstützt von seinem Stellvertreter, Peter Pechel, dem Leiter des Bonner Büros, dem Geschäftsführenden Vorstandsmitglied Walter Stahl (seit Juni 1983 Berater), dem Schatzmeister Erik Blumenfeld und den Vorstandsmitgliedern Beate Lindemann (Programmdirektor), Friedrich Bechtle, Kurt Birrenbach, Peter Corterier, Wilhelm G. Grewe, Karl Kaiser, Erwin Kristoffersen, W. Alexander Menne, Arend Oetker, Casimir Prinz Wittgenstein und last not least die Redakteurin und Leiterin der Hamburger Geschäftsstelle, Irmgard Burmeister.

In den ersten 15 Jahren lag das Schwergewicht der Arbeit auf der Erhellung des Deutschlandbildes in den USA – in dem Versuch also, die ständige Antwort der Repräsentanten der amerikanischen Schutzmacht zu beantworten: Have the Germans learned their lesson? Will it happen again?

Heute, 31 Jahre nach Gründung der Atlantik-Brücke und 38 Jahre nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges, steht die Kohäsion des Bündnisses im Mittelpunkt der Arbeit. Die Gewichte zwischen Europa und USA und auch zwischen Amerika und seinem wichtigsten Verbündeten, der Bundesrepublik, haben sich verschoben. Das spiegelt sich auch in dem zur Zeit bedeutsamsten Projekt der Atlantik-Brücke „Joint Working Groups", das sind kleine Arbeitsgruppen, in denen hochrangige und einflußreiche Experten zusammenwirken.

Verstärkt nimmt sich die Atlantik-Brücke und der American Council der jüngeren Generation an. Regelmäßige Seminare und Konferenzen für „Young Leaders", von 25 bis 35 Jahren, und Männer und Frauen der „Successor Generation", von 35 bis 45 Jahren nebst einer entsprechenden Nacharbeit schaffen über die Jahre ein Reservoir von befreundeten Führungskräften beiderseits des Atlantiks. Journalistenprogramme, Vortragsreisen und anderes werden in Kooperation mit befreundeten Instituten arrangiert. Die Pflege guter Beziehungen zu den in der Bundesrepublik stationierten amerikanischen Soldaten bleibt ein Anliegen der Atlantik-Brücke.

Fazit: Die Probleme sind heute viel schwieriger als vor 20 oder 30 Jahren. Aber die Grundtatsachen der deutsch-amerikanischen Partnerschaft haben sich nicht geändert.

OUR MAN IN BONN / Arthur F. Burns

Identität mit den kühnen Einwanderern

Von ARTHUR F. BURNS

Anläßlich des dreihundertsten Jahrestages der Landung der ersten deutschen Einwanderer in Amerika begrüße ich die Gelegenheit, durch diese Sonderausgabe die herzlichsten Grüße des amerikanischen Volkes zu übermitteln.

Den ersten 13 deutschen Familien, die im Oktober 1683 aus Krefeld eintrafen, folgten in den nächsten 300 Jahren rund sieben Millionen weitere Deutsche. Es waren Bauern und Glücksritter, Wissenschaftler und Sozialreformer, Künstler und Kaufleute – Männer und Frauen mit großen und vielfältigen Talenten. Sie brachten jene Mischung aus schöpferischer Kraft, Stärke und Entschlossenheit ein, die dazu beigetragen hat, mein Land zu dem zu machen, was es heute ist.

Sie hatten es nicht leicht. Es ist niemals leicht, seine Heimat zu verlassen und in einem fremden Land mit einer neuen Sprache einen Neuanfang zu machen. Sie schafften es, und wir sind stolz auf sie.

Unser Gefühl der Identität mit diesen kühnen Einwanderern ist selbst heute noch lebendig. Es kommt in der Tatsache zum Ausdruck, daß so viele von uns Amerikanern unser Erbe auf Deutschland zurückführen.

Bei der letzten Volkszählung in Amerika hat rund ein Viertel der Amerikaner eine deutsche Herkunft beansprucht; das sind rund 60 Millionen Menschen. In gewissem Sinne könnte man deshalb sagen, daß in Amerika fast so viele Deutsche leben wie in der Bundesrepublik Deutschland.

Im Laufe dieses Jahrhunderts setzte ein starker Rückstrom von Amerikanern nach Deutschland ein – als Studenten, Touristen und Geschäftsleute. Darüber hinaus gibt es heute Millionen von Amerikanern, die als Soldaten in der Bundesrepublik für die gemeinsame Verteidigung unserer Länder dienten – eine kooperative Anstrengung, die uns die längste Periode des Friedens in diesem Jahrhundert in Westeuropa beschert hat. Viele dieser Soldaten und ihre Familien wirken heute als „Botschafter des guten Willens" für Deutschland.

Daneben gibt es die vielen Amerikaner deutscher Abkunft, die, angeregt durch Dreihunderjahrfeiern in diesem Jahr, Deutschland besuchen, um ihre persönlichen Bindungen zum deutschen Volk zu erneuern. Viele Leser dieser Zeitung werden in den kommenden Monaten sicherlich Brüder Vettern, Neffen und Nichten aus Amerika zu Gast haben. Ihnen gelten meine besten Wünsche für ein glückliches Wiedersehen.



Den Demokratien dienen: Embassador Arthur F. Burns FOTO: WEREK

Ich bin der festen Überzeugung, daß wir seit der Ankunft der ersten deutschen Siedler vor 300 Jahren starke und tiefe menschliche Bindungen geknüpft haben; und ich bin sicher, daß diese starken Bindungen uns in die Lage versetzen werden, die durch unterschiedliche Meinungen entstandenen Probleme zu lösen und gemeinsame Lösungen zu finden, die unseren beiden großen demokratischen Ländern dienen.

Wollen wir also in diesem Jahr unseren mutigen Vorfahren des Jahres 1683 unsere Hochachtung zollen und das feiern, was im deutsch-amerikanischen Verhältnis gut, stark und dauerhaft ist.

VERANTWORTUNG IM WELTWÄHRUNGSSYSTEM / Pflege fehlt

Unbereinigter Konflikt zwischen der Geld- und Fiskalpolitik

Von KARL KLASEN

Wie allseits bekannt, begehen wir 1983 den 300. Jahrestag der Ankunft der ersten deutschen Siedler auf dem Territorium der späteren USA. Aus diesem Anlaß war Vizipräsident George Bush Mitte des Jahres in Krefeld. Bundespräsident Karl Carstens fährt in diesem Herbst zum Staatsbesuch nach Washington. Vor wenigen Jahren, 1976, feierten Amerikaner und Deutsche in ähnlicher Weise gemeinsam hüben und drüben die 200jährige Wiederkehr der Unabhängigkeitserklärung der Vereinigten Staaten von 1776.

Zwei Beispiele für viele: Amerikaner und Deutsche pflegen ihre Traditionen. Sollten wir nicht auch unsere gemeinsame Gegenwart mehr und besser pflegen?

Eines der Hauptgebiete, für die das gilt, ist die internationale Währungspolitik. Gerade hier scheint mir das Verhältnis zwischen den USA und Deutschland viel zu sehr von der jeweils aktuellen Detailbetrachtung der Tagespolitik bestimmt zu sein, sich damit divergierenden Ansichten und Einzelfragen zu stark zu öffnen und diesen damit zuviel Gewicht zuzumessen. Demgegenüber könnte in meinen Augen mehr Mut zur Rückbesinnung auf die grundsätzlichen, langfristigen Zielsetzungen im Sinne der übereinstimmenden Grundwerte beider Länder auch bisweilen einmal Abweichungen in Details besser überwinden helfen.

Die Folge ist denn auch ein gewisses transatlantisches „Gefälle" zwischen einem zur Zeit rascheren wirtschaftlichen Aufschwung in den Vereinigten Staaten und einer mehr oder weniger ausgeprägten konjunkturellen „Lethargie" in Europa, so auch in Deutschland. Deshalb sollte es gerade uns um so leichter fallen, sich mit dem „Aufschwungpartner" USA in gemeinsamer Übereinkunft der weltwirtschaftlichen und währungspolitischen Aufgaben bewußt zu werden.

Von Amerika aus gesehen, ist dieser Entschluß sicherlich nicht so einfach, ins gemeinsame Boot zu steigen, weil wir aus einer Vielzahl von Gründen aus dortiger Sicht eben leider ein eher schleppender Wirtschaftspartner geworden sind – und trotzdem gehen die stärkeren Impulse zu gemeinsamem Handeln eher von drüben aus: Sollte uns das nicht zu denken geben?

Die zwingende Notwendigkeit zu einem solchen gemeinsamen Handeln frei von Ressentiments gerade der beiden wichtigsten Partner der westlichen Welt ergibt sich schon aus der Vielzahl der ungelösten gravierenden Wirtschaftsprobleme, um deren Lösung willen die Wirtschaftspolitik vorübergehend ihren Kurs beträchtlich verschärft und damit teilweise bewußt längere und tiefere Rezessionsspuren in Kauf genommen hat:

So scheinen auf absehbare Zeit nur wenig Chancen zu bestehen, daß sich die Verschuldungsprobleme der Schwellen- und Entwicklungsländer durch realwirtschaftliche Anpassungsprozesse entschärfen lassen. Wahrscheinlicher ist vielmehr, daß nur über eine zusätzliche Liquiditätsausweitung durch internationale Organisationen und Notenbanken ein Reißen der Kreditketten verhindert werden kann. Die Behebung der fundamentalen Ungleichgewichte wird damit weiter aufgeschoben.

Die Ausweitung der Staatsverschuldung in den Industrieländern ist offensichtlich nur sehr schwer unter Kontrolle zu bringen. Dies ist einerseits eine Folge der noch immer labilen wirtschaftlichen Entwicklung, die die konjunkturbedingten, aber auch die strukturellen Defizite auf hohem Niveau hält.

Dabei spielt auch eine Rolle, daß man sich von Konflikten bei der Durchsetzung und Kürzung unausgewogener Leistungen und Subentionen scheut, weil man von kostspieligen politischen Zielsetzungen nur unzureichende Abstriche vornehmen will – womit das ganze leidige Problem der verbreiteten protektionistischen Praktiken angesprochen ist.

Der Anstieg der Arbeitslosigkeit weitet sich allenthalben zu einem Dauerproblem aus. Nachdem wir, wesentlich verursacht durch die beiden Ölpreiskrisen, zu einer erheblichen strukturellen Arbeitslosigkeit gekommen sind, wird die Zunahme der Beschäftigung sehr erschwert durch die Einführung neuer Techniken, die für sich sich genommen wichtig und richtig sind, jedoch in diesem konjunkturell schwierigen Zeitpunkt sich nachhaltig auswirken. Denn eine so grundlegende Innovation wie beispielsweise die Mikroelektronik in allen Bereichen der Produktionstechnik vom Schreibbüro über die Automobilherstellung bis hin zum Großmaschinenbau wäre selbst bei einem höheren als dem gegenwärtigen oder dem zu erwartenden Wirtschaftswachstum schwierig.

Ohne einen dauerhaften Anstieg von Einkommen und Verbrauch aus einer spürbaren Zunahme der Beschäftigung kann die z. Z. herrschende Wachstumsschwäche unserer Wirtschaft nicht nachhaltig überwunden werden. Die angestrebte Umorientierung der Wirtschaftspolitik, die sich mittelfristig eine Ausweitung der Investitionstätigkeit bei einer allmählichen Reduzierung der Staats- und der Konsumquote zum Ziel gesetzt hat, konnte nur unzureichende verwirklicht werden oder schlug ganz fehl. So wird auch in den Vereinigten Staaten der sich dort abzeichnende Aufschwung überwiegend von „konsumnaher" Nachfrage getragen.

In Summa: Für einen Anstieg der Investitionstätigkeit, der die Voraussetzung für einen nachhaltigen selbsttragenden Aufschwung wäre, fehlen bislang noch die günstigen Rahmenbedingungen, zu denen niedrige Realzinsen gehören.

Lediglich in der Inflationseindämmung wurden merkliche Fortschritte erzielt. Allerdings um den Preis einer tiefgreifenden Stabilisierungsrezession! Aber selbst hier vermögen die Resultate nicht gänzlich zu befriedigen: Die Beruhigung des Kosten- und Preisauftriebs wurde nicht durch die notwendige Anpassung der finanziellen Ansprüche der Sektoren (Staat, Tarifparteien, Unternehmen) an die reale Wertschöpfung erzielt.

Vielmehr: Unter dem Druck der restriktiven Geldpolitik sanken Beschäftigung, private Nachfrage und Investitionen. Erst dies führte schließlich auch zur Dämpfung von Kosten und Preisen. Die öffentlichen Haushalte *fügten sich dem Anpassungsdruck* nur unzureichend. Der unbereinigte Konflikt zwischen Geld- und Fiskalpolitik hält die Zinsen hoch. Damit wird die notwendige Regeneration der privaten Wirtschaft weiterhin entscheidend behindert – und gerade auf sie käme es doch zur Gesundung



Aus Sorge um die Menschen der Welt
Bundesbankpräsident a. D. K. Klasen
FOTO: DIE WELT

unserer kranken ökonomischen Welt so sehr an!

Ich sehe deshalb nicht, wie man ohne einen unter Führung der Vereinigten Staaten und der Bundesrepublik zu unternehmenden mutigen Schritt aus diesem circulus vitiosus herauskommen kann. In einer internationalen „Konzertierten Aktion" der Notenbanken – unter Mitwirkung der Regierungen, soweit die Finanzpolitik betroffen ist – müßte man mit Entschiedenheit einen Prozeß abgestimmter Zinssenkungen in die Wege leiten.

Statt dessen sehe ich bedauerlicherweise, daß das Geschehen auf den internationalen Finanz- und Devisenmärkten gegenwärtig mehr von Nervosität und Ratlosigkeit als von rechnender Vernunft und Orientierung an den Grundtendenzen der wirtschaftlichen Entwicklung bestimmt wird.

Der Einfluß der spekulativen Tagesmomente auf die Zins- und Wechselkursentwicklung hat offenbar in einer permanent rund um die Uhr weltweit verbundenen Atmosphäre der Hektik aus den Devisenhandelsräumen auf die Entscheidungsebenen übergegriffen und die längerfristig wirkenden fundamentalen Einflußgrößen fast völlig zurückgedrängt.

Wäre dies nicht der Moment, in dem die leitenden Männer der Notenbanken unserer beiden Länder einmal ganz unorthodox prüfen sollten, ob nicht ein großer Teil der genannten Schwierigkeiten dadurch entsteht, daß die Geld- und Kreditpolitik sowohl in Amerika als auch in Deutschland sich mit dem System der Geldmengensteuerung offensichtlich zunehmend in ein Prokrustesbett gezwängt sieht? Ich weiß, daß ein solcher Gedanke verwegen ist und in den Augen mancher Ökonomen fast einer Gotteslästerung gleichkommt.

Das Verfahren, vor Beginn eines jeden Jahres die beabsichtigte Ausweitung der Zentralbankgeldmenge bekanntzugeben und danach die Geldpolitik zu steuern, ist in Deutschland während meiner Zeit als Bundesbankpräsident eingeführt worden. In der damals gegebenen wirtschaftspolitischen Konstellation – bei extremen Preissteigerungen und der Notwendigkeit, der Öffentlichkeit, insbesondere den Tarifvertragsparteien, für ihre Verhandlungen ein deutliches, gewissermaßen in einer Zahl komprimiertes Signal zu geben – erwies es sich als nützlich. Man wird deshalb verstehen, daß ich die Entwicklung dieses Kindes, das ich in Deutschland als Gevatter mit bei der Taufe hielt, mit großem Interesse weiterverfolgt habe und mir deshalb hoffentlich nicht verübeln, wenn ich mein heutiges rein persönliches Urteil über diesen inzwischen sehr groß gewordenen Jungen abgebe.

Aus Gründen der Redlichkeit fühle ich mich hierzu fast verpflichtet, weil im damaligen Zentralbankrat einige Kollegen waren, die vor der Festsetzung eines Geldmengenziels warnten.

Nach dieser erklärenden Vorrede möchte ich bekennen, daß mich die praktischen Ergebnisse der Geldmengensteuerung sehr enttäuscht haben.

Die feste Orientierungsgröße sollte die jeweilige Geldmenge sein. In der Praxis ist aber bisher noch nicht geklärt, welche Art der Geldmenge den entscheidenden Einfluß auf die Inflationsrate hat. Ist es M1, M2, M3 oder die Zentralbankgeldmenge? Verschiedene Notenbanken bevorzugen verschiedene M's.

In der Theorie besteht weiter Einigkeit darüber, daß die Geldmenge allein noch nicht alles besagt, sondern es sehr auch auf die jeweilige Umlaufgeschwindigkeit des Geldes ankommt. Diese entzieht sich aber bisher einer genauen Berechnung. Bei der Berechnung der zulässigen Geldmengenvermehrung wird die Umlaufgeschwindigkeit, wenn man genau hinsieht, mehr oder weniger geschätzt. Es fehlt also in der Praxis letzlich an einer ecakten Geldmengenberechnung.

Wer glaubt, mir hier nicht zustimmen zu können, dem empfehle ich, den Artikel von Milton Friedman, dem Erfinder der Geldmengensteuerung, zu lesen, der im Wall Street Journal vom 5. 9. 1983 unter dem Titel: „Why a surga of US-inflation is likely next year" erschienen ist. Hier wird zugegeben, daß eine exakte Berechnung der Umlaufgeschwindigkeit des Geldes für die Notenbanker praktisch kaum möglich ist und sie mit Annährerungswerten arbeiten müßten. Und wenn am Ende dieses Artikels als Ergebnis der langjährigen Arbeit der Fed mit der Geldmengensteuerung für die USA ein Inflationsschub für nächstes Jahr vorausgesehen wird, so ist das m. E. ein enttäuschendes Ergebnis.

Wie tief und langdauernd muß nach Ansicht von Herrn Friedman die Rezession sein, um mit der Anwendung seiner Theorie einen längerfristigen Erfolg zu garantieren? Ob sich hier nicht die von Staatssekretär Schlecht empfohlene Warnung, die ich einer Zeitungsnotiz entnahm: „Man solle nicht alles und auf Dauer auf ein Theoriepferd setzen", bestätigt?

Ebenso ist durch die Geldmengensteuerung die versprochene Stetigkeit an der Währungsfront ausgeblieben. Wir haben langfristig selten eine so andauernde Hektik gehabt wie in der Zeit des angewandten Monetarismus. Das ist auch verständlich. Jeder Devisenspekulant, ob groß oder klein, glaubt, durch die monatlich oder sogar wöchentlich bekanntgegebenen Geldmengenentwicklungen eine Angabe in der Hand zu haben, nach der er selbst das zu erwartende Verhalten der Notenbanken voraussagen kann.

Das Steuerungsarsenal der Notenbanken ist durch die Monetaristen auch nicht entscheidend erweitert worden. In den letzten Jahren wurde durch Verknappung der Bankenliquidität und vor allem durch starke Zinserhöhungen die Konjunktur gebremst und dadurch die Inflation zurückgeführt. Dies sind altbewährte Mittel.

Um nicht ungerecht zu sein, will ich durchaus anerkennen, daß man wohl kaum den Mut gehabt hätte, so lange einen so restriktiven Kurs zu fahren, wenn man nicht überzeugt gewesen wäre, ein Steuerungsverfahren anzuwenden, dessen Richtigkeit wissenschaftlich erwiesen war. Dadurch ist vielen Menschen in den USA und Europa bewußt geworden, daß wir über unsere Verhältnisse leben und daß eine Umkehr nötig ist. Mein Anliegen soll, was die deutsch-amerikanische Zusammenarbeit betrifft, auch nur dahin gehen, daß unsere beiden Notenbanken einmal prüfen sollten, ob bei der jetzigen Weltkonjunkturlage nicht bei den währungspolitischen Entscheidungen die Geldmenge etwas mehr in den Hintergrund treten und man sich dafür bei seinen Entscheidungen wieder mehr von den allgemeinen konjunkturellen Tendenzen und den Inflationserwartungen leiten lassen könnte.

Würde man jetzt, wenn auch nur vorübergehend, auf die Verkündung von Geldmengenzielen verzichten, so würde den Devisenmärkten ein großer Teil der Unruhe genommen. Es träten wieder langfristige Erwartungen in den Vordergrund, und die Spekulationen, die sich auf die bekanntgegebene monatliche oder sogar wöchentliche Entwicklung der Geldmengen begründen, hörten auf.

Dies würde den Notenbanken auch wieder mehr Freiheit und aktuellen Entscheidungsraum bieten. Man hat mit Recht gesagt, der Monetarismus mache – in letzter Konsequenz – die Zentralbanken arbeitslos, weil sie, ist das Geldmengenziel einmal festgesetzt, lediglich noch konstatierend tätig sein würde. In der Praxis war die reine Lehre freilich nie so lupenrein verwirklicht. Dennoch würde ein Verzicht auf das monetaristische Konzept die Eigenverantwortlichkeit der Zentralbanken wieder stärken. Angesichts der großen Probleme, angesichts der gewaltigen Ungleichgewichte in der Welt scheint mir dies nötigen denn je zu sein.

Schließlich müssen wir Deutschen nun auch die Verantwortung auf uns nehmen, die uns unsere Eigenschaft als zweitwichtigstes Reservewährungsland – nach den USA – auferlegt.

Die Verantwortung für Weltwirtschaft und Weltwährung zwischen Amerika und Deutschland ist nicht teilbar.

JOHN J. McCLOY / Begleiter auf dem Weg zur Souveränität

Politische Integration hatte Priorität

Von HERMANN-JOSEF RUPIEPER

Am 8. April 1949 unterzeichneten die Außenminister der drei Westmächte in Washington eine Grundsatzerklärung über die Fusion der westlichen Besatzungszonen. Einen Monat später wurde das Grundgesetz verkündet. Gleichzeitig wurden die Verhandlungen über die Auflösung der Militärregierungen vorangetrieben, und wenige Tage nach den Wahlen zum ersten Deutschen Bundestag ersetzte das Besatzungsstatut die bisherigen Regelungen über die Anwesenheit und die Rechte der Alliierten in der Bundesrepublik. An die Stelle der Militärgouverneure traten nun die Alliierten Hochkommissare.

Die neue Bundesregierung unter Konrad Adenauer war nicht die Regierung eines souveränen Staates. In wichtigen Bereichen der Gesetzgebung besaßen die Hochkommissare ein Kontrollrecht. Ferner hatten sich die Alliierten umfassende Reservatsrechte vorbehalten. Sie betrafen Fragen der Entwaffnung und Entmilitarisierung, die Kontrolle des Ruhrgebiets, Reparationen, Restitutionen, Entkartellisierung und Dekonzentration der deutschen Industrien, auswärtige Angelegenheiten, Außenhandel und Währungsfragen, um nur die wichtigsten zu nennen.

Trotz dieser weitgehenden alliierten Rechte war die Bundesrepublik auf dem Weg zur vollen Souveränität. Diese Entwicklung wird häufig als Schlußpunkt einer Veränderung der alliierten Deutschlandpolitik gesehen, an deren Ende die volle Souveränität und die Auflösung der alliierten Hochkommissariate 1955 stand. Dies war jedoch keineswegs der Fall. Als John J. McCloy Mitte 1949 nach Deutschland kam, zunächst als Militärgouverneur und seit dem 21. September 1949 als Hochkommissar, war die weitere Entwicklung der deutsch-alliierten bzw. der westdeutsch-amerikanischen Beziehungen noch weitgehend ungeklärt und abhängig sowohl von internen Entwicklungen in der Bundesrepublik als auch von zunehmend globalen Spannungen zwischen der Sowjetunion und den USA. Genauso wichtig war die Perzeption der Rolle der Bundesrepublik unter den westeuropäischen Verbündeten Amerikas.

Mit McCloy übernahm jedoch ein Mann die Wahrnehmung und Durchsetzung der amerikanischen Interessen in Deutschland, der aufgrund seiner bisherigen Tätigkeit vorzüglich auf sein Amt vorbereitet war und Pragmatismus mit einer Vision der Nachkriegsordnung Europas verband. 1895 in Philadelphia geboren, hatte McCloy zunächst an der Harvard Universität Jura studiert, bevor er während des 1. Weltkriegs als Offizier im amerikanischen Expeditionskorps in Frankreich diente. Für kurze Zeit gehörte er den amerikanischen Besatzungstruppen im Rheinland an. Nach Abschluß seines Jurastudiums und einer erfolgreichen Tätigkeit als Rechtsanwalt wurde er 1940 von Henry Stimson als Berater in das Department of War berufen und 1944 zum Stellvertretenden Kriegsminister ernannt.

In dieser Funktion war McCloy u. a. führend an der Entwicklung der berühmten amerikanischen Besatzungsdirektive JCS 1067 beteiligt, die die weitergehenden Pläne Henry Morgenthaus zur Zerstückelung Deutschlands und zur Schaffung eines Agrarstaates ersetzte. Auf Veranlassung McCloys wurde General Lucius Clay 1945 zum amerikanischen Militärgouverneur ernannt. Als die Militärregierung durch eine Zivilbehörde abgelöst wurde, war McCloy, der nach seinem Abschied aus dem Regierungsdienst seit 1946 als Präsident die Weltbank neu organisiert hatte, die erste Wahl Präsident Trumans als Hochkommissar, eine Position, die bereits Präsident Roosevelt für McCloy vorgesehen hatte.

Der Übergang von der Machtvollkommenheit der Militärregierungen zur wesentlich enger gefaßten Autorität der Hochkommissare war nicht unproblematisch, erhielten sie doch von ihren Regierungen nur relativ allgemein gehaltene Richtlinien für ihre Arbeit in Deutschland. Auch wenn sie als letzte Autorität in der Bundesrepublik fungierten, so galt es unter Berücksichtigung der deutschen Interessen die weitere politische und wirtschaftliche Integration der Bundesrepublik in das westliche Bündnissystem durchzusetzen und damit die Grundlage für eine europäische Integration zu schaffen.

Ähnlich schwierig war die Aufrechterhaltung der alliierten Einheit. Die nationalen Interessen der USA, Großbritanniens und Frankreichs wurden zwar durch Bestimmungen der Charter der Hochkommission gegen Mehrheitsentscheidungen gesichert, schwerwiegender als diese Einschränkung der Kompetenz der Hochkommissare waren jedoch die unterschiedlichen politischen, wirtschaftlichen und militärischen Interessen der Mächte. Während es das Ziel Frankreichs war, die Entwicklung der Bundesrepublik möglichst lange zu kontrollieren und den Wiederaufstieg eines unabhängigen Staates mit unterschiedlichen Orientierungsmöglichkeiten zu verhindern, gingen Großbritannien und noch stärker die USA davon aus, daß die negative Kontrolle Deutschlands langfristig durch eine positive, auf die gleichberechtigte Aufnahme der Bundesrepublik in das westliche Bündnissystem ausgerichtete Politik ersetzt werden mußte.

Auch nach Schaffung des westdeutschen Staates herrschte in Washington zunächst große Unsicherheit über die weitere Entwicklung der Bundesrepublik. Einige Deutschlandexperten des Außenministeriums betrachteten die mit der Gründung der Bundesrepublik gewährte Teilsouveränität nicht ohne Sorgen, zumal weder die Entnazifizierung im ursprünglich geplanten Ausmaß durchgeführt worden war, noch alle Vorstellungen über Entkartellisierung und Dekonzentration der deutschen Industrien einschließlich der Demontage der Kriegsindustrien erfüllt worden waren. Ferner konnte nicht ausgeschlossen werden, daß die Deutschen sich bei einer Wahl zwischen der Einheit und der Westintegration ohne Wiedervereinigung für die Einheit entschieden. Dies war jedoch weitgehend abhängig von der sowjetischen Politik.

Für McCloy und die Mehrheit der amerikanischen Deutschlandplaner, besonders für Außenminister Dean Acheson, besaß die wirtschaftliche und politische Integration der Bundesrepublik in das westliche Bündnis höchste Priorität. Verschiedene Pläne von Mitgliedern des Deutschlandbüros des Außenministeriums oder von Angehörigen des Politischen Planungsstabes (George Kennan), die Verhandlungen mit der Sowjetunion über ein wiedervereinigtes Deutschland vorsahen, solange die Westintegration noch nicht abgeschlossen war, wurden angesichts des Ost-West-Gegensatzes, aber auch der französischen Opposition nicht weiter verfolgt.

Da eine Wiedervereinigung Deutschlands auf friedlichem Wege in absehbarer Zeit unmöglich oder nur möglich war, wenn die sowjetischen Vorstellungen über Deutschland akzeptiert wurden, was eine Rückkehr zur Viermächtekontrolle und den damit verbundenen Problemen bedeutet hätte, galt es zunächst, die Bundesrepublik als demokratisches, gleichberechtigtes Mitglied in die westeuropäische Völkerfamilie zu integrieren und zu einem der Grundpfeiler der politischen und wirtschaftlichen Nachkriegsordnung in einem freien Europa zu machen. *Dies bedeutete jedoch keineswegs*, daß McCloy die Bundesrepublik von vornherein als einen Staat sah, der aufgrund seines ökonomischen Potentials, die Rolle einer Führungsmacht in Europa hätte übernehmen können.

Als John McCloy die Bundesrepublik 1952 verließ, waren die wichtigsten Ziele der amerikanischen Deutschlandpolitik zwar noch nicht vollständig erreicht, die Bundesrepublik war jedoch stärker in das westliche Bündnissystem integriert, als dies zu Beginn seiner Amtszeit für möglich gehalten worden war. Die Bevölkerung der Bundesrepublik hatte eindeutig für den Westen votiert, der den Aufstieg des Landes zu einem wichtigen Faktor der parlamentarisch-demokratischen Nachkriegsordnung Europas garantierte und die Basis für den schnellen wirtschaftlichen Wiederaufstieg legte.

SOZIALPHILOSOPHIE / Tiefe Beeinflussung

Plötzlich war Weimar-Deutschland unter uns

Von NORMAN BIRNBAUM

Deutsche Sozialphilosophie und deutsches soziales Denken haben Amerika dauerhaft und tief beeinflußt.

Das ist, auf den ersten Blick, überraschend. Amerika ist eine Nation freier Kirchen und Sekten. Unsere Revolution inspirierte zum Teil die französische. Bis zum Anbruch der Moderne war unser Staat schwach. Deutschland dagegen war sogar vor 1871 ein Land von Staatskirchen und autoritären Regierungen. Die Französische Revolution war und ist für die Deutschen eine Quelle nationaler Ambivalenz, und Deutschlands Weg zur parlamentarischen Demokratie war lang und beschwerlich.

Natürlich kannte Deutschland keine Sklaverei, doch fand sich genügend Rassismus in seinen Grenzen. Darüber hinaus kontrastierte die Tatsachenbezogenheit amerikanischen Denkens immer scharf mit den abstrakten Höhen und schillernden Tiefen deutscher Philosophie. Harvard hatte keinen Kant, Yale keinen Hegel und Princeton keinen Schleiermacher, viel weniger einen Feuerbach.

Freilich, Grundsätze der Gelehrsamkeit, aus Deutschland importiert, führten dazu, daß die Amerikaner die Beschränkungen der Provinzialität und der Frömmelei aufgaben, die das Denken in den frühen Jahren ihrer Colleges beengt hatten. Die Ideen, die den Atlantik überquerten, wurden hier umgewandelt. Überhaupt ist bemerkenswert, daß die kritischen und reformerischen Elemente der amerikanischen Kultur sich häufig als sehr aufnahmebereit für Anschauungen erwiesen, die ihren Ursprung in einem gänzlich anderen nationalen Milieu hatten.

Es gab natürlich Gegenbewegungen. So entdeckten vor dem Bürgerkrieg Südstaatler im deutschen Rechtshistorismus eine Zurückweisung des Naturrechts, was ihnen erlaubte, die Sklaverei als gerechtfertigt anzusehen. Die rassistischen Ableger des Darwinismus fanden sowohl in Amerika als auch in Deutschland begeisterte Vertreter wie jenen Gelehrten der Columbia University, der einmal vor deutschen Zuhörern erklärte, Einwanderer nach Amerika aus süd- oder osteuropäischen Ländern seien doch nur „Pöbel" oder gar Schlimmeres. Die einzigartige Begegnung zwischen deutschen Ideen und amerikanischer Wirklichkeit begann mit den frühen Jahren unserer Republik und hält noch immer an. Was kann darüber in einem kurzen Überblick gesagt werden?

Zwischen 1815 und 1914 besuchten an die zehntausend amerikanische Studenten deutsche Universitäten. Nach ihrer Rückkehr ergriffen sie Laufbahnen in den Kirchen, der öffentlichen Verwaltung, der Wirtschaft und den Universitäten. Was Nietzsche von der deutschen Philosophie behauptete, daß sie das Kind eines protestantischen Geistlichen sei, läßt sich auch von der amerikanischen Soziallehre sagen: Deutschlands Einfluß kam zunächst in der Form der Bibelkritik zum Tragen, welche die erste Generation der frommen Amerikaner schockierte, die auf deutschen theologischen Fakultäten ihren Studien nachgingen. Noch im frühen 19. Jahrhundert durfte der Weise von Neuengland, Ralph Waldo Emerson, an seiner Alma mater Harvard nicht lehren, weil er sich über die buchstabengetreue Bibelexegese lustig machte.

Doch als unsere Theologen geistig differenzierter wurden, gaben sie die eifersüchtige Bevormundung von Geschichte, Philosophie und den gerade aufkeimenden Sozialwissenschaften auf.

Bis zum Ende des 19. Jahrhunderts war die Hochschulerziehung in Amerika reformiert, wobei die deutschen Universitäten und ihre Forschungseinrichtungen als Modell dienten. Das freidenkerische Erbe des Protestantismus führte zu dem, was einer der Reformer „die Religion der Forschung" nannte. Die wissenschaftlichen Methoden, die sie aus Deutschland herüberbrachten, kamen ihnen wie Instrumente des Fortschritts vor, in dem religiöse und weltliche Zwecke unlösbar vereint waren. Max Weber beschrieb sich einmal selbst als „Kulturprotestant", und seine amerikanischen Zeitgenossen (und Leser) hätten den Begriff auch auf sich münzen können – einige taten es denn auch.

Zwei Generationen lagen zwischen der anfänglichen Furcht amerikanischer Studenten, sich anzustecken, und der Bereitschaft junger Gelehrter, sich das deutsche Modell einer Universität anzuverwandeln. Mit dem Ende des Bürgerkrieges begannen die Industrialisierung und unser Drang zur Weltmacht die Energien der Nation zu mobilisieren. Gleichwohl blieben viele Amerikaner kritisch gegenüber dem Leben, das sich hinter der Fassade des „Goldenen Zeitalters" verbarg. Unsere Gesellschaft wirkte auf sie wie atomisiert, ja, grausam, ohne Gemeinschaftssinn und Bürgerethos.

Manche sahen in der Disziplin Preußens, später des Reichs, nur einen Ersatz für Deutschlands Mangel an Liberalismus. In den Augen anderer dagegen verfügte Deutschland über ein öffentliches Leben, das sich nicht einfach auf Marktgesetze reduzieren ließ. Deutschlands Bildungssystem, seine Entwicklung eines Wohlfahrtsstaates, dünkte sie höchst bedenkenswert, wenn nicht sogar nachahmenswert. Ein breites Spektrum von Amerikanern schaute mit Wohlwollen auf Deutschland. Die katholischen Soziallehren Freiherrn von Kettelers beeinflußten unsere wechselnde katholische Bevölkerung, sei es über den direkten Weg oder indirekt durch die päpstlichen Enzykliken. Der größte Einfluß allerdings ging von den „Kathedersozialisten" aus.

Und zwar auf zweifache Weise. Ihre amerikanischen Anhänger übernahmen nach dem Studium in Deutschland führende Rollen bei der Entwicklung amerikanischer Schulen der Wirtschafts- und Sozialgeschichte, der Volkswirtschaft, Politologie und Soziologie. Sie waren letztlich die eigentlichen Gründer dieser Disziplin. Von gleicher Bedeutung war, daß diese amerikanischen Akademiker die Ideen der Sozialreform predigten. Sie forderten die klassischen Wirtschaftler heraus, die auf der Autonomie des Marktes beharrten. Sie leugneten schlankweg, daß Darwinismus dazu ermächtige, die gesellschaftlich Schwachen erbarmungslos dem Elend zu überantworten. Wenn man es nur recht verstünde, so argumentierten sie, dann fordere gesellschaftliche Evolution geradezu neue Institutionen. In Anlehnung an ihre deutschen Lehrer, die sich im „Verein für Sozialpolitik" zusammengefunden hatten, boten auch sie ihre Dienste den Politikern und der Öffentlichkeit an. Das amerikanische Äquivalent des „Vereins", die „Social Science Association", war sogar viel älter. Mit den deutschen Erfahrungen im Rücken, und einer ausgefeilten Forschungstechnik zu ihrer Verfügung, machten sich diese amerikanischen Reformer jetzt leidenschaftlich an die Arbeit.

Etwa um die Jahrhundertwende begannen die verschiedenen intellektuellen Ströme – oft vermischt mit einem ebenfalls aus Deutschland beeinflußten Sozialprotestantismus – in das breite Bett der amerikanischen Politik und des Denkens zu fließen, das man als „Progressivismus" bezeichnet. Die Progressiven machten sich auch an die Neuinterpretation unserer Geschichte. In Deutschland stritten sich Mommsen und Treitschke um das Sein und die Pflichten des Staates. Ähnlich die Debatte in Amerika. War unsere Geschichte die Entfaltung einer durch die Vorsehung geleiteten kontinentalen Mission, anvertraut einer mutigen und weisen protestantischen Elite? Oder lag da eine beunruhigendere Kette von Ereignissen vor, wo schwarze Sklaven, katholische Arbeiter und arme Farmer den Preis für die Expansion zahlten?

Ohne Zweifel hinterließen die deutschen Gesellschaftshistoriker und Soziologen ihre Spuren im Denken dieser neuen Generation amerikanischer Historiker. Es gab im übrigen noch weitere Parallelen mit Deutschland zur Zeit seiner nationalen Expansion. Der Krieg mit Spanien, die Eroberung der Phillippinen wurden leidenschaftlich an unseren Universitäten diskutiert. Einige der Progressiven verfochten die Idee sozialer Solidarität, damit Amerika eine größere Weltrolle spielen könne. Andere hielten dagegen, daß imperialer Ehrgeiz, unter welchem Namen auch immer, abzulehnen sei.

In diesem letzten Punkt vor allem trafen sie sich mit der wachsenden sozialistischen Bewegung in Amerika. Die 1848er Revolution und die Sozialistengesetze hatten eine große Zahl sich vernehmbar artikulierender deutscher Sozialisten an unsere Gestade gespült. Der gleichzeitig anhaltende Strom normaler Emigration brachte uns Tausende gebildeter deutscher Arbeiter, die bald amerikanische sozialistische Zeitungen mit Titeln wie „Volkszeitung" und „Vorwärts" lasen. Während Marx es nie zu einem Besuch der Staaten brachte, kam Engels doch, und er sagte sogar sogleich zuversichtlich eine amerikanische Revolution voraus. „Wenn die Amerikaner damit erst einmal anfangen, werden sie eine Energie und Gewalt entfalten, verglichen mit der wir in Europa wie Kinder aussehen werden." Vorsichtiger analysierte es Joseph Weydemeyer, der aus der New Yorker Emigration mit Marx und Engels in Verbindung stand. Seine Zeitung nannte er „Die Reform", nachdem er ein anderes Blatt, unter dem Titel „Die Revolution", aufgegeben hatte ...

Der Kampf der amerikanischen Sozialisten endete oft in entschlossener, gewaltsamer Repression. Die Gewerkschaftsbewegung splitterte sich noch in der Wachstumsphase in reformerische und revolutionäre Teile auf. Die Reformer (der größere Teil) standen mehr unter dem Einfluß von Lassalle als von Marx. Ihr größter Erfolg war einer, den sie gar nicht angestrebt hatten: Die akademishen Sozialreformer entnahmen der agitatorischen Arbeit und den ersten Erfolgen der Gewerkschaften Argumente, mit denen sie die Besitzelite warnen konnten, es käme bestimmt eine Revolution, wenn sie sich nicht gegenüber dem sozialen Wandel aufgeschlossen zeigten.

Trotz der vielen Querverbindungen zu den deutschen Sozialisten aller Schattierungen muß man sagen, daß die amerikanische Bewegung ein vorwiegend bodenständiges Phänomen war, das freilich aus der weiteren Entwicklung der deutschen Sozialdemokraten weiterhin Anregungen empfing. Ein Höhepunkt in Amerika war die Wahl 1912, als der Präsidentschaftskandidat Eugene Debs (ein protestantischer Geistlicher, der höher bei Friedrich Naumann als bei Marx stand) immerhin sechs Prozent der Stimmen errang.

Der Erste Weltkrieg dünnte die Reihen dann aus, man verlor vor allem die Verbündeten unter den Intellektuellen. Diese waren ohnehin gegenüber dem Marxismus resistent, nicht zuletzt deshalb, weil sie Hegel nie ernst genommen hatten und überdies einem lieberalen Konzept des Fortschritts anhingen. Es gab in unseren Universitäten vor 1918 ebensoviele Marxisten wie im Wilhelminischen Deutschland – das heißt: so gut wie keine. Genau betrachtet besaßen wir, mit der bedeutenden Ausnahme eines Thorsten Veblen, kaum Gelehrte, die Marx überhaupt gelesen hatten. Was die Intellektuellen außerhalb der Hochschule anging, so kam ihre Bekanntschaft mit Marx erst später, nach der russischen Revolution.

Vielleicht war der größte Einfluß deutschen Gedankenguts auf amerikanische Sozialreformen indirekter Natur. Als eine Nation bürgerlichen Rechts verfügten die USA über eine philosophische Jurisprudenz, deren Hauptmerkmal darin bestand, daß sie überhaupt nicht philosophisch war. Der Präzedenzfall, eine Doktrin der Rechtsevolution, beherrschte unsere Juristen. Natürlich tat unser Bürgerliches Recht das, was alle Rechtssysteme tun: Es legitimierte ein System von Macht und Besitz, eine gesellschaftliche Ordnung. Diese wurde aber immer wieder von Richtern geleugnet, die jede Gesetzgebung für soziale Reformen als verfassungswidrig erklärten. Nach ihrer Auslegung des Rechts galt nur die Heiligkeit von Verträgen und das Recht des einzelnen. Es bedurfte geradezu einer Revolution der Jurisprudenz, um eine soziale Gesetzgebung zu rechtfertigen, die den Markt den übergreifenden Kriterien des Gemeinwohls unterstellte.

Der direkte intellektuelle Einfluß Deutschlands auf Amerika hatte sich freilich in den Jahren des New Deal (1933–1938) drastisch verringert. Schon im ersten Weltkrieg war die Idee von Deutschland als dem Modell der Zivilisation und des Fortschritts zerstört worden. Damals sah sich Deutschland plötzlich dargestellt als monströs reglementiert, seine Wissenschaftler fanden sich als ungeschliffene Apologeten der Eroberung porträtiert. Diese Ansichten wurden notabene vielfach von amerikanischen Gelehrten vorgetragen, die noch wenige Jahre zuvor ganz anders gesprochen hatten.

Bei Ende des Krieges hatten die beiden Nationen sich auseinandergelebt. Das Amerika der 20er Jahre fand nur schwer Zugang zur Weimarer Republik. Es war leichter, Baron von Steuben zu feiern, als sich mit dem Werk von Carl Schmitt auseinanderzusetzen. Amerika selber machte eine tiefe Wandlung seiner inneren Gestaltung durch.

Was die Beziehungen zu Deutschland während des 3. Reiches angingen, so fand sich Weimar bis zum Ende der 30er Jahre mitten unter uns wieder: In Gestalt jener außergewöhnlichen Milchstraße von Talenten, die von den Nazis aus Deutschland vertrieben worden waren.

Die intellektuelle Emigration war faszinierend in ihrer Vielfalt. Es gab da etwas für jeden amerikanischen Geschmack. Die Frankfurter Schule übte beträchtlichen Appeal auf die Intelligenzija New Yorks aus. Paul Tillich gab den Protestanten Hoffnung, daß sie die Säkularisierung der Welt überleben könnten. Eric Vogelin bestätigte manche in ihrer Auffassung, daß die religiöse Tradition recht hatte: Gnosis und Mythos waren grundlegend. Deutsche Spielarten des Konservatismus erstaunten die amerikanischen Rechte: Da äußerten diese deutschen Konservativen unter den Emigranten Zweifel am Kapitalismus, während unsere Konservativen ihn für sakrosankt hielten. Gestalt-Psychologen und Freudsche Psychoanalytiker wiederum überzeugten viele Amerikaner davon, daß die behavioristische Psychologie etwas Fadenscheiniges war.

Überraschende Entwicklungen ergaben sich in Einzelfällen. Während Ernst Bloch und Karl Korsch nahezu unwahrgenommen an ihrer Revision des Marxismus arbeiteten, gewannen Wilhelm Reich und deutlicher noch Erich Fromm ein großes Publikum. Die Bilderstürmer unter den Denkern, schwer zu klassifizieren, schienen mit den Jahren an Boden zu gewinnen: Hannah Arendt, Hans Morgenthau, Leo Strauss. Wie es sich ergab, konnten sie uns schließlich sogar Neues über unsere eigene Geschichte enthüllen.

Was die Emigration in ihrer Gesamtheit vermittelte, war das Gefühl für die Würde und die Dringlichkeit des Denkens. Mit der zunehmenden Turbulenz um die Jahrhundertmitte, als das Ende des Krieges nicht Frieden, sondern nur neue Schwerter brachte, gewannen die Weimarer Emigranten den Status von Propheten. Was ihnen 1933 widerfahren war, konnte jedem von uns passieren. Ihr Werk gab Disziplinen so unterschiedlicher Art wie Psychologie und politische Wissenschaften historische und philosophische Tiefe. Sie veränderten amerikanisches Bewußtsein von innen heraus, indem sie zeigten, daß ein enger Positivismus nur einer von mehreren Pfaden zu einer sehr vorläufigen Wahrheit ist. Im Laufe der Zeit begann man sogar eine so deutsche Erscheinung wie Max Weber für einen amerikanischen Sozialdenker zu halten, honoris causa.

Gegenwärtig gibt es einen deutschen Denker, von dem jeder amerikanische Professor, der etwas auf sich hält, behauptet, er habe ihn gelesen, und das ist Habermas. Habermas selber hat, um sicher zu gehen, dieses Kompliment zurückgegeben. Er versucht seine kritische Theorie der Gesellschaft zu erweitern, indem er das analytische Erbe moderner amerikanischer Lehre mit verarbeitet. Doch es wird noch einige Zeit vergehen, bevor irgendeins der konkurrierenden intellektuellen Lager in Amerika unsere Schuld an Deutschland wird zurückzahlen können.

ÜBER DEN UMGANG MIT DEUTSCHEN REGIERUNGEN / Sie suchen eine Intimität, die den USA oft peinlich ist

Am besten mit Männern der Mitte

Von ROBERT GERALD LIVINGSTON

Die amerikanische Administration hat normalerweise keine Probleme im Umgang mit den Deutschen. Das gilt für die Zeit von Präsident Truman bis Präsident Reagan. Die Beziehung zwischen Bonn und Washington wird durch eine breite Spannweite von engen politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Verbindungen untermauert. Da gibt es mehr vererbte familiäre und persönliche Verbindungen als mit jeder anderen Nation, mit Ausnahme der britischen. Die beiden Völker mögen einander wirklich.

Die Beziehung enthält gleichwohl eine Abhängigkeit der Bundesrepublik von den Vereinigten Staaten wegen ihrer militärischen Sicherheit und zum Schutze Berlins. Dies schafft ein wesentliches Ungleichgewicht, das gerade dann sehr betont wird, wenn Nuklearwaffen die Spitze internationaler Tagesordnung einnehmen, wie es jetzt der Fall ist bei der bevorstehenden Stationierung amerikanischer Pershings und Cruise Missiles. Die Politiker in Amerika sind sich oft nicht bewußt, daß diese grundlegende Abhängigkeit auf alle Äußerungen ihrer deutschen Gesprächspartner und ebenso auf die deutsche Öffentlichkeit abfärbt.

Diese Abhängigkeit bringt den Deutschen deutlich und dauerhaft zu Bewußtsein, welchen unerhörten Einfluß Washington über ihr Handeln und über ihre Zukunft ausübt. Es macht sie überempfindlich gegenüber Veränderungen in der offiziellen amerikanischen Position. Und es hat zur Folge, daß sie in gemeinsamen Maßnahmen der NATO und der Europäischen Gemeinschaft ihre Zuflucht suchen, um zu vermeiden, daß sie in die Isolation geraten, wenn die Amerikaner ihrer Außenpolitik einen neuen Kurs zu wünschen geben. Es drängt die deutschen Regierungen dazu, eine politische Intimität mit Washington zu suchen, welche die Regierung der Vereinigten Staaten nicht immer gerne zur Verfügung stellt.

Mit den unsicheren und zudringlichen Politikern fertig zu werden ist auch nicht leicht. Einige amerikanische Administrationen haben diese Aufgabe besser bewältigt als andere. Ein paar weniger bekannte Beamte und Organisationen haben zudem geholfen, die Beziehungen zu stärken, ohne Rücksicht darauf, welche Partei in Washington gerade an der Macht war.

Allgemein hat die Beziehung zwischen Bonn und Washington am besten funktioniert, wenn Mitte-Rechts-Regierungen in beiden Hauptstädten regierten. Gemäßigte republikanische Präsidenten wie Eisenhower oder Ford und ihre Gegenüber auf seiten der CDU wie Adenauer und Kohl haben das am besten gekonnt. Sie scheinen besser die richtige Balance zwischen Bündnis und nationalem Interesse zu treffen, als solche eher „nationalistischen", zum Doktrinären neigende Konservative wie Franz Josef Strauß oder Ronald Reagan (jedenfalls zu Beginn seiner Amtszeit).

Eine der Grundlagen der deutsch-amerikanischen Beziehungen ist die aktive Opposition zur Sowjetunion und die Aufrechterhaltung des Status quo international und zu Hause. Republikanische Politiker kommen leicht mit diesen Zielen zurecht. Sie neigen dazu, den Ost-West-Gegensatz als die wichtigste internationale Arena zu sehen, der militärischen Stärke eine Schlüsselrolle in der Politik zuzuweisen, vorsichtig im Umgang mit den Russen und skeptisch gegenüber den Modellen zur Waffenbegrenzung zu sein. In der internationalen Politik – viel weniger dagegen in der Sozialpolitik zu Hause – sind die Vorstellungen der Republikaner nahe denen der CDU/CSU und rechtsstehender Sozialdemokraten.

Weltoffene Bankiers und Geschäftsleute, die die Rolle der Bundesrepublik Deutschland in der Weltwirtschaft verstehen, neigen dazu, gemäßigte Republikaner wie Eisenhower, Ford und heute George Bush zu unterstützen; also Politiker, die einen vorsichtigen Internationalismus praktizieren und Ratgebern aus der Wirtschaft ihr Ohr leihen wie John McCloy in den Fünfzigern, David Rockefeller in den Sechzigern und Siebzigern und George Shultz danach.

Die Harmonie täuscht nicht, Kennedy und Adenauer am 12. April 1961 in Washington FOTO: UPI

Gemäßigte republikanische Regierungen sind pragmatisch, im Nichtideologischen angesiedelt. Sie geben Bonn den geringsten Anlaß zur Sorge. Sie behandeln die Bundesrepublik wie jeden anderen Staat, sie vertrauen der deutschen politischen Verläßlichkeit, vergessen aber auch nicht das tragische historische Erbe des Landes, die Last, die von der Teilung der Nation herrührt, und die Bedeutung ihrer Interessen im Osten.

Man hätte erwarten können, daß die gemäßigte republikanische Administration von Richard Nixon (1969–1974) geradezu ideal mit Bonn zurechtkam. Nixons Berater in Sachen der Nationalen Sicherheit, Henry Kissinger und Kissingers wichtigster Europa-Experte Helmut Sonnenfeldt, beide in Deutschland geborene jüdische Emigranten, kamen in ihr Amt mit fast zwei Dekaden Erfahrung mit Deutschland, Freundschaften zu führenden Politikern aller Parteien und mit einem tiefen Gefühl für Deutschlands Ängste und Interessen. Aus vielen Gründen wurde gleichwohl das Ideal nicht realisiert.

Vermutlich gab den Ausschlag, daß Nixons Amtsdauer mit der von Willy Brandts neuer sozialdemokratischer Regierung und nicht mit einer genehmeren, von der CDU geführten Regierung zusammenfiel. Alle amerikanischen Administrationen und vor allem die republikanischen scheinen generell mit sozialistischen Regierungen schwerer fertig werden zu können, weil diese wirtschaftsfeindlich erscheinen und weniger willig sind, die Verteidigungsausgaben zu Lasten von Sozialprogrammen zu steigern. Sie scheinen auch weniger Angst vor den Russen zu haben.

Hinzu kam, daß die SPD Willy Brandts sehr rasch ihre Ost-Politik in Gang setzte, für die sie Washingtons Mitarbeit, aber keinen Rat suchte. Kissinger verabscheute nicht nur Brandt (obwohl es Nixon nicht tat) und mißtraute nicht nur tief dessen Mitarbeiter Egon Bahr; sein apokalyptischer Geschichtssinn ließ ihn darüber hinaus befürchten, daß die Ost-Politik den altmodischen deutschen Nationalismus wieder zum Wachsen bringen könnte, und dieser würde die Stabilität der Bundesrepublik erschüttern und zu einem Appeasement mit der Sowjetunion führen.

Sein geheimnistuerischer und oft willkürlicher Stil von Großmachtpolitik brachte bedeutsame Erfolge mit der Sowjetunion und mit China, aber nur einen in Europa. Der eine europäische Erfolg, das Ergebnis einer Diplomatie hinter den Bühnen, die private Kommunikationskanäle zwischen Kissinger und Bahr und getrennt mit mehreren sowjetischen Botschaftern einbezog, war der Vier-Mächte-Vertrag über Berlin.

Kissinger ist davon überzeugt – zurecht – daß die vorsichtigen legalistischen Diplomaten des State Department niemals diese Einigung erzielt hätten, die, wie Nixon betonte, den Weg zum ersten Gipfeltreffen mit Breschnew ebnen half.

Trotz dieses Ergebnisses, das auch der Schlüssel zum Erfolg der Brandtschen Ost-Politik war, trotz beständiger privater Kommunikation zwischen Kissinger und Sonnenfeldt und den maßgeblichen Beamten in Bonn und trotz der Ehrfurcht, mit der dieser Metternich des 20. Jahrhunderts in der Bundesrepublik betrachtet wurde, beunruhigte Kissingers Art, im Freilauf Politik zu machen, die Beamten in Bonn.

Mißtrauisch betrachteten sie seinen Eifer, das State Department zu umgehen und dessen talentiertesten Botschafter auszuhebeln, etwa den Deutschland-Experten Martin Hillenbrand. Sie fühlten sich nicht wohl dabei, daß der Bundesrepublik Deutschland ein Platz im Kissinger-Entwurf für Europa und die Welt zugewiesen wurde, vor allem weil dieser Entwurf den bipolaren Streit USA – Sowjetunion auf den gesamten Globus übertrug. Sie leisteten Widerstand gegen seine gelegentlichen Anstrengungen, Bonn gegen die anderen europäischen Alliierten, vor allen Dingen Frankreich, auszuspielen.

Das vermutlich glücklichste Zwischenspiel in den Beziehungen zwischen Bonn und Washington – eines, das nur zu kurz war – ereignete sich noch während Kissingers Amtszeit, aber unter Präsident Gerald Ford. Der unerfahrene neue Präsident hörte auf Helmut Schmidts Rat mit Ehrerbietung, er sprach auf des Kanzlers „Selbstvertrauen und persönliche Wärme" an, die „ohne das kleinste Zeichen von Arroganz" vorgetragen wurde. Die beiden Staatsmänner sahen sich Aug zu Aug beinahe bei jeder Gelegenheit, eine Vertrautheit, die Kissinger dienstfertig kultivierte.

Ford und Schmidt machten guten Gebrauch von einer neuen Einrichtung, den jährlichen Wirtschaftgipfeln, wo sie ihre Strategien koordinierten. Wie die meisten Republikaner gab Ford dem Kampf gegen die Inflation Vorrang – das ist eine Politik, bei der man für gewöhnlich mit deutschen Spitzenpolitikern gut klarkommt.

Wenn Fords Stil dem Bundeskanzler gefiel, so tat es der von Carter mit Sicherheit nicht. Noch tat dies die von ihm betriebene Politik. Die Beziehungen zwischen den beiden Ländern erreichten während der Regierungszeit dieses demokratischen Präsidenten (1976–1980) ihren Tiefpunkt.

Üblicherweise tut sich Bonn schwer dabei, die demokratischen Präsidenten zu verstehen und mit ihnen auszukommen. Es unterschätzt beharrlich deren Stärke. Weder Adenauer 1960 noch Schmidt 1976 konnten sich vorstellen, daß der demokratische Kandidat die Präsidentschaftswahl gewinnen würde.

Die Demokraten sind die Partei der Reform, des Wechsels und einer expansionistischen Wirtschaftspolitik – all dies ist beunruhigend für die dem Status-quo-Denken verhafteten Deutschen. Die Demokraten beziehen ihre Unterstützung nicht von Bankiers und Geschäftsleuten, der oberen Mittelklasse, sondern von Farbigen und anderen Minderheiten, von Arbeitern, Frauen und Interessengruppen mit nur geringen internationalen Interessen.

Stark ausgeprägt ist eine populistische, basisbezogene Tradition. Demokratische Kandidaten wie Hubert Humphrey 1968, George McGovern 1972 und Jimmy Carter 1976 und 1980 waren typische Vertreter dieser Tradition, die dazu führt, daß demokratische Politik weniger vorhersehbar ist als republikanische. Erweiterte Mitbestimmung im Nominierungsprozeß für den Spitzenkandidaten der Demokraten, eingeführt in den 70er Jahren, machte es noch schwerer, die Politik dieser Partei zu verstehen.

Gerade in der Außenpolitik wirken die Interessen der Demokraten für deutsche Regierungen oft verwirrend, unwillkommen. Die Demokraten favorisieren grandiose wilsonsche Missionen wie Carters Menschenrechts-Politik. Sie halten Probleme der Dritten Welt für der Aufmerksamkeit so würdig wie Ost-West-Themen. Sie befürworten bilaterale Verhandlungen mit der Sowjetunion über Abrüstung, was nach Auffassung argwöhnischer Bundeskanzler gelegentlich die deutschen Interessen gefährdet. Das Mißtrauen, das Schmidt den Salt-II-Unterhändlern Carters entgegenbrachte, hat seine Parallele im Mißtrauen der CDU-Kanzler in den sechziger Jahren während Lyndon Johnsons Verhandlungen über ein Nichtverbreitungs-Abkommen von Atomwaffen mit Moskau.

Wenn die amerikanische Außenpolitik hin- und herschwankt, egal ob unter Demokraten oder Republikanern, verwirrt dies regelmäßig die deutschen Regierungen, die vor allem Kontinuität und Vorhersehbarkeit schätzen. Gleichwohl können sie sich damit trösten, daß bestimmte Beamte und Organisationen deutschen Absichten weiterhin dienlich sind, daß diese Personen immer wieder die Beziehungen stabilisieren und dabei oft zu Anwälten deutscher Interessen werden.

Am wichtigsten unter ihnen ist der jeweilige NATO-Oberbefehlshaber in Europa – Generäle wie Norstad in den fünfziger, Goodpaster in den sechziger und Haig in den siebziger Jahren. Ihnen gelang es, Konzessionen des Pentagon und des Weißen Hauses für NATO-Pläne und Strategien zu erwirken, welche die Deutschen allein nie erzielt hätten.

Tatsächlich stellt die gesamte US-Army eine Lobby für enge deutsch-amerikanische Beziehungen dar.

Das bei weitem größte Engagement der US-Truppen außerhalb Amerikas ist in der Bundesrepublik Deutschland. Ein Feld, das eifersüchtig gegen die Rivalen der Luftwaffe und der Marine geschützt wird. (Das hartnäckige Insistieren des Pentagon auf der Stationierung der Pershing 2 in der Bundesrepublik hat auch damit zu tun, daß diese Rakete in den Kompetenzbereich der Armee fällt.) Amerikanische Waffenverkäufe an die Bundeswehr, eine der besten Kunden des Pentagon in den letzten 30 Jahren, liefert einen zusätzlichen (wirtschaftlichen) Grund, die engen Beziehungen zwischen Pentagon und Hardthöhe aufrechtzuerhalten.

Verständlicherweise weniger bekannt, aber ebenfalls wichtig, ist die seit langem bestehende Beziehung zwischen den Nachrichtendiensten. Der CIA übernahm in den Vierzigern die Organisation Gehlen, half dabei, den BND zu schaffen und arbeitet seitdem mit ihm eng zusammen.

Ebenfalls unbemerkt von der Öffentlichkeit, aber umso wichtiger als Institution, die die Beziehungen stabilisiert, ist die Bundesbank zu nennen. Ihre Präsidenten wie Arthur Burns vor zehn Jahren oder Paul Volcker, Vorstandsmitglieder wie der in Deutschland geborene Henry Wallich oder die Spitzen der New Yorker Federal Reserve Bank wie Anthony Solomon arbeiten mit einem besseren Verständnis von Deutschlands Wirtschafts- und politischem System als fast jeder private Geschäftsmann oder Regierungsbeamter. In ihre Arbeit bringen sie Jahrzente von Erfahrung und einen weiten Bogen persönlicher Freundschaften ein.

Müssen wir Botschafter erwähnen? Die amerikanische Öffentlichkeit und unsere Tradition räumt ihnen nur einen geringen Status ein. Sicherheitsberater wie Kissinger und Brzezinski ignorierten und unterminierten sie regelmäßig. Nur wenige – wie Kenneth Rush, der das Berlin-Abkommen aushandelte, oder Burns heute – machen und machten ihren Einfluß durch besonderes Verhandlungsgeschick oder vorzügliche Beziehungen zu Washington fühlbar. Bei seltenen Gelegenheiten kann ein Diplomat wie Martin Hillenbrand sein Gewicht aufgrund seiner Erfahrung und seines diplomatischen Geschicks in die Waagschale werfen.

Weil wir Amerikaner keine hohe Meinung von unseren eigenen Beamten und Diplomaten haben, unterschätzen die Politiker in unserer Regierung gewöhnlich den Einfluß, den deutsche Botschafter in Washington zu Hause in Bonn haben können. Das Prestige des Auswärtigen Amtes innerhalb Bonns übertrifft bei weitem das des State Department in Washington. Kenntnisreiche und verständige Botschafter, wie zu seiner Zeit der heutige Staatssekretär von Staden, haben einen weit größeren Einfluß auf ihre Regierungen, als sich das Washington vergegenwärtigt. Wir können dafür dankbar sein.

Welche Lehren für den Umgang mit den Deutschen können aus der unausgeglichenen Bilanz amerikanischer Administrationen gezogen werden? Die Geschichte kann natürlich nicht von den Persönlichkeiten getrennt werden. Kennedys Auftreten mißfiel Adenauer. Johnsons einschüchternde Art überwältigte Erhard, und Carters Unentschiedenheit stieß Schmidt ab. Vielleicht liefert die Vergangenheit dennoch ein paar Anhaltspunkte für jede Administration in Washington.

– Respektiere etablierte Kommunikationskanäle und Organisationen mit Schlüsselfunktionen. Die Deutschen messen dem mehr Bedeutung bei, als es die Amerikaner tun.

– Benutze Organisationen wie die NATO, die Europäische Gemeinschaft oder die quasi-permanenten Konferenzen, die aus dem Helsinki-Prozeß entstanden sind. Die Deutschen bevorzugen es, bei den meisten Problemen nicht für spezielle US-Aufmerksamkeit ausgesondert zu werden. Sie können am leichtesten ermutigt werden, eine Führungsrolle in der Welt zu übernehmen, wenn sie sie innerhalb dieser Organisation spielen können.

– Halte Verbindungen zur Opposition aufrecht, und zwar in den nächsten Jahren auch zur SPD-Linken wie zu den Grünen. In der Bundesrepublik besteht seit den 50er Jahren ein breiter Konsens in Fragen der Verteidigung, der Außenpolitik und der Beziehungen zur NATO und zu den USA, auch wenn dieser Konsens gegenwärtig durch den Streit um die nukleare Komponente der NATO-Strategie unter Druck steht. Diese Übereinkunft in der Mitte ist wahrscheinlich stärker, als Reagansche Neo-Konservative oder der linke Flügel in der Demokratischen Partei annehmen.

Beim Umgang mit den Deutschen sollte jede amerikanische Administration erstens versuchen, alle Elemente dieses Konsenses zu verstehen unter Einschluß derer, die mit dem Osten zu tun haben; zweitens, diesen Konsens sowohl unter CDU/CSU- als auch SPD-geführten Regierungen zu erhalten; und drittens, jede Regierung in Bonn zu unterstützen, die versucht, alle legalen Gruppen im politischen Spektrum in diesen Konsens einzubeziehen.

KREFELD / 13 Familien begannen

Ein freier Platz für ihren festen Glauben

Von WILM HERLYN

Als weltläufige und liberale Stadt hat Krefeld schon immer gegolten – vor 300 Jahren, als die ersten Deutschen aus Krefeld in die Neue Welt auswanderten, wie heute, wenn die Nachkommen dieses denkwürdige Datum feiern. Die Ankunft des Pionierschiffs, der „Concord", am 6. Oktober 1683 in der Bucht von Philadelphia gilt in den Vereinigten Staaten von Amerika als Ereignis von hohem Rang: Präsident Ronald Reagan erklärte die 300-Jahr-Feiern zum nationalen Ereignis.

Mit ihren wenigen Habseligkeiten wagten 13 Familien die beschwerliche Reise. Sie suchten eine neue Heimat, um frei in ihrem Glauben leben zu können, denn sie gehörten den Mennoniten und Quäkern an, die Kindertaufe, Eid, Wehrdienst und Zwang in Glaubensfragen ablehnten.

Am 18. Juni 1683, weiß der Heimatforscher Ernst Köppen zu berichten, erreichten die Auswanderer das erste Etappenziel: Rotterdam. Einen Monat später kam die kleine Karawane im englischen Gravesend an, dem Überseehafen von London. Am 24. Juli stach die Brigantine in See, am 6. Oktober erreichte sie Amerika. Dort siedelten sie in „Der Teutschen Statt", das heute längst amerikanisierte „Germantown" heißt und Vorort von Philadelphia ist.

In den folgenden 150 Jahren folgten diesen Pionieren etwa 200 000 Deutsche, die in der Neuen Welt ihr Glück suchten. Namen, die wie Synonyme für Amerika klingen, sind in den Listen der Einwanderungsbehörden verzeichnet. Rockefeller und Astor, Levy-Strauss und Eisenhower. Doris Day hat deutsche Ahnen und Lyonel Feininger. Und wer kennt nicht den Namen Carl Schurz, in jedem amerikanischen Schulbuch als Sinnbild politischer Liberalität und Klugheit verzeichnet?

Etwa 52 Millionen Amerikaner führen ihre Herkunft auf deutsche Ahnen zurück – fast jeder 3. US-Bürger. Auch der Astronaut Charles Conrad ist direkter Nachfahre der Familie Kunders, die mit auf der „Concord" segelte. Für die Seidenweberstadt Krefeld ist diese Tradition nicht nur Geschichte, sondern auch Verpflichtung. Die Kontaktpflege zur Patenschaftsstadt Philadelphia zeugt davon.

SENATOR HEINZ: Jugendaustausch fördern

In Pennsylvania begann ihr Start

Von WOLFGANG WILL

Die jungen Menschen beiderseits des Atlantiks haben nicht selten den Blick für die gemeinsamen Ziele und für die gemeinsame Herkunft verloren.

Diese Feststellung veranlaßt den republikanischen Senator John Heinz, einen verstärkten deutsch-amerikanischen Jugendaustausch zu fordern. Wer von den jungen Amerikanern, begründet er, weiß beispielsweise noch etwas von der Berliner Blockade, wer von dem blutigen Aufstand am 17. Juni 1953? Viele junge Deutsche wissen auch nicht genug von den Gemeinsamkeiten unserer Nationen, ebensowenig von den Deutschen, die in Amerika Großes geleistet haben.

Der republikanische Senator, ein persönlicher Freund von Präsident Ronald Reagan, hat deutsche Vorfahren: Sein Ururgroßvater war Maurer und stammt aus dem rheinland-pfälzischen Karlstadt. Er wanderte in die USA aus und ließ sich in der Nähe von Pittsburgh nieder. Sein Sohn legte den Grundstein für ein weltumspannendes Unternehmen – nicht ohne Stolz erzählt Senator John Heinz, auf dem Kapitolhügel von Washington interviewt, davon:

„Henry jr., mein Urgroßvater, war als achtjähriger auf die Idee gekommen, Gemüse und Obst aus Mutters Garten zu verkaufen. Das Geschäft florierte so gut, daß er schließlich seinen eigenen Anbau betrieb. Und dann hatte er eine Idee: Meerrettich gab es seinerzeit nur in grünen, undurchsichtigen Flaschen, so daß die Hausfrau die Qualität der Ware nicht erkennen konnte und oft übers Ohr gehauen wurde. Mein Urgroßvater brachte seinen Meerrettich in weißen, durchsichtigen Flaschen auf den Markt, mit einwandfreier Ware, und das wurde ein Bombengeschäft." Zum Meerrettich kam Essig hinzu, dem folgten saure Gurken – und dann machte Heinz erst einmal Pleite, denn er und ein Partner, den er sich genommen hatte, waren geschäftlich zu schnell zu groß geworden – sie hatten sich übernommen.

Doch Henry jr. begann noch einmal von vorn, und er brachte etwas auf den Markt, das den Namen Heinz weltbekannt werden ließ: Tomatenketchup.

Das Unternehmen wird heute von des Senators Vater geführt. Der Republikaner John Heinz aus Pennsylvania widmet sich lieber der Politik. „Pennsylvania", charakterisiert er seinen Heimatstaat, „ist schließlich jene Region, wo vor 300 Jahren die deutsche Einwanderung begann. Hier ist noch immer alles sehr, sehr deutsch orientiert."

WALL STREET / Namen erzählen

Seligman aus Baiersdorf Bankier Nr. 1, New York

Von WOLFGANG WILL

In Wall Street sind es Namen, die Bände sprechen – Schönberg etwa, Loeb, Lehman, Straus, Schiff, Warburg, Seligman.

Die Familie Seligmann war schon im 16. Jahrhundert im kleinen, unscheinbaren Baiersdorf bei Nürnberg ansässig. Alle Seligmanns waren, so die Familien-Erinnerung, arm, auch David, ein Weber, der in Baiersdorfs Judengasse wohnte.

Er heiratete 1818 Fanny Steinhardt, ein junges Mädchen aus einem Nachbardorf, und im Verlauf der nächsten Jahrzehnte wurde er elfmal Vater.

Joseph, der älteste Seligmannsohn, war so begabt, so außerordentlich intelligent, daß er schon mit 14 Jahren an der Universität Erlangen zugelassen wurde. Bald erschien ihm, wie er später einmal sagte, das Wort „Amerika" verheißungsvoll, „voller Magie". Er sprach anfangs zu Hause, um die Eltern nicht zu verletzen, nicht von „Auswanderung", nur von „Fernweh", aber es dauerte lange, bis er die Familie überzeugt hatte, ihn – noch nicht 18 Jahre alt – auf Amerika-Reise gehen zu lassen.

Joseph Seligmann ging in New York an Land, Anfang 1837, reiste aber sofort weiter nach Mauch Chunk in Pennsylvania. Joseph wurde als Kassierer eingestellt – mit einem Jahresgehalt von 400 Dollar. Nach einem Jahr bereits stand für Joseph fest, daß er nicht nach Deutschland zurückkehren würde – Amerika schließlich bot Möglichkeiten ohne Beispiel: Binnen zwölf Monaten hatte er von seinem 400-Dollar-Gehalt 200 Dollar gespart, und mit diesem Kapital macht er sich selbstständig. Stolz nannte er sich einen „unabhängigen Hausierer". Er kaufte „Kleinigkeiten", die leicht zu transportieren waren. Schon während der ersten sechs Wochen, die Joseph Seligmann auf Hausierer-Tour war, hatte er 500 Dollar verdient, und davon bezahlte er die Amerika-Passage für zwei seiner Brüder, William und James.

In geradezu atemberaubendem Tempo ging es aufwärts: Die Seligmanns gründeten Geschäfte, Zweigstellen, aus Finanzierungsbüros wurden Kreditinstitute, und 1870 war Joseph Seligman der führende Bankier New Yorks.

ALLIANZ / Aus dem Land mit dem monströsen Regime wuchs eine demokratische Gesellschaft

Ein historisches Experiment ohne Präzedenz

Von H. SONNENFELDT

Drei Jahrhunderte sind vergangen, seit die ersten deutschen Siedler auf dem Boden Nordamerikas ankamen, um hier Frieden und Glück zu finden. Über zwei Jahrhunderte sind vergangen, seitdem die im Aufstieg begriffenen Vereinigten Staaten von Amerika formelle diplomatische Beziehungen mit dem deutschen Staat Preußen aufnahmen.

Bis zum Ersten Weltkrieg war das offizielle Verhältnis zwischen einem allgemein sich reserviert gebenden Amerika und dem Deutschen Reich, wie es sich nach 1871 entfaltete, so normal, wie man es erwarten konnte. Dann aber trafen die Vereinigten Staaten, während sie aus der Isolation in eine zunehmend verwobene internationale Gemeinschaft hineinwuchsen, auf ein ehrgeiziges, selbstbewußtes Deutschland. Nur widerwillig wurden die USA in zwei Weltkriege hineingezogen.

Im Ersten taten sich viele Gruppen innerhalb der amerikanischen öffentlichen Meinung, darunter vor allem Bürger deutscher Abstammung, zunächst schwer damit, in Deutschland und den Deutschen den Feind zu sehen. Das änderte sich, als der Krieg allmählich zu einem Kreuzzug für eine dauerhaft krieglose Welt, für internationale Ordnung und demokratischen Fortschritt wurde: Deutschland erschien jetzt als Hindernis auf dem Weg zur Verwirklichung dieser Ideale.

Im zweiten großen Krieg waren die Sympathien der Amerikaner, auch wenn das Land erst verspätet in den Krieg eintrat, eindeutig: Man fand Nazi-Deutschland, ganz unabhängig von der eigenen Herkunft, abstoßend. Mehr noch als fünfundzwanzig Jahre zuvor waren die Amerikaner davon überzeugt, daß ein vollständiger Sieg über Deutschland die Conditio sine qua non für den Fortschritt zu einer besseren Welt sei.

Doch selbst noch am Ende des Zweiten Weltkrieges war nicht klar, wie weit Amerika sich engagieren würde bei dem Bemühen um eine neue Weltordnung, die die „Geißel des Krieges", wie es in der UNO-Charta hieß, ausmerzen, die Wiederkehr monströser Regime wie dasjenige, das man gerade besiegt hatte, verhindern und die Segnungen der Freiheit für immer mehr Menschen erschließen könnte.

Es gab jedoch viele Gründe, warum der alte amerikanische Impuls, sich von tiefer Verstrickung in internationalen Angelegenheiten zurückzuziehen und die Aufmerksamkeit den innenpolitischen Problemen zuzuwenden, sich diesmal nicht als dominierender Faktor der amerikanischen Politik durchsetzte. Dazu gehörte vor allem die wachsende Erkenntnis, daß Amerikas Sicherheit und Wohlergehen in den kommenden Jahren zu einem bedeutsamen Teil von dem Wiedererstarken Europas und einer engen Partnerschaft mit ihm abhängen würde. Und Deutschland, obwohl gerade als Feind besiegt und nun besetzt, geteilt und umkämpft als Objekt der Konfrontationen des Kalten Krieges, wurde praktisch von Anfang an als Teil eines solchen Europas gesehen.

Man muß dies festhalten: Das Hervortreten der USA als einer Weltmacht, die ihre Interessen, Bedürfnisse und Zwecke auf eine internationalistische Weise festlegte und dabei zum erstenmal in seiner Geschichte einem Bündnis und zahlreichen anderen multilateralen Organisationen beitrat – dieses Verhalten hatte zumindest teilweise seine Wurzeln in der tiefen Sorge um die Zukunft Deutschlands. Seitdem diese Neuorientierung amerikanische Politik zu prägen begann, sind fast vierzig einzigartige Jahre in den amerikanisch-deutschen Beziehungen vergangen. Niemals zuvor umfaßten diese Beziehungen ein so breites Spektrum von Themen, niemals zuvor waren sie so eng, niemals zuvor war der Umgang miteinander, auf der Ebene der beteiligten Persönlichkeiten, so vielschichtig.

Das gilt, zum Teil, ebenfalls von dem Verhältnis zwischen vielen der westlichen Industriestaaten überhaupt. Tatsächlich hat die Bundesrepublik in den letzten dreieinhalb Jahrzehnten ein außerordentlich breites und tiefes Verhältnis zu zahlreichen Ländern geknüpft, darunter auch solchen, mit denen man jahrhundertelang Kriege geführt hatte. Bemerkenswert ist auch das Heranwachsen und das Gewicht internationaler Institutionen, vor allem in der westlichen Welt.

Doch bei allem haben die deutsch-amerikanischen Beziehungen eine besondere Qualität behalten, die gar nicht leicht zu beschreiben ist. Vielleicht hat sie damit zu tun, daß die Sicherheit und innere Stabilität der Bundesrepublik so eng mit der amerikanischen Sicherheit verknüpft wurde, daß die Verpflichtung der USA, einem europäischen Verbündeten, der angegriffen wird, zu Hilfe zu kommen, wahrscheinlich im Ernstfall in Deutschland ihren ersten Test erleben würde.


Hellmut Sonnenfeldt, ehemaliger Chefberater von US-Außenminister Henry Kissinger FOTO: dpa

Zweifellos beeinflußte auch die beeindruckende Verwandlung West-Deutschlands in eine blühende und starke demokratische Gesellschaft amerikanische Meinungen und Gefühlshaltungen, was seinerseits zu engeren Verbindungen führte. Vielleicht wuchs damit auch die leichtfertige Annahme heran, daß zwei Länder, die in dem immateriellen Reich der Werte und Ziele so viel gemein hatten, ihre zuweilen unterschiedlich definierten politischen Interessen schon würden ausgleichen und im Griff behalten können. Die vielen Male, wo solche Divergenzen und gelegentlichen Reibereien in den vergangenen Jahrzehnten beigelegt werden konnten, schienen dies zu bestätigen.

Wenn man heute vom amerikanischen Beobachtungspunkt den Zustand der amerikanisch-deutschen Beziehungen resümiert, fällt auf, daß eigentlich wenig oder nichts von antideutschem Ressentiment in Amerika im Wege steht. Gewiß, da gibt es Klagen in manchen Bereichen. Nicht alle amerikanischen Soldaten sind mit nur glücklichen Erinnerungen an ihre Dienstzeit in Deutschland heimgekehrt. Manche Amerikaner, darunter politisch Prominente, stellen in Abständen die Frage nach dem Sinn und Zweck amerikanischer Bodentruppen in Europa.

Wenn es überhaupt eine Verhaltensänderung zu verzeichnen gibt, dann nicht in der Richtung von Feindseligkeit gegenüber Deutschen oder der Bundesrepublik. Eher macht sie sich in der Frage bemerkbar, ob die Deutschen möglicherweise von ihrer grundlegenden Nachkriegsorientierung abweichen könnten. Doch machen die amerikanischen Medien, auch wenn sie nicht unbedingt positiv über deutsche Dinge schreiben oder für spezifische deutsche Sorgen empfänglich sind, keinen dezidierten Versuch, den Deutschen gegenüber kritisch aufzutreten.

Und dennoch: Spannungen sind seit geraumer Zeit im deutsch-amerikanischen Verhältnis gewachsen, Spannungen nicht nur im Bereich perspektivischer Beurteilungen, über taktische, stilistische Fragen, sondern Differenzen im Kernbereich von Politik und Ausrichtung. Natürlich gibt es in beiden Ländern demokratisch gewählte Regierungen, stimmstarke Gegnerschaften und vielfältige Meinungsunterschiede. Man braucht kaum hervorzuheben, daß Teile der „Freeze"-Bewegung in den USA mehr mit vergleichbaren Oppositionsgruppen in Deutschland als mit der politischen Richtung ihrer eigenen Regierung gemein haben.

Nein, worauf hier abgehoben werden soll, ist die Tatsache, daß die Meinungsmitten in den beiden Ländern sich voneinander zu entfernen beginnen. So haben die Amerikaner, trotz aller Unterschiede untereinander, in den letzten Jahren mehr als die Deutschen dazu geneigt, größere Betonung auf die sowjetische Gefahr und die Notwendigkeit verbesserter Verteidigungsanstrengungen im Westen zu legen. Amerikaner sprechen eher von den dubiosen Resultaten der Entspannung der 70er Jahre als die Deutschen, die mehr die Vorteile der Entspannung hervorheben.

Amerikaner sprechen mit größerer Skepsis über den möglichen politischen Stabilisierungseffekt der von wirtschaftlichen Beziehungen mit der Sowjetunion ausgeht, obwohl viele amerikanische Geschäftsleute, wie ihre deutschen Pendants, weiter ihren wirtschaftlichen Austausch mit dem Osten pflegen wollen. Amerikaner verlangen von der Entspannung, daß sie unteilbar sein müsse, soll sie andauern. Deutsche und andere Europäer dagegen melden Sorgen an, daß die Spannungen in anderen Teilen der Welt künstlich nach Europa importiert werden könnten.

Man könnte die Liste solcher Probleme und unterschiedlicher Exegesen leicht ausdehnen. Am meisten befremdet dürften Amerikaner wohl von der Behauptung in manchen deutschen Meinungsgruppen sein, daß die USA ihre Macht leichtsinnig gebrauche und daß es gerade den Deutschen obliege, eine besondere Rolle dabei zu spielen, die Supermächte zu zähmen. Solche Attitüden werden in Amerika als neutralistische Tendenzen interpretiert.

Es geht hier nicht um die Berechtigung dieser Einstellungen auf beiden Seiten. Volle Übereinstimmung der Ansichten und Methoden wird es und kann es nicht geben in pluralistischen Bündnissen. Die Frage ist vielmehr, ob wir einem Punkt zusteuern, an dem die Unterschiede die wesentliche Eintracht und das gegenseitige Vertrauen aufsaugen, die dieses Bündnis mehr als die Allianzen der Geschichte zu seiner Funktionsfähigkeit braucht.

Unsere Regierungen pflegen Fragen wie die eben gestellten mit Nein zu beantworten. Und damit haben sie recht, einstweilen jedenfalls. Meinungsumfragen auf beiden Seiten des Atlantik ergeben jedesmal hohe Zustimmungsquoten zur NATO. Sie verraten aber gleichzeitig, daß spezifische NATO-Programme – wie etwa der Doppelbeschluß vom Dezember 1979 – viel weniger von der Öffentlichkeit gebilligt werden. Noch ernster ist, wenn ein nicht unwesentlicher Teil der deutschen öffentlichen Meinung schon jetzt befindet, daß, wenn kein Verhandlungsergebnis mit den Sowjets bis Ende 1983 erzielt wird, dies nur an ungenügendem amerikanischen Einsatz liegen könne.

In Amerika andererseits ist der Glaube weit verbreitet, die Sowjets verhandelten nicht ernsthaft, weil sie davon ausgingen, die Protestbewegung in Westdeutschland werde die Stationierung der Waffen verhindern und damit Konzessionen am Verhandlungstisch unnötig machen. Meinungen und Interpretationen sind schwer zu widerlegen, besonders wenn sie, wie in diesem Fall, durch tiefe Ängste um die Gefahren eines Nuklearkriegs genährt werden. Aber wenn unterschiedliche Auslegungen sich zu einer Kluft des Mißtrauens und des Ressentiments erweitern, wird es nicht lange dauern, bis sie die Politik der jeweiligen Regierungen beeinflussen.

Es soll hier nicht die Alarmglocke gezogen werden über die Zukunft des Bündnisses oder die Aussichten der engen Beziehungen zwischen den USA und der Bundesrepublik. Aber dieses Bündnis und diese Sonderbeziehungen werden in den kommenden Monaten ungewöhnlichem Druck ausgesetzt werden. Ein hohes Maß an Einfühlungsvermögen, Führungskunst, Anpassungsfähigkeit und – wenn die Sowjets es nicht anders wollen – Ruhe unter Feuer wird benötigt werden. In der Raketenfrage stehen viele Dinge auf dem Spiel; am wichtigsten wird es sein, klarzumachen, daß eine schwierige Entscheidung, die nach sorgfältigen und ausgedehnten Beratungen unter demokratisch gewählten Führungsgruppen im gemeinsamen Interesse gefällt und von Nachfolgeregierungen bestätigt wurden, stehenbleibt, solange nicht die Bedingungen, die zu dieser Entscheidung führten, beseitigt oder wesentlich modifiziert worden sind.

Doch ist die Nachrüstung nur Teil eines größeren Themenkatalogs, der die Sicherheit unserer beiden Länder betrifft und von besonderer Relevanz für die Bundesrepublik ist in ihrer exponierten Lage. Die Verteidigungspolitik hat zwar nie auf Einstimmigkeit beruht; in der Vergangenheit wurden viele bedeutsame Differenzen mit Kompromissen schlecht und recht verkleidet. Aber gerade jetzt stehen wir wieder vor der alten Herausforderung des Bündnisses: Wie eine militärisch glaubhafte, wirtschaftlich vernünftige, politisch vertretbare und psychologisch tragbare Verteidigung organisiert werden kann, die Angriff und Druck aus dem Osten abschreckt, aber gleichzeitig eine Basis bildet, von der sich ein ost-westlicher Modus vivendi erarbeiten läßt.

Weitgehend herrscht Übereinstimmung, daß eine Politik des frühen Einsatzes von Nuklearwaffen nicht mehr aufrechtzuerhalten ist. Übereinstimmung herrscht auch, freilich mehr in der Theorie als in der Praxis, daß eine solche Verschiebung des Ansatzes wesentliche Verbesserung der konventionellen Kräfte verlangt. Es ist gut, daß in diesen Fragen nicht nur die Regierungen intensiv miteinander diskutieren; viele private Gruppen und Organisationen haben die gleichen Themen seit langem angesprochen und dabei auch jenseits der Experten einen immer weiteren Personenkreis in die Debatte einbezogen. Hier hat sich der Austausch seit der Ankunft der Kohl-Regierung eher noch verstärkt. Das Ganze stellt ein wesentliches Plus für unsere Beziehungen dar, denn das amerikanisch-deutsche Verhältnis ist keine technische Angelegenheit, sondern muß einer immer breiteren Öffentlichkeit angelegen sein.

Dieser neuerstarkte Dialog läßt darauf schließen, daß die sich häufenden Unterschiede bisher noch keinen Fatalismus im Bündnis ausgelöst haben, daß vielmehr Impulse ausgelöst wurden, wie sie demokratischen Gesellschaften eigen sind: Probleme, wenn sie auftauchen, anzugehen, statt sie schwelen zu lassen, und vernünftigen Ausgleich zu suchen. Die Zukunft wird zeigen, ob wir die Geduld und das Geschick besitzen, mit Kompromissen und Antworten zu leben, die weniger als vollkommen sind. Dabei versteht man die Angst jener, die solche weniger als vollkommenen Antworten nicht als ausreichende Garantie gegen die Katastrophe eines Nuklearkrieges ansehen. Aber das liefern auch nicht die Slogans der Friedensmarschierer, besonders wenn sie nach einseitiger Abrüstung des westlichen Bündnisses rufen.

Über fünfunddreißig Jahre lang leben Amerikaner und Deutsche jetzt schon mit diesem einzigartigen Experiment innerhalb der Beziehungen von Staaten. Für eine pluralistische Allianz in Friedenszeiten unter demokratischen Staaten gibt es kein Präzedenz. In der europäischen Geschichte waren Allianzen in Friedenszeiten wechselnde Gebilde, weitgehend determiniert von Überlegungen der Zweckdienlichkeit. Das westliche Bündnis heute ist weit tiefer verankert. Ein von Beunruhigungen nicht ganz freier Friede ist bewahrt worden, und hinter dem Schutzschild des Verteidigungspaktes hat sich auf deutschem Boden zum erstenmal in der Geschichte ein freies und gerechtes politisches System etabliert, unter dem die Menschen Wohlstand und menschliche Würde auskosten.

Natürlich besteht die unnatürliche Teilung Europas und Deutschlands weiter; doch kann das nicht vom Erfolg des Bündnisses ablenken. Das Problem der Teilung bleibt auf der Tagesordnung. Gerade deshalb ist die Allianz zu besonderer Wirksamkeit aufgerufen, gerade deshalb darf sie nicht unterschiedlichen Perspektiven erlauben, die gemeinsame Richtung zu verdunkeln.

VON STEUBEN / Aus einem falschen Baron wurde ein real hero

Hier bin ich verpflichtet, meine Befehle vorher zu begründen

Von ARAM BAKSHIAN jr.

Während mehr als 30 000 deutsche Söldner auf der Seite Britanniens in Amerikas Unabhängigkeitskrieg kämpften, kann es wahrhaftig gesagt werden, daß ihre Gegenwart auf dem Schlachtfeld mehr als wettgemacht wurde durch die Leistung eines preußischen Ex-Hauptmanns der Infanterie im mittleren Alter: Friedrich Wilhelm Ludolf Augustin von Steuben, geboren am 17. September 1730 in Magdeburg, Sohn eines preußischen Ingenieur-Offiziers.

In der Meinung vieler Historiker waren die einzigartige Rolle von Steubens als Ausbilder der amerikanischen Infanterie, der neue ungeschulte Rekruten in eine kämpfende Truppe mit hoher Disziplin umwandelte, nur gegenüber Washingtons Bedeutung von zweitem Rang.

Als lebenslustiger Junggeselle war von Steuben den Fußspuren seines Vaters gefolgt. Er erhielt die beste militärische Formalausbildung seiner Zeit als Kadett in der Armee Friedrichs des Großen. Er eignete sich auch wertvolle Erfahrungen in der Guerillakriegführung an als Adjutant im Freikorps von Mayr im Siebenjährigen Krieg – eine wichtige Vorbereitung für die Wildnis Amerikas.

Mit dem Ende des Siebenjährigen Krieges jedoch wurde ein Großteil des preußischen Offiziers-Korps von seinen Pflichten entbunden, und von Steuben fand sich selbst ohne Verwendung. Er hatte nie einen höheren Rang als den eines Hauptmanns erreicht. Eine Zeitlang zog er durch Europa auf der Suche nach einer Beschäftigung und überlegte es sich, schließlich sogar in die Dienste der Britischen India Company zu treten. Irgendwann in dieser Zeit fing er an, sich selbst „Baron“ zu nennen. Es war ein Titel, der freizügig benutzt wurde von reichen Soldaten des 18. Jahrhunderts; und es bedarf überhaupt keiner biographischen Einbildung, daß Steuben, ein Mann wie Münchhausen, in diese Rolle schlüpfen konnte.

In der Tat, wäre es nicht wegen dieser harmlosen Flunkerei, die er sich bei Benjamin Franklin und Silas Deane ausdachte, den Vertretern des kolonialen Amerika in Frankreich – er hätte vermutlich nie die Berufung erhalten, die seinen großen Moment in der Geschichte möglich machte. So aber finden wir im September 1777 Franklin und Deane in einem gemeinsamen Brief an den amerikanischen Kongreß das Loblied auf den Baron von Steuben singen, „ein General-Leutnant im Dienste des Königs von Preußen“, dem er nahestand in all seinen Schlachten, ob es nun als Aide de Camp oder als sein General-Quartiermeister war. Alles das natürlich war ziemlich dick aufgetragen ... Aber Amerika ist immer ein Platz gewesen, wo sich kühne Werbung auszahlt.

Das Ergebnis war, daß im Dezember 1777 ein ziemlich wohlbeleibter Gentleman mit rosafarbenem Gesicht, in einer blitzenden Uniform, begleitet von mehreren Lehnsleuten und einem italienischen Windhund namens Azor (vielleicht in Nachahmung seines königlichen Mentors Friedrich in Portsmouth, New Hampshire, landete, sehr zum Vergnügen der örtlichen Einwohner, die wegen seines roten Mantels ihn anfänglich als britischen Offizier mißverstanden.

Wie es der clevere alte Ben Franklin erwartet hatte, gewannen Steubens eindrucksvolle falsche Biographie, sein gleichfalls eindrucksvolles – aber wirkliches – kriegerisches Auftreten und seine Berufsmäßigkeit den Kongreß. Der „Baron“ befand sich bald in Valley Forge, dem Winterhauptquartier der kämpfenden amerikanischen Armee. Die Lebensbedingungen waren scheußlich. Schiebereien und die übliche Spekulation (plus die Wertlosigkeit der Papierwährung des Kongresses) hielten die amerikanische Armee in einem halbverhungerten, schlecht bekleideten und nicht ausgerüsteten Zustand. Tausende Soldaten starben in diesem Winter, nicht durch feindliche Kugeln, sondern an Unterernährung, Seuchen und weil sie einfach erfroren.

Und trotz dieser widrigen Umstände, aber mit der Ermutigung von Washington, war Steuben bald an der Arbeit, ein Corps von Inspektions-Generalen aufzustellen und Amerikas erste einheitliche Ausbildungsverordnung einzuführen. Es war eine vereinfachte Fassung des preußischen Systems, modifiziert, um den amerikanischen Bedingungen gerecht zu werden. Am 17. März 1778 gab Washington einen historischen Tagesbefehl heraus, in dem er die Ausbildung nach dem neuen System befahl; angewandt an der ersten Kompanie von 100 Rekruten. Innerhalb von Wochen wurde das Training auf die ganze Armee ausgedehnt, und von Steuben war unermüdlich selbst dabei, die Rekruten in einem gebrochenen und gelegentlich obszönen Patois aus Französisch, Deutsch und Englisch zu drillen.

Es war eine harte, dumpfe Arbeit, ein scheinbar undankbares Bemühen, aber wenn es nicht erfolgt wäre, hätte die amerikanische Armee, die in den kommenden Jahren eindrucksvolle Siege erringen sollte, nie den Ausbildungsstand erreicht, den sie brauchte, um mit regulären britischen Truppen Schlachten auf gleichem Niveau zu schlagen. Von Steuben bewies auch, daß er etwas eines Soziologen an sich hatte, als die Gelegenheit kam, den unabhängigen amerikanischen Charakter zu entschlüsseln, wie er in einem Brief an einen seiner alten europäischen Kameraden enthüllte:

„Das Genie dieser Nation kann nicht im geringsten mit dem der Preußen, Österreicher oder Franzosen verglichen werden. Du sagst zu deinen Soldaten: tu das, und er tut es. Aber ich bin verpflichtet, zu sagen, das ist der Grund, warum du dies tun sollst, und dann tut er es.“

Der neue Generalinspekteur der Continental Army erlebte seinen stolzesten Tag am 6. Mai 1778, als seine gut trainierten Truppen die erste große Parade vorführten. Ihre Aufführung war so eindrucksvoll, daß ein gefangener Spion, der sie beobachtet hatte, von einer Verhaftung verschont blieb, damit er die schlechten Nachrichten zu den britischen Linien bringen konnte.

Immer liebenswert, immer knapp bei Kasse, nahm Steuben schließlich seinen Abschied (aus Gründen der Sparsamkeit) und zog sich in das Städtchen zurück, das im Oneida County, New York, seinen Namen trägt; einer von mehreren Landstrichen, die ihm für seine Kriegsdienste zur Verfügung gestellt wurden.

Hier starb er am 28. November 1794 plötzlich an einem Schlag, inmitten seiner Bücher, Briefe, Medaillen und Erinnerungen.



Blick auf die Sangre-de-Cristo-Berge, Taos. Skizze des Malers Georg Eisler

DEUTSCHE SOMMERSCHULE IN TAOS / Stelldichein des Geistes

Die Weisen vom Berg locken Amerikas Studenten herbei

Von PETER PABISCH

Seit acht Jahren tummelt sich allsommerlich im versteckten Schital von Taos, New Mexico, eine Schar von amerikanischen Studenten, die nur deutsch sprechen. Das könnte in den eher einsprachig englischen Vereinigten Staaten Verdacht erregen. Nicht aber im Bundesstaat New Mexico, wo Chicanos, Hispanier und mehrere Indianerstämme neben den später angesiedelten Anglos ein kleines Sprachenbabel bilden, in dem das bißchen Deutsch gar nicht sehr auffällt.

Was soll solch eine Deutsche Sommerschule inmitten der Sangre-de-Christo-Berge im Kernland des amerikanischen Westens? Hat man da keine anderen Sorgen, als gerade Deutsch zu verbreiten? Die Antworten auf diese Fragen sind nicht einfach. Da muß man zuerst auf den berüchtigten „Sputnik"-Schock verweisen, der seit 1957 dem amerikanischen Bildungswesen ungeheuren Auftrieb verliehen hat, so daß heutzutage keine großen Unterschiede mehr im Unterrichtsniveau zwischen den größeren Universitäten der einzelnen Bundesstaaten bestehen dürften.

Zwar tragen Harvard, Yale oder Berkeley noch immer Gütemarken; aber von entscheidend besserer Ausbildungsleistung gegenüber den etwa 200 akkreditierten Hochschulen in allen Teilen Nordamerikas (es existieren daneben noch über 1000 Hochschulen mit sehr eingeschränktem bis fragwürdigem akademischen Niveau) darf man ein Vierteljahrhundert nach dem Umschwung nicht mehr sprechen.

Auch das ehemalige Bildungsvakuum des Südwestens ist gefüllt. Als Beispiel diene New Mexico, das flächenmäßig beinahe so groß ist wie beide deutsche Staaten, aber nur 1,3 Millionen Menschen zählt. Doch leben gerade hier viele Wissenschaftler der amerikanischen Atombehörde – in Los Alamos, den Sandia Nuclear Laboratories, in White Sands. Wer erinnert sich nicht an Neu-Mexiko und den 16. Juli 1945, den Tag des ersten Atombombentests? Die Wohlhabenden dieser wissenschaftlichen Elite Neu-Mexikos senden noch heute ihren Nachwuchs zum Studium an die Ost- oder Westküste. Das erklärt sich aus der Tradition der „Anglos" (der angelsächsischen Bevölkerung), die oft schon in der dritten oder vierten Generation an der Princeton oder Stanford University ausgebildet werden.

Der Großteil der Highschool-Absolventen Neu-Mexikos bleibt jedoch im Staat und findet eine kleinere, gute, auf Agronomie und Bodenkultur ausgerichtete Universität im südlichen Las Cruces sowie eine große Universität, die University of New Mexico in Albuquerque, die in verschiedenen Colleges alle Fachgebiete anbietet.

Im Umkreis von 600 Kilometern ist diese Universität allerdings die einzige von Rang, was sie in jeder Hinsicht in eine Oasenlage manövriert – kein Wunder bei den Weiten der eher unfruchtbaren Wüstensteppe. Diese wird nur vom Rio Grande mit seinem schmalen Bewässerungsgürtel wie von einem grünen Faden durchzogen.

Die Angleichungen der europäischen Währungen an den amerikanischen Dollar haben – den Dollaranstieg der jüngsten Zeit ungeachtet – in den letzten Jahren Europaaufenthalte sehr verteuert, so daß immer weniger amerikanische Jugendliche auf längere Zeit Studiengänge in Übersee finanzieren können. Andererseits sind verantwortliche Eltern auch in den USA darauf bedacht, das internationale Bewußtsein ihrer Kinder zu fördern und sie Sprachen lernen zu lassen.

Diese beiden Faktoren bestimmten wesentlich die Gründung der akademischen Deutschen Sommerschule in Taos, an der fortgeschrittene Deutschstudenten sich in der deutschen Sprache und deutschsprachigen Kultur weiter einüben können.

Das Modell orientiert sich nach Vorbildern an den beiden Küsten, etwa dem bekannten Middleburg College in Vermont, das schon seit dem Ersten Weltkrieg Fremdsprachen in Sommerkursen anbietet, und der Deutschen Sommerschule am Pazifik, in Portland in Oregon, die vor 25 Jahren gegründet wurde. Daneben existieren Sommersprachschulen noch in Rhode Island, Pennsylvania und Kalifornien.

Um das Erlebnis einem Europaaufenthalt so echt wie möglich anzugleichen, werden in Taos zahlreiche Universitätsseminare und Workshops angeboten, die das Milieu eines fünf Wochen langen deutschsprachigen Hochschulbetriebs suggerieren. Da sich alljährlich eine größere Schar von europäischen Fachleuten zu den amerikanischen Kollegen gesellt, entfaltet sich, wie erhofft, ein exzellenter Gedankenaustausch, an dem die Studenten selbst teilhaben. Es hat sich somit eine Art Symposiumsatmosphäre über die Jahre etabliert, der alle Beteiligten jedesmal mit hohen Erwartungen entgegensehen.

Das Schital von Taos liegt auf Zugspitzenhöhe – man könnte sich keinen besseren Unterrichtsort denken. Sein Klima ist auch im Sommer angenehm sonnig und kühl zugleich. Seine Pflanzen- und Tierwelt ist alpin, mit Lungenkraut und Enzian, Erdbeeren und Schwarzbären, Rotwild und Berghuhn, Forellen und Wasseramseln. Die Viertausender im Umkreis laden zu Wanderungen ein – durch versteckte Hochcanyons, vorbei an bleifreien Bergseen, die noch die mythische Weihe indianischer Götter ausstrahlen. Talabwärts schmiegt sich das Künstlermekka von Taos an die Bergkette. Hier wohnten schon viele Berühmte wie D. H. Lawrence, Mabel Dodge-Lujan, Dorothy Brett, Frieda von Richthofen oder der russische Expressionist Fechin.

Ernest H. Blake, der bekannten Frankfurter Bloch-Familie entstammend, gründete den Schibetrieb im Tal von Taos vor fast 30 Jahren. Sein Weitblick hat eine Schiindustrie ins Leben gerufen, die heute eine Haupteinnahmequelle Neu-Mexikos darstellt. Blakes hervorragende Sprachkenntnisse und seine auf europäischer Grundlage fußende Universalbildung haben ihn zu einem Weisen vom Berge werden lassen, der auch Fachseminare über die jüngere deutsche Geschichte von Bismarck bis Adenauer an der Deutschen Sommerschule gibt.

Er ist der Nestor der Schule geworden, mit deren Hilfe mein Kollege George F. Peters und ich diese Bildungsinstitution ins Leben rufen konnten. Sie genießt in den Vereinigten Staaten inzwischen einen guten Ruf. Er erstreckt sich auch aufs Kulinarische. Das Ehepaar Thomas und Elisabeth Brownell versteht sich darauf, die durch Höhe und Geisteslast hungrigen Mäuler auf das köstlichste zu füttern: Vom Sauerbraten über die Tiroler Knödelsuppe zum Sauerkohl wird in der „Thunderbird Hodge" der Brownells alles gekocht, was an deutsche oder österreichische Cuisine gemahnt. Dafür stehen die Berufsköche der Schisaison zur Verfügung. Der erfolgreichste Chefkoch ist in all den Jahren Steve White gewesen, der sein eigenes Whitey's Restaurant im ehemaligen Haus der Dorothy Brett in kurzer Zeit zu nationalem Ruhm gebracht hat.

Die Münchnerin Elisabeth Brownell lernte ihren Mann Thomas im Schital kennen und baute bald mit ihm die „Thunderbird Lodge" auf, die winters wie sommers als das führende Hotel im Schital mit bayerisch-amerikanischem Ambiente gilt, zu dem die übrigen Hotelbesitzer nicht ohne Eifersucht hinüberblicken. Es ist das Haus, in dem die Deutsche Sommerschule ihre Herberge gefunden hat.

So treffen sich hier jedes Jahr seit 1976 im Juni und Juli an die 70 Studenten aus New Mexico, Texas und bisher 30 anderen US-Bundesstaaten.

Breitgefächert ist die Lehre, die täglich von früh bis spät verabreicht wird. Von deutscher Stilkunde über „Landeskunde der beiden Deutschlands, Österreichs und der Schweiz" bis zu „Geschichte der Weimarer Republik", von „Hitlers Hofstaat" über „Wagners Ring" bis zur „Naturlyrik in der deutschen Gegenwartsliteratur", von „Klimt und Kokoschka" über „Rechtsfragen im Märchen" bis zu Schweizstudien wird alles geboten, was im engeren oder weiteren Sinne zur deutschsprachigen Kulturwelt und zu ihren globalen Beziehungen zählt.

KULTUR / Muse und Politik im gleichen Boot

Vom „einig Volk von Brüdern" mit Pathos bis zu den „Three Bs"

Von CHRISTINE M. TOTTEN

Der junge Rechtsanwalt aus Frankfurt, der sich am 6. Juni 1683 in die neue Welt einschiffte, sprach kein Wort Englisch. Als Franz Daniel Pastorius an Bord der „America" mit dem Waliser Arzt Thomas Lloyd Freundschaft schloß, verständigten sich die beiden Auswanderer auf lateinisch.

In Philadelphia sprach Pastorius mit William Penn, dem Herrn und geistigen Vater der Quäkerkolonie, französisch. Penn fand Gefallen an dem gelehrten, dazu weitgereisten und witzigen jungen Deutschen, der am 6. Oktober 1683 die Obhut über dreizehn Weberfamilien aus Krefeld übernahm und mit ihnen Germantown gründete.

Francis Daniel Pastorius schrieb bald seine philosophischen Betrachtungen und seine Gelegenheitsgedichte auch auf Englisch. Der erste deutsche Intellektuelle in Nordamerika gehörte dem Kreis der Frankfurter Pietisten um Dr. Spener an. Als Sektierer war er repräsentativ für all die, die religiöse oder politische Freiheit suchten. Dissidenten, die mit vielschichtigen kulturellen Einflüssen in dem Land ihrer Zuflucht das deutsche Element vertraten. Die große Menge der sieben Millionen Deutschen, die im Lauf von drei Jahrhunderten in der neuen Welt ein besseres Fortkommen suchten, brachten einen bestimmten Lebensstil mit. Ihre „Hamburgers", „pretzels" und Biere verschmolzen schnell mit dem amerikansichen Alltag. Dagegen sind die kulturellen Beiträge kleiner Gruppen, deren Auswanderung von ideellen Motiven bestimmt war, fest mit einzelnen Phasen der amerikanischen Geschichte verbunden.

In den deutschen Sekten, die gegen Ende des 17. Jahrhunderts William Penns „heiliges Experiment" teilten, gab es geistig und künstlerisch hochbegabte Männer. Das Haupt einer mystischen Rosenkreuzlersekte, der Tübinger Magister Johannes Kelpius, zog 1694 in eine Einsiedlerhöhle am Wissahickon bei Germantown, weil man hier „Bauer, Gelehrter, Priester und Edelmann in einem" sein konnte. Er wirkte als Theologe, Philosoph und Lehrer bis zu seinem Tod mit einunddreißig Jahren. Als Komponist von Kirchenliedern wurde er von Conrad Beissel übertroffen, dem Thomas Mann in seinem Dr. Faustus ein Denkmal setzte. Beissel war der Sohn eines Bäckers aus dem Neckartal. Er gründete in Ephrata ein Kloster für Mitglieder seiner Täufersekte, das er bald mit siebenstimmigen Chören berühmt machte.

Ohne alle theoretische Vorbildung verfaßte Beissel eine Harmonielehre. Fachlich ausgebildete Musikkenner kamen in der folgenden Generation mit den Mährischen Brüdern des Grafen Zinzendorf nach Pennsylvania. Zusammen mit französischen Hugenotten legten sie den Grundstein für die amerikanische Musikkultur. Sie waren die ersten Orgelbauer in den Kolonien und begründeten mit ihrem Collegium Musicum eine anspruchsvolle Musikschule. Sie führten aus Sachsen Instrumente und vor allem Kompositionen ein. Die Messe in h-Moll von Johann Sebastian Bach ist einer dieser Importe, die bis zum heutigen Tage die Osterkonzerte der Mährischen Brüder in Bethlehem, Pennsylvania, und Winston-Salem, North Carolina, zu einem Anziehungspunkt für Liebhaber von Barockmusik machen.

Um die Mitte des 19. Jahrhunderts kam mit den Flüchtlingen der revolutionären Bewegung von 1830 und 1848/49 die nächste Gruppe geistig und künstlerisch profilierter Einwanderer aus Deutschland. Dreiundzwanzig der liberal-republikanischen „Achtundvierziger" bildeten den Kern des Germania-Orchesters. Als es sich nach über 800 Konzerten 1854 auflöste, gründeten die Mitglieder Städtische Orchester in den von deutschen Siedlern bevorzugten Teilen des mittleren Westens. Große Dirigenten wie der Ostfriese Theodor Thomas förderten das Wachstum der symphonischen Musik im Landesinnern der USA.

An Leopold Damrosch erinnert noch heute der Damrosch Park neben der Metropolitan Opera in New York, die er 1884 mit einer Saison von 57 Aufführungen deutscher Opern finanziell sanierte. Damrosch war aus seiner Zeit als Direktor der Breslauer Philharmonie mit Richard Wagner, Liszt und Clara Schumann befreundet. Auf seinen Konzertreisen fand er begeisterte Bundesgenossen für die Verbreitung der deutschen Musik in den Männerchören von Städten wie Chicago und Cincinnati. Sie zogen auf ihren regionalen Sängerfesten mit bis zu tausend Stimmen Tausende von Zuhörern an. Volkstümliche deutsche Lieder, aber auch die „Three B's", Bach, Beethoven und Brahms, wurden zum Inbegriff des amerikanischen Musikgeschmacks ihrer Zeit.

Als auf der Opernbühne schon italienische Komponisten der deutschen Oper ihren Rang streitig machten, konzentrierte um die Jahrhundertwende noch einmal die legendäre Beliebtheit einer österreichischen Primadonna das Interesse des Publikums auf deutsche Arien und Lieder. 1899 begann Ernestine Schumann-Heink ihr Engagement an der Metropolitan Opera als Lohengrins Elsa, einen Monat, ehe ihr Sohn George Washington Schumann geboren wurde.

Das günstige Klima des 19. Jahrhunderts für die Aufnahme der deutschen Kultur wurde vom Geist der Zeit und der außenpolitischen Konstellation bestimmt. Mit Großbritannien, aus dem die materiellen und geistigen Wurzeln des Landes stammten, stand man seit den Revolutionskriegen und wieder seit 1810 und dem Bürgerkrieg auf gespanntem Fuß. Die Franzosen waren im puritanisch zugeknöpften Amerika dieser Zeit als zu leichtlebig und frivol verpönt. Auch um Goethe und sein üppiges Liebesleben machte man anfangs einen vorsichtigen Bogen. Um so freudiger wurde Schillers Dichtung aufgenommen. Schillers Dramen, mit Kants hohem ethischem Anspruch und dem so vertraut anrührenden Pathos von einem „einig Volk von Brüdern", verhalfen deutschen Theatervereinen in Städten wie Milwaukee, dem „Athen des Westens", zu einer kurzen Blüte. Schillers hundertster Geburtstag im Jahre 1859 wurde von einer Küste zur andern als großes Fest der Humanität und Freiheitsliebe gefeiert.

Zur gleichen Zeit, als mit den 1848er Emigranten namhafte Wissenschaftler in die Vereinigten Staaten kamen, entdeckten amerikanische Akademiker die von den Brüdern Humboldt neu inspirierten deutschen Universitäten. Etwa 15 000 Amerikaner studierten bis zum ersten Weltkrieg vor allem in Berlin und Göttingen, Heidelberg und Leipzig. Henry Adams nannte das Harvard der fünfziger Jahre „beherrscht von der Verehrung für Deutschland". Die Wirkung von Studentenfreundschaften wie die des späteren Diplomaten John Motley mit Otto von Bismarck in Göttingen läßt sich schwer abschätzen; dagegen ist die Wirkung Humboldtscher Ideen auf das amerikanische Hochschulwesen leicht zu verfolgen. Die Lehrkräfte, die an der Johns-Hopkins-Universität zuerst das System der Graduate School einführten, hatten fast alle in Deutschland studiert.

Der deutsche Beitrag an der Basis des Schulbesuchs sollte bekannter werden als der deutsche Weg zum Doktor der Philosophie: Das Wort „kindergarden" erinnert noch immer an Margarethe Mayer-Schurz, die Frau des ersten deutschgeborenen Secretary of the Interior (Innenminister), und an die Fröbel-Schülerin Caroline Luise Frankenberg, die in Wisconsin und Ohio Kindergärten auf amerikanischem Boden eröffneten.

Die preußische Blockade von Paris 1871 und das Auftreten der deutschen Kriegsmarine im Spanisch-Amerikanischen Krieg 1898 führten zu einem ersten Verlust von Wohlwollen für die bisher so ruhig eingestuften Deutschen. Großbritannien rückte dagegen näher an die Vereinigten Staaten, politisch, kulturell, und in der Parteinahme einflußreicher Männer wie Theodore Roosevelt. Wohl als Eigengewicht zu diesen Tendenzen regte der Germanist Kuno Francke an der Harvard-Universität die Errichtung eines Germanischen Museums an. Mit Hilfe des deutschen Kaisers und deutsch-amerikanischer Mäzene, vor allem der Biermagnaten Busch und Reisinger in St. Louis, konnte es 1903 eröffnet werden. Doch klagte Francke schon damals über seine Mühe, gegenüber dem überwiegenden englischen und französischen Einfluß Anerkennung für deutsche Kulturleistungen zu finden.

Als die Vereinigten Staaten 1917 auf seiten der Alliierten in den Krieg eintraten, begann ein Kreuzzug ohnegleichen gegen die deutsche Kultur. Beethoven, der unerreichte Favorit, wurde aus den Konzertsälen ausgeschlossen. Deutschamerikanische Zeitungen wurden verbrannt. Deutsch, bisher die meistgelehrte Fremdsprache, verschwand aus den Schulen. An diesen Ausbrüchen war nicht nur die gewandte antideutsche Öffentlichkeitsarbeit von englischen und französischen Publizisten wie André Chéradame schuld. Vielmehr spielte die seit jeher unterschwellig nagende Angst mit, daß die Deutschen mit ihrem zahlenmäßigen Gewicht und ihrem oft selbstherrlichen Kulturbewußtsein das führende englische Element mit Überfremdung bedrohten. Letzten Endes war das Ausmerzen aller deutschen Einflüsse ein Akt der Selbstbefreiung Amerikas vom Zeitgeist seines kulturell an Deutschland orientierten 19. Jahrhunderts.

Als die deutsche Kultur im zwanzigsten Jahrhundert noch einmal unübersehbar in Erscheinung trat, hatte sie den Charakter eines Politikums. Wieder kamen Flüchtlinge, die persönliche Sicherheit und ideelle Freiheit suchten. Über die Hälfte der deutschen und österreichischen Emigranten der dreißiger Jahre waren Juden. Mehr als je zuvor war Deutschlands Verlust von wissenschaftlicher und künstlerischer Substanz Amerikas Gewinn. Albert Einstein gab in Princeton der Atomphysik entscheidende Impulse. Sozialwissenschaftler fanden an der New School for Social Research in New York, dem „Klein-Heidelberg auf der 12. Straße", wie sie im Volksmund hieß, einen Sammelpunkt, von dem sie an Hochschulen im ganzen Lande berufen wurden.

Die deutschen Architekten der Bauhaus-Schule prägten das Gesicht amerikanischer Großstädte mit der eleganten Dynamik ihrer Hochhäuser. Präsident Kennedy verlieh Mies van der Rohe für seine „Poesie aus Stahl und Glas" die Freiheitsmedaille. Walter Gropius bildete an der Schule für Architektur in Harvard eine neue Generation von Architekten heran.

Die auf Übersetzungen angewiesenen Schriftsteller hatten es schwerer im Exil. Thomas Manns angeblicher Ausspruch: „Wo ich bin, da ist die deutsche Kultur" bleibt unbelegt. Wie Bertolt Brecht und andere Große der deutschen Literatur zog es ihn nach dem Krieg nach Europa zurück.

Die Künstler, wie der Expressionist Max Beckmann, und die Meister der Musik blieben. Eine Ausnahme bildete Paul Hindemith, der 1953 seinen Lehrstuhl an der Universität Yale verließ. Die Musik von Kurt Weill verhalf Brechts „Dreigroschenoper" in den fünfziger Jahren zu einem großen Bühnenerfolg in New York mit über tausend Aufführungen. Bruno Walter dirigierte alle namhaften amerikanischen Symphonieorchester. In der Nachkriegszeit wurde durch Gastkonzerte auf beiden Seiten des Atlantiks und durch die Engagements vieler amerikanischer Sänger und Instrumentalisten in der Bundesrepublik ein Zustand des Gebens und Nehmens im Musikleben hergestellt, in dem kulturelle Beziehungen am besten gedeihen.

Die Goethe-Häuser in New York und anderen Großstädten knüpfen mit ihren Musikveranstaltungen und Dichterlesungen, vor allem mit ihrer Betonung der Renaissance des deutschen Films, an alte positive Assoziationen ihrer Besucher an. Neben den Goethe-Häusern wirken die bundesdeutschen Konsulate und das German Information Center als hilfsbereite Bindeglieder zu den zahlreichen und wohl wichtigsten Vermittlern der deutschen Kultur, den Tausenden von Deutschlehrern und -professoren. Aktuelles Anschauungsmaterial ist unerläßlich, wenn sie ihre schwierige Funktion erfüllen sollen, nicht nur das Deutsche auf seinem schwer bedrängten Platz weit hinter dem Spanischen und Französischen zu halten, sondern auch tief im Landesinnern ein Stück deutscher Kultur greifbar zu machen.

In diesem Jahr tritt mit den Dreihundertjahrfeiern der Einwanderung und Gedenkartikeln über Martin Luther und Richard Wagner die deutsche Kultur in Amerika ungewöhnlich stark in den Vordergrund. Die beiden Vertreter der Theologie und der Musik, der Gebiete, in denen Respekt vor deutschen Leistungen traditionell stark verankert ist, wecken Sympathie, in der freilich politisch motivierte Antipathien mitschwingen. Doch für ein lebendiges Verhältnis zwischen Amerikanern und Deutschen ist es besser, daß Germantowns Erbe umstritten ist, als daß es vergessen wird.

Unsere Autoren

ARAM BAKSHIAN JR.
Historiker und freier Publizist, bis August 1983 Chef des Stabes der Redenschreiber im Weißen Haus.

NORMAN BIRNBAUM
Professor an der Georgetown University in Washington, D. C., mit einem interdisziplinären Lehrstuhl für Gesellschaftswissenschaften.

WILM HERLYN
NRW-Korrespondent der WELT.

THOMAS KIELINGER
Politischer Korrespondent der WELT in Washington.

KARL KLASEN
Präsident der Deutschen Bundesbank von 1969 bis 1977, Vorsitzender der Antlantik-Brücke.

ROBERT GERALD LIVINGSTON
Direktor des neu geschaffenen „Amerikanischen Instituts für zeitgenössische deutsche Studien" an der Johns Hopkins University, Baltimore/Washington, D. C.

PETER PABISCH
Professor an der University of New Mexico in Albuquerque.

HERMANN-JOSEF RUPIEPER
Privatdozent und Assistenzprofessor am Friedrich-Meineke-Institut der Freien Universität Berlin.

HELMUT SONNENFELDT
Langjähriger Mitarbeiter Henry Kissingers für Deutschland- und Osteuropafragen.

CHRISTINE M. TOTTEN
Professor für Geschichte an der Clarion University of Pennsylvania.

WOLFGANG WILL
SAD-Korrespondent in New York.

Deutsch-Amerikanische Freundschaft.
Redaktion: H.-H. Holzamer, Bonn; Thomas Kielinger, Washington.
Anzeigen: Hans H. Lange, Hamburg; Dieter Bruhn, New York.